



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Der transatlantische Rechtspopulismus:
Die Kampagnen von Donald Trump und der Brexit-Bewegung
2016 aus demokratiethoretischer Perspektive“

verfasst von / submitted by

Lukas Johannes Sapper, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2019 / Vienna 2019

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Dipl.-Bw. Dr. Ulrich Brand

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung – <i>Die Zeit ist aus den Fugen</i>	1
1.1 State of the Art: Rechtspopulismus in der Politikwissenschaft	2
1.2 Konzeptualisierung und Fragestellungen der Arbeit	4
1.3 Methodik der Arbeit	5
1.4 Aufbau und Ziel der Arbeit	7
2. Populismus – Ein unkämpfter Begriff	9
2.1 Der Populismus-Begriff in seiner historisch-räumlichen Dimension	10
2.2 Rechtspopulismus als Strategie, Ideologie und Politstil	11
2.3 Demokratiekonzeption	18
2.4 Der Rechtspopulismus als Krisensymptom.....	21
2.5 Das Verhältnis von liberaler Demokratie und Rechtspopulismus	24
2.6 Zwischenfazit	27
3. Die Genese der rechtspopulistischen Kampagnen	29
3.1 Die Brexit-Kampagnen und das gespaltene Königreich	29
3.2. Dis-United States: Trumps populistischer Erfolgslauf.....	32
3.3 Die transatlantische Zusammenarbeit der Kampagnen	35
4. Die strukturellen Grundlagen der rechtspopulistischen Kampagnen	38
4.1 Die sozioökonomische Basis des Populismus	38
4.1.1 Ungleichheit durch Neoliberalismus und Austeritätspolitik	39
4.1.2 Die Grenzen der Globalisierung	43
4.1.2.1 Der Freihandel und die billigen Importe	43
4.1.2.2 Der sozioökonomische Wandel der „Zweiten Moderne“	45
4.1.2.3 Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen.....	46
4.1.3 New Labour und New Democrats: Die Abkehr der Linken von ihren Wurzeln.....	49
4.2 Die sozialliberalen Transformationen und der kulturelle Backlash	51
4.2.1 Die Ablehnung der Zuwanderung	52
4.2.2 Die Abkehr von sozialliberalen Idealen und Intellektuellen.....	54
4.2.2.1 Der Konflikt zwischen den Generationen.....	55

4.2.2.2 Anti-Intellektualismus und der ‚Tod der Expertise‘	56
4.2.3 Die Sehnsucht nach der alten Ordnung: Identitätskrisen und Nationalismus	58
4.2.3.1 Identität als Trümmerfeld: Südstaatentraumata und der Exzeptionalismus	59
4.2.3.2 Die Angst vor der Zukunft: Nostalgie und Nationalismus	60
4.2.3.3 Die Wiederkehr des Faktors „Rasse“	62
4.2.4 Genderaspekte: Populismus als antifeministischer ‚Skandal‘	63
4.2.4.1 Gender top down: Die Exklusion von Frauen in der Politik	64
4.2.4.2 Gender bottom up: Reproduktionsverhältnisse und Populismus	66
4.3 Die institutionelle Krise des politischen Systems	67
4.3.1 Die Rolle von Verfassung und Wahlordnung für den Rechtspopulismus	67
4.3.1.1 Die Verfassungen zwischen Improvisation und Stagnation	67
4.3.1.2 Politische Partizipation zwischen Gerrymandering und Exklusion	71
4.3.2 Der Fall der konservativen Parteien	74
4.3.2.1 Euroskepsis: Konservative Tradition unter Druck der „Kipper“	74
4.3.2.2 Die Radikalisierung der Grand Old Party	77
4.3.3 Öffentliche Polarisierung: Die Ambivalenz traditioneller und sozialer Medien	79
4.3.3.1 <i>Populism sells</i> : Die Krise der arrivierten Medien	79
4.3.3.2 Die Rolle der sozialen Medien für die Ausbreitung des Rechtspopulismus	82
4.4 Zwischenfazit	84
5. Die Kampagnen: Analyse der rechtspopulistischen Wahlkämpfe	86
5.1 Die Strategien der populistischen Kampagnen von 2016	88
5.1.1 Im Namen des Volkes: Die inszenierte Revolte gegen das Establishment	88
5.1.1.1 Der Kampf ums Königreich: Die britische Elite gegen Brüssel	89
5.1.1.2 Trumps ambivalentes Verhältnis zum amerikanischen Volk	90
5.1.2 Die rechtspopulistische Agitation gegen die politische Ordnung	92
5.1.2.1 Die Leave-Kampagnen und die Diskreditierung der Europäischen Union	92
5.1.2.2 Trumps präzedenzlose Angriffe auf die politischen Gegner	93
5.1.2.3 Die rechtspopulistischen Kampagnen und das Justizsystem	94
5.1.2.4 Der Kampf gegen die Mainstream-Medien	96
5.1.2.5 Der „Common Sense“ gegen jedwede Expertise	97

5.1.3 Von Tabubrüchen und Unwahrheiten: Die Emotionalisierung der Debatte	98
5.1.3.1 Strategisch eingesetzte Regelbrüche und Kontroversen.....	98
5.1.3.2 Die Verbindung von Unwahrheiten und Emotionen.....	101
5.1.4 Weaponising social media: Die Macht des digitalen Populismus.....	104
5.1.4.1 Auf allen Kanälen: Wie der #populismus die Debatte dominiert	104
5.1.4.2 Bots, dark Ads und BigData: Die Manipulation der sozialen Medien.....	106
5.2 Die dünne Ideologie des transatlantischen Populismus	107
5.2.1 Die Rückkehr der Nation: Die Vergangenheit als populistisches Zukunftsideal...	107
5.2.1.1 Migration als ‚signature issue‘ des Rechtspopulismus.....	109
5.2.1.2 Die Politik nationalautoritärer Stärke.....	111
5.2.1.3 Die Vision einer goldenen Zukunft	114
5.2.2 Opportunismus und Leerstellen: Die Inhalte der populistischen Kampagnen	115
5.2.2.1 Die Beliebigkeit des CEO von Amerika.....	115
5.2.2.2 Brexit – Was nicht gesagt wurde	117
5.2.2.3 Die populistischen Kampagnen am Beispiel der Gesundheitspolitik	118
5.3 Rhetorik und Stil der rechtspopulistischen Kampagnen	121
5.3.1 Die rhetorischen Formen der populistischen Überzeugungskunst	122
5.3.2 Mit Verve und Etikette: Die Sprache der britischen Populisten	124
5.3.2.1 Der Brexit als humoriges Spiel in „received Pronunciation“	124
5.3.2.2 Stil und Stilfiguren des britischen Populismus	126
5.3.2.3 Die ‚darkest hour‘ als Referenzrahmen für britischen Heroismus.....	127
5.3.3 Trumps rhetorischer Kampf gegen alle Normen	128
5.3.3.1 Einfach und leidenschaftlich: Die Sprache des Verkäufers.....	128
5.3.3.2 Die Verachtung der politischen Korrektheit	130
5.3.3.3 Angreifen, niemals verteidigen: Trumps gewaltaffiner Jargon	131
5.3.4 Das Auftreten der Rechtspopulisten	132
5.4 Zwischenfazit.....	135

6. Rechtspopulismus vs. Demokratie: Die Folgen der Wahlen von 2016	137
6.1 Die Fortführung der Kampagnen über die Wahltag hinaus	137
6.1.2 Brexit: Der Kampf um den harten Bruch mit der Europäischen Union	137
6.1.2 Trump: Keine Mäßigung durch die Bürde des Amtes	139
6.2 Die Auswirkungen der populistischen Kampagnen auf die Demokratie	141
6.2.1 Der populistische Durchgriff auf das politisch-institutionelle System.....	142
6.2.1.1 Zulasten der Freiheit: Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit unter Druck	143
6.2.1.2 Das Primat der Regierungsfähigkeit gegen demokratische Kontrolle	145
6.2.1.3 Der Populismus und der ewige Kampf gegen die politische Gleichheit	147
6.2.2 Die Verschärfung der sozioökonomischen Ursachen des Populismus	149
6.2.3 Die Spaltung der Gesellschaft als gefährliche politische Unkultur	152
7. Quo vadis Demokratie? Gegenstrategien gegen den Rechtsruck	155
7.1 Trump und Brexit und die Frage nach dem Danach	155
7.2 Acht Wege aus dem Rechtspopulismus	157
8. Conclusio – Die Verteidigung der Demokratie.....	160
9. Bibliographie	164
9.1 Primärliteratur: Äußerungen von Farage, Gove, Johnson und Trump	164
9.2 Sekundärliteratur: Beiträge zu Demokratie und Populismus	173
10. Anhang.....	195

1. Einleitung – *Die Zeit ist aus den Fugen*

Die ältesten Demokratien der Welt, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika, zeigen sich seit jeher durch eine besonders enge politische Kooperation verbunden: Nach den beiden Weltkriegen, die man Seite an Seite bestritt, und der Gründung des Nordatlantikkbündnisses brachten die 1950er Jahre für beide Staaten unter Dwight D. Eisenhower und Winston Churchill eine konservativ dominierte Dekade. Die politischen Reformen der USA in den 1960er Jahren unter John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson fanden im Königreich durch Harold Wilson und dessen Beitritt zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Widerhall. Der Ölpreisschock und die Wirtschaftskrisen der 1970er Jahre führten zu neoliberalen Reformagenden der 1980er Jahre unter Ronald Reagan und Margreth Thatcher und die 1990er Jahre brachten mit Bill Clinton und Tony Blair die Formierung der „New Labour“ unter der Doktrin des Dritten Wegs. Die deutlichsten politischen Parallelen zwischen den beiden Staaten haben sich aber wohl im Jahr 2016 durch die erfolgreichen Kampagnen zum Austritt des Königreichs aus der Europäischen Union, dem Brexit, sowie zur Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten offenbart. Die fundamentalen Versprechen nach einem radikalen Systemwandel als Antwort auf soziale, ökonomische und politische – also demokratische – Verwerfungen, die Ablehnung der Globalisierung gleichermaßen wie der Migration sowie die massiven Anfeindungen gegen all jene, die nicht zum ‚wahren‘ Volk gezählt werden, sind nach strategisch, inhaltlich, stilistisch und personell eng verbundenen Wahlkämpfen beidseits des Atlantiks konsensfähig geworden. Damit konnte der Rechtspopulismus die Herrschaft über die maßgleichen Demokratien westlichen Zuschnitts erringen und zum dominierenden Akteur auf der Weltbühne aufsteigen.

Viel ist seit den Wahltagen vom 23. Juni 2016 im Königreich und dem 8. November 2016 in den USA geschehen, eine Konstante ist jedoch beiden Ländern gemein: Ein präzedenzloses politisches Chaos. Denn: *Die Zeit ist aus den Fugen*, wie Shakespeare Hamlet sagen lässt – zumal die politischen Ordnungen rund um demokratische Normen, Werte und Haltungen außer Kraft gesetzt scheinen. Beide Länder sind gesellschaftlich tief gespalten und befinden sich institutionell zwischen Verfassungskrisen und Staatsparalysen am Rande der Unregierbarkeit – nicht nur aufgrund der massiven Malversationsvorwürfe im Zuge der beiden Wahlkämpfe. Die systematische Disruption, ausgelöst durch Nativismus, Xenophobie, Illiberalismus und Egoismus, kurz Rechtspopulismus, haben bis zum Jahreswechsel 2019 zu den schwersten politischen Krisen seit Dekaden geführt: In den USA ist Trump aufgrund dutzender inkriminierter Handlungen und über 20 unterschiedlicher Untersuchungsverfahren nicht nur ge-

fährdet, mit einem Amtsenthebungsverfahren konfrontiert zu werden, die politischen Verhältnisse haben sich mittlerweile dermaßen zugespitzt, dass zentrale Ausgleichsmechanismen zwischen Demokraten und Republikanern völlig zum Erliegen kommen. Dies gipfelte Anfang 2019 im längsten Government Shutdown der Geschichte der USA als Folge der politischen Totalblockade. Nicht minder dramatisch ist die Situation im Königreich, wo die Einigkeit des Landes auf dem Spiel steht, das wirtschaftliche und politische Verhältnis zur EU auf Jahre unsicher zu bleiben scheint und ein Wiederaufflammen des Nordirlandkonfliktes droht. Grund dafür ist die schiere Unmöglichkeit, Konsens nur über den Modus des unmittelbaren EU-Austritts zu erlangen, was der damaligen Premierministerin Theresa May in der bereits verschobenen Abstimmung über den von ihr verhandelten Vertrag ein Niederlage im Unterhaus von 432 zu 202 Stimmen einbrachte – die größte Ablehnung eines Regierungsantrags in der Geschichte des demokratischen Parlamentarismus.

Der Rechtspopulismus, so wird deutlich, ist Symptom gleichermaßen wie Folge demokratischer Krisen und baut auf der Fortsetzung und Vertiefung der systematischen Spaltung der Gesellschaft auf. Die Zukunft der politischen Systeme wird damit zur elementaren Frage um die Demokratie selbst: *Sein oder Nichtsein?*

1.1 State of the Art: Rechtspopulismus in der Politikwissenschaft

Wer den Status quo der politischen Vorgänge in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich zu analysieren trachtet, kommt nicht umhin, sich intensiv mit dem Jahr 2016 auseinanderzusetzen, zumal hier die Ausgangspunkte für die nachfolgenden Eskapaden, Skandale und Kontroversen gelegt wurden, die den Rechtspopulismus global zur bestimmenden politischen Kraft gemacht haben. Anders formuliert: Alles, was heute geschieht, von der nationalistischen Abschottungspolitik und den Handelskriegen über Angriffe auf nationale und internationale Organisationen und demokratische Institutionen, die Legitimation von Migrationsfeindlichkeit und Hass auf Muslime bis zur völligen Tabu- und Regellosigkeit der politischen Führungsebenen, war in den Wahlkämpfen von Donald Trump und den Brexit-Akteuren angelegt und ist damit eine direkte Folge beziehungsweise Weiterführung der rechtspopulistischen Kampagnen.

Dieser Diskurs um die Kampagnen von Donald Trump und der Brexit-Bewegung findet auch ausladenden Widerhall in der politikwissenschaftlichen Debatte – kaum ein Fachmagazin rund um die *Blätter für deutsche und internationale Politik*, *The Atlantic*, *Foreign Affairs* oder die *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, das seit 2016 ohne den Themenkomplex „Populismus“ auskommt. In seinen ersten beiden Ausgaben des Jahres 2017 hat sich sogar das renommierte

Journal of Democracy, das ansonsten eher den Transformations- und Entwicklungsländern gewidmet ist, in eigenen Schwerpunktheften erst dem Thema Brexit und dann der Trump-Wahl angenommen und die Herausforderungen für die liberale Demokratie angeführt: Populismus, Nationalismus, Nativismus, Illerbalismus und Xenophobie.

Diese fünf vom *Journal of Democracy* (2016, 20f.) genannten Herausforderungen lassen sich unter dem Terminus „Rechtspopulismus“ subsumieren. Denn die zentrale, von Jan-Werner Müller (2016) aufgebrachte Frage, „Was ist Populismus“, lässt sich im Lichte der theoretischen Populismus-Forschung knapp beantworten: Antidemokratisch. So wird nicht nur die Gesellschaft in zwei antagonistische Teile gespalten, ein Alleinvertretungsanspruch abgeleitet und die repräsentative Demokratie untergraben, sondern auch Tabus werden in mitunter radikaler Weise gebrochen und Normen verletzt (Mudde 2007; Priester 2012; Moffitt 2016; Brubaker 2017; Decker/Lewandowski 2017).

All diese Beschreibungen treffen auf die Agitation von Trump und große Teile der populistischen Brexit-Kampagnen zu, daher ist es auch so naheliegend, die beiden Wahlbewegungen in Beziehung zu setzen (Inglehart/Norris 2017; Ötsch/Horaczek 2017; Eichengreen 2017). Denn ihre Voraussetzungen und Ursachen wie der Neoliberalismus und die Globalisierung (Cox 2017; Schmidt 2017; Packer 2016), die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem politischen System (Bogaards 2017) und die Ablehnung kultureller Transformationen (Bhambra 2017; Gidron/Hall 2017) gepaart mit Nostalgie und Nationalismus (Gusterson 2017; Kenny 2017) zeigen deutliche Parallelen.

Diese Empfindungen werden von den Rechtspopulisten und ihren Protagonisten angesprochen. Trump richtet sich dabei besonders an jene, die sich gesellschaftlich vergessen fühlen, während Attacken, Insulte und negative Campaigning für Schlagzeilen sorgen (Montgomery 2017; Wineberg 2017). Die Frage nach Aufrichtigkeit und faktenbasierten Diskursen stellt sich weder bei Trump (Lakoff 2017) noch den Brexit-Kampagnen (Corbett 2016; Henley 2016) – beide lehnen sie Expertisen zugunsten des *Common Sense* ab (Clarke/Newman 2017; Freedon 2017). Die einfache Sprache, der Kampf gegen Eliten, die Ablehnung internationaler Kooperation (Richardson 2017; Mead 2017), Xenophobie und Nativismus (Goodwin/Milazzo 2017) und der Rückbezug auf den Stolz der Nation (Iakhnis et al. 2018) sind nur einige der Gemeinsamkeiten der Kampagnen (Wilson 2017), die „Populismus als Politik“ (Seeßlen 2017) inszenieren.

1.2 Konzeptualisierung und Fragestellungen der Arbeit

Das Konzept der vorliegenden Arbeit sieht vor, die Kampagnen von 2016 über die wissenschaftliche Literatur hinaus, die den Trumpismus und den „Brexit“ unter dem Aspekt des (Rechts-)Populismus behandelt und beide Phänomene zu einer Ereigniskette größeren Ausmaßes verknüpft, als Fallanalysen rechtspopulistischer Politikformen zu untersuchen. Dabei ist es entscheidend, das Verhältnis von Demokratie und Rechtspopulismus zum Zentrum der Analyse zu machen, zumal es gilt, die Implikationen, Mechanismen und Auswirkungen der Kampagnen auf die Volksherrschaft zu beleuchten. Geleitet wird dieser Zugang durch drei zentrale demokratiepolitische Fragestellungen, die aufeinander aufbauend, ein zirkuläres Verhältnis aufweisen:

Erstens soll hinterfragt werden, was die Voraussetzungen, Hintergründe und Strukturen des Erfolgs der rechtspopulistischen Kampagnen sind. Zentrales Anliegen ist dabei, einen Sinn für die Basis, gewissermaßen den Unterbau des Rechtspopulismus in Form der realen und perzipierten gesellschaftlichen Verhältnisse zu erhalten und dabei auf jene Segmente der Bevölkerung zu fokussieren, die Marginalisierung erfahren oder fürchten. So soll aus demokratiepolitischer Perspektive nachvollzogen werden, warum der Milliardär Trump zum selbsternannten ‚Held der Arbeiterklasse‘ werden und sich die Europhobie im Vereinigten Königreich durchsetzen konnte.

Zweitens wird darauf aufbauend analysiert, welche Formen der Politik den Rechtspopulismus mehrheitsfähig machen: Welche Agenden, Strategien und politischen Formen werden als Reaktion auf die Strukturen vorgebracht, um das Volk vom angestrebten Bruch mit dem ‚System‘ zu überzeugen? Es handelt sich hierbei um jene Fragestellung, die sich genuin mit den politischen Kampagnen von 2016 auseinandersetzt und deren demokratiepolitischen Aktionsradius unter die Lupe nimmt.

Und schließlich wird *drittens* untersucht, welche Auswirkungen die Kampagnen für die Demokratie nach sich ziehen: Wie transformiert der Rechtspopulismus das in den Wahlkämpfen angefeindete politische System und welche Folgen birgt das für jene Strukturen, auf denen der Populismus gründet? Konkret bedeutet dies zu eruieren, warum nach all den Exzessen und Missbrauchsvorwürfen Donald Trump bei großen Teilen der Bevölkerung mit uneingeschränkter bis hin zu fanatischer Unterstützung rechnen kann und warum sich im Königreich zwei Jahre nach dem Referendum trotz massiver Unsicherheit über unkalkulierbare Risiken so viele Menschen ein Ausscheiden aus der EU ohne Abkommen wünschen.

Dieser Leitfaden zentraler Fragestellungen ermöglicht es, die Kampagnen des Jahres 2016 gemeinsam zu analysieren und dabei die Implikationen aufzuzeigen, die der Rechtspopulismus aus theoretischer wie praktischer Perspektive auf die demokratischen Ordnungen der Länder nimmt. Brexit und Trump, so die Annahme, sind zwei Ereignisse derselben Seite der politischen Medaille und verdeutlichen, dass Demokratie und Rechtspopulismus zusammen analysiert werden müssen, denn nur so kann verständlich gemacht werden, warum die Kampagnen erfolgreich waren und warum deren Folgen so problematisch sind.

1.3 Methodik der Arbeit

Methodisch wird die Arbeit von zwei zentralen, mitunter interdependenten Untersuchungssträngen geleitet: Jener Abschnitt der Arbeit, der sich mit den Voraussetzungen, Hintergründen und Strukturen der populistischen Kampagnen in beiden Ländern befasst, basiert auf einer Literaturanalyse. Wissenschaftliche Sekundärliteratur, die sich mit den Themenkomplexen „Trump“, „Brexit“ und/oder „Rechtspopulismus“ in den USA und dem Vereinigten Königreich befasst, wird dabei ausgehend von einem umfassenden Demokratiebegriff auf *sozioökonomische*, *soziokulturelle* und *politisch-institutionelle* Entwicklungen und Faktoren untersucht, die den Wahlkämpfen zugrunde liegen. Dabei wird durch den Einbezug von Umfragerhebungen und Wahlanalysen besonderes Augenmerk auf die Zusammensetzung des Elektorats gelegt, das von den Populisten beworben wurde.

Der zweite zentrale Abschnitt der Arbeit, der sich den Kampagnen selbst widmet, baut auf der Literaturanalyse auf, bezieht deren wichtigste Erkenntnisse in die Darstellung der Wahlkämpfe ein und wird von einer qualitativen Dokumentenanalyse komplettiert. Diese fokussiert auf die Aussagen, Handlungen und politischen Ideen der zentralen Akteure der Kampagnen. In den USA handelt es sich dabei um den Dreh- und Angelpunkt der gesamten Auseinandersetzung, Donald Trump. Zum Datenmaterial, das über den US-Wahlkampf untersucht wird, zählt Trumps (2016) Wahlprogramm, das Buch *Crippled America: How to make America Great Again*, 50 seiner in amerikanischen Städten gehaltenen Wahlkampfreden, von der Ankündigung seiner Kandidatur im Trump Tower am 16. Juni 2015 bis zur Annahme der gewonnenen Wahl am 9. November 2016,¹ und die als Transkripte vorliegenden zentralen TV-Debatten mit seiner innerparteilichen Konkurrenz während des Vorwahlkampfes sowie die drei Duelle mit Hillary Clinton im September und Oktober 2016.

¹ Die Transkripte der Wahlkampfreden von Donald Trump werden der Seite der überparteilichen Organisation „The American Presidency Project“ entnommen, die diese zu allen Wahlen systematisch sammelt und in Zusammenarbeit mit der kalifornischen Universität von Santa Barbara (UCSB) auf deren Website <https://www.presidency.ucsb.edu> zur Verfügung stellt.

Während der lange US-Wahlkampf ganz auf Trump ausgerichtet war, sind die beiden ungleich kürzeren Brexit-Kampagnen von zahlreichen politischen Akteuren und Vertreterinnen diverser Parteien getragen worden, weshalb hier eine Eingrenzung auf das Schlüsselpersonal getroffen werden muss: Von „Vote Leave“, der Kampagne der konservativen Tories, werden in weiterer Folge die Rollen von Boris Johnson, dem ehemaligen Bürgermeister Londons und Unterhausabgeordneten, sowie vom damaligen Justizminister Michael Gove unter die Lupe genommen. Als Vertreter der „Leave.EU“ Kampagne der United Kingdom Independence Party (UKIP) wird auf dessen Frontmann, den Abgeordneten zum Europäischen Parlament Nigel Farage fokussiert. Das entsprechende Datenmaterial der jeweiligen Wahlkämpfe wird aus den Zeitungskolumnen der Politiker, deren Wahlkampfreden und schriftliche Stellungnahmen,² zahlreichen Interviews, der medialen Berichterstattung über die Kampagnen sowie aus TV-Debatten mit JournalistInnen sowie den jeweiligen Gegenkampagnen entnommen.³

Analysiert wird der vorliegende Textkorpus durch eine strukturierte Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010, 605-609), wobei der Fokus explizit auf jene Passagen gelegt wird, die in Form der theoriegeleiteten Analyse des Materials als rechtspopulistisch ausgemacht werden. Diesbezüglich werden ausgehend von theoretischen Überlegungen – siehe dazu Kapitel 2.2 – drei zentrale Kategorien abgeleitet, die rechtspopulistische Politikformen erfassen, und am Datenmaterial angewendet: Die Strategien der Rechtspopulisten (i), die Ideologien beziehungsweise Inhalte der Kampagnen (ii) sowie der Stil der Akteure (iii).⁴ Die Subkategorien werden in zwei Schritten zuerst deduktiv aus der Theorie entnommen und dann induktiv am Datenmaterial getestet. Die Ergebnisaufbereitung dieser Analyse, die um Erkenntnisse aus der Sekundärliteratur erweitert wird, findet sich im fünften Kapitel der Arbeit. Die Kapitel und Unterkapitel entsprechen dabei den jeweiligen Kategorien und Subkategorien, die aus der Kodierung abgeleitet wurden. Die angeführten Zitate determinieren als Ankerbeispiele den populistischen Charakter der Kampagnen. Auf diese Weise kann verdeutlicht werden, wie die rechtspopulistischen Kampagnen agieren und welchen nachhaltigen Einfluss sie auf die De-

² Die Wahlkampf-Seite von Vote Leave, <http://www.voteleavetakecontrol.org>, stellt einen umfassenden Fundus transkribierter Wahlkampfreden und Auftritte, Zeitungskommentaren, Stellungnahmen und Wahlwerbematerial zur Verfügung, die in diese Analyse Eingang finden.

³ Anders als in den USA, wo sämtliche Wahlauftritte und –debatten in schriftlicher Form vorliegen, wird bei den TV-Auseinandersetzungen um den Austritt des Königreichs aus der EU auf Aufzeichnungen der Fernsehübertragungen, die entweder auf den jeweiligen Sendern selbst oder via YouTube abrufbar sind, zurückgegriffen, wobei die für diese Arbeit zentralen Passagen vom Autor selbst transkribiert wurden.

⁴ Abgrenzungsschwierigkeiten werden bei dieser Untersuchung entgegen den methodischen Implikationen nach Mayring bewusst in Kauf genommen, zumal die aus der Theorie entnommenen Kategorien bewusst Überschneidungen aufweisen. So lassen sich etwa Strategie und (rhetorischer) Stil nicht eindeutig trennen, sie tatsächlich ergänzen sich in der politischen Realität vielmehr. Dass ein Textbeispiel damit mehreren Kategorien zugeordnet werden kann ist insofern möglich, als erstens keine quantitativen Analyseformen angestrebt werden und zweiten die Kategorien nicht exklusiv, sondern vielmehr komplementär zu erachten sind.

mokratie ausüben. Die Bibliographie im letzten Abschnitt der Arbeit spiegelt dabei den zweistufigen Arbeitsprozess wieder: Die Primärquellen, also die Äußerungen und Mitteilungen von – alphabetisch geordnet – Farage, Gove, Johnson und Trump werden dabei nach Datum sortiert und aufgelistet. Die wissenschaftliche Literatur sowie das publizistische Datenmaterial findet sich im zweiten Teil der Bibliographie unter „Sekundärliteratur“.

1.4 Aufbau und Ziel der Arbeit

Brexit und Trump sind seit dem Jahr 2016, das zeigt beinahe jeder Blick in beliebige Nachrichtenformate, Gazetten und wissenschaftliche Periodika, nicht nur medial, sondern auch politikwissenschaftlich jene politischen Themen, die Diskurs wie Praxis prägen. Eine systematische Betrachtung allerdings, die Brexit und Trump als konkrete Fallanalysen Aspekten einer demokratietheoretischen Untersuchung unterzieht, fehlt in der Literatur – diese Lücke soll hiermit geschlossen werden.

Dadurch richtet sich das Forschungsvorhaben explizit gegen medial und öffentlich allzu gerne ventilierter Spekulationen etwa über die Russland-Affäre, die Alphabetisierung oder den Geisteszustand Trumps beziehungsweise persönliche Intrigen und Fehden im Brexit-Lager. Denn all das lenkt nicht nur ab, es verharmlost und externalisiert das tatsächliche Geschehen und verschleiert jene Verhältnisse und Faktoren, die zum nachhaltigen Erfolg der Rechtspopulisten führen. Denn: Unabhängig davon, wie sich die Politiker gegeben haben oder dargestellt werden, sie wurden von weiten Teilen der Bevölkerung gewählt und genießen nach wie vor Unterstützung. Der konsequente Fokus auf demokratiepolitische Fragestellungen rückt deshalb das direkte Verhältnis von Politik und Elektorat, von *Demos* und *Kratos*, ins Zentrum des Interesses, was schließlich weiterführende – wenngleich durchaus lohnende – Erklärungsmuster wie etwa jene sozialpsychologischen Ansätze rund um „fragile masculinity“ (Knowles/DiMuccio 2018), das Populismus mit der Krise der Männlichkeit in Verbindung setzt, nicht berücksichtigt. Ferner soll auch kein umfassender Populismusbegriff entwickelt werden, der unterschiedliche Konzeptionen von rechtem und linkem Populismus zu scheiden trachtet, sondern aufgrund der realpolitischen Implikationen des Jahres 2016 ausschließlich auf die Form des Rechtspopulismus fokussiert werden.

Mit diesem Anliegen, der theoretischen Konzeptualisierung der zentralen Begrifflichkeiten von Rechtspopulismus und Demokratie und deren spannungsgeladenem Verhältnis zueinander, widmet sich das nachfolgende, zweite Kapitel. Der dritte Teil der Arbeit beschreibt in aller Kürze die unmittelbare Genese und den Verlauf der populistischen Kampagnen im Vereinigten Königreich und den USA sowie deren transatlantische Kooperationen. In Kapitel vier

wird auf die sozioökonomischen, soziokulturellen und politisch-institutionellen Verhältnisse und Strukturen, auf denen die Rechtspopulisten aufbauen, eingegangen. Anschließend widmet sich das fünfte Kapitel den Kampagnen und beleuchtet deren Strategien, Inhalte und Auftreten. Das sechste Kapitel blickt schließlich über die Wahlkämpfe hinaus, indem die konkreten politischen Auswirkungen des Rechtspopulismus auf die demokratischen Systeme zurückgeführt werden. Diese Arbeit richtet sich damit nicht nur an das geneigte akademische Publikum, sondern an all jene, die sich um die Qualität der Demokratie sorgen, weil sie der Meinung sind, dass die Stabilität der politischen Systeme in den USA und dem Vereinigten Königreich zentral für den Fortbestand der Demokratie westlicher Prägung und damit für den globalen Frieden sind.

2. Populismus – Ein umkämpfter Begriff

Als „ungenau, schillernd und impressionistisch“ beschreibt Hans-Jürgen Puhle (2003, 17) den Terminus *Populismus*, der höchst uneinheitlich und kontroversiell verwendet wird. Es handelt sich um einen schwer abzugrenzenden, analytisch unscharfen Begriff, der einen weiten Spielraum offen lässt, zumal er sowohl in der Alltagssprache, im publizistischen Metier als auch in der Wissenschaft Anwendung findet. Sowohl Umfang wie auch Inhalt der als populistisch eingestuften Agitationsformen sind mitunter so heterogen und unscharf umrissen, dass sie allzu populär in pejorativer Weise gegen alles und jeden ins Feld gebracht werden, was mit einer popularitätsheischenden, den Stimmungen des Volkes naheilenden Politikführung gleichgesetzt wird. Der Begriff des Populismus ist deshalb so umkämpft, weil er sich als äußerst flexibel erweist: „Des einen Populismus ist des anderen Demokratie, und umgekehrt.“ (Dahrendorf 2007) Anders formuliert: Bei allzu inklusiver, allgemeiner Verwendungsweise lassen sich auch Persönlichkeiten wie Gerhard Schröder, der seine Volkstümlichkeit bekanntlich durch markige Sprüche wie „Hol mir mal ‘ne Flasche Bier sonst streik‘ ich hier“ bekräftigte oder die „Mutti“ der Nation, Angela Merkel, als PopulistIn erfassen. Wenn jedoch jede/r Gefahr läuft, zur PopulistIn gemacht zu werden, wer ist es dann nicht?

Um dieser Problematik zu entgehen können zwei verschiedene Wege beschritten werden: Erstens kann argumentiert werden, dass das Konzept des Populismus so vielseitig und heterogen verwendet wird, dass jeder analytische und epistemologische Wert verloren geht und die weitere Bezugnahme auf den Begriff eine Sackgasse bedeutet. Ian Roxborough hat deshalb schon 1984 vorgeschlagen, das Konzept Populismus zu verwerfen. Der in weiterer Folge vorgeschlagene und begangene zweite Weg versteht in Anlehnung an Benjamin Moffitt die breit geführte Debatte über Populismus als Indikator für die Relevanz und Aktualität des Konzepts in all seiner Unschärfe: „populism matters, and is an important concept for understanding the contemporary political landscape.“ (Moffitt 2016, 11) Dabei ist hervorzuheben, dass auch die politikwissenschaftliche Typologisierung und Theoretisierung des Populismus-Begriffs äußerst divergent, oftmals widersprechend ist: „there is no single definition of populism waiting to be ‚discovered‘ if the ‚right words‘ can simply be found to describe it“, so Moffitt. Stattdessen schlägt der Populismusforscher vor, die begrifflich-konzeptionelle Sackgasse zu umgehen, indem auf eine Annäherung an den Populismus gebaut wird, „whilst acknowledging that populism today may have shifted and evolved from its previous iterations and thus needs new things to reconsider it, redescribe it, and bring it up to date in a way that is sensitive to its time and space context.“ (ebda. 27)

2.1 Der Populismus-Begriff in seiner historisch-räumlichen Dimension

Der Terminus Populismus leitet sich vom lateinischen Wort für Volk, *populus*, ab und bezeichnet in seiner antiken Dimension in Abgrenzung zur Aristokratie, Plutokratie oder Synarchie die Herrschaft des Volkes als Ganzes. Als ‚Populare‘ wurde im alten Rom jene lose Fraktion benannt, die politische Legitimität nicht durch den Senat, sondern durch die Volksversammlung suchte. Diese Politik, die im Zuge der Reformen von Tiberius und Gaius Gracchus um 133 vor Christus auf die Krise der Römischen Gesellschaft antwortete, wurde von den Schriftstellern Cicero und Tacitus sowohl als volksfreundlich und populär, als auch als demagogisch beschrieben und durchaus negativ rezipiert. (Charwath 2011, 121f.) Populismus als abwertende Zuschreibung bedeutet nichts anderes als Demagogie, so Karin Priester (2008, 19), und darunter werden – in Europa – seit der Antike Volksverführer verstanden, die „mit Hetze und Agitation an Emotionen, Ängste und Vorurteile appellieren und eher Gefühle und Instinkte ansprechen als Verstand und politische Urteilsfähigkeit.“

Während Akademikerinnen und Wissenschaftler den Populismus-Begriff *ex post* an Meilensteinen der Globalgeschichte anwendeten, um Geschehnisse etwa rund um die Französische Revolution zu beschreiben, hatte der Terminus in den Vereinigten Staaten bis zur Kandidatur Trumps eine weit weniger negative Konnotation: Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich aus der Agrarrevolte gegen hohe Transportgebühren und Kreditzinsen die *People's Party*, die als *Populist Party* firmierte. Inhaltlich trat die im Kongress vertretene Partei für progressive Agenden wie staatliche Transport- und Kommunikationstechnologien, den Acht-Stunden-Tag, gestaffelte Einkommenssteuer und Frauenrechte ein und forderte die Beilegung von Rassenkonflikten. Zwar löste sich die Bewegung um die ‚Populists‘ rasch wieder auf, etliche Forderungen wurden aber umgesetzt oder von anderen Parteien übernommen. Seitdem beschreibt der Begriff „populistisch“ im politischen System der Vereinigten Staaten auch jene Politik, die sich progressiv zugunsten der Inklusion Marginalisierter einsetzt. Aktuelle RepräsentantInnen dieser nach europäischen Maßstäben sozialdemokratischen Ausrichtung sind der Senator aus Vermont, Bernard Sanders, der New Yorker Bürgermeister Bill de Blasio und die Senatorin aus Massachusetts, Elizabeth Warren. (Priester 2007, 78-91; Müller 2016, 38ff.)

Unter dem Topos „linker Populismus“ werden gemeinhin Agitationsformen vor allem Lateinamerikanischer PolitikerInnen subsumiert, die sich wie etwa Evo Morales in Bolivien, Rafael Correa in Ecuador oder Fernando Lugo in Paraguay dem Narrativ populistischer Rhetorik bedienen, dabei aber nicht ethnisch auf Ausgrenzung sondern auf Inklusion subalternen Gesellschaftsschichten setzen und progressive Ideale als Gesellschaftsutopie ventilieren. In Eu-

ropa nimmt der Populismus über weite Strecken der Geschichte eine eher marginale Rolle ein, zumal Entwicklungskonflikte tendenziell als gezügelter Klassenkampf im parlamentarischen System ausgehandelt wurden. Zwar hat der Nationalsozialismus unverkennbar Anleihen an populistischer Agitation genommen, torpedierte aber in seinem Rassenwahn, seiner Eroberungs- und Vernichtungshybris die Dimensionen dessen, was in weiterer Folge als Populismus *innerhalb* des politischen Systems verstanden wird. So dauerte es bis in die Mitte der 1980er Jahre, bis der Populismus in Form des Rechtspopulismus in den etablierten Demokratien Mitteleuropas und etwas später in den neuen Demokratien Osteuropas Einzug gehalten hat. (Decker/Lewandowsky 2009)

Zu den frühen Proponenten der neuen Parteienfamilie – die sich typischerweise auf vier zentrale Themenbereiche fokussieren: Migration, Nationalismus, Kriminalität und Steuern – zählen der französische Front National, die italienische Lega (Nord), der niederländische Vlaams Blok und die Freiheitliche Partei Österreichs. Anfänglich noch als flüchtige Protestparteien mit geringer Halbwertszeit für das Parteiensystem erachtet, konnten die rechtspopulistischen Bewegungen ihren Einfluss in den jeweiligen Ländern nicht nur behaupten, sondern durch ihre Opposition zur Europäisierung und Globalisierung ausweiten. In politikwissenschaftlichen Diskursen wurde diesbezüglich in den 2000er Jahren von einem „populist Zeitgeist“ (Mudde 2004, 542), einer „populist wave“ (Krastev 2007, 57) und einem „populist revival“ (Roberts 2007, 3) gesprochen. Rechtspopulistische Parteien waren oder sind Teil der Regierung in Estland, Finnland, Italien, Kroatien, Lettland, Niederlande, Österreich, Polen, Serbien, Slowakei und Ungarn, haben in Bulgarien, Dänemark und Norwegen Minderheitsregierungen unterstützt oder haben sich wie in Belgien und Frankreich als Rechtsparteien mit erheblichem Einfluss erwiesen. (Snyder 2017, 87). Angesichts dessen und der Erfolge der Brexit Kampagne und von Donald Trump bei der US-Präsidentschaftswahl 2016 erscheint es nicht vermessenen, aktuell vom *Zeitalter des Populismus* zu sprechen, das sich über den westlichen Demokratien liberalen Zuschnitts ausbreitet.

2.2 Rechtspopulismus als Strategie, Ideologie und Politstil

In Konkretisierung des umgangssprachlich und publizistisch äußerst heterogen angewendeten Kampfbegriffs *Populismus*, den der Duden (Online) als „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen“ definiert, wird Populismus in Anlehnung an Dieter Nohlen als negativ bewertete Politik verstanden, die der Gier nach Zustimmung folgt und dabei an Instinkte appellierend einfache Lösungen als Mittel zum Zweck

erwählt. Die „kleinen Leute“ sollen demzufolge ernst genommen und mit dem Volk direkt kommuniziert werden, wobei die Verantwortungsethik der populistischen VertreterInnen häufig als ungenügend eingestuft wird. (Nohlen 2004, 832) In Ergänzung dazu halten Decker und Lewandowski die für den Populismus so distinktive Haltung fest, nicht nur für das Volk sondern gegen herrschende Eliten aufzutreten, was bis zur Totalopposition gegen das vermeintliche Establishment führen kann. Dabei wird bewusst auf die Zustimmung relevanter Bevölkerungsteile verzichtet, was zur Inszenierung des selbstgewählten Außenseiterstatus bis hin zur Opferrolle ermächtigt und die Glaubwürdigkeit untermauert. (Decker/Lewandowski 2017, 23) Zur Legitimation ihres Politikstils führen PopulistInnen häufig den direkten Mehrheitswillen des als homogen gedachten Volkes an, „through mass gatherings, referendums, or other forms of popular democracy – without much concern for checks and balances or the rights of minorities.“ (Di Tella 1995, 985)

Um die politischen Brüche und Umbrüche, die mit dem Jahr 2016 verbunden sind, näher beleuchten zu können, ist es notwendig, den Rechtspopulismus weniger als konsistenten ideologischen Rahmen, als um eine spezifische politische Agitationsform zu erfassen. Dabei dominiert der Grundsatz *form follows function*, denn „populism cannot claim any conceptual purity of its own“ (Arditi 2007, 42). Weniger der konkret ausformulierte politische Inhalt steht im Vordergrund rechtspopulistischer Politik, sondern die durchaus als Kunstform zu verstehende *Art* der Inszenierung. Der Politologe Cas Mudde definiert Populismus in diesem Sinn als „thin-centered ideology that considers society as to be ultimately separated into two homogenous and antagonistic groups, ‚the pure people‘ and ‚the corrupt elite‘.“ Dies mache geltend, dass Politik ein Ausdruck des allgemeinen Volkswillens, des *volonté générale*, sein sollte. (Mudde 2007, 23) Für eine nähere Konzeptualisierung wird der Rechtspopulismus in Anlehnung an Kessel (2015, 5ff.) und Moffitt (2016, 17ff.) mittels dreier interdependenter Zugänge analysiert: Erstens als Strategie, zweitens als „dünne“ Ideologie oder Anti-Ideologie und drittens hinsichtlich der stilistischen und diskursiven Momente populistischer Agitation.

Rechtspopulismus als Strategie

Da sich Populismus nicht essentialistisch definieren lässt und weder historisch noch regional eine kohärente Doktrin aufweist, legt dessen programmatische Variationsbreite nahe, ihn als Strategie im politischen Wettbewerb zu erfassen. Werden dementsprechend Verfahrensweisen zur Erreichung beliebiger Ziele verstanden, so ist Populismus laut Priester (2012, 3f.) ein Set konkreter Merkmalsbestimmungen, das für unterschiedliche Kontexte adaptiert und aktualisiert wird. Kurt Weyland (2001, 14) beschreibt den Populismus in diesem Zusammenhang als

politische Strategie „through which a personalistic leader seeks or exercises government power based on direct, unmediated, uninstitutionalized support from large numbers of mostly unorganized followers.“ Das durch eine charismatische Führerfigur zur Verkörperung des „Volkswillens“ ausgerichtete Selbstverständnis gipfelt in der spezifischen Durchsetzungspolitik des Populismus, zumal nicht nur innerparteiliche Konflikte häufig undemokratisch zugunsten der autoritär agierenden Führungsspitze ausgehandelt werden, sondern auch die Repräsentation exklusiven Gesichtspunkten unterliegt: „The only important thing is the unification of the people — because the other people don't mean anything“, sagte Donald Trump, der in seinen Reden häufig zwischen seinen AnhängerInnen und dem übrigen Volk unterscheidet, bei einer Wahlkampfrede in Oregon (Trump 6.5.2016). Und UKIP-Leader Nigel Farage bezeichnete noch in der Wahlnacht den Erfolg der Brexit-Kampagne als „victory for real people, ordinary people, decent people“ (Farage 24.6.2016), was die unterlegenen Stimmen nicht nur abwertete sondern sie vom ‚wahren Volk‘ auch ausschloss.

Die Basisstrategie des Rechtspopulismus ist jene der gezielten Inklusion und Exklusion, also der Ausgrenzung. Dies wird auf der kulturellen Achse besonders deutlich, wo all jene als nicht zugehörig erachtet werden, die im Sinne des Volksbegriffs als „Fremde“ identifizierbar sind – in der Regel handelt es sich um ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten aber auch sexuelle Orientierungen oder politische Überzeugungen können Ausschlussfaktoren sein. Weitere strategische Feindbilder sind jene nationalen und internationalen Akteure und Institutionen, die als Gefährdung für die Souveränität des durch die Populisten repräsentierten *volonté générale*, der nationalen Kultur und Identität dargestellt werden. Wie diese Ausgrenzungspolitik konkret ausformuliert wird, hängt von den räumlichen und zeitlichen Bedingungen ab, zumal sich der Rechtspopulismus aufgrund seiner ideologischen Unschärfe in unterschiedlichen Kontexten als strategisch variabel erweist: In ‚Hochburgen der Offenheit‘ ist es etwa nicht ausgeschlossen, dass nationalkonservative Populismusformen strategische Kooperationen mit liberalen Inhalten eingehen, so war beispielsweise Geert Wilders‘ ideologischer Vorfahre Pim Fortuyn offen homosexuell und der UKIP-Kandidat zur Londoner Bürgermeisterwahl 2016, Peter Whittle, trotz innerparteilicher homophober Anfeindungen der einzige LGBTQ-Vertreter, der für dieses Amt kandidierte.

Weitere AutorInnen, die sich in ihren Schriften den strategischen Elementen des Populismus und dessen Organisationsstruktur widmen, heben den häufigen Ruf nach plebiszitärer Politik hervor (Barr 2009) und analysieren die Methoden des Wahlkampfes (Conniff 1999). Dieser wird in diametraler Opposition zu traditionellen Wahlparteien und durch massive Angriffe auf

die politische Konkurrenz oder Medien als besonders enge Verbindung zwischen Politik und Elektorat inszeniert. Das hat unter anderem zur Folge, dass populistische Politik strategisch tabulos ausformuliert werden kann und der Wahlkampf vor allem in sozialen Medien zunehmend radikalisiert wird. Obgleich es rechtspopulistische Politikformen vor allem in Mittel- und Osteuropa zu beachtlichen Parteien mit entsprechend verankerten Apparaten gebracht haben, treten sie in formaler Hinsicht ihrem Selbstverständnis entsprechend häufig als soziale Bewegungen auf, was – wie etwa im Falle der Brexit-Kampagnen – auch das Zusammenwirken mit außerparlamentarischen Akteuren oder Protestgruppen vereinfacht.

Rechtspopulismus als dünne Ideologie

Populismus ist, so Priester, „kein Substanz-, sondern ein Relationsbegriff.“ Seit Aristoteles versteht man unter Substanz etwas, das zu seiner Existenz keines anderen Dinges bedarf, demgemäß habe der Populismus keine Substanz im Sinne eines zentralen, nur ihm eigenen Wertesystems. (Priester 2012, 3) Der Politologe Paul Taggart definiert den Populismus als „inhärent unvollständig“, der durch sein „leeres Herz“ bestimmt ist, was gleichzeitig seine Schwäche, aber auch seine Flexibilität ausmache. (Taggart 2004, 74ff.) Populismus lässt sich auf keine kohärente Doktrin festlegen, sondern kann als zyklisches Phänomen verstanden werden, das oft mit einem Chamäleon verglichen wird, zumal es sich neuen Bezugssystemen anpasst und sich zu ihnen in eine Anti-Beziehung setzt. (Priester 2012, 3) Die äußeren Erscheinungsformen des Populismus können an unterschiedliche Inhalte, Werte und Bestrebungen angepasst und mit ihnen verbunden werden, was in weiterer Folge seine verschiedenen Erscheinungsformen determiniert. In der Konzeption von Michael Freedon (1996; 1998; 2003) – die von Abts and Rummens (2007), Fieschi (2004), Stanley (2008) und Kaltwasser (2012; 2013) weiter elaboriert wird – kann Populismus als „thin ideology“ verstanden werden. Im Gegensatz zu Ideologien wie dem Sozialismus oder Liberalismus, die als „full“ oder „thick“ bezeichnet werden, wird der Rechtspopulismus von einem sehr restriktiven, meist nationalistischen Kern und dem Fokus auf nur wenige Schlüsselkonzepte getragen. Dabei werden relevante Politikfelder entweder an eine andere „host-ideology“, etwa den Konservatismus, angelehnt oder bestimmte Inhalte nur rudimentär ausformuliert.

Auch wenn sich der Populismus, vor allem in Gestalt des Rechtspopulismus, als dünne Ideologie oder Anti-Ideologie nur in Abgrenzung zu einem gegenwärtigen Opponenten determinieren lässt, ist er durch ein ideologisches Minimum geprägt, das auf dem strategisch vorgebrachten Gegensatz von „Volk“ und „Elite“ fußt und sich oftmals in nativistischen Agenden materialisiert. Um diesen Antagonismus kulminiert ein programmatisches Geflecht aus An-

sichten, die in der Regel moralisch und nicht rational determiniert und damit in der Regel besonders simpel dargestellt werden.

Rechtspopulismus als diskursiver politischer Stil

Jan Jagers und Stefaan Walgrave analysieren den Rechtspopulismus in Anlehnung an Margaret Canovan (1981; 1999) als politischen Stil. Sie unterscheiden den ideologisch ‚dünnen‘ vom ‚dicken‘ Populismus, wobei sie ersteren als einen „political communication style of political actors that refers to the people“ definieren. (Jagers/Walgrave 2007, 322) Populismus wird in diesem Sinne als Kommunikationsrahmen erfasst, der das Volk anruft, sich mit ihm identifiziert und gleichzeitig vorgibt, in seinem Namen zu sprechen: „It is a master frame, a way to wrap up all kinds of issues. More concretely, populism is a conspicuous exhibition of closeness to (ordinary) citizens.“ (ebda.) Diese Selbstinszenierung kann verschiedene Formen annehmen – von einer legeren bis umgangssprachlichen Rhetorik über Körpersprache bis etwa zu traditionell volkstümlicher Kleidung. Die wichtigste Komponente des politischen Stils ist jedoch der Gehalt des Diskurses sowie das Geschick, die Sprache und Inhalt am Publikum auszurichten: „Consequently, we understand thin populism as displaying closeness to the people simply by talking about the people.“ (ebda. 323) Der populistische Kommunikationsstil betont die Souveränität und den Gemeinwillen des Volkes durch die permanente Anrufung des *vox populi* in Form der „WählerInnen“, der „SteuerzahlerInnen“, der „MitbürgerInnen“.

Mit den performativen und ästhetischen Aspekten des Populismus beschäftigt sich auch Benjamin Moffitt (2016, 49f.), der sich ganz bewusst den *stylistic characteristics* an der Oberfläche widmet, zumal Politik zunehmend „‘stylised‘, mediatised and spectacular“ sei. Moffitt erfasst den Populismus in dieser Linie als Frage des politischen Stils, wobei die drei Schlüsselaspekte „*appeal to ‘the people’ versus ‘the elite’; ‘bad manners’; and crisis, breakdown or threat*“ ausmachen. (ebda. 29) Populismus gehe so mit der Vereinfachung des politischen Diskurses, dem „neat us-against them antagonism“ und der „sound-bite solution“ einher. (Moffitt/Tormey 2013, 387) Typisch für diese Stilistik sind simplifizierende schwarz-weiß Darstellungen, die oftmals in Form von gut-böse Dichotomien realisiert werden, sowie die Dramatisierung von Problemlagen, die zu “distrust of the complex machinery of modern governance and the complicated nature of policy solutions” (Moffitt 2016, 45) zugespitzt werden.

In elaborierter, meist radikaler Ausführung wird dieser ressentimentgeladene Stil an der strategisch formulierten Antipolitik (Diehl 2011, 35f.) ausgerichtet, die von Provokationen, Emotionalisierung und Angstmake gezeichnet ist (Wolf 2017, 8). Populisten mobilisieren auf diese Weise vor allem bildungsferne, oftmals politikverdrossene Teile der Bevölkerung, die

sich vom politischen System abgewandt haben und es für ein korruptes, schmutziges Geschäft halten. Das Auftreten als antipolitische Sprachrohre des einfachen Volkes und Seismografen des *Common Sense* setzt dabei bewusst auf einfach gehaltene, oft aggressiv anmutende Rhetorik und lässt sich durch den geringen Gebrauch von Fremdwörtern und hypertaktischen Konstruktionen charakterisieren, wie es etwa bei der als „einfache“ Hausfrau auftretenden Pia Kjaersgaard der Dänischen Volkspartei und dem italienischen Wirtschafts- und Medienmogul Silvio Berlusconi – „Ich bin kein Politiker, ich kümmere mich nicht um Kritik. Ich sage das, was die Leute denken.“ (zit. nach Tonelli 2005) – der Fall war. In diese Kategorie fällt auch Donald Trump, der sich beim Nominierungsparteitag der Republikaner im Sommer 2016 beinahe archetypisch als Stimme des vielzitierten kleinen Mannens gab: „I have met all across this nation that have been neglected, ignored, and abandoned. [...] These are people who work hard but no longer have a voice. I AM YOUR VOICE.“ (Trump 21.7.2016)

Merkmale des Rechtspopulismus

Nachdem ein grundlegender Analyserahmen des Populismus-Begriffs aus der wissenschaftlichen Literatur abgeleitet werden konnte, liegt es im nächsten Schritt daran, den Rechtspopulismus und seine ihn konstituierenden Merkmale für die weitere Vorgehensweise zu determinieren. Dabei, so wird vorgeschlagen, handelt es sich um einen politischen Stil, der spezifische Strategien und Inhalte sowie Formen der Rhetorik, Agitation und Distribution aber keine festgelegte Ideologie umfasst und sich *grosso modo* auf acht Eckpfeiler stützt:

Erstens wird der Rechtspopulismus durch sein *charakteristisch schizophrenes Gleichheitsverständnis* determiniert. Dies evoziert eine Haltung, die das sogenannte „einfache“, oftmals „reine“ Volk, das romantisch überhöht als Adressat und Grundlage eines als homogen imaginierten, identitätsstiftenden Ideals verklärt wird, zum einen gegen „korrupte“ und „volksferne“ ökonomische, soziale und politische Eliten in Stellung bringt. Zum anderen wird das Volk gegen „auffällig Andersgeartete“ – um im Duktus von Max Weber (2009, 41) zu argumentieren – abgegrenzt, wobei dem Islam, der oftmals mit Islamismus gleichgesetzt wird, besondere Ablehnung entgegengebracht wird. Es entsteht ein hierarchisierter anti-egalitärer Kampf gegen oben, unten und außen, der in der Negation von Multikulturalismus und Multiethnizität in Form der Ablehnung des globalisierten Establishments, das sich vorgeblich für Flüchtlinge und AsylwerberInnen einsetzt, zusammengeführt wird.

Zweitens ist für den Rechtspopulismus die *Berufung auf den Common Sense*, den vielzitierten gesunden Menschenverstand, charakteristisch, der dem eigenen Volk, nicht jedoch den herrschenden Eliten zugeschrieben wird. Dabei werden häufig unterschiedliche Bereiche einer

simplifizierenden Gleichsetzung unterzogen, wie etwa Familie und Nation oder privater und staatlicher Haushalt. Was demzufolge im betriebswirtschaftlichen Bereich als erfolgsversprechend gilt, könne im politisch-öffentlichen Bereich nicht verkehrt sein – der Staat solle wie ein Unternehmen geführt werden.

Drittens ist das *Auftreten als Bewegung* oder Pseudobewegung mit Kadercharakter kennzeichnend für die Organisationsform des Rechtspopulismus, dessen Entstehungshintergrund oft mit gesellschaftlichen Modernisierungskrisen einhergeht. Auf diese Weise kann die demonstrative Ablehnung traditioneller Parteien vollzogen werden, wobei die charismatische Führerfigur als Vollstrecker des Volkswillens mitunter messianisch überhöht wird.

Viertens ist die *Unterminierung der repräsentativen Demokratie* hervorzuheben: Der Ruf nach permanenter Mobilisierung durch direkte Volksbeteiligung ist vom Hang zu radikalen, oft illiberalen weil antipluralistischen Lösungsstrategien gekennzeichnet. Die Negation von politischen und sozialen Ausgleichsmechanismen kann zu heiklen demokratiepolitischen Gegensätzen wie Totalopposition oder Alleinregierung erwachsen.

Fünftens ist dem Rechtspopulismus ein besonders nahbarer, *symbolisch aufgeladener Diskurs* eigen, der den Alleinvertretungsanspruch des Volkes von politischen Mitwerbern abgrenzt. Dazu zählen neben einer meist einfach gehaltenen Rhetorik, diskursiver und inhaltlicher Komplexitätsreduktion, überzeichnete Zuspitzungen und Provokationen bis hin zu Anti-Intellektualismus und Faktenverachtung, auch ein mitunter volkstümlicher Kleidungsstil, spezifische Gesten, die etwa im Rahmen von Bierzeltauftritten oder als Dauerwahlkampf inszeniert, besonders volksaffin aufgefasst werden sollen.

Sechstens ist für rechtspopulistische Agitation eine Form der Antipolitik prägend, die als *Strategie des Tabubruchs* gekennzeichnet werden kann. Wichtige Elemente sind dabei die mitunter dramatische Verachtung und Anfeindung politischer Normen und Institutionen, der Hang zu Unehrllichkeit bis hin zu Verschwörungstheorien und die Tendenz zur Moralisierung politischer Diskurse unter bewusster Emotionalisierung und Angstmake. Abgelehnt wird vor allem die Political Correctness als Distinktionsmerkmal der politischen und sozialen Elite. Im Falle politischen Versagens oder strafrechtlicher Inkriminierung wird häufig die Verantwortlichkeit externalisiert oder als „zu erfolgreiche Politik für das Volk“ umcodiert.

Siebtens wird der Neigung zu diskursivem Nihilismus sowie den Ängsten vor Dekadenz durch *national-konservative Ideale* als Gesellschaftsideologie begegnet. Die politische und soziale Behauptung, früher sei alles besser, weil verständlicher gewesen, wird mit dem Funktionieren der politischen Ordnung auf nationalstaatlicher Ebene gegen internationale und in-

tergouvernementale Entitäten ins Feld gebracht. Oftmals wird diese romantisierte, regressive Utopie (altgriechisch: Nicht-Ort) auf ein zerfallenes Empire projiziert, das in dieser Form – nostalgisch imaginiert und museal verklärt – nur in den Erzählungen der Populisten existiert.

Achtens ist der Rechtspopulismus von *Radikalität* gekennzeichnet, die in gesteigerter Form in Denunziation, Allmachtansprüchen und maskulinen Gewaltfantasien gipfeln kann. Die Verwendung von biologistischen, sexistischen und rassistischen Kampf- und Kriegsmetaphern sowie die mitunter physische Ausnutzung des gruppodynamischen Moments bei Veranstaltungen zeigen in äußerster Form die Nähe des Rechtspopulismus zum Rechtsextremismus.

2.3 Demokratiekonzeption

Um die Strategien, Inhalte und Agitationsformen der Rechtspopulisten zu analysieren, gilt es, ein inklusives Demokratieverständnis zu erarbeiten, um nachvollziehen zu können, was die Voraussetzungen der Kampagnen von 2016 sind, warum sie erfolgreich sein konnten und welche Folgen daraus abzuleiten sind. Denn: „Populismustheorie [ist] notwendigerweise Demokratietheorie“ (Müller 2016, 14)

Der Begriff *Demokratie*, verstanden als Organisationsprinzip politischer Gemeinwesen, wird ähnlich wie der Populismus-Begriff in der politischen und wissenschaftlichen Praxis oftmals unpräzise und meist sehr heterogen verwendet. (Frevel 2004, 57) Als prononcierte Definition hat sich diesbezüglich jene von Abraham Lincoln (2002, 184) etabliert, die das Primat der Volkssouveränität unterstreicht: “Democracy is the government of the people, by the people, for the people”. Basierend auf unterschiedlichen Kulturen, Traditionen und nationalen Rahmenbedingungen unterscheiden Marc Bühlmann et al. (2012, 117ff.) drei archetypische Demokratie-Modelle: Aus *minimalistischer Perspektive* wird Demokratie in Anlehnung an John Locke, John Stuart Mill und Max Weber erstens als Beteiligungsform verstanden, die individuelle Freiheitsrechte durch Wahlen schützt, über diese aber nicht hinausgeht. Etwas umfassender ist zweitens eine *mittlere Perspektive*, die als partizipatorische Konzeption von Demokratie athenischer Prägung, vertreten etwa durch Jean-Jacques Rousseau sowie Benjamin Barber und Jürgen Habermas, verstanden wird. Politische Entscheidungen werden demgemäß als Produkt möglichst deliberativer Prozesse erfasst, die Selbstentfaltung, politisches Interesse und Integration erfordern. Schließlich werden drittens in der *maximalen Perspektive* die politisch-liberalen Elemente der ersten beiden Perspektiven aufgenommen und um die soziale, ökonomische und kulturelle Geltungssphäre erweitert. Diskurse um erforderliche In- und Output-Faktoren sowie Performanz werden so im Sinne der Gerechtigkeit in die Demokra-

tiedefinition, die auf John Rawls (1971) *A Theory of Justice* und Thomas Meyers (2005) *Theorie der sozialen Demokratie* aufbaut, einbezogen.

Um den Populismus rund um Brexit und Trump in all seinen Facetten erfassen zu können, wird in weiterer Folge ein umfassender Demokratiebegriﬀ entwickelt, der auf den Komponenten des partizipativen Demokratie-Konzepts fußt und ihn mit Elementen der maximalen Perspektive verbindet. Determiniert wird diese Kombination durch die drei demokratietheoretischen Dimensionen, die *politisch-institutionelle* und die sie erweiternde *sozioökonomische* und *soziokulturelle* Dimension, die dem politischen System idealtypisch Effektivität, Legitimität und Stabilität verleihen.⁵

Dimensionen der Demokratie			
Politisch-institutionell			Sozioökonomisch und soziokulturell
Freiheit	Kontrolle	Gleichheit	Umfassendes Demokratieverständnis: Soziales, Ökonomie, Bildung, Gesundheit, Ökologie, Gender, Identität, Geschichte etc. Diskurs um <i>Voraussetzungen</i> und <i>Performanz</i> der Demokratie
Individuelle Freiheit	Wettbewerb	Transparenz	
Rechtsstaatlichkeit	Gewaltkontrolle	Partizipation	
Öffentlichkeit	Regierungsfähigkeit	Repräsentation	

***Politisch-institutionelle* Dimension der Demokratie**

Ausgangspunkt der *politisch-institutionellen* Dimension ist das trianguläre Demokratiekonzept von Hans-Joachim Lauth (2004, 32-101), demzufolge die Institutionen demokratischer Systeme zwischen den interdependenten Grundprinzipien *Freiheit* und *Gleichheit* durch die *Kontrolle* eine Balance bilden. Aufbauend auf diesen drei Grundprinzipien werden in Anlehnung an Bühlmann et al. (2012, 118ff.) neun Funktionen abgeleitet, deren Voraussetzungen für die liberale Demokratie obligatorisch sind.

Erstens bezieht sich die *Freiheit*, untergliedert in *individuelle Freiheit*, *Rechtsstaatlichkeit* und *Öffentlichkeit*, auf den Schutz der BürgerInnen vor illegitimen Übergriffen, körperliche Integrität, Selbstbestimmung, Versammlungs- und Religionsfreiheit sowie des das Recht auf Eigentum. Demokratie ohne Freiheit wird als „contradiction in terms“ (Beetham 2004, 62) bezeichnet, weshalb nicht die Volkssouveränität, sondern der Verfassungs- und Rechtsstaat die Gleichheit vor dem Gesetz, Menschenrechte, Meinungs- und Pressefreiheit garantieren_und

⁵ Die hier in aller Kürze angeführten Überlegungen zur Demokratiekonzeption basieren auf der demokratietheoretischen Analyse des Korruptionsfalles der Kärntner HYPO-Landesbank, die sich rund um den österreichischen Populisten Jörg Haider zugetragen haben. Für eine detaillierte Ausarbeitung des umfassenden Demokratiekonzepts siehe Lidl/Sapper (2014).

die Arbeit zivilgesellschaftlicher Akteure, von Gewerkschaften sowie Nicht-Regierungs-Organisationen schützt.

Zweitens bedingt die politische *Gleichheit* die rechtliche Gleichbehandlung und Chancengleichheit aller Individuen im politischen Prozess. Unter dem Prinzip der *Gleichheit* werden von Bühlmann et al. die Funktionen *Transparenz*, *Partizipation* und *Repräsentation* subsumiert. Dazu zählen etwa Korruptionsfreiheit, offene Kommunikation und Informationsfreiheit; das Recht auf politische Teilhabe durch Wahlen, Petitionen und Demonstrationen sowie der Interessensausgleich mit ethnischen Minoritäten oder Genderaspekte.

Die *Kontrolle*, unterteilt in *Wettbewerb*, *Gewaltkontrolle* und *Regierungsfähigkeit*, dient schließlich sowohl der Machtbeschränkung politischer MandatarInnen durch die Zivilgesellschaft als auch politischer Institutionen. Voraussetzung dafür ist die verfassungsgemäße Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative, um Machtmissbrauch vorzubeugen, wobei die Erfüllung der jeweiligen Mandate nur durch den öffentlichen Willen und rechtsstaatliche Grundsätze beschränkt werden dürfen.

Sozioökonomische und soziokulturelle Dimensionen der Demokratie

Die *politisch-institutionelle* Demokratiekonzeption wird in einem zweiten Schritt um die *sozioökonomische* und die *soziokulturelle* Dimension erweitert, um ein umfassendes, inklusives Demokratieverständnis zu gewinnen und den transatlantischen Rechtspopulismus auch in jenen Facetten erfassen zu können, die über Wolfgang Merkels (2004a) Konzept der *embedded democracy* hinausreichen. Gerade die Wahlen im Jahr 2016 haben gezeigt, dass die blinden Flecken des liberalen Diskurses über den Populismus zu beachten sind (Jörke 2016), weil die allzu bequeme Reduktion des Demokratiebegriffs auf die Wahldemokratie unter Vernachlässigung der gesellschaftlichen Ebene zu kurz greift, zumal zentrale demokratietheoretische Topoi wie Macht und politische Kultur aber auch ökonomische, soziale und kulturelle Verhältnisse nicht oder nur unzulänglich erfasst würden. Anders formuliert: Wer Neoliberalismus, Globalisierung und Identitätspolitik in ihrer Kapazität und Krisenhaftigkeit für die Demokratie zugunsten eines hilflosen liberalen Moralismus außer Acht lässt, wird am Phänomen des Rechtspopulismus analytisch wie politisch scheitern.

Darum werden in Anlehnung an Sodaro und Collinwood (2004, 207–220) neben der Volkssouveränität, den Rechten und Freiheiten auch demokratische Werte und ökonomische Aspekte in die Demokratiekonzeption einbezogen, deren sozioökonomische wie soziokulturelle Ausgestaltung die Kriterien der Fairness und Gleichheit bedingt. Ähnlich argumentiert Guillermo O'Donnell (2004), für dessen Theorieansatz Demokratiequalität aus der Wechselwir-

kung von „human development“ und „human rights“ generiert wird, wobei sich letztere in „civil rights“, „political rights“ und „social rights“ ausdifferenzieren. (ebda. 47) Diese Überlegungen fußen auf der Annahme, dass es soziale und ökonomische Mindeststandards erfordert, um demokratische Legitimität zu genießen. Die sozioökonomische und soziokulturelle Geltungssphäre determinieren die Voraussetzungen, die für faire und freie Partizipation erfüllt sein müssen und werden vice versa zum Ziel des demokratischen Agierens durch die Etablierung sozialer Rechte, die Reduktion sozioökonomischer Ungleichheit und kultureller Entfaltungsmöglichkeit. *Freiheit*, *Gleichheit* und *Kontrolle* werden somit als substanzielle, demokratieinhärente Werte verstanden, die über die Positionen der *politisch-institutionellen* Dimension hinausgreifen. Die drei Dimensionen der Demokratie sind daher mitnichten als getrennte, voneinander unabhängige Entitäten zu erfassen, vielmehr bedingen und konstituieren sie einander und bilden wechselseitige Interdependenzen aus. (Lidl/Sapper 2014, 6f.)

Das vorliegende Demokratiekonzept fokussiert einerseits auf die Entstehungsprozesse der Demokratie, andererseits auf die Auswirkung und Verantwortung des demokratischen Systems: „Damit werden sowohl Aspekte der Organisation und Ausübung von Macht, Herrschaft und Konsens, der Distribution von Wohlstand sowie der Bildung und der Gesundheit ventiliert, ethnische und kulturelle *cleavages* thematisiert und Fragen nach der Dauerhaftigkeit und Stabilität der Demokratie zur Disposition gestellt.“ (ebda. 8) Obligatorisch für die Legitimität und Stabilität – das umfasst in gleichem Ausmaß die sozioökonomische, kulturelle und ökologische Sphäre – ist die nachhaltige, egalitäre Entwicklung des demokratischen Systems zum Wohle aller. Gerät dieser Grundsatz ins Hintertreffen, wie es aktuell durch mannigfaltige Krisentendenzen der Fall ist, entstehen Leerräume im *politisch-institutionellen* wie *sozioökonomischen* Bereich, die vom Rechtspopulismus zu Lasten der Demokratie ausgefüllt werden.

2.4 Der Rechtspopulismus als Krisensymptom

„Populism gets its impetus from the perception of crisis, breakdown or threat“, schreibt Moffitt (2016, 45) in Anlehnung an Taggart (2000) und fasst damit zusammen, was in zahlreichen Publikationen als gesellschaftliche Entstehungshintergründe des Rechtspopulismus aufgefasst wird: Ein „Phänomen gesellschaftlicher Modernisierungskrisen“ im Zuge von „Wert- und Orientierungsverlust“ (Decker/Lewandowsky 2017, 23) oder „einer allgemeinen Ernüchterung“ (Dorna 2003) aufgrund eines demokratischen Defizits, das sich zum „Gefühl der Machtlosigkeit“ (Priester 2012, 8) steigert. Es sind Verlustängste, die ökonomisch als Statusangst erfahrbar und kulturell als Entfremdungsperzeption vermittelt werden, wobei die Zukunftsunsicherheit auf Fehlleistungen der politischen Institutionen zurückgeführt werden.

Benjamin Opratko analysiert diese Verwerfungen im Duktus Antonio Gramscis als Hegemoniekrise, wonach das alte System zu Grunde gehe, das neue aber nicht zur Welt komme. Rechtspopulismus werde so zur „Krankheitserscheinung“ – die Menschen sind nicht mehr so zu führen wie früher. Rechtspopulistische Politik, die diese spürbaren Erfahrungen und Verwerfungen instrumentalisiert, fungiert als „Affektableiter und Identitätsstifter qua Ausgrenzung“. (Opratko 2017, 124) Dem Rechtspopulismus zugrunde liegen Krisenkomplexe des neoliberalen Wirtschafts- und globalen Gesellschaftssystems, wahlweise auch als „multiple Krise“ bezeichnet (Bader et al. 2011), die durch den Versuch der Subjektivierung bearbeitet werden – mit evidenten Folgen für die liberale Demokratie.

Die materielle und gesellschaftliche Basis der Krise

Denn die materielle Basis der liberalen Demokratie wurde durch systematische Krisen des Finanzmarktkapitalismus infolge von Überakkumulation, Nachfragerückgang und Blasenbildung sowie durch die Verschärfung der traditionellen Arbeits- und Sozialstrukturen durch Technisierung, Finanzialisierung und Globalisierung immer weiter unterminiert. Seit den 1970er Jahren hat das Primat der neoliberalen Politik durch Deregulierungen der Finanzplätze, Privatisierung und die Ausrichtung der Wirtschaft auf Wettbewerbsfähigkeit zu sinkenden Lohnquoten, Massenentlassungen, Schwächung der Gewerkschaften und eine rigide Austeritätspolitik zum Rückbau des Sozialstaates und damit zum globalen Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich geführt. (Demirović/Sablowski 2012; Stützle 2013, 305ff.) Sozioökonomisch geraten die Menschen zunehmend unter Druck, während von ihnen immer mehr abverlangt wird: Zukunftspessimismus wird zur Volksneurose und immer mehr abgehängte und statusunsichere Schichten fürchteten sich vor erlebtem und perzipiertem Abstieg.

In Folge des krisenhaften Wirtschaftssystems geraten auch Arbeits-, Lebens- und Geschlechterverhältnisse, Bildung und Stadtentwicklung in Schieflage. Arbeitszeitverlängerungen, Belastungen von Familien und unbezahlte Reproduktionsarbeit, meist von Frauen verrichtet, treffen untere und mittlere Klassen immer stärker und führen zu evidenten Krisentendenzen der sozialen Sphäre. Frustration und Konflikte führen dabei zu Ressentiments gegen das politische System und werden zu einem Leistungsanspruch überhöht, der sich oftmals gegen jene richtet, die ethnisch oder kulturell nicht dem Volk zugeschrieben werden und vermeintlich leistungsfrei leben. Zusätzlich führen die globalen Wander- und Fluchtbewegungen als Folge von Krieg, Vertreibung und Klimakrise zu sozialen Dispositionen in den Gesellschaften: Die Aufnahme, Inklusion und Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen verschiedener Herkunft wird zur sozialen und damit demokratischen Frage, der immer stärker mit Antipathie,

Xenophobie und Rassismus begegnet wird – auch weil die Weltgemeinschaft und ganz besonders die Europäische Union nicht in der Lage ist, solidarische Antworten zu finden.

Die Krise der liberalen Demokratie

Die liberale Demokratie befand sich schon vor dem Jahr 2016 in der Krise: Bernard Manin beschrieb bereits 1997 (218ff.) die „Zuschauerdemokratie“, Merkel (2004b) die „defekte Demokratie“, Wolfgang Streeck (2013, 241) bemängelt die „Fassadendemokratie“, Ingolfur Blühdorn (2013) kritisiert die „simulative“ und Danny Michelsen und Franz Walter (2013) die „unpolitische“ Demokratie. Peter Mair (2013) und viele andere weisen darauf hin, dass die Krise der repräsentativen Demokratie durch niedrige Wahlbeteiligung vor allem unter jüngeren und sozioökonomisch schwächeren Wählerschichten bei zunehmend volatilem Wahlverhalten durch fehlendes Vertrauen in politische Parteien und Eliten sowie Passivität im politischen Prozess determiniert werden. ‚Postdemokratisch‘ sind diese Zustände insofern, als politische Formen zwar weitgehend erhalten bleiben, Entscheidungsprozesse und Deliberation aber entdemokratisiert werden, während Wahlen zu reinen Spektakeln verkommen. (Crouch 2004) Der Staat wird zunehmend auf die Wirtschaft ausgerichtet, für soziale und kulturelle Ausgleichsmechanismen gibt es unter der neoliberalen Doktrin keinen Platz (Bader et al. 2011, 22), da Sachzwänge, wie etwa die Vergesellschaftung der Schulden von Finanzmarktakteuren in Gestalt des „neuen Konstitutionalismus“ (Gill 2000, 24), als alternativlos argumentiert werden.

Die liberale Demokratie gerät so weltweit immer stärker unter Druck: Der *Freedom House Index* verzeichnete für das Jahr 2016 einen Rückgang der *political rights* und *civil liberties* in 64 Ländern, während sich die Daten für nur 35 Länder verbessert haben – es war das elfte aufeinanderfolgende Jahr, in dem die Verschlechterungen die Verbesserungen überstiegen. Dies zeigt sich zum einen durch Prozesse im Inneren westlicher Demokratien, wo das Bekenntnis zur liberalen Demokratie gerade in Ländern mit langer demokratischer Tradition wie den USA und Großbritannien – von Robert Foa und Yascha Mounk (2017) als „Signs of Deconsolidation“ bezeichnet – vor allem unter jungen Menschen (ebda. 6) zunehmend schwindet. Zum anderen spitzen sich auch die äußeren Verhältnisse zu, weil Staaten wie die einstige lateinamerikanische Vorzeigedemokratie Venezuela (Coronel 2008), die „gelenkte Demokratie“ Russlands unter Vladimir Putin oder die Türkei unter Recep Tayyip Erdoğan immer autoritärer regiert werden. Letztere üben eine besondere Anziehungskraft auf Transformationsdemokratien innerhalb der Europäischen Union wie Polen oder Ungarn aus, die sich Zug um Zug ihrer demokratischen Institutionen entledigen und Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeit und

Wettbewerb einschränken. Viktor Orban (2014) selbst hält fest, „the new state that we are constructing in Hungary is an illiberal state, a non-liberal state.“

2.5 Das Verhältnis von liberaler Demokratie und Rechtspopulismus

Wird der Rechtspopulismus als Folge demokratischer Krisen erfasst, muss *vice versa* auch der Frage nachgegangen werden, ob und inwiefern der Populismus zur demokratischen Reform des politisch-institutionellen Systems taugt: Ist der Populismus ein hilfreiches Korrektiv oder eine Gefahr für die Demokratie? (Decker 2006; Hartleb 2012; Kodalle/Achatz 2012) Prominente Fürsprecher für Ersteres lassen sich dabei durchaus benennen: Jerzy Maćków (2017) ist etwa der Meinung, „Populismus ist seinem Wesen nach ur-demokratisch“ und stärke demzufolge die Demokratie. Hans-Jörg Hennecke (2003, 161f.) ist sich zwar sicher, dass Populisten über das Ziel hinausschießen mögen und fragwürdige Positionen vertreten, „dennoch kann ihnen eine kritische und aufklärende Funktion für das politische System zukommen, indem sie es zur inhaltlichen Reaktion und Auseinandersetzung, nicht selten auch zur Selbstkorrektur zwingen.“ Lothar Probsts (2001, 13) Argumentation, „Demokratie braucht Populismus“, lässt sich auch linguistisch nähren, sind doch *populus* und *demos* semantisch nur schwer gegeneinander in Stellung zu bringen: Wo Demokratie ist, ist deshalb auch immer Populismus. (Cannon 1999) Oder, wie Botho Strauß (2004, 77 f.) zuspitzt, besagt es wenig, wenn man bei der Bezeichnung des Souveräns vom Griechischen ins Lateinische wechselt, „der *demos* ist nicht besser als der *populus*. Und der Populist ist lediglich ein ungeschminkter Demokrat.“

Populismus – Kein demokratisches Korrektiv

Dem hier nahegelegten Verständnis, Populismus als elementaren Bestandteil oder gar notwendiges Korrektiv der Demokratie zu erfassen, kann in weiterer Folge nicht entsprochen werden. Die dargelegten Implikationen des Rechtspopulismus, der spätestens 2016 auch in der westlichen Hemisphäre die Geschicke der Politik übernommen hat, können bei einer umfassenden Definition von Demokratie nur als im höchsten Maße nachteilig für nämliche begriffen werden. Grund dafür ist dessen antipluralistische Agitation, die mit demokratischen Diskursen und Inhalten wie der Frage nach *Partizipation* nicht vereinbar ist. Zur Identität des Populismus zählt es, wie oben dargelegt, das „wahre“ Volk, welches imaginiert und romantisch überhöht als einheitlich und rein dargestellt wird, von jenen zu scheiden, die sozial, kulturell oder ethnisch nicht zum Volkskörper gezählt werden: Eliten, AusländerInnen, politische GegnerInnen oder andere, oftmals gar als „Feinde des Volkes“ titulierte Persönlichkeiten oder Gruppen, werden als illegitim abgestempelt. Die populistische Rhetorik, die in ihrer Zielvorstellung auch faktisch ein homogenes Volk antizipiert, negiert so bewusst demokratische

Vielfalt und gesellschaftliche Lebensformen gleichsam wie jene Identitäten, die nicht mit populistischen Inhalten in Einklang zu bringen sind. Die gezielte Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager wird durch Slogans wie „Wir sind das Volk, wer seid ihr?“ unterstrichen, die Aufschluss über die als absolut verstandene Umsetzung des konstruierten Volksbegriffs geben, der tatsächlich häufig von charismatischen Führerfiguren geformt und getragen wird. Die Folge ist ein antidemokratischer Alleinvertretungsanspruch, der vielmehr moralischen, als empirischen Ursprungs ist (Müller 2016, 26) und „beansprucht, demokratischen Willen, ohne demokratische Formen zum Ausdruck zu bringen“ (Möllers 2009, 33).

Die Ablehnung der repräsentativen Demokratie

Populisten geben zwar vor, das wahre Volk, oft als die schweigende Mehrheit bezeichnet, zu verkörpern und dessen Willen zu vollstrecken, in Wahrheit werden aber jene demokratischen Institutionen diskreditiert, die nicht unter ihrer Kontrolle stehen. Darunter zählt zu allererst das Parlament, das Zentrum der politischen *Repräsentation* und „Schutzschild der Demokratie gegen den Populismus“ (Dahrendorf 2007). Während die parlamentarische Demokratie einen Ort des politischen Ausgleichs konkurrierender Meinungen bedeutet, an dem nach langer, harter Debatte Kompromissbereitschaft zu gemeinsamen, oft überparteilichen Lösungen führt, negiert der Populismus diese dynamischen Prozesse und trachtet unmittelbar durch das Volk, oft in Antizipation eines direkten Mandates, zu regieren. Kritisiert werden dabei weniger die fehlenden Partizipationsmöglichkeiten der BürgerInnen als vielmehr die amtierenden RepräsentantInnen, die vorgeblich die Interessen der Bevölkerung gar nicht (mehr) vertreten. (Müller 2016, 44f.) Der vermeintlich wahre Volkswille allerdings ist, wie Müller festhält, a priori gar nicht feststellbar, sondern, wenn überhaupt, immer erst nach Wahlen ableitbar. Die beanspruchte Totalität, die Symbiose von Volk und Führer, ist somit immer Fiktion, weshalb Populisten in der Opposition häufig parlamentarische Abläufe diffamieren oder – wie etwa durch demonstrative Abwesenheit – gezielt unterlaufen. (ebda. 62f.)

Während Rechtspopulisten in der Oppositionsrolle auf Agitation durch Radikalrhetorik setzen, materialisieren sich ihre Angriffe auf liberal-demokratische Normen und Institution in der Regierungsverantwortung in konkrete Politikagenden: Legitimiert durch Wahlsiege wird der für sich beanspruchte Volkswille gegen den Verfassungsstaat in Disposition gebracht, was zu Verwerfungen jener demokratischen Entitäten führt, die konstitutiv für die repräsentative Demokratie sind. Unter Druck geraten damit etwa der politische *Wettbewerb*, die *Rechtsstaatlichkeit*, *Öffentlichkeit*, *Transparenz* und *Gewaltentrennung*. Konkret werden unter dem häufig vorgebrachten Vorwand „The Government must be able to act“ (Galston 2017, 30) Maß-

nahmen gesetzt, die gegen jene gerichtet sind, die nicht dem Volk zugeschrieben werden: Dies manifestiert sich etwa in der politischen „Umfärbung“ hoher Posten im Staat, der Beschneidung parlamentarischer Rechte der Opposition, durch Zurückdrängung von Minderheitenrechten, der Zivilgesellschaft und der Presse sowie durch Angriffe auf Verfassungsgerichte. Die antipluralistischen Grundprinzipien des Populismus werden so in klientelistischer Manier im Staatswesen und nach dem Óscar Benavides zugeschriebenen Motto „For my friends everything, for my enemies the law“ institutionell verankert.

Der Kampf um die Verfassung: Effizienz statt Konkordanz

Die Verfassung wird so zum Ziel populistischer Regierungspolitik, die die Revision des politischen Systems anstrebt. Damit geht der Anspruch einher, die Verfassung an den vorgeblich ursprünglichen und einheitlichen Volkswillen auszurichten. So hat beispielsweise Jörg Haider von der Dritten Republik in Österreich geträumt und die Brüder Kaczynski wollten in Polen die Vierte Republik errichten, während Orban 2011 und Erdogan 2017 Verfassungen mit antipluralistischen Grundprinzipien durchsetzen konnten. Diese Verfassungstransformationen führen zu einer Aushöhlung der Demokratie, aber nicht zu deren Auflösung. Die liberale Demokratie wird zur Effizienzdemokratie, die den Populisten das Durchregieren ermöglicht. Damit werden der politische und kulturelle Liberalismus zunehmend ausgeschaltet, während die Institutionen der Demokratie zwar beschnitten werden, formal aber erhalten bleiben: Verfassungen, Gewaltentrennung, Parlamente und dergleichen existieren weiterhin, die demokratischen Prozesse und Abläufe sind aber oftmals nicht mehr frei und damit fair, wie etwa die Wahlen in der Türkei oder Russland zeigen. Anstelle des politischen *Wettbewerbs* repräsentativer Demokratien treten direkte Formen der Beteiligung in Kampagnen-Form wie Massenkundgebungen, Demonstrationen oder Volksabstimmungen in den Vordergrund. Sie werden nicht *bottom up* von den BürgerInnen, sondern *top down* von den regierenden Populisten eingesetzt und folgen deren binärer antipluralistischen Logik. Die Regierung bringt damit unter Vorgabe und Kontrolle des Diskurses das Volk gegen andere politische oder äußere Feinde in Stellung, wie etwa in Ungarn, wo Viktor Orban 2016 unter enormem Aufwand und brachialer antieuropäischer Agitation mittels Referendum über die Aufnahme von 1.294 Flüchtlingen abstimmen ließ (Die Zeit 2016a). Die *Partizipation* des Elektorats wird so zum Hohn demokratischer Legitimität.

Die Art und Weise der fortwährenden Anrufung und damit Dauermobilisierung des Volkes durch die Rechtspopulisten vergiftet den demokratischen Diskurs, zumal jener zunehmend national-chauvinistisch überhöht, maskulin geprägt sowie von Tabubrüchen, Verschwörungs-

theorien und Intellektuellenfeindlichkeit durchzogen ist: rassistische, sexistische, xenophobe und wahlweise antisemitische oder antimuslimische Ressentiments werden von Populisten gezielt eingesetzt, um politische und damit demokratische Usancen zu brechen. Damit verschwimmt – und das erweist sich als besonders problematisch – auch die Abgrenzung zum Rechtsextremismus (Jesse/Panreck 2017, 59f.), wie das beim Brexit am Rande und bei der Trump-Wahl deutlich prominenter zu beobachten war.

2.6 Zwischenfazit

Aus den umfassenden Reflexionen über den Begriff und die politischen Implikationen des „Rechtspopulismus“ erscheint es angemessen, in aller Kürze die zentralen Aspekte des Konzepts festzuhalten und darzulegen, welche Überlegungen für die weitere Analyse der rechtspopulistischen Kampagnen im Vereinigten Königreich sowie den Vereinigten Staaten zentral sind. So zählt zu den elementaren Wesensmerkmalen des Rechtspopulismus jedenfalls sein dichotomes Gleichheitsverständnis, demzufolge die Gesellschaft in zwei antagonistische Gruppen geteilt wird – hier das affirmierte „reine“, „ursprüngliche“ Volk, dort die abgegrenzten volksfremden Gruppen und Eliten. Typisch sind ferner das Auftreten als Bewegung, um Modernisierung oder Abgrenzung von traditionellen Parteien zu suggerieren während politisch regressive Ideale dominieren, ein symbolisch in besonderem Maße aufgeladener, meist einfacher Diskurs sowie die damit verbundene Anrufung des *Common Sense*, um besonders volksverbunden zu erscheinen. Dabei werden nicht nur gezielt Tabus gebrochen, um sich abermals vom negativ bewerteten politischen Establishment zu unterscheiden, sondern auch bewusst rote Linien überschritten, was Stärke, Durchsetzungskraft und Unerschrockenheit determinieren soll – mitunter aber auch an den Rand zu extremistischen Agitationsformen führt.

Der Rechtspopulismus ist damit kein demokratisches Korrektiv, sondern seinem Wesen nach antidemokratisch, da er zentralen Aspekten demokratischer Politik zuwiderläuft und diese wie etwa den Parlamentarismus, freie Medien, Rechtsstaatlichkeit oder Minderheitenrechte gezielt untergräbt. Zentral ist dabei aber, den Rechtspopulismus nicht nur als Endpunkt demokratischer Verwerfung zu erachten, sondern – wie in Kapitel 4 dargestellt wird – die zentralen strukturellen Voraussetzungen zu analysieren, die mit dem Aufstieg und Erfolg des Rechtspopulismus einhergehen: Die sozioökonomischen Bedingungen, die soziokulturellen Transformationen und politisch-institutionellen Formationen. Denn der Rechtspopulismus, das lässt sich im Anschluss in aller Deutlichkeit festhalten, ist in seiner Entstehungsdimension in erster Linie Symptom einer multiplen Krise des demokratischen Systems und dessen Legitimität.

Für die Analyse der rechtspopulistischen Kampagnen selbst – siehe Kapitel 5 – wird auf die *Art* der politischen, medialen und kommunikativen Inszenierung fokussiert. Dabei wird dargelegt, wie die drei interdependenten Bezugspunkte populistischer Agitation, nämlich Rechtspopulismus als Strategie, als dünne Ideologie sowie dessen Auftreten und diskursiver Stil, bei den Brexit-Kampagnen sowie dem Trump-Wahlkampf ausformuliert wurden. Auf strategischer Ebene werden dabei erstens die spezifische Inszenierung der Führerfiguren, die Inklusions- und Exklusionsagenden, die Abgrenzung von nationalen und internationalen Feindbildern, die provokanten Grenzüberschreitungen sowie die Radikalität der Online-Kampagnen zentrale Rollen spielen. Im Rahmen des Gehalts der populistischen Kampagnen ist zweitens insbesondere auf deren dünn ausformulierten Inhalte und Flexibilität zu achten, die tatsächlich das erwähnte „leere Herz“ des Rechtspopulismus determinieren. Und schließlich werden die spezifischen Formen der stilisierten Charakteristik der Rechtspopulisten herangezogen, um das Auftreten, die Rhetorik und die Körpersprache – die allesamt immer am jeweiligen Publikum ausgerichtet werden – zu erfassen.

3. Die Genese der rechtspopulistischen Kampagnen

Die Wahlen in den USA und das Referendum im Vereinigten Königreich 2016, die Donald Trump zum Präsidenten machte und den Austritt Großbritanniens und Nordirlands aus der Europäischen Union fixierte, haben gemein, dass sie beide einer binären Logik folgten: Hier die Entscheidung über die politische Führung des Landes unter Mehrheitswahlrecht, die zwei konkurrierende Kandidaten gegeneinander antreten ließ, dort eine Volksabstimmung, die zwei unvereinbare Positionen zur EU – eben jene nach „Leave“ oder „Remain“ – gegenüberstellte. Diese Grundkonstellation ist, wenngleich freilich nicht der einzige, doch ein wichtiger Faktor für die Erfolge der populistischen Kampagnen, die nicht nur zeitgleich verliefen, sondern auch durch strategische und thematische Überschneidungen sowie personelle Kooperationen geprägt waren.

3.1 Die Brexit-Kampagnen und das gespaltene Königreich

Das EU-Referendum, dem sich das Vereinigte Königreich am 23. Juni 2016 unterzog, hat das Land und die internationale Gemeinschaft erschüttert: Während die einen tags darauf über den „Independence Day“ (*The Sun*) jubelten und sich zur erfolgreichen Kampagne selbst gratulierten, „Take a bow, Britain!“ (*Daily Express*), verfielen die anderen in Endzeitstimmung – „Over. And out“ (*Guardian*) – und fragten sich, „What the hell happens now?“ (*Daily Mirror*). Tatsächlich offenbarte der Wunsch von 17,41 Millionen WählerInnen oder 51,89 Prozent, bei einer Wahlbeteiligung von 72,21 Prozent, die Europäische Union zu verlassen, tiefe Gräben in der Gesellschaft und zwischen den Teilstaaten des Königreichs. Diese ziehen sich durch die beiden großen Parteien, die Zivilgesellschaft und die Medien entlang von Klassenzugehörigkeit, Bildungsstand, Alter, Herkunft und der regionalen Umgebung (Oppermann 2016, 517) – und wurden von den rechtspopulistischen Kampagnen gezielt geschürt.

Populismus durch Populismus bekämpfen: Die Tories und die Europafrage

Dabei hatte schon die unmittelbare Genese des Referendums populistische Implikationen: 2013 kündigte der konservative Premierminister David Cameron in seiner „Bloomberg-Rede“ an, nach der Unterhauswahl 2015 eine Reformagenda der EU zu initiieren und anschließend eine Volksabstimmung abhalten zu lassen, in dem er sich mit „Herz und Seele“ für den Verbleib in der Union aussprechen wollte. Diese Vorgehensweise wurde als Befreiungsschlag Camerons gewertet, weil es ihm innenpolitisch gelang, die Salienz der immer drängenderen EU-Debatte zu entschärfen. Zum einen besänftigte er so innerparteiliche KritikerInnen, zumal die Hinterbänkler der Tories im Unterhaus als auch die Mehrheit der Parteimitglieder euro-

skeptische Positionen vertraten. Zum anderen manifestierte Camerons Ankündigung den Versuch, die zunehmend stärker werdende rechtspopulistische UKIP von Nigel Farage mit ihren eigenen Mitteln klein zu halten – Populismus sollte durch ein populistisches Referendum bekämpft werden. Diese Strategie war für den Premier bei den Unterhauswahlen 2015 von Erfolg gekrönt: UKIP erreichte mit 12 Prozent nur ein einziges Mandat und die geschlossen auftretenden Tories konnten zum ersten Mal seit 1992 die absolute Mehrheit erreichen. Dies hatte zur Folge, dass die europafreundlichen Liberal Democrats für eine Koalitionsregierung nicht mehr benötigt wurden – Cameron musste sich aber an sein Wahlversprechen halten.

Während sich der mögliche Brexit im Königreich zur *Causa prima* entwickelte, setzte Cameron am 15. November mit einem Brief an EU-Ratspräsident Donald Tusk den Startpunkt zu den Verhandlungen um den Verbleib des Königreichs in der Union und forderte Reformen in den Bereichen Wirtschaftspolitik, Wettbewerb, Souveränität und vor allem Migration: Die Drohkulisse eines EU-Austritts versetzte Cameron in eine starke Verhandlungsposition, die beim Gipfeltreffen am 18. und 19. Februar 2016 zu einer Einigung nach Zugeständnissen der EU führte. Bei dem strittigsten Bereich allerdings, der Personenfreizügigkeit, ging die EU nicht in die Knie. Trotzdem sprach sich Cameron für den Verbleib in der EU aus, der Wahlkampf startete und die beiden Lager formierten sich.

Die Formierung der komplementären Leave-Kampagnen

Wortführer des bürgerlichen Flügels der Brexiteers wurde der charismatische Boris Johnson, der scheidende Bürgermeister Londons und populärste Konservative. Er reihte sich gegen seinen langjährigen Intimus Cameron in die überparteiliche „Vote Leave“ Kampagne ein, die auch von Justizminister Michael Gove, Kulturminister John Whittingdale und dem Arbeitsminister Iain Duncan Smith getragen wurde. Für den Brexit sprachen sich 132 Parlamentsabgeordnete der Tories und ehemalige Parteigrößen wie Liam Fox, Zach Goldsmith und Michael Howard sowie zehn Labour-Abgeordnete, darunter Gisela Stuart, aus. Inhaltlich setzte sich die „Vote Leave“ Kampagne mit ihrem Slogan „Take back Control“ für die „Souveränität“ des Parlaments, die Stärkung des Gesundheitssystems und vor allem die Reduktion der Einwanderung ein. Obgleich die vornehmlich von Konservativen getragene Kampagne explizit rechtspopulistisch agierte, wurde argumentiert, dass die Ablehnung der EU eine Zuwendung zur restlichen Welt gleichkomme und der Brexit demgemäß die – vor allem wirtschaftsliberal implizierte – Öffnung des Königreichs bedeute.

Bestärkt wurde dieser ideologische Spagat durch die breite Allianz der EuroskeptikerInnen, die sich entlang des binären Votums unter der „Leave“-Fahne vereinigten. Für den EU-

Austritt traten Neoliberale, die die EU und ihre Krisen als wirtschaftspolitisches Hemmnis erachten, genauso ein wie bürgerlich Nationale, die sich zwar nicht gegen Multikulturalismus, aber gegen limitierte staatliche Souveränität aussprechen, dezidiert linke und kommunistische Bewegungen, die fundamental gegen die EU als neoliberales Wirtschaftsprojekt opponieren, und Nativisten und Nationalisten, die die EU aufgrund der Einwanderung und des Kosmopolitismus verachten. (Mudde 2018, 75) Zu den Letztgenannten zählten neben einigen rechtsextremen Parteiformationen wie der British National Party, National Front und Britain First auch die rechtspopulistische UKIP, deren Frontmann Nigel Farage und Hauptfinancier Arron Banks die zu „Vote Leave“ komplementäre Brexit-Kampagne „Leave.EU“ formten. Während die beiden Leave-Kampagnen um die Vorherrschaft in ihrem Lager kämpften und sich mitunter harte Schlagabtausche lieferten, haben sie vor allem einen stark ausgeprägten Nationalismus gemein, wobei UKIP durch xenophobe, mitunter rassistische Agitation nicht das bürgerliche, sondern das ethno-nationalistische Elektorat umwarb.

„Project hate“ gegen „Project fear“: Die Dramatik der Brexit-Debatte

Die offizielle Remain-Kampagne firmierte unter dem Namen „Britain Stronger in Europe“ und wurde von 25 der 30 konservativen Regierungsmitglieder rund um Cameron, Schatzkanzler George Osborne, Außenminister Philip Hammond und Verteidigungsminister Jeremy Hunt getragen. Die konservative Remain-Kampagne fokussierte auf die ökonomischen Risiken des Brexits einschließlich des unsicheren Zugangs zum europäischen Binnenmarkt, den Imageverlust für den offenen Marktplatz und die finanziellen Kosten für Betriebe und Haushalte im Falle eines Austritts. Unterstützung erhielt diese Argumentationsweise neben zahlreichen nationalen und internationalen Institutionen durch Stellungnahmen von 1.280 Firmenvorständen, die 1,75 Mio. BritInnen beschäftigen (BBC 2016a), hunderten Uni-RektorInnen und WissenschaftlerInnen wie Stephen Hawking, zahlreichen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Trade Union Congress, hunderten GesundheitsexpertInnen, namhaften Persönlichkeiten aus Kunst und Kultur sowie allen Vereinen der Premier League (Yeung 2016).

Die Abstimmung über den Brexit wurde gegen Ende des Wahlkampfs zu einer untergriffigen Kontroverse. Auf der Leave-Seite wurde vor allem die Migration ins Feld geführt, während die Remain-Seite mit Rezessionsängsten konterte: „Project hate“ stand „project fear“ gegenüber. Dass die Oppositionsparteien in dieser hitzig geführten Debatte einen schweren Stand hatten, lag an zwei Gründen: Erstens wollten weder Labour noch Liberal Democrats dieses Referendum, ihr Wahlkampf zur Karriererettung Camerons fiel dementsprechend uninspiriert aus. Zweitens zählte in der Auseinandersetzung Image vor Inhalt: Labour-Frontmann Jeremy

Corbyn, der mit eigener Kampagne und als einziger mit dezidiert progressiver EU-Agenda – „In and Reform“ – angetreten war, um sich für eine sozial gerechtere EU auszusprechen, ging im Rosenkrieg der Tories und dem populistischen Getöse schlichtweg unter. Als UKIP in den letzten Tagen vor dem Referendum ein Plakat mit der Aufschrift „Breaking Point“ präsentierte, das Flüchtlinge beim Grenzübertritt abbildete, spitzte sich die Lage dramatisch zu: Beinahe zeitgleich wurde die Labour-Abgeordnete Jo Cox auf offener Straße von einem Rechtsextremen mit den Worten „Britain first“ erschossen. Dass sich trotzdem das Brexit-Camp durchsetzen konnte, bezeichnen Ford und Goodwin (2017, 25) als „biggest shock to the British political system in living memory“.

3.2. Dis-United States: Trumps populistischer Erfolgslauf

Das politische Erdbeben, das am 8. November 2016 durch die Wahl von Donald Trump zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten ausgelöst wurde, war noch größer als die Ereignisse im Königreich wenige Monate zuvor. Zum ersten Mal seit den 1940er Jahren hatte die Republikanische Partei einen Kandidaten ins Rennen geschickt, der weder ein politisches Amt ausgeübt noch in der Armee gedient hatte, der es aber als mediengeschulter Demagoge verstand, die Massen zu emotionalisieren und zu radikalieren und trotz – oder gerade wegen – seiner Rundumschläge, Provokationen und Tabubrüche das wichtigste Amt der westlichen Welt übernehmen konnte. Dabei war Trumps Erfolg nicht unumstritten, konnte doch seine Konkurrentin Hillary Clinton von der Demokratischen Partei mit 48,18 zu 46,09 Prozent bei einer Wahlbeteiligung von 60 Prozent fast 2,87 Millionen Stimmen mehr auf sich verbuchen. Da Trump im Mehrheitswahlsystem aber die zentralen Swing States Florida, Ohio und North Carolina gewinnen konnte und auch in drei Staaten der „Blue Wall“, in Michigan, Wisconsin und Pennsylvania, um gesamt gerade einmal 77.774 Stimmen voran lag, konnte er das Electoral College deutlich für sich entscheiden.

Der empörte Milliardär und seine Wut auf die Obama-Regierung

Politische Ambitionen zeigte der Milliardär und Businessstyocon Donald Trump schon in den 1980er Jahren. Schon damals veröffentlichte der Medienstar Stellungnahmen und Briefe in namhaften Zeitungen, absolvierte krude politische Auftritte, setzte sich international für Strafsteuern ein und forderte nach einem Gewaltverbrechen in New York mittels ganzseitiger Zeitungsannonce die Todesstrafe für die vermeintlichen Täter sowie die Polizei zurückzubringen. In weiterer Folge wechselte Trump mehrmals seine Parteizugehörigkeit und politischen Ansichten und liebäugelte mit einer Präsidentschaftskandidatur 1999 für die Reformpartei und 2004 für die Demokraten. Die Initialzündung für seine Kandidatur 2016 sehen zahlreiche

Kommentatoren (D'Antonio 2016, 25f.) im Correspondents' Dinner 2011 verankert: Bei der humorvollen Veranstaltung, zu der JournalistInnen, PolitikerInnen und Prominente ins Weiße Haus geladen werden, persiflierte Brack Obama unter schallendem Gelächter minutenlang den anwesenden Trump. Dabei räumte er mit Trumps Angriffen und der von ihm vertretenen rassistischen Verschwörungstheorie auf, wonach Obama als geborener Kenianer unrechtmäßig Präsident sei, indem er am Ende eines für Trump erniedrigenden Videos seine Geburtsurkunde einblendete. Trump, narzisstisch gekränkt und rot vor Zorn, verzog keine Miene.

Der Unmut auf Obama und das politische Establishment in Washington ist in den kommenden Jahren noch gewachsen und wurde handlungsleitend für seine im Juni 2015 bekanntgegebene Kandidatur, wie er in seinem inoffiziellen Wahlprogramm, dem Buch *Crippled America: How to Make America Great Again*, darlegt. Am Cover ist ein grimmig blickender Trump mit gesenktem Kopf zu sehen, der dezidiert „wütend und böse“ wirken sollte. Der politische Außenseiter wolle, so schreibt er, den Fokus darauf richten, was alles schief laufe und kündigt ein „harsches Urteil“ an, da es an der derzeitigen Situation auch wenig Positives abzugewinnen gäbe. (Trump 2016, 7) Trump machte sich seine eigene Empörung zunutze und setzt gleichzeitig auf jene Ängste, die in großen Teilen Amerikas vorherrschen: Islamismus und Terror, Kriminalität, Zuwanderung, Arbeitslosigkeit und Globalisierung.

Trump's Spektakel und der Niedergang des Parteiestablishments

Dem hielt Trump ein patriotisches Bild nationaler Stärke entgegen. Trump inszenierte laut dessen Biograph Michael D'Antonio (2016, 13) dabei „ein Spektakel von Verfälschungen, bruchstückhaften Wortfetzen und einem extrem emotional aufgeheizten Stil“. So konnte er nicht nur inhaltlich die Themenführerschaft der republikanischen Vorwahlen übernehmen, sondern auch die mediale Aufmerksamkeit auf sich vereinen. Sein persönlicher Wohlstand erlaubte ihm, sich als unabhängiger Außenseiter zu präsentieren und bei seinen politisch und oftmals ökonomisch frustrierten AnhängerInnen durch seine permanenten Angriffe jene feindselige Haltung zu schüren, die ihm einen Vorwahlsieg nach dem anderen verschaffte. Trump, der 17. Kandidat der republikanischen Liste, setzte sich deutlich gegen die von der Partielite favorisierten Kandidaten durch und übernahm sukzessive die Grand Old Party, die über Trumps Inhalte, Artikulationsformen und Personalentscheidungen jegliche Kontrolle verlor.

Der zweistufige Prozess zur Wahl zum amerikanischen Präsidenten bestehend aus parteiinterner Vorwahl und Hauptwahl brachte nach dem 26. Mai 2016 das Gros jener RepublikanerInnen hinter Trump, die zuvor andere Kandidaten präferierten. Damit wird bei der WählerIn-

nenschaft Trumps die Unterscheidung in Trump-Supporter und einfache Trump-WählerInnen nötig: Während sich erstere oftmals mit Trump identifizieren, seine Erfolge bewundern und ihn *wegen* seiner Unkorrektheiten und rechtspopulistischen Agitation aktiv unterstützen, entscheiden sich zweitens oftmals *trotzdem* für ihn, weil sie unzufrieden, für konservative Inhalte wie Steuerkürzungen, ein liberales Waffenrecht oder konservative Höchststricher, gegen Einwanderung oder Schwangerschaftsabbrüche eintreten oder weil sie traditionell republikanisch wählen. Dieser Umstand wird durch die binäre Wahl zwischen Trump und Clinton verschärft, wobei beide im Sommer 2016 gleichermaßen unbeliebt waren. (Die Zeit 2016b) Clinton, die Favoritin des demokratischen Parteiestablishment, benötigte massive Hilfe des Apparates, um sich erst weit nach Trump gegen den vor allem unter jungen WählerInnen beliebten „democratic socialist“ Bernie Sanders durchzusetzen. Die ehemalige First Lady, Senatorin und Außenministerin war zweifelsfrei eine geeignete Kandidatin, schaffte es aber kaum, eigene Positionen zu entwickeln und rückte erst aufgrund der Popularität Sanders‘ nach links, um später beinahe ausschließlich auf Abgrenzung zu „dangerous Donald“ zu setzen. Auch zum Wahlslogan „Stronger Together“ konnte sich die Clinton-Kampagne, wie später aus gehackten und auf Wikileaks veröffentlichten Mails bekannt wurde, erst durch die Kür des Gegenkandidaten durchringen.

Erfolg trotz Skandalen – Das Access Hollywood Tape

Während Trump seinen Wahlkampf langezeit selbstbezogen ohne echtes BeraterInnenteam absolviert hatte, wurde seine Kampagne erst durch die Engagements des Strategen Paul Manafort, dem Gründer des rechtsextremen Medienoutlets *Breitbart*, Steve Bannon, und der Beraterin Kellyanne Conway in den Aussagen nicht nur fokussierter sondern auch deutlich populistischer. (Mudde 2018, 118). Aufkommende politische Skandale rund um die Kampagne wie die Ausstrahlung des unveröffentlichten „Access Hollywood Tapes“ mit Trumps Aussage, man könne Frauen einfach küssen und zwischen die Beine fassen, sowie die von Trump geforderte Einflussnahme Russlands während der letzten Wochen des Wahlkampfs konnten so abgewehrt werden. Gleichzeitig wurden von Trump die Verfehlungen Clintons, ihr angeblich sorgloses Handeln beim Angriff auf die US-Botschaft in Bengasi und ihre E-Mail-Kommunikation von privaten Servern dutzendfach ins Feld geführt und mit der Forderung versehen, sie einzusperren. Obwohl viele liberale und sogar etliche konservative Medien im Kampf gegen Trump Wahlempfehlungen für Clinton abgaben und beinahe alle Umfrage- und Forschungsinstitute die einstige Außenministerin klar vorne sahen, triumphierte Trump nach einem noch nie dagewesenen Wahlkampf. Die Folgen waren Schock und Unsicherheit, Proteste und Demonstrationen in den USA, langwierige Justizverfahren unter Einsatz von Son-

derermittlern und die globale Infragestellung der amerikanischen Hegemonie – besonders in puncto demokratischen Normen.

3.3 Die transatlantische Zusammenarbeit der Kampagnen

Die beiden Wahlkämpfe im Vereinigten Königreich und den USA waren auf den jeweiligen Seiten auch durch starke personelle Überschneidungen und Stellungnahmen zu den Vorkommnissen im jeweils anderen Land geprägt. So wiesen nicht nur die rechtspopulistischen Kampagnen durch transatlantische Präzipitation große Ähnlichkeiten auf, auch die Slogans des Remain-Lagers sowie der Clinton-Kampagne sind mit der Betonung, man sei zusammen stärker, beinahe ident. Ihre Rufe nach gesellschaftlichem und internationalem Zusammenhalt als diametrale Kontradiktion der rechtspopulistischen Politik der Spaltung erwiesen sich letztlich aber als zu schwach.

Brexit und Trump: Der gemeinsame Kampf um „Unabhängigkeit“

Mit den Worten „The UK is at its best when it’s helping to lead a strong European Union“, unterstützte der im Königreich äußerst beliebte Präsident Obama beim letzten Amtsbesuch in London im April 2016 seinen engen Freund Cameron und dessen Remain-Lager. Auch an das Brexit-Camp wandte sich der scheidende US-Präsident, indem er deren Hoffnungen auf eine bevorzugte Handelspartnerschaft zerschlug: Den USA gehe es bei den zum damaligen Zeitpunkt laufenden TTIP-Verhandlungen um einen Abschluss mit der EU als „big bloc“, nicht um Einzelverhandlungen. Im Falle eines Austritts stellte Obama in dezidiert britischer Diktion klar, „the UK is going to be in the back of the queue.“ (zit. nach BBC 2016b) Auch Hillary Clinton hatte sich kurz vor dem Referendum deutlich für den Verbleib des Königreichs in der Europäischen Union ausgesprochen. Scharfe Kritik an den Stellungnahmen aus den USA kam demgegenüber von der Leave-Seite: Johnson attackierte Obama und Clinton persönlich, und Farage warf ihm vor, er würde „parroting the Number 10 line“ betreiben. (Gayle/Asthana 2016; Farage 26.4.2016)

Auf der anderen Seite waren Austausch und Zusammenarbeit zwischen Leave.EU und dem Trump-Lager, was die Gemeinsamkeiten bei Strategie und Rhetorik der populistischen Kampagnen betraf, noch deutlich ausgeprägter: Im Zuge des London-Besuchs von Obama sprach sich Trump für den Brexit aus – das Königreich sei außerhalb der EU „better off“ (Trump 5.5.2016), denn diese sei ein „disaster“ (Trump 16.5.2016). Vice versa veröffentlichte Leave.EU ein Video mit einem von Trump eingesprochenen Gedicht, das von einer Frau handelt, die eine Schlange erst fürsorglich in Obhut nimmt, dann aber tödlich gebissen wird. Die xenophobe Botschaft „Vote to Leave the vicious snake that is the EU“ wird durch Bildse-

quenzen unterlegt, die Flüchtlinge in Ungarn, Deutschland und Frankreich zeigen. (Mason 2016) Trump selbst bezeichnete den Brexit am 24. Juni 2016 als „beautiful, beautiful thing“, weil das britische Volk seine Unabhängigkeit zurückerlangt habe. Für seine Kampagne griff er weitere Schlagworte der Leave-Kampagne auf und verwies auf die „big parallel[s]“ mit dem Königreich: „Our jobs have moved overseas, Islamic terrorism has spread within our shores and an open border has crushed low-income workers and threatened our security“, so Trump bei einer Rally am 24. August in Mississippi: „The issues we face here in America are similar to the issues faced in Britain during their referendum on membership in the EU.“ Unterstützung dafür erhielt Trump von Farage persönlich, der nach dem Referendum zu einem seiner einflussreichsten Berater wurde, als dessen Surrogate im TV und wie eben in Mississippi auch bei Wahlkampfveranstaltungen vor 15.000 Menschen auftrat: Als Trump gegen Ende des Wahlkampfes Rufe wie „Take back control“ und Formulierungen wie „our Independence Day is at hand, and it arrives finally on November 8.“ übernahm, zeigte sich auch in der Diktion der Einfluss des britischen Rechtspopulisten.

Im Schatten der Öffentlichkeit – Die Malversationsvorwürfe gegen die Kampagnen

Konterkariert wurden diese nationalistischen Botschaften von Vorgängen im Schatten der Öffentlichkeit. Die strafrechtlichen Ermittlungen der letzten Monate haben in beiden Ländern peu à peu ans Tageslicht befördert, welche finanziellen, digitalen und organisatorischen Einflussnahmen die beiden Kampagnen am Rande der Legalität verbanden. So gibt es etwa deutliche Hinweise darauf, dass ein Teil der 8,4 Millionen Pfund, die Arron Banks in die Leave.EU-Kampagne investierte, vom Milliardär Robert Mercer, dem ultrakonservativen Hauptfinanzier des Trump-Wahlkampfes und der Plattform *Breitbart*, stammen. (Thompson 2018) Umgeleitet wurden diese nicht deklarierten Spenden, so der Verdacht, an das mittlerweile berüchtigte Unternehmen, das starke personelle Überschneidungen mit *Breitbart* aufweist: Cambridge Analytica. Mithilfe psychographischer Profile der Datenverarbeitungsfirma, die seit 2015 auf semilegale Weise von Millionen Facebook-NutzerInnen ohne deren Wissen sowohl in den USA als auch dem Königreich erstellt wurden, konnten die Rechtspopulisten besonders radikale weil personalisierte Wahlkämpfe in den sozialen Medien führen. Als Mastermind hinter den Online-Kampagnen in beiden Ländern gilt Trumps Chefstrategie und enthusiastische Brexiteer, Steve Bannon.

Schließlich verbinden die beiden rechtspopulistischen Kampagnen auch die Fragen rund um die strategischen Einflussnahmen russischer Stellen sowie die berüchtigten Hackangriffe auf die Demokratische Partei. So trafen sich im Vorfeld der Wahlen nicht nur zentrale Akteure

der Trump-Kampagne wie Trumps Sohn Donald Junior und Paul Manafort mit russischen RegierungsvetreterInnen im Trump-Tower, sondern auch wiederholt Banks und der russische Botschafter in London (Breuninger 2018). Dass die britische Hauptstadt zum Dreh- und Angelpunkt der Untersuchungen der US-Sonderermittler wurde, liegt neben der Brexit-Kampagne vor allem am Wikileaks-Gründer Julian Assange, der mehrere Jahre unfreiwillig in der ecuadorianischen Botschaft in London festsaß. Wer, was, wann von den gestohlenen Daten wusste und damit in die Unterminierung der Wahl durch den russischen Geheimdienst FSB involviert war, wird wohl erst in Monaten, möglicherweise Jahren – vielleicht niemals vollständig – zu klären sein. Fakt ist jedenfalls, dass zentrale Trump-Vertraute wie Roger Stone nicht nur Kontakt zu Assange hielten, sondern die Enthüllungen von Wikileaks sogar öffentlich angekündigt hatten, die justament eine Stunde [!] nach Erscheinen des Access Hollywood Tapes veröffentlicht wurden. Und dass Nigel Farage im März 2017, der Woche als die Russland-Ermittlungen in den USA ins Rollen kamen, beim Verlassen der ecuadorianischen Botschaft in London gesehen wurde (Cadwalladr 2018).

4. Die strukturellen Grundlagen der rechtspopulistischen Kampagnen

Um die populistischen Strategien, Inhalte und Agitationsformen als fruchtbares politisches Offert an das Elektorat des Vereinigten Königreichs sowie der USA nachvollziehen zu können, müssen die strukturellen Voraussetzungen, die Spannungen, Bruchlinien und Konflikte innerhalb der Gesellschaften der ältesten Demokratien der Welt herausgearbeitet werden, die den Nährboden für die Erfolge der Brexit-Kampagne und von Donald Trump determinieren. Die gestiegene *Nachfrage* nach radikalen Änderungen demokratischer Usancen in weiten Teilen der Bevölkerung einerseits und das populistische *Angebot* andererseits können dabei mitnichten als voneinander unabhängige Entitäten erachtet werden. Vielmehr müssen sie im Rahmen des politischen Wettbewerbs als Wechselwirkung eines zirkulär fortlaufenden Prozesses verstanden werden, der sich über die *sozio-ökonomische, kulturelle* und *politisch-institutionelle* Dimension der Demokratie erstreckt und über Dekaden vollzogen hat. Der Kulminationspunkt dieses Prozesses und damit gewissermaßen die populistische Kernwählerschaft sowohl im Vereinigten Königreich wie auch den USA teilt in Anlehnung an Jack Snyder (2016, 87) folgende Attribute: disproportional niedriger Bildungsstand, ländliche Herkunft, Arbeiterschicht oder unter Mittelklasse, alt, männlich, weiß, gegen Einwanderung und Misstrauen gegenüber nationalen Regierungen sowie globaler Kooperation. Die nationalistische Phrase „We want our country back“ wird so zum identitätsstiftenden Kampfruf jener, die sozial-ökonomische Marginalisierung fürchten oder erleben, ihre Identität kulturell gefährdet sehen und sich politisch nicht (mehr) repräsentiert fühlen.

4.1 Die sozioökonomische Basis des Populismus

Dass der „Populismus den Kapitalismus in dessen Ursprungsland schlagen“ konnte (Habermas 2016, 36), liegt an der Mobilisierung jener Bevölkerungsschichten, die mit der Globalisierung, Technisierung und Wissensökonomie nur unzulänglich Schritt halten können und deren Heimatregionen oft mit Deindustrialisierung zu kämpfen haben. In den USA ist augenscheinlich, dass Trump vor allem in den entscheidenden Bundesstaaten des Mittleren Westens die weißen, niedrigqualifizierten Schichten aus dem ArbeiterInnen-Milieu ansprechen konnte, was ihm zum Wahlsieg verhalf. (Gusterson 2017, 210) Auf gesamtstaatlicher Ebene erweist sich seine WählerInnenschaft in puncto Haushaltseinkommen als diverser, als oftmals dargestellt: Sie reicht vom Prekariat bis in weite Teile des gehobenen Mittelstands, wobei das durchschnittliche Jahreseinkommen des Trump-Elektorats bei den Vorwahlen mit 72.000 Dollar deutlich über dem nationalen Mittel von 56.000 Dollar lag (Walley 2017, 232). Auch bei der Präsidentenwahl im November 2016 hat sich gezeigt, dass gesamtstaatlich nur ein

Drittel der Trump-WählerInnen weniger verdient als 50.000 Dollar (Carnes/Lupu 2017). Hillary Clinton konnte sich damit nicht nur beim „popular vote“ durchsetzen, sie erhielt mit 53 zu 41 Prozent auch die Mehrheit der Stimmen von NiedrigverdienerInnen. Dies ist nicht zuletzt auch eine Folge des ethnischen Wohlstandsgefälles, konnte Trump demgegenüber 57 Prozent der tendenziell besser situierten, aber von Abstiegssorgen durchdrungenen weißen Bevölkerung auf sich vereinen. (CNN 2016a)

Im Unterschied dazu zeigt das Brexit-Elektorat für den Populismus beinahe archetypische Distinktionen betreffend regionaler Herkunft, Wohlstand, Alter und Bildung: Die großen Ballungsräume wie London, Liverpool, Manchester, Cardiff, Belfast und Glasgow haben sich für den Verbleib in der EU ausgesprochen, die ländlich dominierten Regionen Englands, vor allem im wirtschaftlich abgehängten Nordosten, und Wales dagegen. 65 Prozent der Haushalte, die über 60.000 Pfund im Jahr verdienen, votierten für Remain, während es bei jenen mit unter 20.000 Pfund nur 38 Prozent waren (LI/CSJ 2016, 15). Personen, die nur einen Pflichtschul-Abschluss vorweisen können, votierten zu 66 Prozent für Leave, während jene mit Abitur zu 54 Prozent und jene mit Hochschulabschluss zu 77 Prozent für Remain abstimmten. Auch bei den Alterskohorten zeigt sich, je älter ein Bürger des UK war, desto wahrscheinlicher die Wahl für den Brexit: Unter den 18 bis 24 Jährigen stimmten 75 Prozent für den Verbleib in der EU, bei über 65 Jährigen waren es nur 39 Prozent. (Busquets Guàrdia 2016)

4.1.1 Ungleichheit durch Neoliberalismus und Austeritätspolitik

Betrachtet man den Populismus in seiner Geburtsstunde als Revolte jener, die vom herrschenden Diskurs ausgeschlossen sind (Stegemann 2017, 92), erscheint es sinnvoll, die Analyse der sozioökonomischen Voraussetzungen der Brexit- und Trump Wahl mit Margret Thatcher und Ronald Reagan zu beginnen. Sie sind nicht nur wichtige Referenzpunkte der populistischen Kampagnen, sondern haben durch ihre neoliberale Politik im Vereinigten Königreich und den USA in den letzten vier Jahrzehnten auch jene Strukturen geschaffen, die den populistischen Erfolgen zugrunde liegen: Deregulierungen und Liberalisierungen der Finanzmärkte, Privatisierungen und Finanzialisierung staatlicher Leistungen bei Pensionen, Bildung, Gesundheit, Sicherheit und Infrastruktur sowie die Zurückdrängung der Gewerkschaften haben zu jenen Krisen des kapitalistischen Systems geführt, auf die Arbeitslosigkeit und der Verfall von Löhnen und Sozialleistungen gefolgt sind. Das Resultat dieser Politik ist eine virulente ökonomische Ungleichheit, vor allem in den USA: Der Nobelpreisträger Paul Krugman (2008) zeigt auf, dass von der neokonservativen Politik seit den Reagan-Jahren vor alle die obersten Prozent der Einkommen profitieren. Das reichste Prozent der Bevölkerung hat den Anteil am

gesamten Haushaltseinkommen von 8,9 Prozent um 1976 sogar auf 23,5 Prozent im Jahr 2007 ausweiten können – das obersten 0,1 Prozent sogar von 2,6 auf 12,3 Prozent. Von jedem Dollar realen Einkommenswachstums in den USA gingen in diesem Zeitraum 58 Prozent an das oberste Prozent (Atkinson et al. 2011, 6ff; Marterbauer 2011, 27).

Das hat zur Folge, dass heute acht Männer reicher sind als 50 Prozent der Weltbevölkerung, wie Oxfam (2017, 10) errechnet - sechs von ihnen sind Amerikaner. Diese ungleiche Entwicklung bedeutet zum einen die enorme Konzentration von Macht, zumal das Kapital der Finanzwirtschaft und Großindustrie durch Lobbying und Spenden in die Politik drängt und Parteien und deren Wahlkämpfe finanziert. Zum anderen ist ungleiche Verteilung von Wohlstand und politischen Einflussmöglichkeiten eine der wichtigsten Ursachen für die globale Finanzkrise, die sich ab 2007 von den USA ausgebreitet und die ihre Spuren durch die folgende Austeritätspolitik bis ins Wahljahr 2016 hinterlassen hat.

Die Finanzkrise von 2007 und die Angst vor dem Abstieg

Der unmittelbare Ausgangspunkt der Finanzkrise, die zutiefst neoliberale Implikationen aufweist, lag in den amerikanischen Immobilienmärkten. Während wohlfahrtsstaatliche Systeme den Wohnungsmarkt und die Mietpreise durch sozialen Wohnbau und Wohnbaubehilfen regulieren, wurde die Schaffung von Wohnraum in den USA dem Markt überlassen. Um auch der unteren Mittelschicht angesichts unsicherer Jobaussichten, sinkender Löhne, geringer Sozial- und Bildungsmobilität sowie Kapitalmangel den Erwerb von Wohnraum zu ermöglichen, wurden die Mindeststandards für Hypothekarkredite zunehmend liberalisiert. Ungleichheit wurde durch Verschuldung kompensiert. Dies führte nicht nur zu enormen Nachfragesteigerungen, sondern auch dazu, dass Subprime-Kredite ohne Überprüfung von Einkommen und Vermögen vergeben wurden. Dieses System war für den Bau-Boom der 1990er Jahre und das Wirtschaftswachstum in den USA verantwortlich und funktionierte, solange der Wert der Häuser, die tatsächlich oft von niederer Qualität sind, stieg. Gleichzeitig wurden die vergebenen Kredite gebündelt und in der ganzen Welt an Banken, Versicherungen und Pensionsfonds weiterverkauft. Der abrupte, jedoch nicht unerwartete Rückgang der Hauspreise 2007 gefolgt vom Bankrott zahlreicher Geldinstitute schlug sich auf die Realwirtschaft nieder und löste die schwerste Rezession seit den 1930er Jahren aus. (Marterbauer 2011, 20f.)

Während der Dow Jones Index, gestützt durch staatliche Interventionen für Banken und große Wirtschaftsbetriebe, mit 13.000 Punkten bereits 2011 wieder die Spitzenwerte des Vor-Krisenniveaus erreichen konnte, wirkten sich der Rückgang des BIP und die Arbeitslosigkeit negativ auf die Staaten und deren Sozialstrukturen aus: Der Einbruch der Konjunktur führte

zwischen 2005 und 2010 zu einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit in den USA von 4,6 auf fast 10 Prozent und im Vereinigten Königreich von 4,8 auf 8 Prozent. Zwar ging die Arbeitslosigkeit seither wieder deutlich zurück, die Angst vor Krisen und damit die Affinität zur populistischen Wahl ist bei vielen aber gestiegen: Menschen, die Vollzeit arbeiten, haben 2016 zu 53 Prozent, jene die Teilzeit beschäftigt sind zu 51 Prozent für Remain gestimmt, während Arbeitslose zu 57 Prozent für Leave votierten. (Legatum Institute 2016, 15) Für jene – vor allem Niedrigqualifizierte – wiederum, die ihren Job behalten konnten, haben sich die Löhne negativ entwickelt: Im Vereinigten Königreich wird das Lohnniveau erst 2021 wieder jenes von 2008 erreichen. Dies bedeutet nicht nur Angst vor dem Abstieg, sondern den realen Abstieg der Mittelschicht, der auch in den USA messbar ist. (Rosefielde 2017, xxii)

Staatliche Sparprogramme als Reaktion auf die neoliberale Krise

Bankenrettung, Konjunkturprogramme und Arbeitslosenunterstützung einerseits sowie geringere staatliche Einnahmen durch den Wirtschaftsabschwung andererseits führten zur massiven Erhöhung der Staatshaushalte in Industrieländern. In den USA ist die Staatsverschuldung von 2007 bis 2012 von 65 Prozent des BIP auf 102 Prozent gestiegen, im Vereinigten Königreich hat sich die Verschuldung von 45 auf 88 Prozent fast verdoppelt. Dadurch entstanden nicht nur Finanzierungsprobleme durch gestiegene Zinsen für die Staatsanleihen, auch das Verteilungspotenzial des ohnehin beschränkten Sozialstaates hat zulasten der ärmeren Bevölkerung und des Mittelstands weiter abgenommen. Sie werden durch die Krise des Neoliberalismus am stärksten getroffen. Zuerst haben sie ihre Arbeit verloren, dann ihre Häuser und zum Schluss wurde ihr soziales Netz durch die staatliche Austeritätspolitik ausgedünnt. Besonders deutlich wird das am Beispiel des Vereinigten Königreichs, wo Cameron 2009 das „age of austerity“ ausgerufen hatte (zit. nach: Summers 2009).

Das Krisennarrativ, wonach nicht der neoliberale Finanzkapitalismus, sondern zu hohe Staatsausgaben an der sozioökonomisch prekären Situation Schuld tragen, hatte sich allzu bald, oftmals unwidersprochen, durchgesetzt. (Graeber 2016, 46f.) Die fiskalische Disziplinierung führte zu Kürzungen bei Sozialausgaben, dem sozialen Wohnbau, Bildungseinrichtungen sowie lokalen Regierungen, während die Mehrwertsteuer, die Ärmere überproportional belastet, erhöht wurde. Das Universitätssystem, einst der Stolz der Insel, wurde stark beschnitten und zählt nach massiven Gebührenerhöhungen zu den teuersten und restriktivsten weltweit. Und Hausbesetzungen wurden kriminalisiert, just in dem Moment als viele ihre Wohnungen verloren hatten. (ebda.)

Die fatalen Folgen der Kürzungspolitik im Sozial- und Gesundheitssystem

Von den Einsparungen besonders hart getroffen wurde das britische National Health System (NHS). Einer Studie von WissenschaftlerInnen aus Oxford, Cambridge und London zufolge ist trotz steigender und alternder Bevölkerung die öffentliche Finanzierung des Gesundheitssystems und der sozialen Fürsorge drastisch gesunken: Lagen die jährlichen budgetären Zuwächse in den 2000er Jahren beim NHS noch bei durchschnittlich 3,8 und der „social care“ bei 2,2 Prozent, sind diese nach 2010 auf 0,41 Prozent reduziert worden beziehungsweise sogar auf minus 1,57 Prozent gesunken. Gleichzeitig hat sich die Sterblichkeitsrate von 0,77 Prozent während der 2000er Jahre auf 0,87 Prozent seit 2010 erhöht (Watkins et al. 2017, 3), auch weil die Zustände in den Spitälern mitunter dramatisch sind: Immer wieder kommt es zu Aufrufen von ÄrztInnen, die unter Personalmangel, schlechter Bezahlung und enormer Arbeitsbelastungen leiden sowie zu Frustration bei PatientInnen aufgrund langer Wartezeiten in den Notfallambulanzen oder Übernachtungen am Gang. 2015 brachten über 80 Schlagzeilen nationaler Zeitungen das NHS mit Attributen wie „bust, deficit, meltdown or financial crisis“ in Verbindung. (Chakraborty 2016) 2016 wurden sogar Notfallmaßnahmen angeordnet, die Verschiebung von zehntausenden Operationen vorsahen, um Betten und medizinisches Personal für Akutfälle freizuspielen. Eine Folge dieser Entwicklung ist die deutlich abflachende Kurve bei der gestiegenen Lebenserwartung aufgrund der Austeritätspolitik (Campbell 2017).

Anders als in den USA, wo die Sterblichkeit gestiegen ist, obwohl durch „Obamacare“ die Gesundheitsversorgung für große Teile der Bevölkerung verbessert wurde, haben die Sparmaßnahmen im Königreich zwischen 2010 und 2017 bis zu 120.000 frühzeitige Tode („excess deaths“) hervorgerufen. (Watkins et al. 2017, 6) „It is now very clear that austerity does not promote growth or reduce deficits – it is bad economics, but good class politics“, sagt der Co-Autor der NHS-Studie, Professor Lawrence King, von der Health Research Unit der Cambridge University: „This study shows it is also a public health disaster. It is not an exaggeration to call it economic murder.“ (zit. nach Matthews-King 2017) Am sichtbarsten wurde die Fatalität der konservativen Austeritätspolitik durch das Fanal am 14. Juni 2017 im Westen Londons, als der Grenfell Tower, ein 24-stöckiger Sozialbau, in der Nacht beinahe vollständig niederbrannte: Der Tod von 71 Menschen wäre zu verhindern gewesen, hätte man sich 2015 bei der Außenrenovierung für eine feuerfeste Gebäudeverkleidung für zusätzliche zwei Pfund pro Quadratmeter entschieden. (Davies et al. 2017)

4.1.2 Die Grenzen der Globalisierung

Während die Konservativen im Vereinigten Königreich den Austritt aus der EU mit dem Ende der selbstverschuldeten Krise des nationalen Gesundheitssystems bewarben, der Neoliberalismus in den Kampagnen aber ansonsten überhaupt nicht thematisiert wurde (Schmidt 2017, 255), spielte im Wahlkampf von Donald Trump die Abkehr vom Freihandel als Primat seiner Abgrenzungspolitik und damit die Negation der Globalisierung eine zentrale Rolle. Dies bedeutet für die GOP, der Advokatin des wirtschaftlichen Liberalismus, einen enormen Bruch ihrer Tradition, der bei der Bevölkerung, vor allem den unteren Schichten, wohlwollend aufgenommen wurde: Zu lange hat nicht nur die neoliberale Politik, sondern auch die mit ihr verbundene ökonomische Globalisierung die Gesellschaft wie auch die Landschaft – durchaus im topografischen Sinne – beider Länder in Gewinner und Verlierer geteilt, was sich 2016 rächen sollte.

4.1.2.1 Der Freihandel und die billigen Importe

Eine der Hauptursachen der weltweit ungleichen Wirtschaftsentwicklung ist die unausgewogene Leistungsbilanz der Länder, die per Saldo als Gegenüberstellung von Importen und Exporten von Waren und Dienstleistungen global ein Nullsummenspiel ergibt: Produzieren die einen Länder mehr als sie verbrauchen, müssen andere mehr importieren als sie exportieren – ihre Schulden im Ausland steigen. Während Deutschland für 2015 einen Überschuss von 301 Milliarden Dollar (+8,9% BIP) und China von 304 Mrd. Dollar (+2,75% BIP) erwirtschaften konnten, waren die Bilanzen von Großbritannien und den USA in absoluten Zahlen die schlechtesten weltweit: UK kam auf ein Defizit von 150 Mrd. Dollar (-5,2% BIP) und die USA, deren Bilanz sich im Vergleich zu den 2000er Jahren deutlich verbessert hatte, immer noch auf ein Minus von 435 Mrd. Dollar (-2,4% BIP). (OECD 2018)

Diese sich über Jahrzehnte fortsetzende Entwicklung der Globalisierung hat massive Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Gesellschaft der Länder, die sich in den letzten 20 Jahren in ihrer Problematik zugespitzt hat: Die Ungleichheit bei Einkommen, Wohlstand und Chancenverteilung ist drastisch gestiegen, die Arbeitsplätze in der verarbeitenden Industrie sind gesunken und die Vorbehalte gegenüber dem Freihandel politisch breitenwirksam geworden. Dies hängt mit der Einführung des Euros 1999 und der Aufnahme Chinas in die WTO 2001 zusammen, die sozioökonomisch marginalisierten Gruppen mit stagnierenden Löhnen unter massiver Ausweitung von Billigimporten aus dem süd-ostasiatischen Raum weiter zusetzen: Studien der Ökonomen Autor, Dorn und Hanson (2013, 2121; 2016, 29) belegen, dass alleine die Importe aus China zwischen 1999 und 2011 in den USA zu Verlusten von 2,4 Millionen

Jobs geführt haben, was einem Viertel aller seit den 1990er Jahren verlorenen Stellen entspricht. Diese Zahlen widerspiegeln sich in der politischen Realität der Bevölkerung, die dem Freihandel und dessen Institutionen zunehmend als Feindbild begegnet und die Globalisierung immer stärker ablehnen: Weniger als die Hälfte der Briten und Amerikaner denken, dass die Globalisierung „a force of good“ ist. (Smith 2016)

Die Ablehnung der Globalisierung in der Bevölkerung

Die Verwerfungen der Globalisierung gehen zunehmend in die Narration über den wirtschaftlichen und sozialen Verfall der USA und im Vereinigten Königreich ein und steigern sich in der Bevölkerung zu Ressentiments gegen wirtschaftliche und politische Eliten. Letztere haben sich jahrzehntelang für jene Institutionen starkgemacht, mit denen Handels- und Investitionsabkommen, regressive Steuerpolitik und Outsourcing implementiert wurden. Die Agenden der Globalisierung begünstigen große Finanzdienstleister und internationale Kooperation, während den Bedürfnissen der Menschen zu wenig Beachtung geschenkt wurde: Die WTO setzt sich zwar für freien Handel ein, nicht jedoch für Sozialstaatlichkeit oder distributive Maßnahmen zugunsten von ArbeiterInnen. (Colgan/Keohane 2017, 39) Die EU tut dies viel zu wenig.

Für die ArbeiterInnen sind die globalen „Tradedeals“ oft nur schwer zu erfassen, während sie deutlich merken, wie andere immer reicher werden, sie aber wirtschaftlich nicht mithalten können. Die Ablehnung der Globalisierung setzt dabei mitnichten unvermittelt ein, sondern entwickelt sich als langsamer, stetig fortschreitender Prozess, der durch die Wirtschaftskrise verschärft wurde: Eine Zeit lang, schreiben Hu und Spence (2017, 59), haben viele Menschen ihre Lage als temporäre Folge der globalen Krise gesehen doch mit der Zeit feststellen müssen, dass die Jobs nicht zurückkommen und die Lohnentwicklung weiter stagniert. Geblieben ist die Angst, von globalen Technologien wie der künstlichen Intelligenz, Biotechnologie oder Blockchains, die für weite der Teile der Bevölkerung nicht mehr zu durchblicken sind, nicht nur ausgebeutet, sondern ersetzt zu werden. (Harari 2018,8)

Der Verfall der angloamerikanischen ArbeiterInnenklasse

Besonders deutlich treten die Auswirkungen von Globalisierung und Neoliberalismus zu Tage, wenn die Klasse der angloamerikanischen ArbeiterInnenschicht, die oft zitierten „blue-collar worker“ des produzierenden Gewerbes, ins Zentrum der Analyse gerückt wird. Sie gilt nicht nur als stahlhartes Rückgrat der amerikanischen und britischen Schwerindustrie, sondern viel wichtiger noch als Identifikationsfaktor ganzer, mittlerweile deindustrialisierter und oftmals heruntergekommener Landstriche. Waren in den USA 1979 noch 19,6 Millionen Men-

schen in der verarbeitenden Industrie tätig, ist deren Zahl 2016 trotz Bevölkerungswachstums auf 12,3 Millionen gesunken. Selbst im Jahr 2016, das nach den Krisenjahren einen Wirtschaftsaufschwung und 1,8 Millionen neue Arbeitsstellen brachte, ist die Zahl der „manufacturing jobs“ um 62.000 gesunken. (Rattner 2016) Grund dafür sind vor allem die Abwanderungen von Großbetrieben in der Eisen- und Stahlindustrie, der Autobranche oder Textilerzeugung in Richtung jener Länder mit geringeren Arbeits- und Lohnkosten sowie die Ersetzung humaner Arbeitskraft durch Maschinen und Digitalisierung.

Damit verbunden sind nicht nur der Verlust von Jobs in der herstellenden Industrie, sondern auch massiver Druck von Billiglohnländern auf die Löhne in den USA und Großbritannien: Auf gesamtstaatlicher Ebene zeigt sich in den USA, dass die Einkommen seit 1979 bei deutlich gesteigener Produktivität inflationsbereinigt um durchschnittlich nur 10 Prozent – das entspricht 0,2 Prozent pro Jahr – gestiegen sind: Dabei ist zu beachten, dass das oberste Fünftel der Einkommen Zuwächse um 27,41 Prozent verzeichnete, während die Einkommen der untersten Quintile real sogar um 0,98 Prozent gesunken sind. (Shambaugh et al. 2017, 2) Profitiert von den – geringen – Zuwächsen haben vor allem Frauen, während Männer durchschnittlich Lohnrückgänge verzeichnen mussten. (ebda. 5) Die Haushaltseinkommen erreichten 1999 den höchsten Wert, bis 2016 sind sie real gleich geblieben. Diese ökonomische Stagnation der letzten Generation hat es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht gegeben (Galston 2017, 24f.) und bedeutet vor allem für die ärmeren Schichten, dass Billigimporte zur Lebenserhaltung unabhkömmlich sind, während parallel der sozioökonomische Verfall voranschreitet: Die „working class“, schreibt George Packer (2016) über die populistische Revolte, „once suggested productivity and sturdiness.“ Heute jedoch werde sie mit Assoziationen verbunden, die früher der urbanen schwarzen Schicht zugesprochen wurden: „intergenerational poverty, welfare, debt, bankruptcy, out-of-wedlock births, trash entertainment, addiction, jail, social distrust, political cynicism, bad health, unhappiness, early death.“

4.1.2.2 Der sozioökonomische Wandel der „Zweiten Moderne“

Durch die Digitalisierung, Globalisierung und Deindustrialisierung hat sich in den letzten 40 Jahren auch die Bevölkerungszusammensetzung und damit das Wahlektorat fundamental geändert: Die ArbeiterInnenschicht ist massiv zurückgegangen, dafür gibt es im Vergleich zu den 1960er Jahren eine enorme Zunahme an AkademikerInnen, die oftmals gut verdienen und kosmopolitische Ideale vertreten. VerliererInnen der „Zweiten Moderne“, die nach Ulrich Beck (1996) Individualisierung, Rationalisierung und Flexibilisierung mit sich gebracht hat, sind neben WirtschaftsmigrantInnen und Flüchtlingen vor allem schlecht ausgebildete Perso-

nen, die ihren sozioökonomischen Platz zu verlieren fürchten. Sie wenden sich von ihren einstigen VertreterInnen ab und opponieren gegen das als feindlich wahrgenommene System: Konnten die Demokraten in den USA 1996 bei den weißen WählerInnen ohne College Degree noch mit einem Prozent Vorsprung gewinnen, haben sie sich 2016 mit einem Überhang von 39 Prozentpunkten für Trump entschieden, während Clinton bei College-AbsolventInnen gesamt um neun Prozentpunkte vorne lag. Dies entspricht dem größten Gap im Bereich der formalen Bildung seit 1980. (Tyson/Maniam 2016) Bildung, das zeigt sich in diesem Punkt, ist für den Übergang von der Industrieökonomie zur globalisierten Wissensökonomie der entscheidende Faktor, der über sozialen Aufstieg oder Stagnation entscheidet. (Gusterson 2017, 212)

Im Frühjahr 2016, als die Arbeitslosigkeit in den USA und Großbritannien statistisch auf das Vorkrisenniveau zurückgegangen war, ist der krisenbedingte Pessimismus in der Bevölkerung erhalten geblieben – auch weil die Kampagnen genau darauf gesetzt hatten. So wurden zwar nicht die Wirtschaftsdaten wiedergespiegelt, sehr wohl aber die Gefühlslage in weiten Teilen der Bevölkerung. Tatsächlich gab es zu diesem Zeitpunkt einen quantitativen Zuwachs bei den Beschäftigungsdaten, was aber nicht zwingend mit einer qualitativen Verbesserung der Arbeitsplätze einhergeht: Einer bahnbrechenden Studie von Katz und Krueger (2016, 8) zufolge ist das Beschäftigungswachstum in den USA vor allem auf „Alternative Work Arrangements“ zurückzuführen – bereits 23,6 Millionen, das sind 15,8 Prozent der Beschäftigten, arbeiteten 2016 als freie DienstleisterInnen der Sharing Economy. Geschaffen wurden damit vor allem wenig nachhaltige, prekäre Stellen, die ehemalige „blue collar worker“ in flexi jobs als HelferInnen und ZuträgerInnen der digitalen Ökonomie drängen – zum Überfahren, Pakete oder Essen liefern, Reinigen, Gärtnern, Einkaufen oder Babysitten. Die meisten von ihnen arbeiten von zuhause, ihre AuftraggeberInnen sehen sie, wenn überhaupt, selten und ihre Einsatzcodes werden über Smartphones und Apps vergeben. Sie haben keine vertraglichen Löhne, sondern arbeiten auf eigene Rechnung. Sie sind selbstversichert. Sozialleistungen, Pensionsversicherung, Karenzzeiten oder Urlaubsanspruch existieren nicht und müssen selbst getragen werden. (Niederberger 2016, 145f.)

4.1.2.3 Die Auswirkungen der Globalisierung auf die Regionen

Mit der Hyperfinanzialisierung der Wirtschaft, der großen politischen und ökonomischen Bedeutung von Banken, der Zunahme von globalem Handel und dem damit verbundenen sozialen Wandel kommen nicht nur Menschen, sondern ganze Regionen unter Druck. Für Großbritannien lässt sich etwa festhalten, dass die Leave-Fraktion dort besonders stark war, wo die

Menschen nicht nur arm, sondern auch anderwärtig marginalisiert sind – etwa besonders viele PensionistInnen oder Niedrigqualifizierte wohnen, wo Gemeinschaften durch die ökonomischen Transformationen an den Rand gedrängt wurden (Wilson 2017, 547) oder Gebiete besonders dünn besiedelt sind. (Green 2017) In den USA lässt sich dieser Trend ebenfalls hervorheben, zumal Clinton in den 50 Counties mit der besten Bildungsrate noch einmal deutlich besser abschneiden konnte als Obama, während sie in jenen 50 Counties mit der schlechtesten Bildung im Vergleich zum ehemaligen Präsidenten massive Einbußen hinnehmen musste. (Silver 2016)

Die Topographie der amerikanischen Ungleichheit

Die Ungleichheit lässt sich in den USA auch geographisch anhand von Gesundheitsdaten und der Lebenserwartung feststellen: Je schlechter der Gesundheitszustand der Bevölkerung eines Bezirks ausfiel, desto eher wurde dort Trump gewählt – was vor allem auf den Süden und Westen des Landes zutrifft (Schulzke 2017). Diese „Trump counties“ weisen nicht nur weniger Menschen mit Collegeabschluss und geringere Beschäftigungszahlen auf, Trump hat vor allem dort die besten Resultate erzielt, schreibt Jeff Guo (2016) in einer Analyse der Vorwahlen, wo weiße Männer mittleren Alters am frühesten sterben. Die Gründe dafür sind nicht nur Diabetes, Übergewicht und Alkoholismus, sondern auch die hohe Drogenabhängigkeit im Zuge der Opioid-Krise und eine deutliche Steigerung der Suizidrate in Folge der Finanzkrise auf fast 45.000 im Jahr 2016. (CDC 2018)

Im Gegensatz zu florierenden Gebieten im Silicon Valley und spezifischen prosperierenden Landstrichen im Süden, dem „Sun Belt“, hängt diese Entwicklung auch mit dem Verfall der alten Regionen der Hochindustrie im sogenannten Mittleren Westen zusammen. Der Trend zur Depopularisierung des „Rust Belt“ seit den 1970er Jahren hat sich im 21. Jahrhundert verschärft – viele Städte sind verwaist: Detroit, die Hochburg der US-Autoindustrie, hat seit 2000 fast 30 Prozent der Bevölkerung verloren, in Gary sind es 25 Prozent, in Youngstown und Flint je 22 Prozent. Viele Betriebe wie der Stahlkonzern Bethlehem, der Autohersteller General Motors, der Industriekoloss General Electric und der Fotopionier Kodak haben ihre Werke über die Jahre geschlossen und sind abgewandert. Eines unter dutzenden Beispielen dieser Art spielte sich in Fulton, im abgewirtschafteten Bundesstaat New York, ab: 1899 wurde hier die erste Schokoladenfabrik der USA eröffnet, die später in den Nestle-Konzern überging. Die Süßwarenproduktion brachte gute Löhne und war identitätsstiftend für die ganze Region, bis die veraltete Fabrik 2003 schloss und die Produktion nach Wisconsin und Brasilien auslagert wurde. In weiterer Folge verloren nicht nur die Angestellten ihren Arbeitsplatz, sondern auch

Fulton ging Pleite und war im Upstate New York die erste Gemeinde, die zur Abwendung des Bankrotts um finanzielle Hilfe ansuchen musste. Im Frühjahr 2016 wurden die Fabrikgebäude endgültig abgerissen. (Niederberger 2016, 136f.) Donald Trump gewann Fulton County um 36 Prozentpunkte.

Die EU als gescheiterte Vermittlerin: London und der Rest des Königreichs

Ähnliche Dichotomien in Hinblick auf die regionale Prosperität lassen sich auch im Vereinigten Königreich beschreiben. Jene politischen Kräfte, die sich für den Brexit starkmachten und sowohl die Globalisierung als auch europäische Integration als externe Prozesse ablehnen, übergehen bewusst die Ungleichheit, die sie im Königreich vorangetrieben hatten. Das beste territorial verankerte Beispiel hierfür ist die boomende Metropole London: Jahrzehntlang wurde die neoliberale Globalisierung Großbritanniens vom Primat der City of London, dem Finanzdistrikt und eigenständiger Rechtseinheit, als handlungsleitend für vermeintliche nationale Interessen getragen. Das Festhalten am Britischen Pfund liegt am Umstand, dass die City of London für den internationalen (Spekulations-)Markt ihre eigene Währung behalten sollte. Und dass nach der Krise von 2007 notwendige, von der EU vorgebrachte Regulationen des Finanzbereichs von der Politik abgelehnt wurden, liegt ebenfalls an der erfolgreichen Lobbytätigkeit der europäischen Finanzhauptstadt. (Clarke/Newman 2017, 104) Obwohl in der City of London nur etwa 9.000 Menschen leben, gibt es hier über 480.000 meist hochdotierte Arbeitsstellen, die zu 41 Prozent von MigrantInnen besetzt sind. (City of London 2018) Dies und Wohnraumspekulation führten zu enormem Wohnungsdruck und exorbitanten Mietpreisen, die sich DurchschnittsverdienerInnen nicht mehr leisten können, was enormes Konfliktpotential in sich birgt. Während die Innenstadt prosperiert sind die Randbezirke, wo sich Jugendarbeitslosigkeit und Bandenkriminalität immer stärker ausbreiten, von sozialen Verwerfungen durchzogen.

Während der Südosten Englands angetrieben vom gesellschaftspolitisch liberalen Region Greater London den Menschen trotzdem sozioökonomisch gute Chancen bietet, sieht die Lage in den strukturschwachen ehemaligen Industrie- und Fischereigebieten im Norden Englands, wo etwa 25 Prozent der Bevölkerung des Königreichs leben, trister aus. Wirtschaftliche Basisdaten wie Wachstum, Beschäftigung und Einkommen sind hier deutlich niedriger und die Gebiete rund um Städte wie Rochdale, Burnley, Bolton und Hull gelten als am stärksten sozial benachteiligt („deprived“). (Perraudin 2016) Die Folgen davon sind nicht nur höhere Kriminalitätsraten, mehr Krankheiten und um bis zu fünf Jahre geringere Lebenserwartungen (ONS 2015), sondern auch ein signifikant niedrigerer Bildungsstand. Deutlich weniger Schü-

lerInnen aus dem Norden erlangen einen High School Abschluss mit der Folge, dass es an den Eliteunis Oxford und Cambridge dreimal so viele Studierende aus dem Süden gibt wie aus dem Norden. (Coughlan 2011)

Die Missgunst der Bevölkerung aufgrund dieser sozioökonomischen Verhältnisse, die gerade im Norden durch die Austeritätspolitik verschärft wurde, erscheint nachvollziehbar. Doch dass sie sich aber gegen die EU richtet, überrascht aus zwei Gründen: Zum einen profitiert der Norden, der trotz Rückgangs als einzige Region des UK nach wie vor mehr exportiert als importiert, vom europäischen Freihandel, zumal mehr als die Hälfte der Produkte in andere Mitgliedsstaaten gehen. (Ford 2016) Zum anderen ist die Region Nettoempfängerin von Mitteln aus dem Strukturfonds, wodurch alleine bis 2016 70.000 Jobs und fast 20.000 Unternehmen geschaffen wurden. (SPERI 2016, 7) Dass sich Nordengland, genau wie Cornwall und Westwales, wo die Menschen weniger als 75 Prozent des EU-Durchschnitts verdienen und die EU-Förderungen daher noch höher ausfallen, (ebda. 3; Büschemann 2016) am stärksten für den Brexit entschieden haben, zeigt den Erfolg der rechtspopulistischen Kampagnen, Ressentiments gegen andere zu richten.

4.1.3 New Labour und New Democrats: Die Abkehr der Linken von ihren Wurzeln

Die Kritik an Neoliberalismus, Finanzmarktkapitalismus und wirtschaftlicher Globalisierung, die zu exorbitanter gesellschaftlicher Ungleichheit geführt haben, war jahrzehntelang identitätsstiftendes Kernthema der ArbeiterInnenbewegung und ihrer politischen Repräsentationsorgane. Dass es den Rechtspopulisten in den USA und dem Vereinigten Königreich gelingen konnte, sich den Anliegen der unteren Mittelschicht anzunehmen und vor allem in ehemaligen ArbeiterInnenhochburgen wie dem Mittleren Westen und Nordengland für die eigenen national-protektionistischen Agenden zu gewinnen, hängt damit zusammen, dass sich die britische Labour Party genau wie die amerikanischen Demokraten seit den frühen 1990er Jahren von ihrer politischen Basis zugunsten einer allzu wirtschaftsfreundlichen und mittelschichtsfördernden Ausrichtung abgewendet haben. Damit richtet sich die Wut der älteren, sozioökonomisch marginalisierten Schichten und jener, die sich dazu zählen, explizit auch gegen jene politischen Eliten, mit denen einst die Hoffnung auf ein gutes Leben und die Chance auf sozialen Aufstieg verbunden wurde.

Strategie folgt Sozialstruktur: Der Wandel des Elektorats

Ausschlaggebend für die Transformation der Labour Party und der US-Demokraten waren der Wandel der Sozialstruktur der Gesellschaft sowie deren Haltung: Während in den 1960er Jahren mehr als die Hälfte der Beschäftigten im UK manuelle Arbeit leisteten und weniger als

zehn Prozent des Elektorats eine universitäre Ausbildung vorweisen konnten, machten in den 2000er Jahren die AkademikerInnen ein Drittel und die traditionelle ArbeiterInnen nur mehr ein Fünftel des Elektorats aus. Damit haben sich auch die Demarkationslinien zwischen der Labour Party und den Konservativen verschoben, die typischerweise von der Klassenzugehörigkeit geprägt waren. Reichte es für die Labour Partei vor 50 Jahren aus, die eigenen KernwählerInnenschaft anzusprechen und mussten die konservativen Tories einen „cross-class appeal“ anstreben, um erfolgreich zu sein, haben sich diese Verhältnisse in den 1990er Jahren umgekehrt. (Ford/Goodwin 2016, 17f.) Um nach wiederholten Wahlniederlagen einen strategischen Wandel zu vollziehen, war es Tony Blair, der mit seiner „New Labour“ Politik die politische Mitte und damit die Mittelklasse anzusprechen trachtete. Dabei hatte er vor allem junge, gut ausgebildete UniversitätsabsolventInnen umworben, deren sozialliberale Einstellungen zu Gender, Ethnie und Sexualität zum Image einer modernisierten Sozialdemokratie passten.

Diese Öffnung der Partei brachte zwischen 1997 und 2010 großen Erfolg. Damit verbunden ist aber auch, dass sich die traditionelle WählerInnenschaft, die sozial-konservative, weiße ArbeiterInnenschaft mit geringer Ausbildung und Qualifikation von der Partei immer weniger repräsentiert fühlte. Weil sich auch die Tories aus organisatorischen wie taktischen Gründen nicht um die Anliegen der marginalisierten WählerInnen gekümmert haben, sind jene in Frustration über das politische System oftmals den demokratischen Prozessen ferngeblieben – was zu geringerer Beteiligung in klassischen Labour-Bezirken führte – oder ihre Wut hat sie zu populistischen oder rechtsextremen Parteien getragen. Dass die UKIP-Führung 2016 erfolgreich in jenen ehemaligen Labour-Hochburgen besonders intensiv Wahlkampf geführt hatte, kann als letzter Schritt der Entfremdung der einstigen WählerInnenschaft von der Arbeitspartei und gleichzeitig für ein „Widererwachen der Arbeiterklasse [...] nach rechts“ (Kurz-Scherf, 2017, 83) gedeutet werden.

Die ArbeiterInnenparteien und der „progressive Neoliberalismus“

Die Politik des Dritten Wegs in Europa ist stark mit dem „cultural turn“ der linken Bewegungen in den Vereinigten Staaten verbunden. Richard Rorty hat schon 1998 in „Achieving Our Country“ kritisiert, dass die Linke aufgegeben hat, die Partei der Hoffnung zu sein und für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen. Links zu sein habe bis in die 1950er Jahre geheißen, das Land vorwärts zu bringen, während sich die neue kulturelle Ausrichtung von den sozial Bedrängten abgewendet und sich selbst überlassen hat – statt mit Gerechtigkeit hat man sich mit Diversität und Identitäten befasst: „Die kulturelle Linke ist eine informelle Allianz von Min-

derheitengruppen. Diese Bewegungen sprechen sehr differenziert über Rasse, Ethnie und Geschlecht, aber über die Armen haben sie wenig zu sagen“, so Rorty in einem Interview (Die Zeit 1997).

Mit der Wende der Linken geht eine Ausrichtung an der neu entstanden Mittelschicht aus UnternehmerInnen, VorortbewohnerInnen und neuen sozialen Bewegungen einher, die zur Verschmelzung von wirtschaftlichem und kulturellem Kosmopolitismus geführt hat. (Jörke 2016) In den USA wie auch in Großbritannien bedeutet dies die Etablierung eines „progressiven Neoliberalismus“ (Fraser 2017), der nach dem Motto: Wer gegen Ausgrenzung, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eintritt, muss auch gegen Handelsschranken sein (Hirschel, 2017, 17) und gleichzeitig sozialliberal und wallstreet-freundlich agieren. Unter Bill Clinton, dem Architekten der „New Democrats“, wandten sich jene von der New-Deal-Koalition ab und verbanden fortschrittliche Sozialthemen wie Minderheiten- und Frauenrechte mit der Überantwortung der Wirtschaft an Goldman Sachs, der Deregulierung des Bankensystems und der Etablierung von Freihandelsregimen wie NAFTA. Diese kosmopolitischen Eliten sind es auch, die den Banken-, Technologie- und Informationssektor dominieren und die notwendigen Spenden für die demokratische Partei aufbringen, während gleichzeitig signifikante Teile der Gesellschaft und der Landschaft *links* liegen gelassen wurden. „Mit ihrer Ablehnung der Globalisierung wandten sich Trumps WählerInnen auch gegen den mit dieser gleichgesetzten linksliberalen Kosmopolitismus“, sagt Nancy Fraser (2017): Für viele war es von da kein großer Schritt mehr, ihre sozioökonomische Marginalisierung der „Political Correctness, schwarzen Menschen, Immigranten und Muslimen anzukreiden. In ihren Augen sind Feminismus und Wall Street zwei Seiten derselben Sache, geradezu vollkommen verkörpert in – Hillary Clinton“.

4.2 Die sozialliberalen Transformationen und der kulturelle Backlash

Die Perspektive auf die sozioökonomische Ungleichheit als Ursache für den Aufstieg des Rechtspopulismus ist gleichermaßen naheliegend, unumgänglich und aufschlussreich, nicht jedoch erschöpfend. Dies zeigen vor allem die Daten aus den USA, wonach die Mehrheit der Trump-WählerInnen – entgegen vielfacher medialer Narration – nicht der weitgefassten „working class“, sondern der gehobenen weißen Mittelschicht zuzuordnen ist: Damit wird deutlich, dass neben den sozioökonomischen auch kulturelle Faktoren – von Ingelhart und Norris (2016, 2) als „*cultural backlash thesis*“ bezeichnet – für den Erfolg der Populisten genauso entscheidend (Snyder 2017; Galston 2017, Mudde 2018), wenn nicht sogar bedeutender (Bale/Wager 2015; Decker et.al 2015; Lucke 2016; Goodwin 2016; Gusterson 2017; Sides et.

al 2017) waren. Der Rechtspopulismus ist somit auch als Antwort auf einen von vielen als bedrohlich wahrgenommenen progressiven Kulturwandel durch Kosmopolitismus und Multikulturalismus zu verstehen, wobei die eigene Identität der weißen (noch) Mehrheitsgesellschaft durch Zuwanderung und sozialen Liberalismus zunehmend als gefährdet wahrgenommen wird und der fortschreitenden Aushöhlung konservativ tradiert Werte maskulin dominierte, nationalchauvinistische Tendenzen entgegengesetzt werden.

4.2.1 Die Ablehnung der Zuwanderung

Der wohl entscheidendste Grund entlang der kulturellen Dimension sich für das Programm der Rechtspopulisten auszusprechen war die Ablehnung der Zuwanderung, die sich seit den 1960er Jahren massiv beschleunigt hat. 2016 markiert damit gerade für die beiden traditionellen Einwanderungsländer einen Wendepunkt in ihrem multikulturellen Selbstverständnis, das beidseits des Atlantiks stark von der britischen Kolonialgeschichte geprägt ist: Dass sich das Vereinigte Königreich genau wie dessen einstige Kolonie von den Gründungswerten und dem auf der Freiheitsstatue applizierten Anspruch entfremdet haben, Heimat der Müden, Armen und geknechteten Massen zu sein, liegt zum einen an der massiv gestiegenen Arbeitsmigration, zum anderen an der Furcht vor der historisch größten Fluchtbewegung als Folge von Krieg, Gewalt und Klimawandel.

Der Zuzug ins Königreich als Folge der EU-Erweiterungen

In Großbritannien, wo vor allem in Städten schon lange ethnische Minderheiten aus dem südost-asiatischen und karibischen Raum, Indien und Pakistan beheimatet sind, hat die Osterweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 zu massiver Zuwanderung geführt. Die gute Wirtschaftslage und niedrige Arbeitslosenrate in Großbritannien sowie die einfach zu erlernende Sprache waren die Hauptgründe, dass die jährliche Netto-Zuwanderung von 48.000 Personen im Jahr 1997 auf 268.000 im Jahr 2004 gestiegen ist. Als besonders schwerwiegend hat sich dabei die Entscheidung Tony Blairs erwiesen, im Gegensatz zu den meisten anderen EU-Mitgliedsstaaten keine temporären Restriktionen auf die Arbeitsmigration innerhalb der EU zu verordnen. Nachdem 2007 auch Bulgarien und Rumänien der EU beigetreten waren, ist die jährliche Zuwanderung nach Großbritannien bis kurz vor dem Referendum auf über 333.000 Personen gestiegen. (BBC 2016c) Damit verbunden ist die Ablehnung der Migration in der Bevölkerung: Haben 1997 noch drei Prozent der BritInnen angegeben, Migration sei eines der wichtigsten politischen Themen, hat sich dessen Anteil im Jahr 2007 auf über 40 Prozent erhöht. Seither zählt die Migration selbst in Zeiten von Wirtschaftskrise und Rezession zu den zentralen politischen Topoi in Großbritannien. Als das Referendum im Juni 2016

abgehalten wurde, war Migration seit einem Jahrzehnt das wichtigste Thema – etwas Vergleichbares sucht man im Königreich vergebens. (Ford/Goodwin 2016, 20f.)

Mit der steigenden Einwanderung ins Königreich ist neben den Regierungen vor allem die EU unter Druck geraten, die von der Bevölkerung und den Parteien für die als unkontrollierbar erachtete Arbeitsmigration verantwortlich gemacht wurde. 51 Prozent der BritInnen sprachen sich 2016 dafür aus, die Personenfreizügigkeit in der EU einzuschränken, nur 27 Prozent waren dagegen. (Curtice 2016, 212) Das Misstrauen gegenüber der Migration ist vor allem unter sozial-konservativ eingestellten WählerInnen und jenen mit niedrigen Bildungsabschlüssen deutlich geworden, wobei sich deren Ablehnung weniger gegen Studierende und Hochqualifizierte richtet als vielmehr gegen jene MigrantInnen, deren ökonomischer Status ebenfalls prekär ist. (Niedermeier/Ridder 2017, 21). Eine Studie von Goodwin und Milazzo (2017) unterstreicht dabei, dass EU-GegnerInnen gegenüber Migration signifikant feindlicher eingestellt waren als Remain-WählerInnen – mehr als die Hälfte der „Leaver“ lehnte Migration sogar zur Gänze ab. (ebda. 456f.) Dabei ist es zwar zutreffend, wie Lawton und Lawton/Ackrill (2016) festhalten, dass jene Orte mit der höchsten Population an EU-MigrantInnen für den Verbleib in der EU gestimmt haben, während sich die Orte mit dem niedrigsten Anteil für den Ausstieg aussprachen. Entscheidend für das Brexit-Votum war jedoch nicht die absolute Anzahl an EU-MigrantInnen, sondern der demographische Wandel über die letzten zehn Jahre: In der Stadt Boston in den britischen East Midlands wurde landesweit mit 75 Prozent das höchste Votum für den Brexit abgegeben. Hätte Boston zwischen 2005 und 2015 von 1.000 auf 16.000 MigrantInnen nicht die 16-fache, sondern eine durchschnittliche Zuwanderung erfahren, wäre das Brexit-Votum statistisch um fast 15 Prozent geringer ausgefallen. (Goodwin/Milazzo 2017, 454)

Krieg und Vertreibung – Die Fluchtbewegung und die Angst vor dem Terror

Auch in den Vereinigten Staaten ist Immigration ein Thema mit großem Konfliktpotenzial. Während im Jahr 1960 in den USA 9,7 Millionen Menschen lebten, die in einem anderen Land geboren wurden, hat sich diese Zahl durch Zuwanderung bis 2013 auf fast 42 Millionen erhöht. Innerhalb der letzten Dekade wurden jährlich 500.000 bis eine Million Menschen eingebürgert, insgesamt belief sich deren Zahl bis 2014 auf 20 Millionen. (Zong/Batalova 2016; Rosefielde 2017, 20) Mit dem Zuzug von lateinamerikanischen und asiatischen BürgerInnen ist nicht nur der Anteil der weißen Bevölkerung gesunken, sondern vor allem für Niedrigqualifizierte auch der Wettbewerb am Arbeitsmarkt gestiegen. 2044 wird die Bevölkerungsmehrheit nicht mehr weiß sein (US Census 2014) – damit sehen viele, die außerhalb großer Metro-

polen leben und sich als rechtmäßige Bewohner des ‚echten‘ Amerika fühlen, die eigene Identität gefährdet. Diese Entwicklungen werden zusätzlich von der häufig angeführten Sorge um die eigene Sicherheit ergänzt, zumal Zuwanderung allzu häufig mit Kriminalität in Verbindung gebracht wird.

Die Folgen von Krieg, Vertreibung, Terror, aber auch des Klimawandels haben in den vergangenen Jahren mit 65 Millionen Menschen zur größten Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg geführt. (UNHCR 2017) Dass die Zuwanderung zum wichtigsten Thema der Brexit-Debatte wurde, liegt, neben der Zuwanderung aus der EU, vor allem an der sogenannten Flüchtlingskrise, die im Juni 2015 ihren Höhepunkt erreicht hatte. Ausgelöst durch den völkerrechtswidrigen Krieg der USA und des Vereinigten Königreichs gegen den Irak und das Machtvakuum in Syrien in Folge des Bürgerkriegs sind Millionen Menschen Richtung Europa geflohen. Obwohl die überwiegende Mehrheit der Geflüchteten in Mitteleuropa aufgenommen wurde, und die USA und das Königreich die Grenzen dichtgemacht und mit wenigen ausgewählten Ausnahmen kaum Menschen aufgenommen haben, wurde auch dort die Fluchtbewegung als Kontrollverlust nationaler und internationaler Politik rezipiert: So lag bis zum Sommer 2015 das Remain-Lager in Großbritannien um 15 Prozentpunkte vorne, erst durch die Fluchtbewegung ist die Zustimmung zum Brexit massiv gestiegen. (Niedermeier/Ridder 2017, 18) Angefeuert von bereits existierendem Unbehagen vor fremden Religionen und Kulturen, den Problemlagen mit radikalem Islamismus in europäischen Städten und den verstörenden Bildern von Enthauptungen wurden Flüchtlinge in großen Teilen der Bevölkerung mit Terroristen gleichgesetzt. Aus Xenophobie ist so schließlich Hass auf Fremde erwachsen.

4.2.2 Die Abkehr von sozialliberalen Idealen und Intellektuellen

Der Rückbezug auf alte Werte und Traditionen und die Renaissance von Nationalismus und Rassismus sind auch als Ablehnung sozialliberaler Ideale zu verstehen. Jener positiv geneigte, oftmals urbane Teil der Gesellschaft, der der ländlichen Bevölkerung häufig Rückständigkeit, Hypokrisie, Rassismus und Misogynie vorwirft und dabei nicht selten jene Identitäten, die auf Heimat, Tradition oder Familie bauen, belächelt, nimmt nicht nur die Reichtümer der Gesellschaft an sich, sondern triumphiert in den Augen der Ausgeschlossenen auch mit moralischer Überlegenheit. Im liberalen Zentrum werden die Auseinandersetzungen um Gleichberechtigung immer kleinteiliger, auf der anderen Seite werden sie in ihr Gegenteil verkehrt: Dort geht es immer weniger darum, echter Ungerechtigkeit entgegenzutreten, als Morallosigkeit zu attestieren. Die Abkehr weiter Teile der Bevölkerung von intellektuellen Eliten und Kosmopoliten ist dabei weniger Ausdruck als Reflex, weil man sich nach jahrzehntelanger

neoliberal geführter Entsolidarisierung nun intensiv für Gleichberechtigung, Genderanliegen, Minderheitenrechte und Wohlfahrtsprogramme für Flüchtlinge einsetzt, nicht jedoch für das „einfache Volk“. (Stegemann 2017, 83f.). Symbolische Ausdrucksform dieses von Ressentiments getragenen Kampfes ist die Verachtung der Political Correctness als Waffe gegen die sozialliberale Umverteilung geworden.

4.2.2.1 Der Konflikt zwischen den Generationen

Der Gegensatz zwischen sozialliberalen und konservativ bis reaktionären Haltungen ist, das zeigen die Wahlen 2016, nicht nur ein Antagonismus zwischen Stadt und Land oder eine Frage der Bildung, sondern auch ein Generationenkonflikt. Besonders die Alterskohorten zwischen 18 und 29 Jahren haben diametral zum Wahlausgang abgestimmt. Die jungen Generationen zeichnen sich durch hohe Mobilität und gelebte kulturelle, sexuelle und religiöse Vielfalt aus und verteidigen jene alternativen, antiautoritären und unkonventionellen Lebensweisen, die sie hervorgebracht haben – oftmals unter enormem Konfliktpotential innerhalb der eigenen Familie. Sie sind in globalen und digital vernetzten Ländern aufgewachsen und erfreuen sich eines grenzenlosen Europas, der Billigflüge, dem Euro-Tunnel und den universitären Mobilitätsprogrammen, während die Kindheit ihrer Eltern von jenen Geschichten geprägt waren, die den Kampf der 1940er Jahre als Bollwerk gegen den faschistischen Kontinent heroisierten. Heute ist Einkommen und Einfluss für viele Junge nicht mehr der Hauptbezugspunkt des eigenen Schaffens, sondern liberale Agenden wie Lebensqualität, Umwelt und Gerechtigkeit. Gerade die Hochburgen des Liberalismus wie New York, Los Angeles oder London und ihre Sozialstrukturen zeigen, dass viele junge, bestens ausgebildete Menschen nicht reich sind, sondern in prekären Verhältnissen leben, diese ökonomische Unsicherheit aber durch positive Identitäten und Engagement für Marginalisierte überdecken.

Demgegenüber steht die ältere Bevölkerung, jene über 45-Jährigen, die sich mehrheitlich für Trump und den Brexit ausgesprochen haben. Sie stehen für das „einfache“, ländlich-konservative Volk, das ein natürlich-traditionelles Empfinden von Solidarität und Gerechtigkeit gegen die Ideale junger, liberaler Kosmopoliten ins Feld führt. Es handelt sich, wie Georg Seeßlen (2017, 21f.) schreibt, um „den Aufstand der alten Werte, Legitimationen und Sitten“ gegen den Fortschritt. Donald Trump ist der Anführer dieses „Aufstand[s] der Vergessenen“ (Kurz-Scherf 2017, 88), derjenigen, die Freiheit nicht mit Feminismus, Minderheitenrechte und Ökologie, sondern mit dem Recht auf Waffenbesitz konnotieren. Sie sehen in Trump nicht den Vertreter der ökonomisch Marginalisierten, als viel weiter gefasst den Bewahrer des amerikanischen Traums: Zentral ist dabei weniger die Vorstellung, tatsächlich selbst zum

Millionär zu werden, als viel banaler, Ungleichheit zu akzeptieren, solange man die Chance zum Aufstieg gegeben wähnt. Ihr amerikanischer Alptraum demgegenüber ist eine als grenzenlose Dystopie imaginierte feindliche Welt liberalen Zuschnitts, in der sie kulturell und demographisch zur bedrängten Minderheit verkommen. Der daraus resultierende Revanchismus hat zur Folge, dass sich viele ältere BürgerInnen mit Reichen arrangieren und identifizieren und gegen Arme, Millennials und People of Colour abschotten. (Hochschild 2017, 65) Für viele geht es nach Jahren der gesellschaftlichen Toleranz und Offenheit nicht mehr darum, mehr Freiraum zu schaffen und Diversität zu fördern, sondern viel eher darum, gesellschaftspolitisch die Zügel wieder enger anzulegen. Politisch übersetzt bedeutet das den Wunsch nach Entschlossenheit und Durchsetzungskraft, was einer starken Führerfigur zugesprochen wird, die traditionelle Klassegegensätze außer Kraft setzen und sozialliberale Eliten zurückdrängen soll.

4.2.2.2 Anti-Intellektualismus und der ‚Tod der Expertise‘

Der Anti-Intellektualismus bildet gleichermaßen das Fundament für den Populismus wie auch für die Popkultur – das Diktum „Authentizität statt Erkenntnis“ steht beiden vorangestellt. Eine Verschmelzung von Popkultur und Populismus verortet Thomas Frank (2001, 77) durch ein System, das er als „Marktpopulismus“ bezeichnet: Im Ringen um Zustimmung konvergieren Aspekte der Popkultur mit patriotischen, wirtschaftsfreundlichen Ideologien, wobei anti-intellektuellen Ressentiments und der Wertschätzung für jene, die es unabhängig ihrer Methode zu etwas gebracht haben, eine besondere Bedeutung zuteilwerden. Seeßlen (2017, 53) analysiert den Aufstieg des Selfmademans Trump als besonders rücksichtslos, aber gerade deshalb so faszinierend: Er ist kein langweiliger demokratischer Held, sondern ein aufregender Schurke, wie er in der Popkultur durch den Joker oder Goldfinger verkörpert wird. Durch diesen Kultur-Populismus hält in der Politik eine wissensfeindliche, anti-intellektuelle Logik Einzug, auf die sich die Unterhaltungsindustrie stützt und das Image elitenfeindlicher Volkshelden feiert. Die Unterschichtenkultur, so Seeßlen (ebda.), übernehme die Herrschaft, Dummheit werde zum Identitätsmerkmal und Ideal zugleich.

Ignoranz als Tugend – Der Verlust der argumentativen Praxis

Dass „die Stimme des Intellekts leise [ist]“, wie Sigmund Freud (1927) einmal anmerkte, wird zur Gefahr, wenn der lautstark formulierte Common Sense die Sprache der Wissenschaft und Kultur substituiert und Aufmerksamkeits-, Unterhaltungs- und Emotionswert für Aussagen ausschlaggebend werden. Dabei erweist es sich als besonders problematisch, dass die kleine Schicht jener ExpertInnen und Intellektuellen, die das Meinungsklima mitgeformt hat, in der

Gegenwart zu marginalisieren droht. Im Vereinigten Königreich, so schreiben Clarke und Newman (2017, 111), liege das zum einen an der neoliberalen Doktrin, die das Primat der Politik der Wirtschaft untergeordnet hat, zum anderen aber auch an der Doktrin des Dritten Weges, wo unter dem Mantra „What counts is what works“ technokratische Expertenanalysen der Interessenspolitik vorgezogen wurden. Dass die Remain-Kampagne für ihre Agenden erfolglos zahlreiche ExpertInnen aus den Bereichen Wirtschaft, Gesellschaft und Rechtswissenschaft ins Feld geführt hatte, unterstreicht den Autoritäts- und Vertrauensverlust der Bevölkerung in diese Eliten.

Selbiges trifft auch für die USA zu, wo Anti-Intellektualismus nicht nur en vogue geworden ist, sondern in Form von Kleingeistigkeit und Unwissenheit ostentativ als Volkstugenden gefeiert werden: „Americans reached a point where ignorance is seen as actual virtue“, schreibt Tom Nichols (2017) in *Foreign Affairs*, zumal die akademische Welt abgelehnt werde, um Unabhängigkeit von verhassten Eliten zu demonstrieren. Der oftmals beschworene „Tod der Expertise“ bedeutet dabei mitnichten den Verfall der Qualität sachkundiger Diagnosen, die Bevölkerung wünscht aber, ihre auf Gefühlen und Emotionen basierenden Ansichten und Präferenzen genauso zu respektieren. Weil weder PolitikerInnen noch ihre ExpertInnen mit einem ignoranter werdenden Elektorat aneinandergeraten wollen, gehe der Verlust von Argumenten schließlich in wütendes Gebrüll über (ebda.) – was etwa beim Brexit-Diskurs durch den Slogan „Outers are Shouters“ Niederschlag gefunden hat.

Die Absenz der DenkerInnen und Intellektuellen

Zu durchaus selbstkritischen Äußerungen von intellektuellen Eliten ist es nach dem Brexit-Referendum in Großbritannien gekommen. Die schottische Autorin A.L. Kennedy hinterfragte etwa, ob man sich in der Hitze der Brexit-Debatte damit begnügt habe, „sich unter Gleichgesinnten gegenseitig zu gratulieren, dass wir alle um die wichtigen Werte wissen“. Kennedy räumte ein, täglich mit dem Gefühl des Scheiterns aufgrund mangelnden Engagements zu erwachen: „Wie vielleicht sehr viele von uns in komfortablen, stabilen Demokratien habe ich vergessen, dass der Preis der Freiheit ständige Wachsamkeit ist“. (Kennedy 2017, 195f.)

Auch in Amerika, wo im Zuge des Wahlkampfes unzählige Berichte und Reportagen aus den ArbeiterInnenhochburgen des Mittleren Westen verfasst wurden, sind die Eliten in die Kritik geraten, die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben. Doch die amerikanischen Intellektuellen mit öffentlicher Wirkung sind nicht Schuld am Erfolg Trumps, wie der emeritierte Germanist der Universität in New York, Bernd Hüppauf (2016), in einem Kommentar festhielt, da es sie schlicht nicht gibt. Wenn von Intellektuellen gesprochen werde, so beziehe man sich auf eine

europäische Tradition urbaner, streitfreudiger Denker – Zola, Sartre, Beauvoir Foucault, Bourdieu oder Derrida. „Für urbane Intellektuelle bieten Kultur und Gesellschaft der Vereinigten Staaten keinen Nährboden“, meint Hüppauf. Gewiss gebe es mit Susan Sontag, Noam Chomsky und Norman Mailer intellektuelle Ausnahmen und mit Samuel Huntington oder Paul Krugman auch Professoren, die über den Hörsaal hinaus wahrgenommen werden, doch „politisch-moralische Instanz[en] mit gesellschaftlicher Resonanz waren oder sind sie nicht. Ihr Ruf überwindet nicht den Experten-Status“, so Hüppauf, der Judith Butler als Paradebeispiel amerikanischer Intellektueller anführt, deren Wirkung in Europa weit größer als in ihrer Heimat ist. (ebda.)

Anti-Intellektualismus und die politische Korrektheit

Trump und Millionen WählerInnen vereint in dieser Gemengelage nicht nur der anti-intellektuelle Diskurs, sondern auch eine gemeinsame Sprache: Der Erfolgsfaktor des Rechtspopulisten ist seine Authentizität. So wie er kommuniziert, denken und sprechen viele unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Deutlichste Ausdrucksform dieser Rhetorik ist die Ablehnung der Political Correctness, die mit rassistischen, sexistischen und homophoben Tiraden einhergeht und damit zum kollektiven Identitätsmerkmal jener wird, die sich demonstrativ vom Diskurs intellektueller und liberaler Eliten abzugrenzen trachten. Bezeichnend für diesen Prozess und demokratiepolitisch besonders besorgniserregend ist dabei der Gebrauch von Verschwörungstheorien, die in der rechtspopulistischen Gemengelage aus Ablehnung akademischer Wissenschaft, Wut auf Eliten und Angriffen gegen die politische Konkurrenz fröhliche Urstände feiern: Sie sind die radikale Antithese des Intellektualismus, da sie einer zunehmend komplexer werdenden Welt willkürlich hypothetisierte und skandalisierte Ereignisketten faktenverachtend gegenüberstellen. Verschwörungstheorien sind frei von kohärenten Narrationen und auch nicht wiederlegbar, da ExpertInnen, die ihnen widersprechen, als Teil der Verschwörung denunziert werden.

4.2.3 Die Sehnsucht nach der alten Ordnung: Identitätskrisen und Nationalismus

Mit den sozioökonomischen Veränderungen, der Zuwanderung und der immer schneller vorschreitenden kulturellen Globalisierung werden jene Traditionen und Identitäten in Frage gestellt, die jahrzehntelang Ordnung und Halt suggerierten. Die alten Werte verfallen parallel zur Großindustrie und führen bei weiten, vor allem konservativen Teilen der Bevölkerung zur Dissoziation mit gesellschaftlichen Modernisierungsmomenten. Demgegenüber wird die Angst, in „Flyover-Countries“ zurückgelassen zu werden, zur eigenen, regionalen Stärke umgedeutet und mit regressiven Idealen unter mitunter rassistischen Zuschreibungen als Stolz

auf die eigene Identität und Nation kompensiert – es formiert sich eine Sehnsucht nach der alten Ordnung, an die der Rechtspopulismus anzuknüpfen trachtet.

4.2.3.1 Identität als Trümmerfeld: Südstaatentraumata und der Exzeptionalismus

Der Rechtsruck in den USA hat sich vor allem in den Südstaaten schon länger abgezeichnet, zumal hier das historische Zentrum der rassistischen Bewegungen liegt und die Tea-Party besonders einflussreich ist: Hier werden die Agenden von Präsident Obama, die Gesundheitsversorgung, Abbruchgesetze, Genderrollen, Waffengesetze oder der Kampf gegen die Erderwärmung als politisch oktroyierte Projekte des Nordens fundamental abgelehnt. Das Gefühl des demographischen Niedergangs der Weißen wird dabei, wie Arlie Hochschild (2017) herausarbeitet, von tiefgehenden historischen Traumata begleitet, die mit der doppelten Unterwerfung des Südens einhergehen: In den 1860er Jahren schlug der Norden den sklavenhaltenden Süden vernichtend, Städte wurden dem Erdboden gleichgemacht und das politische System umgestürzt. Einhundert Jahre später machten sich sogenannte „Freedom Rider“ der Bürgerrechtsbewegung aus dem Norden im Süden breit, um der afroamerikanischen Bevölkerung beizustehen, die eben erst überwundene Rassentrennung auch politisch zu überkommen und deren politische Partizipation zu unterstützen. Viele weiße Männer fühlen sich seither an den Rand gedrängt, da sie in der sozialen „Warteschlange“ auch von der Frauen-, Homosexuellen- und Umweltbewegung sukzessive überholt werden. (ebda. 55ff.)

Die eigene Identität wurde so immer mehr zum Kampffeld, auf dem sich weiße Gruppen um Ehre und Anerkennung ringend, auf individuelle Werte sowie den Stolz auf die Heimatregion – die Konföderierten-Flagge ist dessen deutlichstes Ausdrucksmittel – rückbezogen: Der Stolz auf die Arbeit ging mit dem Verlust der Arbeitsplätze und dem Lohnrückgang ebenso verloren wie der Stolz auf den Bundesstaat, über den man sprichwörtlich hinwegfliegt. Auch die Familien- und Moralvorstellungen marodierten in der sozialliberaleren Gesellschaft bis schließlich der letzte identitätsstiftende Anker, die Religion und der eherne Glaube an den siebentägigen Schöpfungsmythos gesellschaftlich immer befremdlicher erscheinen mussten. (ebda. 61f.) Die weiße Mittelschicht im Süden fühlt sich durch die gesellschaftlichen Umwälzungen der letzten Jahrzehnte im eignen Habitat immer stärker unter Druck. Dieser Umstand wurde, wie Colgan und Keohane (2017, 40) festhalten, durch den Fall des Eisernen Vorhangs verstärkt, zumal der Wegfall der Sowjetunion als identitätsstiftender, gemeinsamer Feind zum Rückgang nationaler Solidarität und damit zur Verstärkung gesellschaftlicher Spannungen führte.

Der Ruf nach der alten Ordnung wurde auch in Großbritannien im Verlaufe der Brexit-Auseinandersetzung immer lauter. Nationale Identität bedeutet auch hier nicht nur die Besinnung auf Institutionen und staatsbürgerschaftliche Beteiligungsformationen sondern ist wesentlich grundsätzlicher durch Geburtsort und Abstammung konnotiert und unterliegt mit dem Zerfall des Empires, dann der Industrie und schließlich der Sozialstaatlichkeit, ähnlich wie in den USA traumatischen Erfahrungen. Der Germanist Nicholas Boyle analysiert den Brexit diesbezüglich als Folge einer spezifisch englischen Identitätskrise aufgrund mangelnder Vergangenheitsbewältigung, die als Europhobie sichtbar wird. So gründe sich die insulare Identität auf dem englischen Nationalismus und der imperialistischen Vorstellung des „British exceptionalism“. Die fehlende Verarbeitung des Traumas, das mit dem Untergang des Weltreichs einhergegangen ist, habe laut Boyle zu einer „englischen Psychose“, einer kollektiven narzisstischen Störung geführt. Das Brexit-Referendum ist so als Imagination eines Königreichs globaler Stärke zu verstehen, das das Commonwealth of Nations unter britischer Führung als Alternative zur Unterordnung innerhalb der Europäischen Union präferiert. (Boyle 2017) Die Forderung nach der Wiederherstellung alter Ideale und Traditionen geht so mit der Hoffnung einher, dem beinahe archetypischen britischen Pessimismus, der fast 50 Jahre lang Kunst und Kultur unter dem Motto „No Future“ für ganze Generationen geprägt hatte, zu überwinden. Dazu müsse, so die nostalgische Vorstellung, an die einstige Bedeutung des Großreichs angeschlossen werden.

4.2.3.2 Die Angst vor der Zukunft: Nostalgie und Nationalismus

Durch die gesellschaftlichen Umbrüche der letzten Dekaden sind in den USA und dem Vereinigten Königreich jene beiden Gefühlslagen in den Vordergrund gerückt, die für den Populismus wichtige Ausgangsbedingungen bedeuten: Besorgnis und Nostalgie. Im Vereinigten Königreich haben 73 Prozent jener BritInnen für den Brexit gestimmt, die der Meinung waren, dass sich das Land in den letzten zehn Jahren deutlich zum Schlechteren entwickelt habe. (Goodwin/ Milazzo 2017, 451) Die *American Values Study* aus dem Jahr 2015 zeigt auch in den USA die pessimistische Einstellungen – vor allem unter WählerInnen der Republikaner: 58 Prozent von ihnen denken, dass die besten Jahre der USA vorbei wären, gar 67 Prozent sind der Meinung, dass sich Kultur und Lebensweise seit den 1950er Jahren verschlechtert hätten. Dabei zeigt sich, dass die RespondentInnen der weißen ArbeiterInnenschaft weitaus besorgter sind, als alle anderen Gruppen: 78 Prozent denken, die USA sei immer noch in einer Rezession und 68 Prozent meinen, dass harte Arbeit nicht mehr zu Erfolg führe. Auffallend ist hierbei vor allem, dass unter Hispanics und AfroamerikanerInnen ein deutlich positiveres Bild von der Zukunft gezeichnet wird. (Jones et al. 2015)

Mit den Ängsten und Sorgen die Zukunft betreffend, die auch im Vereinigten Königreich unter weiten Teilen der Bevölkerung vorherrschen (Ford/Goodwin 2017, 21), kommt der Nostalgie – von griechisch *nóstos* (Rückkehr) und *álgos* (Schmerz) – eine bedeutende Funktion des Populismus bei. Definiert man Nostalgie wie Svetlana Boym (2007, 7) als „longing for a home that no longer exists or has never existed“, geht damit immer die Empfindung von Verlust und Verdrängung einher, worauf auch die populistischen Hauptslogans der Kampagnen anspielen. Die Nostalgie wird so zur Gegen-Ideologie, eine Projektion vergangener Tage, die Halt in einer Zeit gibt, in der sich Werte wie Familie, Gemeinschaft oder Arbeit fundamental ändern und eine alternative Ordnung ersehnt oder imaginiert wird. Während in den USA der Bezug auf die Zeit oder den Ort, die rückersehnt werden, variabel sind, bezieht sich die Brexit-Bewegung stark auf den Ethos der mächtigen, unabhängigen Seemacht England imperialer Größe, die es alleine gegen das faschistische Europa aufgenommen hat. Die einstige Souveränität, so die vage formulierten nostalgisch-populistischen Allüren, könne wiedergewonnen werden, „when re-imagined through an older political language associated with empire, free trade and the Englishspeaking peoples“. (Kenny 2017, 257)

Diese hier angedeutete Kombination aus Nostalgie und Sprachpurismus führt zu einer weiteren Komponente, die im Verlauf der Wahlkämpfe von 2016 immer deutlicher wurde und mit der antiegalitären Politik einhergeht: Die kognitive Flucht nach hinten, die zum Wiedererstarken des Nationalismus geführt hat. Der amerikanische Patriotismus, der sich als Verfassungspatriotismus traditionell stark auf die Würdigung und Bewahrung der Konstitution bezogen hatte, hat in den letzten Jahren immer deutlicher völkisch-nationale Züge bekommen. Ähnliches gilt auch für das Vereinigte Königreich, ganz besonders jedenfalls für England, wo viele nicht Einheimische erkennen mussten, dass es nicht ausreicht, der englischen Sprache mächtig zu sein – um als Teil der Gemeinschaft anerkannt zu werden, sollte man diese mittlerweile akzentfrei beherrschen. Dass sich die EU zum Hauptangriffsziel englischer Nationalisten entwickelt hat, erscheint dabei nachvollziehbar, ist sie als intergouvernementale Organisation eine jener Akteurinnen, die den Nationalstaat und nationale Souveränität am nachhaltigsten verändert hat. Die Fußball-Europameisterschaft im Juni 2016 in Frankreich, bei der England und Wales teilgenommen haben, hat die patriotischen bis nationalistischen Tendenzen in den einzelnen Subnationen des Königreichs, die außerhalb des Sports im täglichen Leben kaum eine Rolle spielen, zusätzlich befeuert.

4.2.3.3 Die Wiederkehr des Faktors „Rasse“

Sowohl die Wahl von Trump als auch die Brexit-Bewegungen sind durch eine Haltung der Aus- und Abgrenzung determiniert, Albrecht von Lucke (2016,5) spricht gar von einem „neue[n] Kampf der Kulturen“. Tatsächlich hat die Salienz des Themas „Rasse“ in den anglo-amerikanischen Gesellschaften zugenommen – nicht nur durch die Wahlkämpfe 2016, sondern schon zuvor durch Migration und die Regentschaft des ersten afroamerikanischen Präsidenten in den USA. Als *racialization* vor allem der weißen Bevölkerung bezeichnet Michael Tesler (2016, 30) diese Entwicklung, die auch der scheidende US-Präsident in seiner Abschiedsrede anmerkte, denn die Vision eines „post-racial Americas“ sei noch nicht erfüllt: „[R]ace remains a potent and often divisive force in our society“, und damit eine der größten Gefahren für die Demokratie, wie Obama (2017) anmerkte.

Die Obama-Jahre haben beim Wahlverhalten gezeigt, dass die demokratische Partei deutliche Zugewinne bei nicht-weißen WählerInnen verbuchen konnte, während das weiße Elektorat, vor allem jene ohne College Abschluss, deutlich stärker zur republikanischen Partei gewandert ist. Aufgrund des demographischen Wandel ergab sich für die Republikaner ein Dilemma. Entweder, so schlussfolgerte man nach der Wahlniederlage 2012, man setze auf ethnische Diversität und spricht gezielt lateinamerikanische BürgerInnen an, oder man stärkt die Verbindung zur weißen Kernschicht. Trump setzte bekanntermaßen auf zweiteres und befeuerte die rassistischen Gesinnungen der weißen Bevölkerung. Damit verbunden ist nicht nur die ethnische Polarisierung Obamas und seiner Politik, sondern – von Tesler (2016, 32) als „racial spillover“ bezeichnet – auch seines politischen Umfelds, seiner Parteizugehörigkeit und jener Personen, die ihm nahe stehen – allen voran seine ehemalige Außenministerin Hillary Clinton. Dass diese Politik erfolgreich sein konnte, führen Sides et al. (2017, 39) darauf zurück, dass „racial concerns stronger than economic concerns“ waren.

Die soziale Frage konnte so ethnisiert werden. In den Vordergrund wurde nicht der Klassenkampf, sondern der Rassenkampf gerückt. (Leggewie 2016, 51f.) Dass der ‚Backlash‘ nach dem ersten afroamerikanischen Präsidenten so enorm ausfiel, liegt eben auch an der Furcht der weißen Bevölkerung, soziodemographisch den Hegemonieanspruch zu verlieren. Wendy Brown (2017a, 62) vergleicht diese Empfindungen mit der Angst vor „sozialer Kastration“, und erkennt Parallelen zur Ablehnung der Frauenbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts. Dass es die schwarze Bevölkerung freilich nach wie vor wesentlich schwieriger hat, auf Colleges aufgenommen zu werden, Jobs in Führungspositionen zu bekommen oder außerhalb des Sports gesellschaftlich wahrgenommen zu werden, ändert an dem Umstand nichts, dass die

Hälfte der weißen Bevölkerung der Meinung ist, dass Diskriminierung gegen sie zu einem gleich großen Problem geworden ist wie die Diskriminierung von ethnischen Minderheiten (Jones et.al 2016, 15). Ähnlich argumentierte Donald Trump schon Ende der 1980er Jahre, als er in einem Fernsehinterview die vermeintliche Bevorzugung schwarzer auf dem Arbeitsmarkt auf die Spitze trieb: „[W]enn ich heute meine Karriere starten würde, [wäre] ich gerne ein gut ausgebildeter Schwarzer, weil ich glaube, dass der einen echten Vorteil hat.“ (zit. nach D’Antonio 2016, 359) Dass demgegenüber institutioneller Rassismus in den USA nach wie vor eine dramatische Rolle spielt, zeigen die regelmäßigen Fälle von Racial Profiling, Polizeigewalt und Ungleichbehandlung der Behörden, die durch zahlreiche Todesfälle zu tiefer Verunsicherung der schwarzen Bevölkerung im Umgang mit der Polizei und zur Gründung der Bewegung Black Lives Matter geführt haben.

Dass die Gesamtbevölkerung Polizei und Militär, trotz der Vorfälle in den vergangenen Jahren, von allen politischen Institutionen das mit Abstand höchste Vertrauen entgegen bringt (Niederberger 2016, 14), zeigt, wie die erlebten Realitäten divergieren. Fordert Trump in diesem Duktus die Aufrüstung des Militärs und die Einführung der Folter und verteidigt die Polizei bei exzessiver Gewaltanwendung gegen afroamerikanische Jugendliche, vertritt er weite Teile der (weißen) Bevölkerung. Damit verbunden ist die politische Mobilisierung jenes rechtspopulistisch bis rechtsextremen Segments, das im Land „aufräumen“ will, um zu demonstrieren, wer der „Herr im eigenen Haus“ ist. Sie fordern gegen jene vorzugehen, denen ein leistungsfreier oder krimineller Lebensstil unterstellt wird – ihr Slogan könnte auch „Make America White Again“ lauten.

4.2.4 Genderaspekte: Populismus als antifeministischer ‚Skandal‘

Die Analyseformate, die aus den akademischen und publizistischen Fachgebieten auf die Brexit-Wahl sowie jene von Donald Trump angewendet werden, kreisen à la longue um die Bereiche Sozioökonomie, Kultur, Institutionen, Identität oder Klasse. Feministische TheoretikerInnen kritisieren diesbezüglich zu Recht, dass der Genderaspekt meist außen vorgelassen wird – ein substanzielles Manko, sind doch gerade dem Rechtspopulismus Attitüden männlicher Vorherrschaft immanent. Um die blinden Flecken konventioneller und kritischer Analysen zu beleuchten, schlagen Aida Hozic und Jacqui True (2017, 275) vor, eine Perspektive der Feministischen Politischen Ökonomie auf die Vorgänge des Jahres 2016 zu entwickeln und die Wahlen als ‚Skandale‘ zu erfassen, die sowohl Krisen erzeugen, diese gleichzeitig aber auch verwerten, um die kapitalistische Ordnung der öffentlich-privaten-Verhältnisse festzuschreiben: Skandale lenken die Aufmerksamkeit von den typischerweise männlichen Eliten

und den ungleichen sozialen Beziehungen ab, verschleiern die Verteilungsfolgen für verschiedene gesellschaftliche Gruppen und sie nutzen Frauen und weibliche Führungskräfte bei der Wiederherstellung der nationalistischen Austeritäts-Gesellschaft. (ebda)

4.2.4.1 Gender top down: Die Exklusion von Frauen in der Politik

Betrachtet man die Brexit-Wahl aus einer Genderperspektive „von oben“, wird sofort augenscheinlich, dass Frauen weder in der Kampagne noch in der medialen Berichterstattung eine Rolle gespielt haben: Einer Studie der Loughborough University (2016) zufolge nahmen Männer während der sechswöchigen Hochphase des Wahlkampfes 85 Prozent der Presse- und 75 Prozent der TV-Berichterstattung ein. Die mediale Dominanz von vier konservativen Politikern und Nigel Farage macht offensichtlich, dass der Brexit nicht nur eine politisch konstruierte Krise der maskulin dominierten britischen Elite darstellt, sondern in diesem spezifischen Milieu sogar von Männern kreiert wurde, die wie Cameron und Johnson seit ihrer Jugend in Konkurrenz stehen. Dass sich der intra-elitäre Wettkampf der Tories zu solchen Dimensionen, einem Skandal, aufschaukeln konnte, war nur möglich, indem andere – Frauen und MigrantenInnen – in der Debatte nicht vorkamen. (Hozic/True 2017, 276)

Ähnlich wie im Vereinigten Königreich war auch der amerikanische Wahlkampf durch ganz spezifische Genderaspekte geprägt: Zum einen spielten Frauen in der republikanischen Vorwahl bei einem KandidatInnenverhältnis von 17 zu eins keine Rolle. Zum anderen war der gesamte Wahlkampf von männlichen Dominanzfantasien und sexistischen Episoden durchsetzt – besonders Trump bediente antifeministische Allüren und gerierte sich als prahlendes Alphanier und machohaftes Übervater. Dabei zeigt schon die Vergangenheit, dass die Person Trump seit über 40 Jahren als in höchstem Maße sexualisiert konnotiert ist, wurde er doch schon in den 1980er-Jahren von der Zeitschrift „Playgirl“ als „sexy“ bezeichnet – nicht wegen seiner Physis, sondern aufgrund von Erfolg und Reichtum. (D'Antonio 2016, 240f.) Dass Trump und sein Lebensstil damit nicht nur bei Männern, sondern auch bei bestimmten Gruppen von Frauen gut ankommt, liegt an der dominanten Rollenverteilung, die der Luxustycoon einnimmt: Trump bedient die Werte eines traditionell-religiösen Frauentypus, der sich devot dem Mann und der Familie unterordnet. Außerdem mimt er den gönnerhaften „Suggardaddy“; einen Mann, der zahlt und die Frau als „trophy wife“ an seiner Seite hält. Trump spricht so die traditionelle, „echte“ amerikanische Frau an, der vor links-liberalen Rivalinnen graut, die tendenziell unpolitisch bis anti-emazipativ auftritt und auch über sexuelle Übergriffe hinwegsehen kann. (Seeblen 2016, 37ff.)

Dominanzdiskurse und die Aufrechterhaltung der männlichen Ordnung

Demgegenüber zählt Hillary Clinton zu jenen starken, selbstbewussten und unabhängigen Frauen, die an Trumps Seite keine Chance haben. Trotzdem wirkt sich ihre Erhabenheit über traditionelle Genderrollen gegen sie aus, weil sie – und das ist das Skandalöse an der US-Wahl – gegen Trumps antifeministisches Toben, das von politischen Inhalten ablenkt und Machtstrukturen fixiert, in ihrer Identität und deren Werten nicht ankommen kann. So wurde Clinton häufig nicht nur als „gescripted“ oder „unspontan“ bezeichnet, ihre Auftritte wurden auch überanalysiert und Worten Bedeutungen beigegeben, die nicht intendiert waren – laut Robin Lakoff (2017, 597) eine typische Methode, Frauen in der Öffentlichkeit zu diskreditieren. Dass Trump selbst Clinton denunzieren und sie sexistisch als „weak“ und „sickley“ bezeichnen konnte, liegt am tradierten Diskurs, der angefangen bei Reagan über Bush Jr., Blair bis Cameron seit mehreren Dekaden Emotionen – allen voran Angst vor Krieg, Flüchtlingen und Krisen – mobilisiert, um die Erhaltung der als männlich verstandenen öffentlichen Ordnung durchzusetzen. Dadurch wurde ermöglicht, strikte Überwachungsformen, die Aufrüstung der Staaten wie auch die Ablehnung von Flüchtlingen zu implementieren, um vorgeblich jene zu schützen, die eben als „schwach“ oder „kränklich“ imaginiert werden: Frauen. So kommen Hozic und True (2017, 278) zur Konklusion, “[m]asculine posturing of protection and its tremendous emotional appeal, manifest in ‘Take Back Control’ slogan and misogyny of ‘Trumpism’, have been made possible by this constant massaging of the publics’ fear”.

Die maskuline Dominanzatmosphäre wurde, nicht nur aus feministischer Perspektive, besonders abstoßend skandalös, als sich die politischen Debatten anstatt um Fakten, Inhalte und Folgen der Wahlentscheidung um die Genitalien der Hauptakteure Cameron und Trump drehten: Im September 2015, gerade als die Vorlaufphasen der Kampagnen begannen, veröffentlichte der britische Milliardär und langjährige Finanzier der Tories, Lord Ashcroft, die nicht-autorisierte, über weite Strecken belanglose Biographie „Call me Dave“ die aufgrund einer unbelegten Anschuldigung wochenlang Aufmerksamkeit erhielt: Ashcroft behauptet, Cameron habe im Zuge eines studentischen Initiationsritus einen „private part of his anatomy“ in den Kopf eines Schweines befördert, was Cameron als „Piggate“ medial bis zu seiner Demission begleitete. (Mason 2016)

Noch deutlicher wurden diesbezüglich die Anspielungen im US-Wahlkampf: In einer skandalträchtigen Vorwahldebatte im März 2016 brachte Marco Rubio die Rede auf Trumps vermeintlich kleine Hände als Referenzpunkt für andere Körperteile. Trump, der dies vehement abstritt, sieht sich diesbezüglich bis heute mit Untergriffen konfrontiert. Dass ein politischer

Diskurs, der in diesem Ausmaß von männlicher Dominanzsymbolik durchsetzt ist, weibliche Spitzenpolitikerinnen exkludiert und die Positionen und Bedürfnisse von Frauen außer Acht lässt, verwundert gar nicht mehr. So war es auch möglich, dass sich Trump als Kandidat des politischen Wechsels inszenieren konnte, während Clinton der verhasste Status quo zugeschrieben wurde. Tatsächlich hätte gerade die Wahl Clintons zur ersten Präsidentin der USA einen echten Wandel bedeutet.

4.2.4.2 Gender bottom up: Reproduktionsverhältnisse und Populismus

Um Genderaspekte von Betroffenen in die Analyse der Wahlen von 2016 einzubeziehen, schlagen Hozíć und True vor, die Perspektive jener Personengruppen an den Rändern der Gesellschaft einzunehmen und auf die Schnittstelle von Gender, Rasse, Klasse, Hierarchien und Exklusion zu fokussieren. So können die populistischen Politikformen als Folge intersektionaler Ungleichheit erfasst werden, um nachzuvollziehen, wie sie die für westliche Gesellschaften unabdingbaren globalen Reproduktionsketten und Migration gleichzeitig ablehnen und verschleiern. Gerade für den Care-Sektor ist es entscheidend, formelle und informelle sowie bezahlte, unbezahlte und unterbezahlte Arbeitsformen zu thematisieren und ihre Rolle für den Populismus sichtbar zu machen: Der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt nach dem Zweiten Weltkrieg, den sinkenden Geburtenraten sowie der Alterung der Bevölkerungen konnte nur durch Migration gegengesteuert werden. Eine Welt ohne MigrantInnen erscheint nur verheißungsvoll, weil die Arbeit von Frauen – speziell jene entlang der globalisierten Ketten der Care-Ökonomie – über Dekaden unsichtbar gehalten wurde.

Die Realität holt in diesem Punkt die populistische Rhetorik ein, zumal westliche Industrieländer in höchstem Maße abhängig von ‚feminisierter Migration‘ sind: Während die Austeritätspolitik zur Senkungen von Sozialausgaben geführt hat, musste ein weites Feld an Dienstleistungen in den Bereichen Medizin und Krankenpflege, Kinder- und Altenbetreuung bis hin zur Bildung bei niedrigen Ausbildungskosten und Löhnen aufrecht erhalten werden. Diese Tätigkeiten wurden im UK zu großen Teilen von BürgerInnen aus den EEA-Staaten und in den USA von Mittel- und LateinamerikanerInnen – oftmals unter semilegalen Aufenthaltstiteln – ausgeübt. Damit richtet sich die Brexit- und Trump-Wahl gegen die MigrantInnen, die den weißen Männern den gesellschaftlichen Surplus garantieren und verhindern, dass jene Reproduktionstätigkeiten übernehmen müssen. (Hozíć/True 2017, 278f.)

Unter dem Blickwinkel der feministischen politischen Ökonomie zeigt sich an der Schnittstelle aus Genderungleichheit mit anderen Formen der Marginalisierung basierend auf Religion, Ethnie, Alter und soziökonomischem Status, dass nicht die traditionell männliche Arbeiter-

klasse im weitesten Sinne die Verlierer der Globalisierung ist, sondern vor allem ärmere Frauen, die ethnischen und religiösen Minderheiten zugehörig sind. Die Tatsache, dass muslimische Frauen, oftmals in Anwesenheit ihrer Kinder, am stärksten von rassistisch motivierten Übergriffen betroffen sind, zeigt, wie Sexismus und Rassismus Hand in Hand gehen und wie nationalistische Identitäten gelebte Erfahrungen von Ungleichheit und Ungerechtigkeit überlagern.

4.3 Die institutionelle Krise des politischen Systems

Neben der Darstellung der sozioökonomischen und kulturellen Hintergründe, die zum Brexit und der Trump-Wahl geführt haben, müssen drittens auch deren politisch-institutionelle Faktoren zu beleuchtet werden. Dabei gilt es zu erfassen, dass ökonomische und gesellschaftliche Krisenphänomene wie Deindustrialisierung, Austerität und Staatsverschuldung aber auch die strikte Ablehnung von Flüchtlingen, Angst vor Identitätsverlust oder die Zunahme rassistischer und sexistischer Umgangsformen von den institutionellen Rahmenbedingungen der politischen Systeme geformt, geprägt und hervorgebracht werden. Vice versa wirken sich nämlich auch auf die Institutionen der Politik und die Perzeption der Öffentlichkeit aus und befördern den Rechtspopulismus in das Zentrum der politischen Auseinandersetzung: Damit sind sowohl der Brexit als auch der Trumpismus als Symptome von Staatskrisen zu begreifen, die in den institutionellen Ordnungen der politischen Systeme ihren Ursprung finden.

4.3.1 Die Rolle von Verfassung und Wahlordnung für den Rechtspopulismus

Die Ausarbeitung der strukturellen und prozeduralen Aspekte der politischen Arenen des Vereinigten Königreichs und der USA und ihre Implikationen für den Erfolg des Rechtspopulismus stellt für sich genommen einen umfangreichen, wohl auch lohnenden, Forschungsgegenstand dar. Um trotzdem, wenn auch nicht in aller Detailgenauigkeit, auf zentrale Elemente des politisch-institutionellen Systems wie die Rechtsstaatlichkeit, Gewaltentrennung, individuelle Freiheit und Partizipation einzugehen, wird im Folgenden einerseits die unterschiedliche Rolle der jeweiligen Verfassung in den Staaten, andererseits die Wahlordnung unter die Lupe genommen. Dadurch kann der Rechtspopulismus sowohl als Folge gleichermaßen wie Ausgangspunkt konstitutioneller Krisenphänomene erfasst wie auch die Frage nach der Inklusion und Exklusion von WählerInnengruppen gestellt werden.

4.3.1.1 Die Verfassungen zwischen Improvisation und Stagnation

Erfasst man den Rechtspopulismus des Jahres 2016 nicht nur als ökonomische oder kulturelle sondern auch als staatliche Krise, muss die besondere Rolle der Verfassungen in den jeweili-

gen politisch-institutionellen Systemen berücksichtigt werden. Diese ist im Vereinigten Königreich aufgrund ihres unkodifizierten Charakters, der Ableitung von Gewohnheitsrecht, positivem Recht in Verfassungsrang und richterlichen Urteilen (common law) stark von improvisatorischer Realpolitik geprägt. In den USA, wo ein starker Verfassungspatriotismus vorherrscht, ist sie demgegenüber äußerst starr, was zu politischer Stagnation führt. Beide Systeme sind in dieser Folge institutionell nur bedingt resilient – der Aufstieg des Rechtspopulismus ist, nicht nur, aber durchaus auch eine Folge des Zustands der jeweiligen (Real-)Verfassung.

In schlechter Konstitution: Die Transformation der britischen Realverfassung

Die Grundzüge der Staatskrise, die im Brexit kulminieren, liegen in der großteils ungeschriebenen Verfassung des Vereinigten Königreichs, die durch das „common law“ determiniert ist und durch richterliche Präzedenzfälle weiterentwickelt wurde. Zwar wurde im 20. Jahrhundert die Parlamentssouveränität immer wichtiger, doch gibt es praktisch keinen Unterschied zwischen einfachem Gesetz und Verfassungsgesetz. (Sander 2017, 159f.) Dadurch bekamen die Jahre zwischen dem Anglo-Irischen-Abkommen von 1985 und der symbolträchtigen Retournerung des Steins von Scones von Westminster nach Edinburgh 1996 besondere Brisanz. Während dieser Dekade waren sowohl die internen als auch die transnationalen konstitutionellen Strukturen des Königreichs einer fundamentalen Transformation unterzogen: Einerseits führte der fortschreitende Prozess der Devolution, die Verlagerung politischer Kompetenzen von London nach Schottland, Wales und Nordirland, zur massiven Stärkung regionaler Parlamente, andererseits band die Ratifizierung des Maastricht-Vertrags das Königreich an die politischen und rechtlichen Strukturen der EU. Mit der Abschaffung der Lordrichter des Oberhauses zugunsten des erst 2009 etablierten Obersten Gerichtshofes wurde die ungeschriebene britische Verfassung weiteren Modifikationen unterzogen. Die konstitutionelle Ordnung des Vereinigten Königreichs hat sich so zwischen der Regentschaft Thatchers und der Ausrufung des Brexit-Referendums dramatisch verändert. (Clarkson 2016)

Trotz dieser evidenten Verfassungstransformationen im Vereinigten Königreich agieren weite Teile der politischen und medialen Eliten, als hätte sich im Vergleich zu den 1980er Jahren nichts geändert – ein Irrglaube, der durch die vermeintliche Stabilität der langen Regentschaft von Königin Elisabeth II verstärkt wird. Schlüsselemente der Realverfassung alter Prägung wie die dominante Führungsrolle des Premiers, die Kontrolle der Regierung über beide Kammern des Parlaments, kontroverse Diskussionen innerhalb des Kabinetts bei homogenem Auftreten nach außen, die Vertretung der unterlegenen Minderheit durch eine starke Opposition

und die Unterordnung der Kronländer sind obsolet geworden. Durch das Referendum und die darauf folgenden Frage, wie die Loslösung von der EU zu vollziehen sei, ist deutlich geworden, dass sich Cameron und später May auf die Kraft ihres Amtes verließen, aber außer Standes waren, im Stile der „Eisernen Lady“ die eigene Partei geschweige denn das ganze Land zu führen. Erbitterter Streit im Regierungskabinett ist zur Norm geworden, während sich das Oberhaus gegen einen harten Brexit stellt und die Regierungsmehrheit wie auch die Opposition im Unterhaus gespalten sind. Bemerkenswert an der Brexit-Debatte ist weniger die Polarisierung der beiden Lager, sondern, so Alexander Clarkson (2016), dass „both Remain and Leave leaders shared assumptions about the stability and power of the British state rooted in a constitutional order that ended thirty years ago“.

Die konstitutionelle Blindheit der Brexit-Kampagnen

So kam es dazu, dass die Remain-Kampagne allzu freizügig über regionale Ungleichheiten in Folge des Devolutions-Prozesses⁶ sowie die problematische, weil rein passive Rolle des Königreichs bei wichtigen Entscheidungen der EU etwa in Bezug auf die Euro- oder Schengen-Zone hinweggesehen hatte. Andererseits ignorierte die Leave-Kampagne die komplexen, sich oftmals überlappenden Strukturen der Jurisdiktion in essentiellen Politikbereichen zwischen dem Königreich, seinen Einzelstaaten und der Europäischen Gemeinschaft.⁷ Genau diese konstitutionelle Blindheit ermöglichte es dem Brexit-Lager, eine höchst divergente Koalition aus Rechtspopulisten, Wirtschaftsliberalen und linken EU-GegnerInnen zu schmieden, ohne Vorstellungen einer verfassungskonformen post-Brexit-Ordnung ventilieren zu müssen – auf Kosten der Einigkeit des Vereinigten Königreichs.

Zweifelsfrei vorhersehbar war nämlich, dass der Brexit die britischen Einzelstaaten in eine äußerst heikle Lage versetzen würde. Erstens ist für Gibraltar als Exklave im Süden Spaniens der freie Dienstleistungs-, Personen- und Warenverkehr mit der EU von existenzieller Bedeutung. Der fragile Friede im Nordirland-Konflikt ist zweitens in höchstem Maße von europäischen Abkommen wie dem Beitritt des UK und Irlands zur EWG 1972, dem blutigsten Jahr

⁶ Die Etablierung der Parlamente in Edinburgh, Belfast und Cardiff 1998 hat dazu geführt, dass die BürgerInnen von Schottland, Nordirland und Wales sowohl im nationalen Vertretungskörper wie auch in Westminster repräsentiert sind, während ein eigenständiges englisches Parlament nicht existiert. Dieser Umstand, auch als „West Lothian question“ bezeichnet, führt zu der Schieflage, dass EngländerInnen keinen Einfluss auf Angelegenheiten nehmen können, für die etwa das schottische Parlament zuständig ist, während dies umgekehrt sehr wohl möglich ist.

⁷ So war etwa zum Zeitpunkt des Referendums nicht einmal absehbar, welcher britischen Institution das Austrittsrecht unterliegt: Erst das Höchstgericht kam zum Urteil, dass nicht die vom königlichen Recht abgeleiteten „royal peorative powers“ der Regierung ausreichen würden, den Brexit-Prozess gegenüber der EU einzuleiten, sondern dass das Parlament in seiner Souveränität betroffen sei und daher ebenfalls zustimmen müsse. Dieser monatelang als Streit zwischen Exekutive und Legislative ausgetragene Anachronismus verdeutlicht dabei die institutionellen Defizite aufgrund der konfusen verfassungsrechtlichen Situation im Königreich. (Sander 2017, 164ff.)

des Nordirlandkonflikts, und dem mit massiven Finanzhilfen verbundenen Karfreitags-Abkommen zwischen Katholiken und Protestanten von 1998, das bis in die Gegenwart den Frieden sichert, abhängig. Dort, wo sich zwischen Irland und Nordirland früher bewaffnete, mit Stacheldraht versehene Grenzposten befanden, sind heute entlang der 499 Kilometer langen Grenze an die 300 offene Übergänge. (Guelke 2016, 51) Die institutionelle Komplexität und politischen Gefahren, die der Konflikt durch Forderungen wie die absolute Migrationskontrolle in sich birgt, wurden vom englischen und walisischen Brexit-Lager verdrängt. Nämliches gilt drittens auch für das stark mit Nordirland verbundene, proeuropäische Schottland, dessen Unabhängigkeitsbestrebungen kurz nach dem Referendum wieder laut wurden. Dass es im Zuge des Transfers von EU-Regularien und Normen etwa bei Landwirtschaftssubventionen, Fischereiquoten und Industrieförderungen zu einer Stärkung Londons zuungunsten des Parlaments in Edinburgh kommen würde, war ein heftiger Kritikpunkt während der Brexit-Debatte. Die von der Brexit-Kampagne ausgegebene Parole „Take back Control“ ist so für Gibraltar, Nordirland und Schottland in doppelter Hinsicht zynisch: Erstens werden die demokratischen Wahlergebnisse der Teilstaaten negiert und zweitens werden durch die Machtverschiebung von Brüssel nach London die nationalen Parlamente übergangen.

Die starre amerikanische Verfassung und der Aufstieg des Populismus

Im Gegensatz zu den konstitutionellen Improvisationen im Königreich ist die politisch-institutionelle Krise in den USA, die dem Trumpismus zugrunde liegt, eine Folge der Staatsparalyse der letzten 25 Jahre. Während des Kalten Krieges überdeckten überparteiliche Konventionen und gelebte Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges die politischen Konflikte über militärische Interventionen einerseits und die Expansion ziviler und sozialer Rechte andererseits. Mit den frühen 1990er wurde ein Generationenwechsel der politischen Elite vollzogen, mit dem die ideologischen Gräben zwischen Republikanern und Demokraten aufgerissen wurden. Die informellen Prozeduren des Austausches und der Übereinkunft, die die (Real-)Verfassung nicht nur getragen, sondern auch stabilisiert und demokratisches Regieren ermöglicht hatten, gingen durch die gesellschaftliche und geographische Spaltung der Parteien verloren. Vor allem die Radikalisierung der GOP, symbolisch vollzogen durch Pat Buchanans „Kulturkrieg“-Rede 1992, und die Übernahme des Repräsentantenhauses durch den weit rechts stehenden Newt Gingrich führte zu einer aggressiven „the winner-takes-it-all“-Politik, die die eigne Basis durch enorme Polarisierung zu mobilisieren trachtete.

In einem institutionellen Setting, das durch Mehrheitswahlrecht auf zwei Parteien zugeschnitten ist und in dem die ideologisch motivierte Obstruktion die größten Erfolgsaussichten ver-

spricht, sind Bestrebungen, die konstitutionellen Bestimmungen zugunsten der politischen Stabilität an veränderte Rahmenbedingungen, neue politische Strömungen oder den Wandel in der politischen Kultur anzupassen, zum Scheitern verurteilt. Der mitunter sakralartig vorgebrachte Verweis auf die Gründungsväter der Verfassung als Wiege der Nation erstickt die notwendigen Debatten über die Gerechtigkeit und damit Stabilität des politischen Systems. (Clarkson 2016) Die tiefgreifende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit den politischen Eliten ist dabei nicht weniger als die Antwort auf eine systematische Diskrepanz zwischen den Erwartungen an das politische System und dessen Unfähigkeit, auf Basis einer 230 Jahre alten Verfassung entsprechendes Outcome zu produzieren. Das Ausmaß der Frustration bei gleichzeitiger Artikulation, das nur noch das Militär Durchsetzungskraft besitze, gibt Grund zur Sorge für den Fortbestand des demokratischen Systems der USA.

4.3.1.2 Politische Partizipation zwischen Gerrymandering und Exklusion

Befasst man sich mit den politischen Systemen der USA und des Vereinigten Königreichs im Zuge des aufkommenden Rechtspopulismus, so muss auch die Wahlordnung und deren spezifische Formen der Partizipationsmöglichkeiten beleuchtet werden. Für die Wahlsysteme in beiden Ländern gilt in besonderem Maße, was auch auf die konstitutionelle Ordnung zutrifft, nämlich dass jene Akteure, die für Reformen zuständig wären, vom Status quo am meisten profitieren, garantiert doch das Mehrheitswahlrecht die traditionelle Dominanz der jeweils federführenden Parteien gegen dritte.

Das US-Mehrheitswahlrecht und die ethnische Diskriminierung

Besondere Aufmerksamkeit wird beim Mehrheitswahlrecht die Wahlkreisziehung zuteil. Dabei wird deutlich, dass die indirekte Wahl des US-Präsidenten via historisch begrenzte Bundesstaaten zu massiven Widersprüchen führt: Sechs der sieben seit 1988 durchgeführten Präsidentenwahlen haben eine Mehrheit für Demokraten hervorgebracht, dennoch sind durch das Electoral College drei Wahlen zugunsten der Republikaner entschieden worden. Donald Trump konnte bei einem Rückstand von 2,9 Millionen Stimmen gar um 77 Wahlmänner mehr als Hilary Clinton auf sich vereinen – eine der zentralsten institutionellen Gründe seines Erfolgs. Während für die Wahlen zum US-Senat und zum britischen Unterhaus ähnlich Umstände zutreffen, zeigt sich bei Urnengängen zum amerikanischen Repräsentantenhaus die Problematik der vor allem von Republikanern instruierten Wahlkreiseinteilung, dem Gerrymandering⁸. Die nach der letzten Bevölkerungszählung 2010 geformten Wahlkreise, die

⁸ Der Begriff „Gerrymandering“ stellt eine Kontamination aus dem Namen „Gerry“ und „Salamander“ dar und geht auf den Gouverneur von Massachusetts, Elbridge Gerry, zurück, der 1812 einen Wahlbezirk so zu seinen Gunsten zog, dass er einem Journalisten zufolge dem Aussehen eines Salamanders glich. (Misteli 2017)

von den Republikanern in Michigan, North Carolina und Pennsylvania besonders aggressiv gezogen wurden, verschafften der GOP 2016 ein Plus zwischen 17 und 29 zusätzlichen Sitzen im Repräsentantenhaus über die zu erwartende Wählerquote hinaus. (Royden/Li 2017,8)

Drastische Auswirkungen hatte diesbezüglich das Höchstgerichtsurteil *Shelby County v. Holder*, das 2013 zentrale Elemente des von Bürgerrechtsbewegungen erkämpften Voting Rights Act von 1965 aufhob. Damit wurde ethnische Diskriminierung wieder deutlich erleichtert, zumal das Wählen in den USA kein Recht, sondern ein vom Bundesstaat kontrolliertes Privileg darstellt. Unter dem gängigen Topos der Republikaner, Wahlbetrug von Jungen und Minderheiten zu unterbinden, wurden bis zur Wahl 2016 gegen diese Gruppen in 14 Bundesstaaten, darunter Alabama, Mississippi, Tennessee, Wisconsin und South Carolina, starke Restriktionen implementiert, die ihren Zugang zur Wahl erschweren. Höchst umstritten ist dabei auch die missbräuchliche Streichung von Personen aus der Wahlevidenz sowie das überregionale „Crosscheck Programm“, das in 28 vor allem republikanischen Bundesstaaten vorgeblich doppelte Stimmabgaben unterbinden soll. Dieses erfasst Daten 98 von Millionen AmerikanerInnen und gefährdet vor allem die Stimmabgabe ethnischer Minderheiten, da sie wesentlich häufiger dieselben Nachnamen wie „Washington“, „Hernandez“ oder „Lee“ tragen. (Brater et.al. 2018, 17f.) Besondere Aufmerksamkeit erhielt diesbezüglich North Carolina, wo ein Berufungsgericht die Abschaffung der Registrierung am Wahltag, die Einschränkung des Vorwahlrechts und der Briefwahl sowie drastische Verschärfungen der Ausweispflicht mit dem Verweis, die Maßnahmen würden afroamerikanische Menschen „with almost surgical precision“ treffen, unterband. (zit. nach Harte/Sullivan 2016)

Dass sich diese gezielten Eingriffe auf die Partizipation von Minderheiten auswirken, verdeutlicht die Wahl von 2016. Zwar vermeldete das amerikanische Statistikbüro mit 137,5 Millionen abgegebenen Stimmen einen Wahlrekord, der Anteil an der Wahlbeteiligung unter der afroamerikanischen Bevölkerung sank aber, zum ersten Mal seit 20 Jahren, von 66,6 Prozent im Jahr 2012 auf 59,6 Prozent (Krogstad/Lopez 2017), was nicht nur durch das Ende der Obama-Präsidentschaft zu erklären ist. Eine Untersuchung des liberalen Think-Tanks „Priorities USA“ kommt zum Schluss, dass die Wahlbeteiligung in Staaten ohne zusätzliche Restriktionen im Vergleich zu 2012 um 1,3 Prozent gestiegen, während sie bei deutlich verschärften Bedingungen durchschnittlich um 1,7 Prozent gesunken ist. Dabei ging die Beteiligung vor allem dort stark zurück, wo Restriktionen auf große afroamerikanische Populationen trafen. Besonders deutlich zeigen sich die Auswirkungen beim Vergleich zweier Staaten mit ähnlicher Bevölkerungsstruktur: Der Rückgang an der Wahlbeteiligung in mehrheitlich von Afro-

amerikanerInnen bewohnten Bezirken Wisconsins ist signifikant höher als in Minnesota. (Cecil 2017, 2f.) Dass gerade der „swing state“ Wisconsin in puncto „voting suppression“ heraussticht, liegt zum einen an den massiven Verschärfungen der Ausweispflicht, verwirrenden Informationen ob der Gültigkeit des Wahldokuments und der drastischen Reduktion von Wahllokalen, die zu stundenlangen Wartezeiten führte, zum anderen am geringen Vorsprung Trumps von lediglich 22.748 Stimmen.

Der systematische Ausschluss von Wahlen im UK und den USA

Tatsächlich von Wahlen ausgeschlossen werden die meisten AmerikanerInnen, die eine Straftat (felony) begangen haben. Zum Zeitpunkt der Wahlen 2016 waren davon 6,1 Millionen Menschen betroffen, von denen nur ein Viertel hinter Gittern saß. (Franqui 2017) Nur in 14 Bundesstaaten endet das „felony disenfranchisement“ nach Verbüßung der Haftstrafe, in Florida, Kentucky, Virginia und Iowa, wo 2016 noch immer Gesetze aus der Segregationszeit in Kraft waren, hatte der Ausschluss bis dahin lebenslänglich gegolten. (Uggen et. al. 2016,4) Während landesweit eine/r von 40 US-Bürger/innen 2016 nicht wählen durfte, waren es 2,2 Millionen beziehungsweise eine/r von 13 Afroamerikaner/innen – in Florida, Kentucky, Tennessee und Virginia sogar mehr als eine/r von fünf. (Lai/Lee 2016) Zurückzuführen ist diese enorme Schieflage auf sozioökonomische Ungleichheit und die von Richard Nixon ausgerufene und von Ronald Reagan verschärfte „Law and Order“ Politik. So gewann Donald Trump Florida mit einem Vorsprung von etwa 115.000 Stimmen, während dort 418.000 AfroamerikanerInnen nach (!) Verbüßung der Haftstrafen nicht wahlberechtigt waren (Uggen et. al. 2016, 16).

Zu ganz spezifischen Ausschlüssen vom Wahlrecht ist es 2016 auch im Vereinigten Königreich gekommen. Zwar war die Durchführung der Abstimmung, die den staatlichen Wahlbehörden unterlag, bei 41.000 Wahllokale und Öffnungszeiten von 7 bis 22 Uhr partizipativ ausgewogen, die Registrierung zur Wahl verlief aber problembehaftet: Nicht nur technische Schwierigkeiten stellten sich bei der Online-Registrierung ein, auch führten kurz zuvor unter Cameron eingeführte Regularien dazu, dass vier Millionen vor allem junge WählerInnen zwischen 18 und 24 Jahre nicht automatisch registriert waren. (Helm 2015) Das Brexit-Votum war der erste Wahlakt, für den sie sich individuell registrieren mussten, was viele unterließen oder verpassten. Tatsächlich vom Referendum ausgeschlossen waren etwa 2,2 Millionen britische StaatsbürgerInnen, die seit mehr als 15 Jahren nicht mehr im Königreich lebten. (Bowcott 2016) Unter ihnen befinden sich neben Wirtschaftstreibenden vor allem PensionistInnen, die ihren Lebensabend in Frankreich, Spanien oder Italien verbringen. Damit waren jene Per-

sonen nicht abstimmungsberechtigt, die vom Ausgang der Wahl am unmittelbarsten betroffen sind, zumal ihr legaler Aufenthaltsstatus nach Jahren in Frage gestellt wird.

4.3.2 Der Fall der konservativen Parteien

Die Stärke des Rechtspopulismus ist, neben den Problemlagen des institutionellen Gefüges, ursächlich auch auf die Schwäche und den Verlust der Integrationskraft arrivierter Parteien zurückzuführen. In seinem Buch *Conservative Parties and the Birth of Democracy* (2017) beschreibt der Harvard-Professor Daniel Ziblatt anhand historischer Vergleiche von Deutschland und dem Vereinigten Königreich der 1930er Jahre, worauf es für stabile Demokratien ankommt: Der Organisationsgrad, die Allianzfähigkeit und das ideologische Profil der konservativen Parteien sind entscheidend, ob ein Land in den Autoritarismus abgleitet oder demokratisch bleibt. Ziblatt ist dabei überzeugt, die geschichtlichen Analogien in die Gegenwart fortführen zu können und argumentiert, „a determinant of how well right-wing populists do is what the center-right does about them“ (zit. nach. Friedman 2017). Stabile politische Verhältnisse müssen von einem pragmatischen Konservativismus getragen werden, der wie heute in Frankreich und Deutschland kraftvoll und selbstsicher genug ist, nicht mit ideologischen Extremen zu kokettieren. (Binswanger 2018) Im Vereinigten Königreich und den USA ist das Gegenteil der Fall. Dort erweist sich die Radikalisierung der Tories und der Republikaner als Folge von Sinnkrisen im Zwei-Parteiensystems als Türöffner für den Rechtspopulismus.

4.3.2.1 Euroskepsis: Konservative Tradition unter Druck der „Kipper“

So überraschend der populistische Umschwung des Jahres 2016 für viele BeobachterInnen auch gewesen sein mag, liegt ihm beidseits des Atlantiks doch eine jahrzehntelange parteipolitische Entwicklung zugrunde. Dabei gilt es nicht nur festzuhalten, dass die britische Öffentlichkeit die euroskeptischste aller Mitgliedsländer ist, sondern dass ganz speziell die konservative Partei die Europäische Gemeinschaft seit dem Beitritt des Königreichs als Affektableiter, gewissermaßen als „whipping boy“ (MacShane 2017, xi), für innenpolitische Auseinandersetzungen instrumentalisierte – ein Mechanismus, dessen Vermittlung auf der Insel durch die bewusste Selbstexklusion von integrativen Projekten wie dem Euro oder dem Schengen-Raum sowie die Ausweitung des Einflusses der EU-Institutionen, allen voran der Europäischen Kommission, über die Jahre immer fruchtbarer wurde.

„I want my money back“ – Die EU-Skepsis der britischen Konservativen

Dabei geht die Ambivalenz der britischen Konservativen gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt bis in die Nachkriegszeit zurück: Winston Churchill gilt durch seine Züricher Rede von 1946 zwar als Vordenker der Vereinigten Staaten von Europa, er beschränkte sie

aber auf den Kontinent – das Königreich sollte sich um Geopolitik kümmern. Der Beitritt zur Europäischen (Wirtschafts-)Gemeinschaft, der in den 1960er Jahren noch an Charles de Gaulles aufgrund britischer Sonderwünsche scheiterte, wurde erst vom konservativen Premier Edward Heath in Folge der Wirtschaftskrise 1973 vollzogen. Wie umstritten dieser Akt innerhalb der Tories war, zeigte der unmittelbare Führungswechsel zu Harold Wilson, der Nachverhandlungen forderte und ein Referendum durchführen ließ, das 1975 mit Zweidrittelmehrheit zugunsten der EG ausfiel. Ausgerechnet unter der Regentschaft von Thatcher (1979-1990) kam es dann zur Vertiefung der europäischen Integration, zur Einheitlichen Europäischen Akte, zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Direktwahl des Europäischen Parlaments. Zum Zankapfel wurden dabei vor allem die Beitragszahlungen, so konnte Thatcher 1984 unter dem berüchtigten Motto „I want my money back“ einen Sonderrabatt erwirken, der dem Königreich im Jahr 2012 immerhin 3,6 Milliarden Euro Ersparnis brachte und noch 2013 um weitere 200 Millionen erhöht wurde. (Niedermeier/Ridder 2017, 4ff.)

Der Bruch der Tories mit der EU erfolgte mit deren Gründung 1992. Der Vertrag von Maastricht geht nicht nur mit einer Intensivierung der Sozial-, Umwelt-, Energie-, Justiz- und Regionalpolitik auf europäischer Ebene einher, sondern führte durch die Wirtschafts- und Währungsunion auch zur stufenweisen Einführung des Euros. Unter John Major (1990-1997) entwickelte die konservative Regierung infolge innerparteilichen Drucks sowie euroskeptischer Bewegungen, Parteien und Kampagnen das Konzept eines britischen Opt-Outs: Man wollte sich an integrativen Maßnahmen nicht oder nur eingeschränkt beteiligen, aber dennoch mitbestimmen – eine Politik, die auch unter der europa-freundlicheren Labour-Regierung (1997-2010) anlässlich der Ratifizierung des Lissabon-Vertrags praktiziert wurde.

Der Aufstieg von UKIP und der antieuropäische Populismus

Als David Cameron 2009 mit seiner Partei aus der Europäischen Volkspartei austrat und 2010 die Unterhauswahlen mit programmatischen EU-Ressentiments gewann, hatten weite Teile der britischen Konservativen bereits seit 15 Jahren gegen die EU als fremde Macht gewettert. Diese Haltung ist zum einen als Sinnkrise der Thatcher-Partei zu verstehen, der nach der neo-liberalen Aushöhlung und Privatisierung des Staates, der Zurückdrängung der Gewerkschaften und der fortlaufenden Wirtschaftskrise gleichermaßen Visionen wie Reibepunkte abhandengekommen waren. Zum anderen ist sie die mittelabere Reaktion auf den Druck der europa-feindlichen UKIP, die 1993 im Zuge des Maastricht-Vertrags vom Historiker Alan Sked in der Londoner School of Economics gegründet wurde. Nachdem sich die Partei von rechtsextremen Umtrieben der Anfangszeit gelöst hatte, so bezeichnete Cameron 2006 die UKIP-

Mitglieder noch als „fruitcakes, loonies and closet racists“ (McSmith 2006), übernahm sie in den letzten Jahren in puncto Europhobie die Führungsrolle. Zu den Faktoren, die die „Kipper“ zur erfolgreichsten Partei der letzten Generation gemacht haben, zählt deren Personal, das rund um den charismatischen Nigel Farage mit Malcolm Pearson und Robert Kilroy-Silk von namhaften Überläufern aus Labour und Tories durchsetzt ist. (Usherwood 2016, 259ff.) Außerdem zeitigte die fundamentale Oppositionsrolle zur EU flankiert von Anti-Establishment- und Anti-Migrationsrhetorik große Wirkung. Eine qualitative Analyse von Tjitske Akkerman (et.al 2016, 44ff.) unterstreicht dabei, dass sich das Ausmaß der populistischen Agitation bei UKIP zwischen 1997 und 2010 vervierfacht hatte. Formulierte die Kampagne zur Unterhauswahl 2001 noch reserviert, man sei „Better off out“ und forderte anlässlich der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 ein simples „Say No“ zur EU, wurden die Slogans in weiterer Folge immer schärfer: 2005 wurde der prononciertere Wahlslogan „We want our country back“ eingeführt. (UKIP 2005) Zur Unterhauswahl 2010 brachte man erstmals das Volk in Stellung („Empowering the people“), 2015 formulierte man sentimental „Believe in Britain“ und forderte ultimativ populistisch „putting power back in the hands of the people“ (UKIP 2015, 3).

Trotz des durchschlagenden Erfolgs von UKIP – bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 wurden mit 26 Prozent sowohl Labour als auch Tories zum ersten Mal seit 98 Jahren überholt – blieb man in Westminster aufgrund des Mehrheitswahlrechts außerparlamentarische Opposition. Dennoch gelang es der Partei als „cross party pressure group“ (Usherwood 2016, 264) jene Europhobie zu ventilieren, die im parlamentarischen Dualismus nicht absorbiert werden konnte. Mit den Stimmen aus den Labour-Hochburgen war es möglich, für eine Erosion des politischen Systems zu sorgen, was an den Konservativen und ihrem Premier Cameron deutlich wird: Der Druck der Euroskeptiker auf einen britischen Sonderweg, der zur Ablehnung des Fiskalabkommens 2011 und zum Widerstand gegen den mehrjährigen Finanzrahmen 2012 führte, manövrierte das Königreich immer weiter ins Abseits europäischer Entscheidungsfindung. Nachdem in Brüssel statt aktiver Politikgestaltung der mögliche Brexit jahrelang als Drohkulisse aufgebaut wurde, um noch mehr Privilegien, Rabatte und Einflussmöglichkeiten zu erpressen, und man in London die Rhetorik gegen die EU auf die Spitze trieb – Kritiker sprachen vom „out-ukipping UKIPs“ – war die konservative Kampagne „Britain Stronger in Europe“ denkbar schlecht geeignet, das britische Volk vom Verbleib in der EU zu überzeugen.

4.3.2.2 Die Radikalisierung der Grand Old Party

Ähnlich wie in Großbritannien baut die populistische Politik Trumps auf jahrzehntelangen Entwicklungen der republikanischen Partei auf, die sich seit dem Ende des Kalten Krieges radikalisiert hatte. Trump konnte so mit seiner „America First“ Politik auf zwei parallelen Entwicklungen aufbauen, die auf unterschiedlichen Ebenen die Sinnkrisen der GOP darlegen: Einerseits wurde auf bundesstaatlicher Ebene, vor allem im republikanisch dominierten Süden, in regressiver Manier wieder auf die „Southern strategy“ der 1970er Jahre gesetzt, die einst im Anschluss an die Bürgerrechtsbewegung ausgerufen wurde und auf die politische Exklusion von Minderheiten setzte. Zum anderen sorgte in den letzten Jahren die Obstruktionspolitik des Repräsentantenhauses unter dem republikanischen Sprecher Paul Ryan zu evidenter Frustration in der Bevölkerung – auf Präsident Obama und das gesamte politische System.

Von Tea Party bis Alt Right – die Kultivierung der Parteibasis am rechten Rand

Bestrebungen der Republikaner, die Wahlbeteiligung von massiv zu den Demokraten tendierenden Afro-AmerikanerInnen und Hispanics zu unterdrücken, gehen auf die Präsidentschaft Nixons zurück und fanden sich, wie im Wahlrechtskapitel ausgeführt, spätestens nach 2013 wieder an der Tagesordnung zahlreicher Südstaaten. Diese ablehnende Haltung gegenüber der Ausweitung von Minderheitsrechten gepaart mit der besessenen Verteidigung ökonomischer Privilegien ethno-sozialer Gruppen hat seit den frühen 1990er Jahren zur Entwicklung der Republikaner in eine „Far Right party“ geführt. Der Schlüssel zu Trumps Vorwählerfolg lag dabei in seiner Fähigkeit, den rechten Rand der GOP-Kandidaten ideologisch in einer Art und Weise zu überflügeln, die eine Reaktion ohne Entfremdung von der seit 25 Jahren kultivierten Basis verunmöglichte. Zu dieser zählt an prominentester Stelle die Tea-Party-Bewegung, die anfänglich fundamental-libertär gegen Staatsintervention agitierte und sich während der Obama-Regentschaft zusehends in eine ethno-nationalistische „pressure group“ innerhalb der GOP entwickelte. Als Graswurzelbewegung verfolgte sie ein ideologisch oftmals inkonsistentes Programm, wusste aber durch radikale Agitation und toxische Slogans wie „I want my country back“ aufzufallen. Donald Trump, der die Lücke der schwachen Führung der Bewegung auszufüllen vermochte, baute in seinem Wahlkampf auf der Tea-Party auf, wie Sanders auf „Occupy Wall Street“, und übernahm bewusst sehr früh wesentliche Positionen der Bewegung wie die Wut auf Staat und Politik, die Verachtung von Obama und dessen Gesundheitsreform sowie die Forderung nach Steuersenkungen und den Bau einer Grenzmauer.

Die Tea-Party teilt mit zahlreichen anderen Strömungen des rechten Randes innerhalb und außerhalb der Partei die nur kaum kaschierte Überzeugung einer „White Supremacy“. Damit wurden nicht nur Xenophobie, Rassismus und vor allem Islamfeindlichkeit auf bundesstaatlicher Ebene ventiliert, sondern auch die Türen für jene offen rechtsextremen Gruppen geöffnet, die seit dem Vorwahlkampf unter dem Sammelbegriff „Alt-right“ beträchtliche Aufmerksamkeit generieren konnten. Zwar gibt es innerhalb des breiten politischen Spektrums der Republikaner viele Persönlichkeiten aus dem Parteiestablishment, die der Entwicklung der GOP kritisch gegenüberstehen. Richtet man den Fokus aber auf deren Elektorat wird deutlich, dass Donald Trump für die GOP-WählerInnen wesentlich repräsentativer als Mitch McConnell, John McCain oder Jeb Bush ist: Autoritäre, nativistische und rechtspopulistische Positionen sind seit Jahren unter den republikanischen ParteigängerInnen mehrheitsfähig geworden, während aus der gezielten sozialen, ethnischen, kulturellen und religiösen Spaltung der Gesellschaft Hass auf die politischer Konkurrenz erwachsen ist. Die republikanische Partei hatte bis 2016 ihre eigene Basis soweit radikalisiert, dass sie selbst den politischen Vertretungsanspruch verlor, so Cas Mudde (2017): „Trump didn’t hijack the Republican party, he provided the base with a real representative again.“

Der Kampf der GOP gegen Obama und die staatlichen Institutionen

Während Bernie Sanders vom demokratischen Parteiestablishment verhindert wurde, konnte sich die republikanische Elite beim Nominierungsparteitag im Juli 2016 nicht mehr gegen Trump stellen. Dass sie den Zugriff auf die eigene „große alte“ Partei verlieren konnte, liegt an der erratischen Politik der letzten 15 Jahre – den Verfehlungen rund um den 11. September, den Irak-Krieg und die Finanzkrise sowie der Totalblockade des Repräsentantenhauses gegen Obama. So hatte während der fatalen Rezession 2009 kein einziger Republikaner für die staatliche Ankurbelung der Wirtschaft gestimmt und der 450 Milliarden Dollar schwere „American Jobs Act“ als Investitionsprojekt für Infrastruktur, Arbeitsplätze und Lohnsteigerungen wurde ebenso kategorisch abgelehnt wie Steuerabzüge für Kinderbetreuung, Anreize für Fortbildungsmaßnahmen, Steuerkredite für industrielle Standorte, der Lohnausgleich bei erzwungenem Arbeitsplatzwechsel und die Verlängerung der Nothilfe für Langzeitarbeitslose. (Niederberger 2016, 125) Stattdessen kam es 2013 im Streit um die Finanzierung von Obamacare zum Government Shutdown, da die Republikaner dem Haushaltsplan nicht zustimmten.

Dieser Feldzug gegen staatliche Institutionen schwächte nicht nur Obama, sondern vor allem die arbeitende Mittel- und Unterschicht. Auf die destruktive Politik der republikanischen Eli-

ten folgte die Ablehnung des politischen Systems, was im Wunsch nach radikaler Veränderung mündete: So gaben im Wahljahr 49 Prozent der Gesamtbevölkerung, 57 Prozent der Republikaner und sogar 72 Prozent der Trump-UnterstützerInnen an, das Land sei derart vom Weg abgekommen, dass es einen „leader“ brauche, „who is willing to break some rules if that’s what it takes to set things right“. (Jones et al. 2016, 29) Diese Zahlen verdeutlichen in alarmierender Weise, welchen Gefahren die Demokratie ausgesetzt ist, wenn sich konservative Mainstreamparteien dem rechten Rand öffnen.

4.3.3 Öffentliche Polarisierung: Die Ambivalenz traditioneller und sozialer Medien

Der Öffentlichkeit und deren institutioneller Ausformulierung, den Medien, wird bei der Analyse der Strukturen des Rechtspopulismus eine besondere Stellung zuteil, da sie, wie die Politik selbst, der Logik des zirkulären Verhältnisses aus Angebot und Nachfrage unterworfen ist. Die Medien sind somit nicht nur Elemente, auf denen populistische Bewegungen aufbauen, sondern sie gestalten jene mit. Bevor im fünften Teil der Arbeit auf die Kampagnen von 2016 selbst eingegangen wird, gilt es auf die Rolle traditioneller und sozialer Medien einzugehen, um nachzuvollziehen, wie es im Vereinigten Königreich und vor allem den USA zur Spaltung der Öffentlichkeit in jeweils zwei nach innen homogenisierte und nach außen stark abgegrenzte Lager kommen konnten.

4.3.3.1 Populism sells: Die Krise der arrivierten Medien

Donald Trump ist seit 40 Jahren ein Produkt der Medien. Seinen rücksichtslosen Aufstieg zum Luxus-Tycoon und Reality-TV-Star hat er genau wie seinen Einstieg in die Politik stets vor den Augen der Öffentlichkeit inszeniert. Mit seinem skandalträchtigen Stil, der „Trump-Show“ (Leisegang 2016), konnte er gleichermaßen die GOP wie auch die mediale Berichterstattung übernehmen. Damit kam Trump zur rechten Zeit, denn wie die Parteien haben auch traditionelle Medien durch kostenlose Onlineformate und Sparmaßnahmen sukzessive an Einfluss verloren. Die arrivierten Mainstreamgazetten wie die *New York Times* oder *Washington Post* berichteten zwar überaus kritisch über den Wahlkampf, die Krise der Printmedien war 2015, dem ökonomisch für sie schlechtesten Jahr seit der Rezession (PRC 2016a, 4ff.), aber so weit vorangeschritten, dass nur fünf Prozent der Bevölkerung Zeitungen als wichtigste Informationsquelle im Wahlkampf angaben. Fernsehnachrichtenformate machten 51 Prozent aus. (Mitchell et.al 2016)

Trump und den Massenmedien – eine politmediale Symbiose

Während die einen erfolglos gegen Trump anschrieben, konnte der Medienprofi in der Hauptarena des Wahlkampfs, dem 24-Stunden-News-TV, seinen Heimvorteil ausspielen. Trumps

exzentrische Auftritte erheiterten, schockierten, amüsierten und fesselten die ganze Welt – der Vorwahlkampf verkam zu einer Fortsetzungsshow. Im Soge des Spektakels vernachlässigten die Fernsehanstalten im Kampf um Quote ihre journalistischen Tugenden und Pflichten, was zur Folge hatte, dass kritische Fragen, Kontextualisierung und Faktenchecks allzu oft entfielen und Trumps Angriffe und Diskriminierungen im TV unwidersprochen blieben. Schon im Herbst 2015 sahen 23 Millionen Menschen die zweite TV-Debatte der Republikaner, das Zehnfache der Jahre zuvor. (Nededog 2015) Bis zum März 2016 war Trump in mehr als der Hälfte aller Politsendungen das Hauptthema und kam dadurch zu medialer Aufmerksamkeit im Wert von fast zwei Milliarden Dollar, mehr als das Doppelte von Hillary Clinton und das Sechsfache von Ted Cruz. (Confessore/Yourish 2016) Vice versa verschaffte Trump dem Kabelfernsehen Rekordumsätze: So verzeichnete CNN, das sich aus Quotengründen explizit nach rechts öffnete, während des Wahlkampfes Einschaltsteigerungen um 170 Prozent im Vergleich zu 2014. Dies schlug sich auch auf die Preise für Werbespots nieder, die bis zu 200.000 Dollar und damit das 40-fache von normalen Abenden kosteten. (Leisegang 2016) Insgesamt brachte der Wahlkampf den privaten Fernsehanstalten einen Rekordumsatz von 2,5 Milliarden Dollar. (Gold/Werpin 2016) Der „Zirkus“ um Trump, so der Geschäftsführer des Columbia Broadcasting System, Leslie Moonves, „may not be good for America, but it's damn good for CBS“. (zit. nach Werpin 2016)

Die parteiischen Medienimperien und die Spaltung der Gesellschaft

Noch problematischer als die Obsession der Öffentlichkeit für Trump ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei Lager, ein liberales und ein konservatives, die sich gegenseitig zunehmend als existenzielle Gefahr wahrnehmen. (Mickey et al. 2017, 27) Der Radikalisierung der GOP Vorschub geleistet hatte die Aufhebung der „Fairness-Doktrin“ 1987 unter Ronald Reagan, die Medien zu ehrlicher und ausgewogener Berichterstattung verpflichtete. Seitdem ist die USA neben Italien das einzige westliche Land, das auf nationaler Ebene parteiisch ausgerichtete Rundfunkstationen erlaubt. So wurde bereits 1988 das rechtskonservative „Talk Radio“ gegründet, das seither mit durchschlagendem Erfolg Meinungsjournalismus für das überwiegend ländliche und weiße Publikum macht.

Als dessen Fernsehpendent wurde 1996 *Fox News* gegründet, das zum Imperium von Rupert Murdoch zählt und rasch zum quotenstärksten News-Channel aufstieg. Programmatisch baut der Sender auf eine als ‚Infotainment‘ bezeichnete Mischung aus Nachrichtenformaten und abendlichem Talk-Show-Entertainment, während man sich politisch von der Unterstützung von George W. Bush zum Sprachrohr der Tea-Party entwickelte. *Fox News* bot damit nicht

nur das ideale Megaphon für Trumps Politik, die Zugpferde des Senders, die rechtspopulistischen Talkmaster Bill O'Reilly und Sean Hannity, zählten auch zu den frühesten Förderern seiner politischen Aspirationen: Ab 2011 trat Trump mitunter täglich im Frühstücksfernsehen und anderen Formaten des Senders auf und durfte sich in zwanglos-amikalen Gesprächen selbst und seine dürftig ausformulierten politischen Visionen inklusive massiver Attacken auf Demokraten inszenieren – kritiklos und unwidersprochen.

Der britische Boulevard und das Zugferd Euroskeptizismus

Auch im Vereinigten Königreich verschwimmen die Grenzen zwischen Politik und Medien, zumal im kleinen, zentralistischen Land mit rauer politischer Tradition ideale Bedingungen für eine parteiisch ausgerichtete Presse vorherrschen. (Beckett 2016) Zwar gibt es im Gegensatz zu den USA durch die *BBC* den weltweit wohl hochwertigsten öffentlich-rechtlichen Rundfunk, aber vor allem der Zeitungsmarkt ist von populistischen Boulevardmedien durchsetzt, die traditionell nicht davor zurückscheuen, selbst politische Kampagnen zu fahren. Die Ablehnung der Europäischen Union ist dabei seit Dekaden ein identitätsstiftendes und homogenisierendes Element, das Tories, UKIP und Zeitungen wie *Daily Mail*, *Daily Express*, *Daily Star* und *Daily Telegraph* eint. Für letzteren war Boris Johnson in den 1990er Jahren euroskeptischer Brüssel-Korrespondent, von wo aus er die EU attackierte, degradierte und ins Lächerliche ziehen konnte. Johnsons überspitzte, einseitige und trügerische Artikel, so sein ehemaliger Journalistenkollege Martin Fletcher (2016), waren dabei so innovativ und unterhaltsam, dass auch andere Zeitungen von ihren Reportern ähnliche Texte forderten. Während die Errungenschaften der EU medial untergingen, schrieben Journalisten wie Johnson in ihren Kolumnen und Kommentaren eine Karikatur der EU herbei, die sie später als Politiker bekämpften.

Dabei profitierten auch die Medien von der nationalchauvinistisch aufgeladenen Atmosphäre im Königreich: Sie konnten nicht nur Stellung beziehen und eigene Agenden verfolgen, sondern mit harter Haltung und pointierter Agitation auch die Auflagen steigern. In der Phase vor dem Referendum favorisierten 45 Prozent der Zeitungsartikel den Ausstieg aus der EU, 27 Prozent argumentierten dagegen. (Reuters Institute 2016) Bezieht man allerdings die Intensität der Positionierung und die Auflagen in die Analyse ein, kamen Artikel pro-Brexit auf einen Zirkulationsvorteil von 82 zu 18 Prozent. (CRCC 2016) Dabei zeigt sich weiters, dass die auflagenschwächeren *Financial Times* und *The Guardian*, die tendenziell für Remain schrieben, ökonomische Fragestellungen in den Vordergrund stellten, während der vergleichsweise quotenstarke Boulevard Themen wie Souveränität und Migration hervorhob.

Eine besonders exponierte Rolle nahm dabei die berüchtigte *The Sun* aus dem Murdoch-Imperium ein, deren Kampagne für den EU-Austritt jenen der Rechtspopulisten um nichts nachstand: Den EU-Deal, der dem Referendum vorangegangen war, bezeichnete die Zeitung als „Farce“ und titelte: „Who do EU think you are kidding Mr. Cameron?“ Am 9. März vermeldete man am Cover begeistert „Queen Backs Brexit“, eine kaum belegte Aussage der Königin aus dem Jahr 2011, die vom Buckingham Palast scharf zurückgewiesen wurde. Am 14. Juni forderte die Sun „BeLEAVE in Britain“ und am 21. Juni zeigte man am Cover Flüchtlinge in Calais, deren Überfahrt nach England seit Monaten unterbunden wurde mit der Headline: „Let us in before your vote out“. Nach dem Referendum wurde getitelt: „So long, farewell, auf widersehen: ADI[-]EU“. Anhand dieser Form der Berichterstattung von *The Sun* im Vereinigten Königreich aber auch von *Fox News* in den USA wird ersichtlich, welche Rolle die Medien zugunsten der Kampagnen einnahmen und dass der Populismus nicht nur eine Krisenstrategie der Parteien darstellt. Die dadurch aufkommenden Gefahren für die Demokratie, die sich aus der Spaltung und Radikalisierung der Öffentlichkeit ergeben, werden in der Anonymität der sozialen Medien noch drastisch verschärft.

4.3.3.2 Die Rolle der sozialen Medien für die Ausbreitung des Rechtspopulismus

Der technologische Wandel der vergangenen beiden Dekaden hat durch die Omnipräsenz des Internets und der sozialen Medien dazu geführt, dass sich die gesellschaftlichen Echokammern, deren Grundstrukturen oftmals schon vor Jahrzehnten geformt wurden, weiter verdichten konnten. Bezogen auf den Prozess der politischen Meinungsbildung hat dies zur Folge, dass außerhalb der eigenen „Filterblase“ oftmals keine anderen Inhalte, Fakten oder Meinungen wahrgenommen, sondern bewusst delegitimiert werden – die eigene Identität wird nach innen verdichtet und nach außen abgeschottet.

Die Manipulationsgefahr, die sich durch soziale Medien ergeben, liegt zum einen in ihrer Unmittelbarkeit, zum anderen in der quantitativen Ausdehnung der Sender. So ist Niklas Luhmanns (1996, 9) Diktum aus *Die Realität der Massenmedien*, wonach alles, „[w]as wir über unsere Gesellschaft, ja über die Welt [...] wissen, wissen wir durch die Medien“, überholt. Zwar sind sie für den politischen Prozess nach wie vor relevant, doch sie werden zunehmend von Facebook und Twitter abgelöst, die nicht mehr ein paar dutzend Redaktionen um Quoten kämpfen lassen, sondern die gesamte vernetzte Welt. In diesem Biotop sind jene besonders erfolgreich, die Lautstärke mit Emotionen vereinen – Rechtspopulisten. Dass sowohl Teile der Brexit- als auch die Trump Kampagne sozialen Medien zu ihren bevorzugten Kom-

munikationskanälen gemacht haben, ist durch die Möglichkeit bedingt, Botschaften ungefiltert verbreiten zu können, ohne auf Restriktionen oder Etiketten achten zu müssen.

Die einstige Hoffnung, das Internet würde durch seinen deliberativen Charakter den demokratischen Diskurs fördern, wie frühere Präsidentschaftskampagnen durchaus noch gezeigt haben, verkehrt sich spätestens durch die kommerzialisierte und manipulierbare Funktionsweise sozialer Medien, von Shoshana Zuboff (2018) als „Überwachungskapitalismus“ bezeichnet, ins Gegenteil: Rechtspopulisten und (die Online-Redaktionen der) Boulevardmedien vereinen häufig ihre digitalen Kapazitäten im Kampf um „Shares“ und „Likes“, indem einerseits Stellungnahmen, andererseits Schlagzeilen so formuliert werden, dass sie in den News-Feeds vom jeweils anderen geteilt werden können. Das digitale Wechselspiel aus Politik und Boulevard lässt für beide Seiten eine maximale Zirkulation erwarten und mündet in der Auflösung kritischer Öffentlichkeit. Zusätzlich wird jenen pseudojournalistischen Kräften eine Bühne geboten, deren Radikalität *Fox*, *Sun* und Konsorten um Längen übersteigen und deren Propaganda für den Brexit und Trump auf Hass, Desinformationen und Verschwörungstheorien aufbauen. Es sind professionell aussehende Blogs und Vlogs von Privatpersonen und Kleingruppen sowie rechtsextreme Plattformen wie Alex Jones' *InfoWars* und Steve Bannons Altright-Media-Outlet *Breitbart*, die auf Facebook, Twitter und Youtube mit hunderttausenden Follower und monatlich Millionen Aufrufen im gesamten anglophonen Raum mehr Reichweite aufweisen als viele arrivierte Mainstreammedien.

Zur gezielten Spaltung der Gesellschaft trägt dazu bei, dass geteilte Inhalte um wenige Dollar oder Pfund beworben werden können, um sie anhand erfasster Algorithmen zielgruppengerichtet zu distribuieren – entweder um eine bestimmte WählerInnenschaft zu mobilisieren oder zu demobilisieren. Dabei nehmen Falschnachrichten eine besonders problematische Rolle ein, zumal sie kurz vor der Wahl die Diskurshoheit im Internet übernommen haben: Über Clinton wurde online etwa behauptet, sie habe Waffen an den sogenannten Islamischen Staat verkauft oder sei schwer erkrankt, während sich der Papst, Denzel Washington und Tom Hanks angeblich für Trump ausgesprochen hätten. Im Vereinigten Königreich wurden höchstdubiose Meldungen über ImmigrantInnen, das Gesundheitssystem und EU-Regularien in Umlauf gebracht. In den USA ist die Verbreitung von „Fake News“ in den letzten drei Monaten vor der Wahl so angestiegen, dass die Top-20 Falschnachrichten mit 8,7 Millionen „Shares“, „Likes“ und Kommentaren auf Facebook mehr Interaktionen generieren konnten, als die 7,3 Millionen Reaktionen der Top-20 Meldungen von allen renommierten Medien zusammen. (Silverman 2016) Grund dafür ist auch, dass Trump und seine Kampagne etliche

dieser Artikel geteilt hatten. Von diesen Methoden ausgehend erscheint der nächste Schritt, kritische Medien invasiv als „Fake News“ zu desavouieren, nicht mehr weit entfernt.

4.4 Zwischenfazit

Bevor im fünften Kapitel die rechtspopulistische Agitation selbst zur Analyse steht, gilt es kurz Resümee über die Hintergründe und Strukturen zu ziehen, auf denen die Kampagnen aufbauen. Die populistische Kernwählerschaft sowohl im Vereinigten Königreich als auch den Vereinigten Staaten teilt in der Tendenz folgende Attribute: Niedriger Bildungsstand, ländliche Herkunft, Arbeiterschicht oder unterer Mittelstand, alt, männlich, weiß, migrationskritisch und misstrauisch gegenüber staatlichen Autoritäten. Der Slogan „I want my country back“ verfängt somit bei jenem Elektorat besonders, das gleich in mehrfacher Weise marginalisiert ist – oder sich marginalisiert wähnt – weil es sozioökonomisch den Abstieg erlebt oder befürchtet, die eigenen Identität gefährdet sieht oder sich politisch nicht mehr repräsentiert fühlt.

Die sozioökonomische Basis, auf der die Kampagnen aufbauen, sind die Folgen jahrzehntelanger neoliberaler Politik, auf die 2007 die schlimmste Finanzkrise der letzten Dekaden gefolgt war. Die Folgen der Arbeitslosigkeit und des Sozialabbaus waren nicht nur die Determination evidenter Ungleichheit, sondern auch die nachhaltige Angst vor dem ökonomischen und sozialen Abstieg, der durch den Durchbruch von Technologisierung, Wissensökonomie und Digitalisierung immer breitere Kreise bis tief in den gehobenen Mittelstand erfasst. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei auch der Globalisierung bei, die für viele Missstände wie Betriebsabsiedlungen, Billigimporte und den Verfall ganzer Regionen verantwortlich gemacht wird. Dass sich der Unmut über diese Ereignisse nicht zugunsten linker Parteien auswirkt, liegt an deren einst beschrittenem „Dritten Weg“ und der Abkehr von der traditionellen Wahlbasis.

Die soziokulturellen Bezugspunkte, die von den populistischen Kampagnen aufgegriffen werden, kreisen um die Ablehnung der Migration, der Frage nach Identität und Identitätsverlust, regressiven Idealen und Nationalismus sowie der Wiederkehr des Faktors Rasse und einer spezifischen Form urmaskuliner Agitation. Der Rechtspopulismus baut damit auf der Angst auf, aus mannigfaltigen Gründen fremd im eigenen Land zu werden, was zur Verteidigung des eignen Habitats und zur radikalen Abgrenzung nicht nur gegenüber jungen, sozialliberalen Schichten und Eliten führt, sondern auch gegenüber ExpertInnen und Intellektuellen.

4. Die strukturellen Grundlagen der rechtspopulistischen Kampagnen

Politisch-institutionell sind sowohl der Brexit als auch der Trumpismus Symptome von Staatskrisen, die ihre Ursprünge in den Konstitutionen, der Parteienlandschaft und der jeweiligen öffentlichen Sphäre nehmen. Besondere Rollen haben dabei die starre Verfassung in den USA beziehungsweise die Transformationen der ungeschriebenen britischen Verfassung, die jeweiligen Mehrheitswahlssysteme sowie die Öffnung der konservativen Parteien für rechtsnationale Agenden. Verdichtet werden diese Phänomene durch den öffentlichen und damit medialen Diskurs, der nicht nur Echokammern für bestimmte Positionen bildet, sondern die gesellschaftliche Spaltung und damit auch Radikalisierung beschleunigt – online wie offline.

5. Die Kampagnen: Analyse der rechtspopulistischen Wahlkämpfe

Das fünfte Kapitel widmet sich dem Aufbau, der Agitation und Ausrichtung der populistischen Kampagnen im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten. Ausgangspunkt für die nachfolgende Analyse von Wahlkampfauftritten, Debattenbeiträgen und Wahlprogrammen der politischen Hauptakteure – Nigel Farage, Boris Johnson und Michael Gove sowie sowie Donald Trump – ist Trumps am 4. November 2016 als „closing argument“ ausgestrahlter Werbespot, anhand dessen sich die Ausrichtung seiner Kampagnen als prototypisch rechtspopulistisch induzieren lässt:

“Our movement is about replacing a failed and corrupt political establishment with a new government controlled by you, the American people. The establishment has trillions of dollars at stake in this election. For those who control the levers of power in Washington and for the global special interests, they partner with these people that don't have your good in mind. The political establishment that is trying to stop us is the same group responsible for our disastrous trade deals, massive illegal immigration and economic and foreign policies that have bled our country dry. The political establishment has brought about the destruction of our factories and our jobs as they flee to Mexico, China and other countries all around the world. It's a global power structure that is responsible for the economic decisions that have robbed our working class, stripped our country of its wealth and put that money into the pockets of a handful of large corporations and political entities. The only thing that can stop this corrupt machine is you. The only force strong enough to save our country is us. The only people brave enough to vote out this corrupt establishment is you, the American people. I'm doing this for the people and the movement and we will take back this country for you and we will make America great again. I'm Donald Trump and I approve this message.“ (Trump 4.11.2016)

Dieser nur zweiminütigen Spotts, der unter Vorbehalt marginaler Adaptionen auch der britischen Leave.EU-Kampagne entstammen könnte, veranschaulicht aufs Äußerste zugespitzt, was in weiterer Folge en détail darzustellen ist: Welche Strategien, ideologischen und inhaltlichen Anknüpfungspunkte sowie (diskursiven) Stilelemente die rechtspopulistischen Kampagnen determinierten und wie dabei die im vierten Kapitel dargelegten Strukturen des Populismus in der politischen Auseinandersetzung aufgegriffen, instrumentalisiert und zusammengeführt werden.

So legt *erstens* schon der Einleitungssatz des Fernsehspots die strategische Ausrichtung der Kampagne als formierte Bewegung offen, die Trump mit dem amerikanischen Volk gegen das Establishment verschmelzen lässt. Die politische und wirtschaftliche Elite im In- und Ausland – Videosequenzen im Clip zeigen an den entsprechenden Stellen Barack Obama, abwechselnd Bill und Hillary Clinton, diverse Staatsoberhäupter bei internationalen Gipfeltreffen sowie George Soros und zwei weitere jüdische Finanzvorstände – wird dabei nicht nur hart attackiert, sondern auch in antidemokratischer, mitunter antisemitischer Weise als „failed and corrupt“ delegitimiert und der Selbstbereicherung bezichtigt. Ihr wird in aggressiver, durchaus verschwörungstheoretischer Manier vorgeworfen, als Teil der „global power structure“ die

vorgebliche Symbiose von Trump und dem Volk zu unterwandern („trying to stop us“) – eine Abwehr- und Externalisierungsstrategie. Schließlich erhebt sich Trump als Führer im Angriffsmodus über dem Volk: „I'm doing this for the people“.

Inhaltlich wird der Anti-Elitismus *zweitens* bei beiden Kampagnen insofern aufgegriffen und zusammengeführt, als das nationale wie transnationale Establishment gleichermaßen für die sozialen, ökonomischen, kulturellen und politischen Verwerfungen verantwortlich gemacht wird. So haben im Duktus des Werbespotts Handelsverträge, Migration und Wirtschafts- und Außenpolitik das Land „ausbluten“ lassen – die Arbeiterklasse sei ausgeraubt, der Wohlstand entrissen worden. Ziel beider Kampagnen ist es, und das lässt sich aus dem Transkript modellhaft ableiten, die Missstände zu beenden („stop this corrupt machine“) und das Land zu retten („save country“). Soziale Pläne, inhaltliche Agenden oder kulturelle Vorhaben, kurz die Ausformulierung konkreter, zukunftsweisender Alternativen, wie ein Systemwechsel zu vollziehen sei, werden nicht erläutert. Aus der „dünnen Ideologie“ des Gesagten ragen letztlich nur die kruden nationalistischen Referenzpunkte „take back this country“ und „make America great again“ hervor.

Der diskursive Stil des dargestellten Werbespotts lässt sich *drittens* als linguistisch simpel und lexikalisch überaus volksnahe beschreiben. Der Textausschnitt ist von einer sehr geringen Type-Token-Relation geprägt. Grund dafür sind die häufigen Wiederholungen, die an einen propagandistischen Stil grenzen: So determinieren negativ konnotierte Wörter wie „establishment“ (fünf Nennungen), „political“ (vier) und „corruption“ (drei) den ressentimentgeladenen Stil, während positiv konnotierte Ausdrücke wie „people“ (fünf), „cournty“ (vier) und „America“ (drei) an den Patriotismus der WählerInnen appellieren. Auffallend dabei ist, wie Trumps diskursiver Stil mit seiner Strategie verschmilzt, sich trotz seines Tycoon-Images als „average Joe“ zu gerieren, indem er das Volk nicht nur fünfmal direkt mit „you“/„your“ anspricht, sondern sich durch die achtmalige Verwendung von „our“ auch rhetorisch auf Augenhöhe begibt. Visuell und auditiv komplettiert wird der Text, und das fasst alle drei angeführten Bereiche zusammen, von perfekter medialer Inszenierung durch schnelle Bildschnitte und dramatische Musik, was den emotionalen Charakter der Aussagen unterstreicht. Dies widerspiegelt die populistischen Kampagnen beidseits des Atlantiks, die einen finalen Entscheidungskampf des Volkes beschwören.

5.1 Die Strategien der populistischen Kampagnen von 2016

Ein zentraler Erfolgsfaktor der populistischen Kampagnen ist deren Organisationsform. Durch das Selbstverständnis als neue Bewegungen aufzutreten, die im Fahrwasser alteingesessener Haltungen agieren, können strategisch neue Wege bis hin zur Anti-Establishment-Haltung symbolisch an den konservativen Altparteien vorbei besritten werden, ohne dabei aber auf deren Ressourcen, Knowhow und weite Teile des Elektorates verzichten zu müssen. Der dabei von mehr oder minder charismatischen Führungspersönlichkeiten vorgebrachte Anspruch, das „wahre Volk“ in seinen Anliegen und Nöten zu verstehen, für nämliches zu sprechen und es exklusiv zu vertreten, macht die Bewegungen gerade im Rahmen binärer Entscheidungen auch für jene anschlussfähig, die sich von anderen politischen Lagern abwenden, ihrem Protest Ausdruck verleihen möchten oder am demokratischen Prozess nicht mehr partizipiert hatten. Gerade die strategische Radikalität der Rechtspopulisten verdeutlicht als demonstrativ formulierte Anti-Politik einen Bruch mit den politischen Verhältnissen.

5.1.1 Im Namen des Volkes: Die inszenierte Revolte gegen das Establishment

Strategischer Ausgangspunkt der Brexit- wie auch Trump-Kampagne ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei antagonistische Gruppen, den homogen antizipierten Volkskörper bestehend aus „decent, hard working, ordinary people“ und dessen mannigfaltige Feinde, die „enemies of the people“. Die Rechtspopulisten framen dabei ihren Kampf zugunsten der ‚einfachen‘ Menschen gegen das Establishment, jene Kräfte im In- und Ausland, die von der gegenwärtigen politischen, ökonomischen und sozialen Ordnung profitieren und diese stützen. Dieses Engagement bleibt jedoch stets brüchig, nehmen mit Farage, Gove und Johnson sowie Trump und dessen Beraterkreis justament jene Proponenten die Rollen der Volkshelden ein, die alleamt Absolventen von Eliteschulen und Eliteuniversitäten sind und als Wirtschaftstreibende, Journalisten und Politiker freilich im höchsten Maße zur nationalen Elite zu zählen sind. Dass der Kampf der Rechtspopulisten gegen „die da oben“ erfolgreich ist, obwohl sie selbst die Personifikationen ihres eigenen Feindbilds darstellen, liegt zum einen an ihrer erfolgreichen Strategie, sich als Außenseiter zu gerieren: „[Their] populism rested on a strange paradox in which the abandoned and forgotten people – the outsiders – were brought to voice by a group of insiders representing themselves as outsiders.“ (Clarke/Newman 2017, 108). Zum anderen erweist sich der inszenierte Kampf des Establishments gegen das Establishment als fruchtbarer Politstrategie, weil die Populisten im Namen des Volkes die vermeintlich volksfernen Eliten mit jener Intensität verachten, wie es viele desillusionierte Menschen selbst tun.

5.1.1.1 Der Kampf ums Königreich: Die britische Elite gegen Brüssel

Die Rolle der anti-elitären Außenseiter und Fürsprecher des einfachen britischen Volkes fällt weder Boris Johnson, dem damaligen Unterhausabgeordneten und Bürgermeister Londons, noch Michael Gove, der 2016 als Justizminister den Titel „Lord High Chancellor“ getragen hatte, in die Hände. Beide sind seit Dekaden maßgebliche Akteure der neoliberalen Konservativen, schafften im Zuge des EU-Referendums aber das Volk gegen die, wie sie oft genannt werden, „out of touch elites“ in Brüssel in Stellung zu bringen: „The EU is built to keep power and control with the elites rather than the people“, so Gove (20.2.2016) in einem Wahlkampfstatement. Darin bringt Gove auch die häufig vorgebrachte Exklusionsstrategie der Leave-Kampagne gegen die EU als äußere Feindin vor, wonach nicht nur deren Bürokratie das britische Volk zurückhalte, sondern die heimische Politik selbst als entmachtet und fremdbestimmt dargestellt wird: „It is hard to overstate the degree to which the EU is a constraint on ministers' ability to do the things they were elected to do, or to use their judgment about the right course of action for the people of this country.“ Diese Attacken erweisen sich als strategisch effektiv, weil sie nicht nur populär, sondern auch für das britische Politestablishment durchführbar sind.

Selbiges trifft auch auf Angriffe gegen vage bleibende „Spezialinteressen“ zu, die sich für den Verbleib in der Union aussprechen: „We can strip out the protectionism and special interests that drag down EU negotiations, and [...] create more jobs for British workers, greater opportunities for British exporters, and cheaper prices for British consumers“, so Gove (19.4.2016a), der das Volk vor der entfesselten transnationalen Wirtschaft zu verteidigen trachtet. Noch schärfere, beinahe klassenkämpferische Töne, die proto-populistisch die kleinen Einkommen gegen die EU sowie Finanz- und Großindustrie in Stellung bringen, waren von Johnson (15.5.2016) in dessen Kolumne im neoliberalen *Telegraph* zu vernehmen: „Of course, the FTSE100 fat cats will sign up for remaining in the EU: they are getting personally richer and richer [...] while those at the bottom have seen a real terms fall in their wages“ – mit Verve geschriebene Worte, die aus der Feder eines Tories besonders skeptisch zu rezipieren sind.

Die Trennung von Volk und Establishment fiel bei dem Oppositionspolitiker Nigel Farage unkomplizierter und dadurch direkter aus: „It's us versus the Establishment - go and vote for Britain“ (Farage 22.6.2016), lautete seine Parole am Tag vor dem Referendum. Der Aktionsradius des Rechtspopulisten, der seine Parteigänger gerne als „people army“ bezeichnet, reichte bis dahin vom Kampf gegen „multinationals“ über „big merchant banks“ bis „big poli-

tics“, um „honesty, decency and belief in nation“ durchzusetzen. (Farage 24.6. 2016) Farage attackierte dabei nicht nur das europäische Establishment, sondern auch die nationale Oberschicht, die jungen Liberalen und die städtischen Eliten und konnte so in seinem Wahlkampf in deindustrialisierten Gebieten vielen abgehängten Menschen das Gefühl vermitteln, zum ersten Mal überhaupt politisch eine Entscheidung herbeiführen zu können. Erfolgreich war der Brexit-Apologat dabei vor allem, weil er nachdrücklich die britische Regierung attackieren und anti-politische Ressentiments bedienen konnte und trotzdem als charmant-humoriger Mann des Volkes glaubhaft geblieben ist: „They [Remain] are part of the Westminster bubble, none of them have ever had a proper job in their lives, none of them go out and meet ordinary people and perhaps in my case occasionally have a pint with them.“ (Farage 10.6.2016)

5.1.1.2 Trumps ambivalentes Verhältnis zum amerikanischen Volk

Der Milliardär Donald Trump hat sich seit der Ankündigung seiner Kandidatur als Außenseiter inszeniert und der Bekämpfung des politökonomischen Komplexes verschrieben, in dem er seine Widersacher verortet: „I know the guys at Goldman Sachs. They have total, total control over him [Ted Cruz]. Just like they have total control over Hillary Clinton“. (Trump 19.2.2016) Trump, dem es als politischem „Disrupter“ möglich ist, Normen und Regeln zu brechen, die andere Kandidaten befolgen müssen, konnte sich so zur Nemesis des Establishments entwickeln – auch weil er von jenem bis zum Wahltag nicht ernst genommen wurde.⁹ Seine populistische Bindung an das amerikanische Volk entfaltete sich dabei erst mit den Ereignissen während des Wahlkampfes, blieb aber stets brüchig: Der selbstdeklarierte Selfmademan braucht es zur Durchsetzung seiner Agenda nicht wirklich. Zwar geriert er sich letztlich als Stimme des Volkes, sieht sich aber nur bedingt als Teil davon, da er sich als Held über das Volk erhebt – seine tatsächliche Botschaft lautet vielmehr: „Become another me“.

Trump's Wahlkampf wurde erst mit zunehmender Professionalisierung immer populistischer: Der Beginn der Kampagne, das wird in seiner Antrittsrede im Juni 2015 besonders deutlich, wurde von Trump de facto im Alleingang bestritten, seine Stellungnahmen waren nicht nur besonders chaotisch, sondern die Bezugnahme auf das Volk fehlte vollkommen. Trump spricht hier, wie so oft, über sich, seine Leistungen, Errungenschaften und vor allem seinen Reichtum. Sein Slogan, den er seit Jahren für zahlreiche seiner Produkte – darunter auch die Homepage seiner Kampagne – verwendet, lautet: „Donald J. Trump is the very definition of

⁹ So kursieren alleine auf YouTube dutzende Zusammenschnitte, wie prominente Persönlichkeiten aus Politik, Journalismus und Unterhaltung über Jahre hinweg den Satz „Donald Trump will never be president“ formulieren und sich über seine politischen Aspirationen amüsieren. Trump konnte diese Ablehnung des „Systems“ gegen sich zu seiner Stärke wenden und die ihm angebotene Außenseiterrolle dankend annehmen.

the American success story, continually setting the standards of excellence". Erst mit der organisatorischen Übernahme der Wahlbewegung durch die populistischen Strategen Manafort und Bannon wechselte der Fokus von der Person Trump auf das Volk: "I've fought for my family. I've fought for my business. [...] And now, I'm going to fight for you, the American people like nobody has ever fought before." (Trump 7.6.2016) Im Sommer 2016, rund um den Nominierungsparteitag der GOP, verfestigte Trump nicht nur seine rhetorische Bindung an das Volk, sondern auch seinen Führungsanspruch. Vor allem seine lokalen Wahlkampfreden waren gespickt mit Formulierungen wie „I'm going to be your champion. I'm going to be America's champion“ (ebda.) und „I am going to give the people their voice back. To do this, we are going to need a fighter in the White House. I will be your fighter.“ (Trump 16.8.2016)

Seinen Kampf für das einfache Volk richtete Trump gegen das Establishment – gegen beide Parteien, politökonomische Interessengruppen wie die Political Action Committees und die Medien: „We will drain the swamp in Washington DC and replace it with a new government – of, by, and for the People“, sagte er in Anlehnung an Abraham Lincoln bei einer symbolträchtigen Rede in Gettysburg, bei der er auch einen Vertrag mit dem Volk präsentierte, der „honesty, accountability and change to Washington DC.“ zurückbringen solle. (Trump 22.10.2016) Geschickt inszenierte Trump dabei seinen eigenen sozioökonomischen Status, deutete ihn zugunsten der Arbeiterklasse um und gab sich selbst als deren letzte Alternative: „I have joined the political arena so that the powerful can no longer beat up on people that cannot defend themselves. Nobody knows the system better than me, which is why I alone can fix it.“ (Trump 21.7.2016)

Trump selbst, behauptet er schon in seinem Wahlprogramm „Crippled America“ (2016, 119), sei unkäuflich und politisch keinem Milliardär oder Lobbyisten zurechenbar: „Ich spreche für das Volk“, deshalb „greift mich das Establishment an“ und es suche nach Wegen, ihn „kleinzukriegen“. Dramatischer Höhepunkt dieser Agitation war das völlig aus dem Ruder gelaufene Wahlkampffinale, in dem sich Trump in Folge der Veröffentlichung des Access Hollywood Tapes zahlreichen weiteren Vorwürfen sexueller Übergriffe konfrontiert sah. Trump agierte dabei strategisch populistisch, entschuldigte sich erst für seine Aussagen, stritt diese später ab und sprach von dubiosen gefälschten Aufnahmen, bis er unter Bezugnahme aufs Volk zum Gegenangriff übersetzte: „The corrupt establishment knows that we are a great threat to their criminal enterprise. They know that if we win, their power is gone, and it's returned to you, the people“. Schließlich inszenierte Trump im Oktober in einem Moment scheinbar größter Ausweglosigkeit einen absurd anmutenden Opfermythos: „Nevertheless, I

take all of these slings and arrows gladly for you. I take them for our movement so that we can have our country back.” (Trump 13.10.2016) Mit dieser Loslösung von allen normativen Restriktionen in seinem politischen Kampf gegen die herrschende Ordnung kehrte Trump das moralische Verhältnis von Regel und Regelbruch unter Berufung auf das Volk um – er ist der Gute, das System ist für ihn gleichermaßen wie die Bevölkerung „rigged“. In einer gespaltenen Gesellschaft erscheint Trump seinen AnhängerInnen nicht mehr ehrenrührig, sondern ehrenhaft, eben weil er sich für die Bevölkerung mit aller Kraft gegen das verhasste Establishment stellt. Eine für die Demokratie höchst dramatische Entwicklung.

5.1.2 Die rechtspopulistische Agitation gegen die politische Ordnung

Die rechtspopulistischen Kampagnen artikulieren in ihren Wahlkämpfen nicht nur den Einsatz zugunsten des einfachen Volks gegen das oftmals diffus aufgefasste Establishment, sondern sie richten ihre Bewegungen auch frontal gegen entscheidende Elemente der Demokratie. Für Populisten drehen sich Wahlen niemals nur um den Austausch gegensätzlicher politischer Vorstellungen und Inhalte – es geht vielmehr darum, die politische Ordnung frontal zu attackieren und ihre Institutionen als korrupt, unmoralisch und illegitim zu desavouieren. Gerade für Trump ist diese Strategie entscheidend, zumal er sich im Lichte der Skandale fortlaufend als politisches Opfer des Establishments, der Demokraten, Medien oder des Justizsystems inszenieren kann und damit auf jene Gefühle baut, die er mit seiner Basis teilt.

5.1.2.1 Die Leave-Kampagnen und die Diskreditierung der Europäischen Union

Die Externalisierung der Europäischen Union hat sich als homogenisierendes Element national-chauvinistischer Politikmuster der verschiedenen Leave-Akteure herauskristallisiert. Dem Umstand, dass das Königreich federführend an der Entwicklung der Union beteiligt war und auch auf die laufende Gesetzgebung durch die englische Sprache und den mächtigen Beamtenapparat große Vorteile hat, wurde mit zum Teil massiver Diskreditierung der EU-Institutionen begegnet. So hat etwa Johnson (16.5.2016) die EU wiederholt als “fundamentally undemocratic“ bezeichnet und dadurch auch das falsche Narrativ von Vote Leave befeuert, die EU sei zunehmend anti-demokratisch und zentralistischer geworden. Gove beschreibt die EU als „multi-national federation with no democratically elected leader or Government“ und das Europäische Parlament abwertend als „mock parliament“. (Gove 19.4.2016a) Dabei wurde die gesamte Union vom damaligen Justizminister als „a failure on so many fronts“ und eine „job destroying machine“ diskreditiert, und für staatliche „instability and insecurity“ sowie die Flüchtlingslager in Calais verantwortlich gemacht. (Gove 20.2.2016)

Noch schärfere Töne kamen erwartungsgemäß von Farage, der schon als EP-Abgeordneter europhobe Attacken geritten hatte, indem er die EU mehrmals der Korruption bezichtigte, sie mit dem Sowjet-Regime verglich und als Macht ohne Beschränkung bezeichnet hatte. Nämliche Wortwahl führte er im Zuge des Referendums weiter, sagte er kämpfe gegen „lies, corruption and deceit“ (Farage 24.6.2016), wobei die EU geführt von „a bunch of unelected old men“ ein „hopelessly outdated, stagnant, failed project“ (Farage 20.6.2016), eine „disaster zone“ (21.6.2016) sei. Zusammengefasst: „The EU’s dying“, so Farage (24.6.2016) die europäische Gemeinschaft ultimativ unterminierend.

5.1.2.2 Trumps präzedenzlose Angriffe auf die politischen Gegner

Dass amerikanische Wahlkämpfe hart, oftmals auch unter der Gürtellinie geführt werden, ist nicht neu. Das Novum an der Kampagne von 2016 ist demgegenüber der Umstand, dass nicht die Substituten des Präsidentschaftsanwärters die massiven Angriffe auf die Gegenkandidaten übernehmen, um den ‚Frontrunner‘ präsidentiell erscheinen zu lassen, sondern dass sich Trump selbst die Diffamierungen, Diskriminierungen und Drohungen ungesesehenen Ausmaßes ausführt: Er brachte so das Misstrauen der amerikanischen Bevölkerung in die Eliten gegen das gesamte politisch-intentionelle System auf – „drain the swamp“ lautete sein Wahlkampf-schlager.

Großes Ausmaß an Trumps Erfolg bei den Vorwahlen hatte sein populärer, weil antipolitischer Stil gegenüber seinen republikanischen Mitbewerbern. Dass die Vorausscheidung zu einem großteils inhaltsleeren Spektakel verkommen konnte, lag an Trumps Fähigkeit, durch schwere persönliche Insulte und skandalöse Aussagen die Agenda zu diktieren und schließlich nicht nur die Partei, sondern die gesamte Politarena zu übernehmen. Seinen Außenseiterstatus – „This election will decide whether we are ruled by the people, or by the politicians.“ (22.6.2016) – brachte er auch nach seiner Nominierung im direkten Duell gegen Hillary Clinton ein und konnte sich so von allen politischen und moralischen Restriktionen lösen.

Ähnlich wie die Kampagnen im Vereinigten Königreich gegenüber der EU machte Trump seine Konkurrentin für beinahe sämtliche Missstände des Landes persönlich verantwortlich – von der illegalen Immigration über Arbeitsplatzverluste, die hohen nationalen Schulden über soziale Verwerfungen und niedrige Löhne bis hin zum islamistischen Terrorismus. Dabei attackierte Trump nicht nur Clintons politische Tätigkeit, sondern konnte aufgrund ihrer Position als Außenministerin im Kabinett Obamas auf dem von rechter Seite strategisch geschürten Hass auf den ersten afroamerikanischen Präsidenten der USA aufbauen. „Hillary Clinton has had her chance. She failed. Now it’s time for new leadership“, ist einer jener Sätze, die bei

fast jeder Wahlkampfveranstaltung vorgebracht wurden. Trump warf Clinton in diesem Zuge regelmäßig vor, Teil der Wallstreet-Elite zu sein und bezeichnete sie als „personification of special interest corruption“. (23.10.2016) „Crooked Hillary“, wie er sie dutzendfach nannte, treffe sich heimlich mit internationalen Banken „to plot the destruction of U.S. sovereignty“ und habe das Außenministerium verkauft: „She ran the State Department like her own personal hedge fund – doing favors for oppressive regimes, and many others, in exchange for cash“, so Trump (22.6.2016). Clinton sei die Marionette des Systems, der Medien und Großspender, „because they know she will keep our rigged system in place“. (Trump 21.7.2016) Wiederholt brachte Trump dabei unhaltbare Gerüchte und Anwürfe gegen seine Konkurrentin vor und bezichtigte sie und Obama, für die Gründung des sogenannten Islami-schen Staates verantwortlich zu sein: „Her decisions spread death, destruction and terrorism everywhere she touched.“ (Trump 22.6.2016)

Die Angriffe auf seine Gegenkandidatin, die stets zentrale Elemente seiner Reden und der Wahlduelle waren, wurden mit der Wahlkampfendphase noch schärfer und in höchst persönlicher Weise ausgeführt: „[S]he has bad judgment, bad instincts, and is just too reckless to be allowed into the Oval Office.“ (Trump 23.10.2016) Trump schaffte es dabei, von seinen eigenen Skandalen abzulenken, indem er Clintons Umgang mit ihren E-Mails zur Staatsaffäre aufblies: „33,000 e-mails are missing. And she’s so guilty“. (9.8.2016) Trump nannte Clinton schließlich „the most corrupt person ever to seek the presidency“ (2.11.2016) und versprach die Vorwürfe nicht nur von einem Sonderermittler prüfen zu lassen, sondern sie nach erfolgreicher Wahl einsperren zu lassen: „Lock her up“ ist der wohl aggressivste Sprechchor, der im Wahlkampffinale omnipräsent war.

5.1.2.3 Die rechtspopulistischen Kampagnen und das Justizsystem

Die Forderungen Trumps nach politischer Verfolgung seiner GegnerInnen verdeutlichen schon während des Wahlkampfes sein höchst problematisches Verständnis von Gewaltkontrolle und Rechtsstaatlichkeit. Obwohl nach monatelangen Untersuchungen des FBI, des Justizministeriums und des republikanisch dominierten Kongresses keiner der Vorwürfe gegen Clinton, weder in der Bengasi- noch Email-Affäre, erhärtet werden konnte, bezichtigte Trump das gesamte Justizsystem des Amtsmissbrauchs: „The FBI and the Department of Justice created a fraud in allowing Hillary Clinton to get away with her terrible crimes“. (Trump 15.10.2016) Trump zufolge hätte Clinton von der Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen werden müssen, „but the FBI and the Justice Department covered up her crimes which included lying to the FBI and congress on numerous occasions“. (Trump 22.10.2016) Nachdem

FBI-Direktor James Comey kurz vor der Wahl in einem höchst umstrittenen Schritt die abermalige Aufnahme des Verfahrens gegen Clintons angekündigt hatte, verschärfte Trump seine Anwürfe gegen das Justizministerium und behauptete, „the Department of Justice is fighting the FBI – that's because the Department of Justice is trying to protect her.“ (Trump 29.10.2016)

Trumps systematische Unterminierung des Rechtsstaates wird durch seinen Umgang mit juristischen Kontroversen, die ihn selbst oder seine Unternehmen zum Gegenstand haben, verdeutlicht: Der Betrugsprozess gegen die Trump „Universität“, bei der man für teures Geld akademisch wertlose Diplome sowie ein Foto neben einer Trump-Kartonfigur erwerben konnte, verlief zeitgleich zum Wahlkampf. Trump attackierte dabei nicht nur den juristischen Vorgang gegen ihn als „rigged“, sondern explizit auch den Richter aufgrund dessen Abstammung: „I've been treated very unfairly by this judge. Now, this judge is of Mexican heritage“, so Trump (3.6.2016). Schon im Wahlkampf offenbarte sich damit seine den Rechtsstaat pervertierende Auffassung, wonach seine politischen GegnerInnen verfolgt werden müssten, während er stets zu Unrecht verfolgt werde – ein gefährliches Muster angesichts seiner präsidentiellen Macht und der juristischen Verfahren gegen seine Kampagne.

Zum Mittelpunkt der Debatte wurden rechtsstaatliche Institutionen auch im Zuge des EU-Referendums. Im Vergleich zu Donald Trump bestimmte die Agenda der Leave-Akteure weniger persönliche als politische Motive – was trotzdem zu heftigen Kontroversen führte. Besonderes Augenmerk wurde diesbezüglich auf den Europäischen Gerichtshof gelegt, welcher für seine Funktionsweise und Entscheidungen von allen drei Brexit-Politikern laufend als „rogue“ kritisiert und attackiert wurde: „British justice [...] is being corrupted by the EU. Unelected bureaucrats in Brussels and judges in Strasbourg and Luxembourg, can ignore British fears about crime“, vermerkte UKIP (2015, 55) schon im Manifest zur Wahl 2015: „It is time to bring our British legal system back under British control.“ In den Debatten und Redebeiträgen von 2016 exponierte sich dann besonders Gove: Der EuGH, sagte der Justizminister, habe dabei großen Einfluss auf Fragen, die Asyl, Flüchtlinge und die Überwachung von Terrorverdächtigen betreffe und so fragte er, wie lange es dauern würde „before the ECJ starts undermining the Five Eyes intelligence sharing agreements that have been a foundation of British security since 1945 and which are the source of jealousy and suspicion in Brussels?“ (Gove 19.4.2016a) – eine dreiste Unterstellung, die Panikmache mit Nationalstolz verbindet. Diese Strategie ermöglichte es dem Brexit-Lager anstatt der komplexen Vermittlung institutioneller Strukturen der EU, die den BürgerInnen europaweit rechtlichen Schutz bieten, unter dem

Vorwand der nationalen Sicherheit Ressentiments zu schüren und wichtige Zukunftsfragen auszublenden: „Even more important than avoiding future dangers is countering the dangers which are clear and present. And that means freeing ourselves from the rogue European court of justice”, so Gove (et al. 6.6.2016) in seiner wichtigsten Wahlkampfrede.

5.1.2.4 Der Kampf gegen die Mainstream-Medien

In das Muster, demokratische Institutionen zu attackieren, fielen auch die zum Teil massiven Angriffe der Rechtspopulisten auf kritische Medien. Aufbauend auf der gespaltenen Öffentlichkeit suchten die populistischen Kampagnen Konformität durch Boulevardmedien, konservative Verlage und Fernsehanstalten bis hin zu Outlets am rechten Rand, während Medien, die divergierenden, umfassend recherchierten oder ablehnenden Journalismus betrieben, laufend abgewertet und angefeindet wurden. Vor allem bei Donald Trump nehmen die Angriffe gegen kritisch positionierte, investigative Medienhäuser, die seine Skandale und Eskapaden kritisch rezipieren, eine zentrale Rolle im Kampf gegen die politische Ordnung ein. Der dabei regelmäßige vorgebrachte Vorwurf es handle sich um „fake news“ unterstreicht die Strategie, die Macht der Behauptung über den offensichtlichen Beweis des Gegenteils zu erheben.

“The FAKE NEWS media (failing @nytimes, @NBCNews, @ABC, @CBS, @CNN) is not my enemy, it is the enemy of the American People!”, schrieb Trump am 17. Februar 2017 auf Twitter. Der Ursprung solcher Botschaften, mit denen er in autokratischer Manier wiederholt die großen Medienhäuser der USA vor allem dann anfeindet, wenn er selbst in Bedrängnis gerät, ist in seinem Wahlkampf verankert. Durch Androhungen von Sanktionen und Klagen, durch Ausschlüsse bestimmter Medien von Veranstaltungen, durch Unterstellungen und Verleumdungen bis hin zu sexistischen Angriffen gegen Journalistinnen verdichtete Trump nicht nur seinen symbolischen Kampf gegen das Establishment, er befeuerte durch die strukturelle Spaltung der Öffentlichkeit auch seine eigene Basis. Geglaubt werden soll schließlich nur mehr, was er sagt, weil „the media is so dishonest and so corrupt and the pile on is so amazing“, so Trump (19.10.2016) in der dritten Wahlkampfdebatte: Die Reporter seien keine Journalisten sondern in Wahrheit Lobbyisten für Clinton „and they have poisoned the minds of the voters.” (ebda.) Trump warf in der Wahlkampfendphase namentlich angeführten Medien vor, Clintons E-Mail-Affäre unter den Tisch zu kehren und bezeichnete die gegen ihn erhobenen Vorwürfe wiederholt als „fraud“. In seiner Gettysburg-Rede sagte Trump über die „unehrlichen“ Mainstreammedien: „They are corrupt. They lie and fabricate stories to make a candidate that is not their preferred choice look as bad and even dangerous as possible.” (Trump 22.10.2016)

Einen differenzierteren Umgang mit den Medien pflegten die Proponenten des Rechtspopulismus während der Brexit-Kampagnen. Dass kollektive Abwertungen des journalistischen Metiers in trump'scher Manier ausblieben, lag zum einen am höheren ethischen Status der Berufspolitiker und deren Zugang zu konservativen Zeitungen, in denen sie selbst Kolumnen verfassen konnten. Zum anderen ist dies der britischen Medialität selbst geschuldet, da aufgrund des Boulevard-Überhangs vor allem im Printsegment die Leave-Kampagnen und deren Fürsprecher wohlwollend rezipiert wurden. Dass es im Zuge des Referendums trotzdem zu Friktionen mit den Medien gekommen ist, liegt vor allem an Farages spannungsgeladenen Verhältnis zum Journalismus, attackierte er doch in der Vergangenheit die liberalen Mainstream-Medien mitunter scharf. Zu durchaus persönlichen Konfrontationen kam es zwischen Gove und dem *Guardian*, der die Darstellungen des Ministers, die EU hätte vor Jahrzehnten durch ihre maritime Politik das Fischereiuunternehmen seines Vaters in Schottland ruiniert, hinterfragte. (Carrell 2016) Bewegte Auseinandersetzungen hat sich Gove (3.6.2016) auch in Fernsehdebatten geliefert, als er dem *Sky*-Anchor Faisal Islam in rechtspopulistischem Duktus vorwarf, er sei „on the side of the elite, I am on the side of the people“. Insgesamt waren derartige Wortmeldungen gegenüber Medien aber die Ausnahme, da sie der Kampagne wesentlich weniger dienlich waren als in den USA.

5.1.2.5 Der „Common Sense“ gegen jedwede Expertise

Die Strategie der Rechtspopulisten, die Komplexität gesellschaftlicher und politischer Prozesse zu reduzieren während vor allem an Gefühle appelliert wird, führte neben der bewussten Umgehung oder gar Erfindung von Zahlen, Daten, Statistiken und Fakten in letzter Konsequenz zur Diskreditierung jedweder Expertise. Demagogie benötigt keine Empirie; Wissenschaftlerinnen, Intellektuelle, kritische Institutionen oder die Zivilgesellschaft widerstreben dem ‚natürlichen‘ Volksempfinden: „I am not asking the public to trust them [experts], I am asking to trust themselves“, sagte Gove in der erwähnten TV-Debatte (ebda.). Beide Kampagnen haben gemein, dass sie – vor allem im ökonomischen Bereich – so gut wie keine namhaften ExpertInnen für ihre Anliegen vorweisen konnten. Während Clinton und das Remain-Lager auf die Autorität von Expertisen bauten, beriefen sich die Rechtspopulisten auf den „Common Sense“. Beinahe zum Sprichwort geworden ist dabei eine Aussage von Gove, mit der er Faisal Islams Aufforderung, er möge nur einen einzigen Wirtschaftsexperten auf Seiten der Leave-Kampagne nennen, abschmettete: “The people in this country have had enough of experts“. Die Reaktion des Journalisten, er sei der „Oxbridge-Trump“, folgte auf den Fuß. (ebda.)

Noch schärfere Töne kamen von Nigel Farage, der bei einer TV-Debatte „so called experts“ als „gang“ bezeichnet und die Aussagekraft ihrer Expertisen in Zweifel zog – „they have been wrong before and they are wrong again“. (Farage 7.6.2016) Internationale Organisationen, die deutlich gegen den Brexit Stellung bezogen, wurden ebenfalls hart attackiert. So diffamierte Farage (29.4.2016a) die ExpertInnen der OECD und des Internationalen Währungsfonds als „overpaid useless people“. Dass auch Trump, der bekanntermaßen weder Bücher liest noch zu intellektuellen oder akademischen Debatten mit fundiertem Wissen beiträgt, den Rückgriff auf fachgeschulte Meinungen ausschlug, verwundert wenig. Sein Anti-Intellektualismus ersetzt Expertise durch Loyalität und markiert damit demonstrativ den Bruch zu Obamas technokratisch geführter Präsidentschaft: „Experts are terrible“, ließ er im Wahlkampf verlauten. (Trump 4.4.2016) Deutlichste und gefährlichste Auswirkung dieser Haltung ist Trumps Negation der anthropogenen Klimaerhitzung.

5.1.3 Von Tabubrüchen und Unwahrheiten: Die Emotionalisierung der Debatte

Das Grundnarrativ der rechtspopulistischen Kampagnen gibt vor, Sprachrohr des „echten“ Volks zu sein und all jene zu bekämpfen, die sich diesem Anspruch widersetzen. Diese Strategie ermöglicht es, mit Normen und Usancen des demokratischen Wettbewerbs zu brechen und den politischen Diskurs auf maximale Erregung auszurichten. Höhepunkt dieser Emotionalisierung ist ein zur Endzeitstimmung zugespitzter, durch Tabubrüche und Unwahrheiten determinierter Alarmismus, der im dringenden Appell zum Systemwandel gipfelt, denn, so Trump (15.10.2016), „either we win the election, or we lose the country.“

5.1.3.1 Strategisch eingesetzte Regelbrüche und Kontroversen

Kontinuierliche Tabu- und Regelbrüche und durchaus strategisch gesetzte Kontroversen der Rechtspopulisten erhöhen nicht nur die mediale Aufmerksamkeit sondern führen durch deren Skandalisierung auch zur Emotionalisierung und Entrationalisierung des politischen Diskurses. Anstand und Verlässlichkeit als Tugenden haben in diesem Umfeld ausgedient, gehört wird, wer den Taktstock schwingt und Ton angibt. Entscheidend ist die eigene Stärke und damit die Macht, obszöne und verletzende Aussagen als Hypersensibilität des politischen Konkurrenten zu framen. Die Trump'sche Maxime „rules are for losers“ bedeutet eben auch, dass seine Eskapaden, ähnlich wie bei autoritären Führern, ohne Konsequenzen bleiben.

Dass Trump, dessen Wahlkampf gezielt gegen sämtliche Konventionen gerichtet war, wiederholt mit seiner Anerkennung für autokratische und totalitäre Herrscher auffiel, passt in dieses Muster. Lob sprach Trump etwa dem verstorbenen Saddam Hussein für dessen Umgang mit Terroristen aus, Bewunderung empfand er für Kim Jong-uns Eliminierung politi-

scher Feinde und Recep Tayyip Erdoğan pries er für seine Reaktion auf den Staatsstreich im Sommer 2016. Demonstrativ nahe gab sich Trump – genau wie Farage während dessen Tätigkeit als Europaparlamentarier – dem russischen Premier Vladimir Putin, den er einen starken Führer nannte, was es in den USA nicht gebe, und den er als „a man so highly respected within his own country and beyond“ bezeichnete. (Trump 17.6.2016) Trump trat an, das Verhältnis zu Russland zu verbessern und sorgte im Juli 2016 für besondere Aufregung, als er den ehemaligen Systemfeind direkt zur Einflussnahme auf die Wahl aufrief: „Russia, if you’re listening, I hope you’re able to find the 30,000 emails that are missing.“ (Trump 27.7.2016)

Gegen alle Normen – Trumps zügelloser Kampf um Aufmerksamkeit

Dass sich Kontroversen im öffentlichen Leben auszahlen, weil sie Aufmerksamkeit generieren, beschreibt Trump (/Schwarz 1990, 150) schon in seinem Bestseller *The Art of the Deal*. Bis heute verweigert er die Tradition, als Kandidat zu einem öffentlichen Amt die Steuererklärung und damit Vermögensverhältnisse offen zu legen. Trump inszenierte die Fortsetzung des Tabubruchs zu einer Telenovela und knüpfte eine mögliche Veröffentlichung immer wieder an neue Forderungen, bis sich anhand geleakter Informationen herausstellte, dass der Milliardär durch Finanzkonstruktionen jahrelang keine Einkommenssteuern gezahlt hatte. Trump replizierte auf den politischen Skandal, der ihm enorme Publicity brachte: „That makes me smart.“ (Trump 26.9.2016) Dadurch bestätigte er den Verdacht, keine Beiträge für Schulen, das Sozialsystem oder das Heer geleistet zu haben, nahm ihm aber gleichzeitig die Spitze. Das Ausnutzen von Schlupflöchern wird vom Regelbruch zur Leistung erhoben – eine Finte, die sich im staatsfeindlichen rechten US-Sozialdarwinismus durchaus feiern lässt.

Sozialdarwinistisch ist auch Trumps behindertenfeindliche, sexistische und rassistische Rhetorik, die zum elementaren Bestandteil seines maskulin-dominanten Kampfes gegen die politische Korrektheit wurde. Was im Kapitel über den diskursiven Stil der Rechtspopulisten weiter elaboriert wird, ist auch eine der zentralen Strategien des Tabubruchs. So gab sich Trump im Wahlkampf als Polit-Prädator, der über allen Nomen steht: Er verspottet auf offener Bühne den Journalisten Serge Kovalski aufgrund dessen Behinderung und ahmt ihn in despektierlichster Weise nach. Er behauptet nach einer feindselig geführten Debatte mit der Journalistin Meghan Kelly, sie hätte menstruiert – „[s]he had blood [...] coming out of her wherever“ (Trump 7.8.2015). Und er liefert sich, antiislamische Plattitüden bedienend, eine Auseinandersetzung mit Khizr and Ghazala Khan, einer muslimischen Familie, deren Sohn im Irakkrieg gefallen war – eine präzedenzlose Abwertung eines amerikanischen Helden und seiner ‚gold star family‘. All das schadete Trump nicht. Ganz im Gegenteil: Er konnte sich durch

Attacken wie diese profilieren und wurde selbst weitgehend unverwundbar, da die antipopulistischen Gegenstrategien der Konkurrenz an Trumps Radikalität abperlten.

Gefahr für die Demokratie – Debatten um die Anerkennung der Wahlergebnisse

Die Brexit-Auseinandersetzung war, was den Bruch von Regeln und Normen betraf, deutlich weicher vonstattengegangen, wenngleich es auch hier zu drastischen Grenzüberschreitungen gekommen war. Besonders augenscheinlich war neben dem in Kapitel drei erwähnten Gedicht „vicious snake“ das in dieselbe Kerbe zielende UKIP-Plakat mit der Aufschrift „Breaking Point“, das Flüchtlinge in einer langen Schlange an der kroatisch-slowenischen Grenze abbildete. Die hier vermittelte Botschaft richtete sich nicht nur gegen Immigration, sondern bediente auch deutlich rassistische Tropen. Neben diesen anti-egalitären Auswüchsen der Kampagnen ist vor allem die Drohung ernst zu nehmen, das Ergebnis der Wahl nicht anzuerkennen. So sagte etwa Nigel Farage, als Umfragen im Mai das Remain-Lager vorne sahen, dass nur ein deutliches Ergebnis die Diskussionen über den EU-Austritt beenden würde. Ein knapper Ausgang zugunsten des Verbleibs in der EU von 52 zu 48 Prozent wäre für ihn „unfinished business“ und er würde sich für ein weiteres Referendum einsetzen. (Farage 16.5.2016) Farage schaffte sich dadurch schon vor dem Urnengang die argumentative Grundlage, die Volksentscheidung nur bei Ausgang in seinem Sinne zu akzeptieren.

Noch problematischer verlief diesbezüglich der amerikanische Wahlkampf. Als sich Trump im Oktober aussichtslos in Rückstand wähnte, attackierte er das Wahlsystem und damit Staat und Demokratie direkt: Auf die Frage, ob er eine Wahlniederlage akzeptieren würde, antwortet er wiederholt „[w]e’re going to see what happens. We’re going to have to see“ (Trump 30.9.2016) und fügt bei der dritten TV-Debatte mit Clinton hinzu: „I will keep you in suspense, OK?“ (Trump 19.10.2016) Trump brach dadurch mit der jahrhundertealten Norm, den friedlichen Machtwechsel nicht in Frage zu stellen. In seiner Gettysburg-Rede ging er noch weiter und sprach wörtlich von großangelegtem Wahlbetrug, der Clinton zur Präsidentschaft verhelfen würde. Aufbauend auf Schlagworten der republikanischen „voting suppression“ Agenda behauptete er, dass 24 Millionen WählerInnen entweder ungültig oder inakkurat, 1,8 Millionen Verstorbene und 2,8 Millionen in mehreren Bundesstaaten registriert wären. (Trump 22.10.2016) Daraus leitete er im Oktober 2016, am Höhepunkt der Skandale, jene Aussage ab, die seine Präsidentschaft überdauern wird: „I would like to promise and pledge, to all of my voters and supporters and to all of the people of the United States, that I will totally accept the results of this great and historic presidential election – if I win.“ (Trump 20.10.2016) Trumps Putschdrohung hätte kaum deutlicher ausfallen können.

5.1.3.2 Die Verbindung von Unwahrheiten und Emotionen

Die Tabu- und Regelbrüche der Rechtspopulisten wurden in den Wahlkämpfen diskursiv eng mit verbreiteten Unwahrheiten, Übertreibungen, Lügen bis hin zu Verschwörungstheorien verbunden. All das führte zur weiteren Emotionalisierung des Diskurses und einer noch radikaleren Zuspitzung des in Kapitel vier dargestellten Unmutes der Bevölkerung. Faktizität und Reliabilität politischer Aussagen wurden dabei zu einem relativen Gut – das Wort des Jahres 2016 der Oxford-Dictionaries lautete nicht zufällig „post-truth“.

Fern jeglicher Faktizität: Trumps Umgang mit Zahlen, Daten und Statistiken

Bei Donald Trump verschwimmen die Grenzen zwischen Dichtung und Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit. Das Verhältnis von Realität und Irreführung wird zu einem fortschreitenden Kontinuum, wobei Trump mit derart durchdringender Selbstüberzeugung offensichtliche Falschaussagen tätigt, dass ihn seine Mimik, Gestik und Rhetorik der Lüge nicht überführen – er senkt weder Stimme noch Augen, macht keine abwehrenden Bewegungen, errötet weder noch windet er sich argumentativ. Kurzum: Donald Trump ist zur Lüge nicht fähig, weil ihm die Wahrheit selbst nicht bekannt ist. Trump ist hohl, er glaubt an nichts und sagt, was ihm aus dem Mund fällt. (Lakoff 2017, 600ff.) Dabei verkehrt er Zahlen, Daten und Fakten, biegt sie zu seinen Gunsten oder erfindet sie frei. Trumps zuvor dargebrachte Angaben zum befürchteten Wahlbetrug wurden 2012 vom renommierten Pew Center (2012, 1ff.) über Verbesserungsmöglichkeiten des Wahlsystems zwar tatsächlich genannt, dass deshalb ein großflächiger Wahlbetrug zu erwarten wäre, ist aber bar jeder Grundlage und dient einzig der Manipulation und rassistisch motivierten Mobilisierung der eigenen Basis.

Redundant bezog sich Trump so auf die realen (Abstiegs-)Ängste der weißen Bevölkerung und dramatisierte durch apokalyptische, um Verfall, Rechtlosigkeit, Gewalt, Armut und Gefahr kreisende Rhetorik die Verhältnisse in den USA. Seine Aussagen untermauerte er dabei durch falsche, oftmals willkürlich übertriebene Statistiken: So redet er im April 2016 eine Rezession herbei, prognostiziert einen Wirtschaftscrash und meinte, es wäre eine „terrible time“, zu investieren (Trump 2.4.2016) – obwohl sämtliche Wirtschaftsdaten einen nachhaltigen Aufschwung belegten. Auch die Armut ist in dieser Phase nicht gestiegen, die Steuern waren nicht die höchsten der Welt, es lebten seriösen Schätzungen zufolge elf und nicht wie behauptet bis zu 34 Millionen undokumentierte ImmigrantInnen in den USA und die Kriminalität ist nicht gestiegen, sondern gesunken. Besondere Variabilität offenbarte Trump bei der Arbeitslosigkeit, die sich 2016 erstmals wieder auf Vorkrisenniveau befand: Die offiziellen 4,9 Prozent zu Beginn des Jahres seien „phony numbers“ und „one of the biggest hoaxes in

politics“, wie er wiederholt betonte. In seinem Wahlprogramm (Trump 2016, 105) schreibt er ohne Quellenverweis von 15 bis 20 Prozent Arbeitslosigkeit. In einer Rede im Frühjahr in New Hampshire meinte er gar, „the number’s probably twenty-eight, twenty-nine, as high as thirty-five – in fact, I even heard recently forty-two per cent.“ (Trump 9.2.2016) Trump untermauert und verschärft so nicht nur die gesellschaftliche Krisenperzeption – „Right now, however, we are in the middle of a jobs crisis, a border crisis, and a terrorism crisis“ (Trump 31.8.2016) – sondern mimt jene verständnisvolle Kraft, die als einzige die Wahrheit spricht und damit das Volksempfinden bestätigt: „Today you will get the truth“, ist eine jener Aussagen, die Trump fast jeder Wahlkampfveranstaltung vorangestellt hatte.

Die Übertreibungen der britischen Populisten und die 350-Millionen Pfund Lüge

Ein ähnliches Kalkül wurde auch von den Populisten im Vereinigten Königreich angewandt, zumal auch sie auf Emotionen und Ängste in der Bevölkerung setzten und durch gezielte Verbreitung von Unwahrheiten befeuerten. Die Strategie, einer verunsicherten Gesellschaft mit einer dramatischen Zukunft zu drohen, ist dabei seit Jahren in der DNA von UKIP verankert und wurde gegen Ende des Wahlkampfes auch von Vote-Leave übernommen. Anfang Juni wurde in Stratford-Upon-Avon sogar eine eigene Veranstaltung unter dem Titel „Voting to stay in the EU is the risky option“ (Gove et. al 6.6.2016) abgehalten, bei der Johnson und Gove als Hauptredner auftraten, um, wie es hieß, vor den Gefahren der EU für die britische Ökonomie, Sicherheit, Demokratie und Grenzen zu warnen. Stundenlang wurde dabei mit massiven Übertreibungen bis hin zu falschen Behauptungen gegen den Verbleib in der Union agitiert: Die EU sei der Grund für Arbeitslosigkeit, Schulden und niedriges Wachstum und das Königreich müsse die Zeche für die Fehler der Eurozone begleichen, man sei sogar zum ‚Bailout‘ verpflichtet. Die Kontrolle über Migration würde im Falle des Verbleibs permanent aufgegeben, während der Beitritt weiterer Länder als ausgemacht dargestellt wurde. Dies würde nicht nur die Terrorgefahr erhöhen, so Vote-Leave, sondern auch weitere fünf Millionen Menschen ins Königreich bringen und die niedrigsten Einkommen unter enormen Druck setzen. Und die EU sei ebenfalls schuld, dass die Mehrwertsteuer auf wichtige Produkte, die sozialen Ausgleich garantierten, nicht reduziert werden könne – nicht einmal für Tampons. (ebda.)

Diese Liste ließe sich lange fortsetzen, bedeutete aber nicht den Höhepunkt der Austritts-Debatte, die von weiteren eklatanten Unwahrheiten durchzogen war: Dazu zählen etwa die Behauptungen, das Königreich könne weder den Beitritt der Türkei noch die Gründung einer europäischen Armee verhindern. Camerons Nachverhandlungen wurden irreführenderweise als

Gefährdung des Britenrabatts und des Vetorechts bei Vertragsverhandlungen argumentiert. Und auch die Aussagen mancher Brexit-Apologeten, Rechtsbrecher aus EU-Staaten könnten nicht abgeschoben werden, aber kriminelle Flüchtlinge aus Deutschland ungehindert ins Königreich kommen, waren dezidiert unwahr. (Corbett 2016) Direkte Anschuldigungen, die Johnson und Gove einer „Lügenkampagne“ bezichtigten, bezogen sich auf falsche Angaben über den britischen EU-Haushaltsbeitrag: Der empörte Hauptslogan von Vote-Leave, „We send the EU £350 mio a week“, an den die Forderung anschloss, man solle über dieses Geld die Kontrolle zurückerlangen, sei schlichtweg „misleading“ und „clearly absurd“, wie die UK Statistics Authority (2016) und das Institute for Fiscal Studies (Emmerson et al. 2016, 1) rasch nach dessen Verbreitung belegten. Grund dafür ist, dass der „Britenrabatt“, der die Inseln faktisch nie verlässt, aus dieser Berechnung nicht subtrahiert wurde. Tatsächlich wurden 2016 wöchentlich 250 Millionen Pfund nach Brüssel „geschickt“, die zu großen Teilen in Form von Wirtschafts-, Wissenschafts- und Strukturförderungen ins Königreich zurückflossen beziehungsweise auf die angestrebten Entwicklungsleistungen von 0,7 Prozent des BIP angerechnet werden konnten. So dürften von den genannten 350 Millionen Pfund wöchentlich faktisch nur 136 Millionen nach Brüssel überwiesen worden sein – etwa 40 Prozent der behaupteten Zahl. (Henley 2016)

Verschwörungstheorien als Gipfel der Tabulosigkeit

Obwohl die investigativen Fact-Check-Abteilungen der Medien und der jeweiligen Gegenkampagnen den Wahrheitsgehalt von hunderten Falschaussagen systematisch aufarbeiteten und publizierten, konnten Skandale und Falschaussagen im medialen 24-Stunden-Newszyklus nicht schnell genug aufgearbeitet werden – vor allem Trump überdeckte eine Falschaussage mit der nächsten. Die Hemmungslosigkeit der Kampagnen reflektiert und repliziert dabei die geladene Stimmung des Volkes. Verschwörungstheorien gegen jene, die Trump verachtet, waren im amerikanischen Wahlkampf dessen deutlichste Ausprägung.

Evidenzlos konnte Trump behaupten, dass Obama ein Moslem sei und in Kenia geboren wurde, der Vater von Ted Cruz an der Ermordung von John F. Kennedys beteiligt gewesen wäre und tausende Muslime in New York die Angriffe am 11. September bejubelt hätten. Dass dies zusammengenommen erfolgreich sein konnte, verdeutlicht, dass offensichtliche Unwahrheiten und Aggression über Argumente und Austausch gesiegt haben und belegt einmal mehr den Niedergang des demokratischen Diskurses und das Verlangen der Bevölkerung nach dem grundlegenden Bruch mit der Formation der Gesellschaft.

5.1.4 Weaponising social media: Die Macht des digitalen Populismus

Als hemmungsloser Bruch mit allen Normen lässt sich auch der populistische Wahlkampf in den sozialen Medien beschreiben. Die virtuelle Welt, die für die Strategie der Emotionalisierung durch Eskalation wie geschaffen scheint, weil grundsätzliche Regeln der Interaktion fehlen, ermöglichte es den Kampagnen, ungefiltert zu kommunizieren und die Spaltung der Gesellschaft über semiöffentliche Echokammern voranzutreiben. Während sowohl das Remain- als auch Clinton-Lager auf Online-Strategien der erfolgreichen Obama-Wahlkämpfe setzten, indem Grassroot-Aktivismus mit neuen Medien kombiniert wurden, erweiterten die rechtspopulistischen Kampagnen ihr digitales Arsenal im Kampf ums Volk: Mit Fake News, Bots und Propaganda von innerhalb und außerhalb des Landes wurde der Einsatz sozialer Medien revolutioniert und der Meinungsbildungsprozess durch algorithmenbasierte Datenanalysen manipuliert.

5.1.4.1 Auf allen Kanälen: Wie der #populismus die Debatte dominiert

Der Niedergang politischer Institutionen, der Mainstream-Medien und politischen Parteien führte zum Bruch etablierter Distinktionen der politischen Kommunikation – zwischen Insidern und Outsidern, Medien und Pseudo-Medien, „earned media“ und Werbung, traditionellen und neuen Medien, Nachrichten und Entertainment und sogar inländischen und ausländischen Kanälen. Während die Brexit-Akteure noch auf den verhältnismäßig starken Boulevard sowie die eigenen Kolumnen zurückgreifen konnten, um sich Gehör zu verschaffen, ist es Donald Trump, der medial jegliche Dialektik überwand. Wie sonst, fragt sich Nathaniel Persily (2017, 64) ist die kommunikative Strategie seiner Kampagne zu erfassen, die von Steve Bannon geleitet wurde, dessen rechtsextremes Outlet *Breitbart* als Trumps medialer Hauptpromotor agierte und dessen Online-Artikel der Kandidat wiederum millionenfach teilte, was letztlich die Nachrichten im Kabelfernsehen einschließlich des vom Kreml unterhaltenen Senders *Russia Today* dominierte? Der Rechtspopulismus überkommt so strategisch sämtliche institutionellen Verwerfungen der politischen Systems und ist maßgeschneidert für das Internetzeitalter: Unmittelbar, knallhart, interaktiv, ohne Unterbrechung, auf allen Kanälen.

Im Kampf des radialen Subjekts um Zustimmung bietet Twitter die ideale Plattform. Die politischen Botschaften sind ad hoc, verkürzt, zugespitzt, überzeichnet und provokant, sie ermöglichen eine direkte Verbindung zur eigenen AnhängerInnenschaft und fungieren gleichzeitig als öffentliche Pressestatements. Trump, „the champion of Twitter“ (Schmidt 2017, 264), weiß dies in besonderem Maße für sich zu nutzen, auch weil er durch das Fehlen eines sichtbaren Reflexionsprozesses authentisch wirkt. Seine ‚Twitteriaden‘, die Kontroversen, Insulte,

Verleumdungen und Gegenangriffe, wurden im Wahlkampf von der politischen Arena in Echtzeit repliziert und verschafften ihm im hybriden Mediensystem enorme Aufmerksamkeit – digital, im Print wie im TV. Statistische Untersuchungen Trumps digitaler Kommunikation legen dabei nahe, dass er gezielt „Tweetstorms“ losbrach, wenn die Berichterstattung über ihn gering war (Wells et.al. 2016, 4) oder die Umfragen seiner Konkurrenten stiegen (Amber 2015). Vice versa ermöglichen die sozialen Medien Trump, bestimmte Meldungen, die ihn in positives Licht rücken oder Missstände skandalisieren, zu amplifizieren – etwa die Hälfte seiner Tweets und 78 Prozent seiner Facebook-Postings haben Links zu Nachrichtenportalen beinhaltet (Persily 2017, 66). Auch tragische Fälle wie etwa Tötungsdelikte durch illegale Immigranten wurden von Trump ‚geshared‘, um sie in Vorbereitung auf Wahlkampfveranstaltungen in sein xenophobes Narrativ einbetten zu können. Und schließlich ist Twitter die prädestinierte Plattform zur Verbreitung von Falschmeldungen wie jene von Neo-Nazis ins Netz gestellte und von Trump geteilte Statistik, wonach 81 Prozent der weißen Mordopfer einem schwarzen Täter zum Opfer fallen.

Der Gehalt solcher Behauptungen empört und schockiert und ist, obwohl um mehr als das Fünffache übertrieben (Greenberg 2015), nach Millionen Shares nicht mehr einzufangen. Mit dieser Emotionalität kokettieren die populistischen Kampagnen beidseits des Atlantiks und setzten dabei auf ihre digitalen Armeen bestehend aus realen und fiktiven UnterstützerInnen. Diese Strategie war insofern erfolgreich, als sowohl das Brexit- als auch Trump-Lager zwar in fast allen Umfragen stets zurücklagen, beim Online-Aktivismus, der in sozialen Medien den Diskurs vorgibt und durch die vielen aktiven JournalistInnen bis in traditionelle Medien reicht, aber stets die Oberhand behielten. So hatte Trump auf Twitter um ein Drittel mehr Follower als Clinton, seine Tweets wurden dreimal, pro-Trump-Tweets doppelt und seine Facebook-Einträge sogar fünfmal öfter geteilt (PRC 2016b, 15; Kollanyi et al. 2016, 2). Gleiches traf für die Populisten im Königreich zu, wo die Pro-Brexit-Contents die Twittersphäre mit der Hochphase der Flüchtlingskrise im August 2015 die Vorherrschaft übernahmen und bis zum Referendum deutlich mehr Traffic als die BefürworterInnen von Remain generierten. (Porcaro/Müller 2016) Auf Instagram agierten nicht nur doppelt so viele „Leaver“ wie „Remainer“, sie waren auch fünfmal aktiver. Auf Twitter lag das Verhältnis sogar bei sieben zu eins. Die drei häufigsten Hashtags des Referendums, mit #Brexit, #Believe and #Vote-Leave alle von derselben Kampagne, wurden mit einfachen aber expressiven Botschaften kombiniert und suggerierten dabei den Anschein breiter Akzeptanz. (Polonski 2016) Brexit und Trump waren omnipräsent und dominierten die Debatte – online wie offline.

5.1.4.2 Bots, dark Ads und BigData: Die Manipulation der sozialen Medien

Die Dominanz der Rechtspopulisten im Internet war alles andere als ein reiner „bottom-up“ Prozess und damit nicht (nur) auf die Aktivität und Motivation der AktivistInnen zurückzuführen – sie wurde teuer erkaufte. Obwohl Donald Trump nur die Hälfte des Wahlkampfbudgets von Hillary Clinton zur Verfügung stand, gab er mehr Geld auf Facebook aus, als seine Gegenkandidatin. (Persily 2017, 65) Die britische Hauptkampagne Vote Leave hatte nicht nur 40 Prozent ihres Budgets für Onlinewerbung durch die Datenfirma AggregateIQ, ein inoffizielles „Departement“ von Cambridge Analytica, ausgegeben, sondern soll für weitere Schaltungen auch kleine Nebenkampagnen illegal quersubventioniert haben, um die strikten Ausgabenlimits zu umgehen. (Cadwalladr/Townsend 2018; Merrick 2018) Diese Praktiken, die mehr als zwei Jahre nach der Wahl noch immer behördlich und politisch untersucht werden, stellen die Legitimität der Wahl in Frage, da sie die demokratische Öffentlichkeit untergraben. Das gleiche gilt für die Manipulation des Diskurses durch social media bots, die Nachrichten einspeisen und wiederholen, dadurch gezielt parteiische Botschaften im Netz verbreiten und Stimmungen verstärken. Diese Taktik wurde nicht nur von den populistischen Kampagnen signifikant stärker als von den jeweiligen Gegnern forciert (Bastos/Mercea 2017, 14), sondern auch von ausländischen Akteuren unterstützt.

Gerade die Interventionen Russlands, der Versuch durch Hacking, den Einsatz von Bots und Fake News das Vertrauen in die Wahlen zu unterlaufen, zeigt die Vulnerabilität der sozialen Medien gegenüber demokratieschädigenden Desinformationskampagnen. So wurden Trumps Botschaften in den letzten 10 Wochen vor der Wahl von russischen Bots 500.000 Mal retweetet (Shugerman 2018) und 126 Millionen amerikanische Facebook-NutzerInnen haben von russischen Agenten geschaltete hetzerische Postings erreicht (Isaac/Wakabayashi 2017). Ziel dieser Agenda ist vor allem die gesellschaftliche Spaltung zu befeuern, was die Populisten unterstützt. Ob russische Stellen neben Trump und Leave.EU direkt mit der mittlerweile berüchtigten, von Steve Bannon mitbegründeten Datenverarbeitungsfirma Cambridge Analytica kooperiert haben, ist ebenfalls Teil umfangreicher Untersuchungen. Folgt man jedenfalls den bisherigen Enthüllungen, hatte die „Propagandamaschine“ großen Anteil an den populistischen Erfolgen, zumal sie – auf zumindest hoch umstrittene Weise – alleine in den USA Facebook-Datensätze von mehr als 70 Millionen NutzerInnen absaugen und auswerten konnten. (Bhardwaj/Lee 2018)

Dadurch konnten den Umfragen verborgene Stimmungen, Wählergruppen und Bedürfnisse in der Bevölkerung punktgenau ausgemacht und online wie offline zielgerichtet beworben wer-

den – ein strategischer Vorteil bei binären Entscheidungen, der im Kampf um die Battleground-States Gold wert ist. Dabei offenbaren die abgeschöpften Daten in den Händen der Populisten auch enormes destruktives Potential, als sie das potenzielle Elektorat der Gegenseite zwar nicht gewinnen, aber gezielt demobilisieren können. Vegetarisch lebende BritInnen wurden auf Facebook etwa mit rührenden Fotos von bedrohten Eisbären, Stierkämpfen und Walfängern konfrontiert, die von der Botschaft getragen wurden, dass die EU das Königreich am Tierschutz hindere: „The EU blocks our Ability to speak out and PROTECT polar bears“ verzeichnete eines dieser hunderten „Dark Adds“. Dass diese zynische, höchst manipulative Anzeige von Vote Leave geschaltet wurde, offenbarte sich erst, als der Klick auf das Bild zur Kampagnen-Homepage führte.¹⁰

5.2 Die dünne Ideologie des transatlantischen Populismus

Die von den strategischen Implikationen getragene inhaltliche Ausrichtung der populistischen Kampagnen schließt an die im vierten Kapitel dargebrachten Problemlagen der politischen Systeme an. Die Migrationsthematik, Verlustängste, geringe Löhne und wirtschaftliche Unsicherheit sowie die Abkehr von internationaler Kooperation wurden, argumentativ mit der Abwehr gesellschaftsliberaler Haltungen verknüpft, zur Basis des politischen Programms. Dabei agierten die Trump- und die Brexit-Kampagnen im Gleichschritt, indem sie den Bruch mit dem politischen System inszenieren und replizierend auf der vermeintlich besseren, als glorreich aufgefassten Vergangenheit ihre Visionen einer goldenen Zukunft entwarfen. Dass der amerikanische und der britische Rechtspopulismus als dünne Ideologien erfasst werden können, zeigt sich erstens durch ihre evidenten Rückbezüge auf national-konservative Ideale und zweitens durch die nur äußerst vage formulierten Positionierungen, Maßnahmen und Zielvorstellungen in relevanten Politikfeldern.

5.2.1 Die Rückkehr der Nation: Die Vergangenheit als populistisches Zukunftsideal

Die Brexit-Kampagne und Donald Trump setzten in ihren Positionierungen auf eine Verschränkung von konservativen Inhalten und Nationalismus und eine darauf abgeleitete, positiv imaginierte Zukunft, die durch die Wiederherstellung einer als ideal verklärten Vergangenheit beworben wurde. Damit wurden die Empfindungen des Verlustes angesprochen, der Nation gleichermaßen wie der Identität, die es zu revidieren gelte. Die Forderung, Amerika wieder großartig zu machen und das „Great“ in Great Britain zurückzubringen, sollte jene abholen, die sich übervorteilt fühlen und als exkludiert empfinden: Die Baby-Boomer-Generation, die

¹⁰ Erfahrung des Autors, der 2015/16 am Londoner King's College studierte.

ihren Status an Junge verliert, Männer, die sich mit der Auflösung des Patriachats nicht abfinden wollen, Arbeiter, die eine Re-Industrialisierung ersehnen und Weiße, die sich rassistischer Diskriminierung ausgesetzt wähnen. Sie alle eint die Perzeption, Opfer der Modernisierung zu sein und die Wut auf die aktuellen Verhältnisse, die Angst vor der Zukunft und damit der Wunsch, die Uhr zurückzudrehen.

Populistische Blaupause für diese als ideal erfasste Zeitperiode sind die fünfziger Jahre, in denen Trump und Farage als Teil der „Great Generation“ groß geworden waren: Die Kriege waren überstanden, die Wirtschaft florierte, die Löhne reichten für die ganze Familie und die sozialen Verhältnisse waren einer klaren Ordnung zugunsten der weißen, männlichen Bevölkerung unterstellt. Für viele UnterstützerInnen des Populismus handelte es sich um eine glorreiche Zeit der Harmonie noch bevor der Diskurs um Selbstbestimmung, Diskriminierung, Asylrecht oder politische Korrektheit Einzug gehalten hatte – ein Blick auf eine Zeit, die so freilich nie existierte und schon gar nicht gerecht war.

Dass die tatsächlichen Erfolge der 1950er Jahre auf Friede und Verträgen basieren, aus denen die 2016 so heftig kritisierten Organisationen entstanden sind, wurde sowohl in den USA wie auch im Vereinigten Königreich zugunsten einer restaurativen Utopie ausgeblendet. Stattdessen wurde auf einen antiliberalen kulturellen Kampf gebaut, der die EU als entfernte Macht darstellt und die eigene Identität durch Immigration und kulturelle Einflüsse gefährdet sieht. Besonders direkt wurden diese konservativen Rückabwicklungsideale 2016 von der republikanischen Partei vorgebracht: Der republikanisch dominierte Senat hatte über ein Jahr lang die Ernennung eines von Präsident Obama nominierten Höchstrichters blockiert, um das vakante, höchst politische Amt zum Pfand der Präsidentschaftswahl zu instrumentalisieren. So konnte die Parteinahme für Trump mit der lange ersehnten konservativen Mehrheit im Supreme Court kombiniert werden, um jene rechtlichen Meilensteine zu revidieren, die soziale und politische Liberalisierungen der letzten 50 Jahre determinieren – die politische Inklusion von Minderheiten, die Aufweichung föderaler Strukturen, Rechte für Homosexuelle und die LGBTQ-Community und ganz besonders die höchstgerichtliche Entscheidung zugunsten von *Roe v. Wade*, die Frauen 1973 die Selbstbestimmung über ihren Körper garantierte. Trump übernahm diese und weitere revanchistischen Agenden und reichert sie, ähnlich der Brexit-Fraktion, mit Fremdenfeindlichkeit, rassistischen, nationalistischen und autoritären Parolen sowie mit pseudoreligiösen Allüren an und radikalisiert sie bis zur Kenntlichkeit.

5.2.1.1 Migration als ‚signature issue‘ des Rechtspopulismus

Das nationalistische Verlangen das eigene Land zurückzuerhalten gipfelte nach rechtspopulistischer Doktrin im nativistischen Anspruch, durch die Verteidigung der Grenze „wieder“ Hoheit über die Immigration und damit über die Heimat zu erlangen. Sowohl die Brexit-Kampagne als auch Trump argumentierten, dass nicht nur die Sicherheit und Stabilität des Staates, sondern dessen gesamte Existenz von harten Grenzen abhängen würde: „We have no country if we have no border“, sagte Trump (26.9.2016) in der ersten TV-Debatte mit Clinton. Die wohl berüchtigtste Wahlkampfforderung des Bauherren, eine Mauer entlang der Südgrenze zu Mexiko errichten zu lassen, unterstreicht dieses Ansinnen: „Kann ein Land seine Grenzen nicht kontrollieren, kann es auch nicht überleben.“ (Trump 2016, 33) Auch Johnson und Farage verbanden die Verteidigung der britischen Demokratie mit dem Ruf nach der Kontrolle über die eigenen Landesgrenzen. Der Ausspruch „Take back control of our borders“ wurde explizit auf den vermeintlichen Verlust staatlicher Souveränität in der Migrationsfrage bezogen und unterstreicht die Forderung, nach dem EU-Austritt die Zuwanderung ins Königreich massiv zu begrenzen.

„There will be no amnesty“: Trumps radikaler Kampf gegen MigratInnen

Die Frage des Zuzugs und der Umgang mit bereits Zugewanderten ist nicht nur das zentrale Betätigungsfeld der Rechtspopulisten, es ist aufgrund der vorgebrachten Themensetzung und der zum Teil harschen Rhetorik auch das kontroversiellste. So agitierte Donald Trump mit einer Vehemenz und Radikalität gegen ImmigrantInnen, die in amerikanischen Wahlkämpfen präzedenzlos war. Schon seine Antrittsrede am 16. Juni 2015 war durchsetzt mit rassistischen Attacken gegen eingewanderte Mexikaner: „They’re bringing drugs. They’re bringing crime. They’re rapists.“ In diesem Duktus forderte er auch am Nominierungsparteitag den Bau der Grenzmauer, „to stop illegal immigration, to stop the gangs and the violence, and to stop the drugs from pouring into our communities.“ (Trump 21.7.2016) Trump verband dabei Immigration mit Kriminalität, die letztlich zum Tod führe. „Countless Americans who have died in recent years would be alive today if not for the open border policies“, sagte er bei einer dem Thema Migration gewidmeten Rede (Trump 31.8.2016).

Solche Äußerungen lassen sich zwar nicht durch Statistiken belegen, können aber wirkungsvoll durch die Auflistung tragischer Einzelfälle untermauert werden, denn, so Trump weiter: „This includes incredible Americans like 21 year old Sarah Root. The man who killed her arrived at the border, entered Federal custody and then was released into the U.S.“ Trump schürt und bestätigt gleichzeitig jene Vorurteile, die über Einwanderer bestehen und kann sich

als derjenige etablieren, der im Gegensatz zu den „Obama-Clinton open borders policies“ (ebda.) ernsthaft und nachhaltig durchgreift. Er versprach durch seine „though-on-immigration“-Politik die „Catch-And-Release“ Taktik an der Grenze zu beenden, Familien bei der Einreise zu trennen, Null-Toleranz auch bei geringen Vergehen walten zu lassen, Ausgaben für „Sanctuary Cities“ zu reduzieren und undokumentierte EinwandererInnen und deren Kinder, sogenannte „Dreamer“, die mitunter ihr ganzes Leben in den USA verbracht haben, millionenfach zu deportieren: „There will be no amnesty“ stellte Trump in seiner Migrationsrede klar. (Trump 31.8.2016)

Brexit: Oberflächliche Programmatik fokussiert auf Thema Zuwanderung

Während Donald Trump, obwohl auch er forderte, dokumentierte Einwanderung etwa durch die Reduktion von Arbeitsvisa zu beschränken, in erster Linie illegale Immigration zu unterbinden forderte, stellte sich die Brexit-Kampagne vor allem gegen die legale. Stetig hatte die Leave-Kampagne das Narrativ der problembeladenen, weil außer Kontrolle geratenen Migration gesponnen. Besonders harsche Rhetorik mit rassistischen Untertönen war von den UKIP-Akteuren zu vernehmen, die ökonomische Missstände und latente Abstiegssorgen mit kulturellen Ängsten verbanden und ein ausgesprochen feindseliges Klima schufen. So ist die Argumentationsweise, Zugewanderte würden Einheimischen gleichzeitig Jobs nehmen und eine Belastung des Sozialsystems darstellen zwar kontradiktorisch, aufgrund der in Kapitel vier dargestellten Verhältnisse in großen Teilen der Bevölkerung aber effektiv. Farage ist es gelungen, die inhaltlich über weite Strecken oberflächliche Programmatik des Brexit-Lagers auf das Thema Zuwanderung zu fokussieren und auch die konservative Kampagne zu instrumentalisieren, indem er sie explizit aufforderte, den Kampf zum „Feind“ zu tragen wo dieser am schwächsten sei. Man müsse eine aggressivere Migrationsdebatte führen und Remain dort attackieren, wo sie am verwundbarsten wären, eben dem Migrationsthema – „get onto the other side of the pitch“ forderte Farage (29.4.2016a) in der Endphase des Wahlkampfes von Gove und Johnson. Letzterer erfüllte diesen Aufruf und widmete sich unter redundantem Verweis auf die im Frühjahr 2016 erschienenen Netto-Migrationszahlen umfänglich der Migration. In einer Schlüsselrede Anfang Mai richtete Johnson (9.5.2016) fünf finale Fragen an Cameron und das Remain-Lager von denen drei Migrations- und Asylbelange behandelten.

Die Flüchtlingsbewegung als Symbol staatlichen Kontrollverlusts

Das Verständnis, „aufrechte Demokraten“ und „wahre Patrioten“ zu repräsentieren, ermöglichte dem Rechtspopulismus auch der 2016 so drängenden Flüchtlingsfrage einen antiliberalen Spin zu verleihen. Befeuert von xenophoben Vorurteilen und latent vorhandener Rassis-

men wurde die Islamfeindlichkeit immer virulenter. Weder im Königreich noch den USA evozierte die durchaus mitverschuldete Fluchtbewegung aus den Krisengebieten des Nahen Ostens Solidarität, sondern Nativismus – syrische Flüchtlinge aufzunehmen sei, wie dem Islamischen Staat eine Einladung auszusprechen, schreibt Trump (2016, 17) in seinem Wahlprogramm. Trump nutzte die Anschläge von Paris und San Bernadino Ende 2015 sowie Brüssel 2016 für seine Agenda und gerierte sich als starker Mann gegen den Islam, der die „schwache und ineffektive“ Politik Obamas und Clintons beendet. Aufbauend auf der Agitation seines Beraters Bannon forderte Trump einen Einreisebann für alle MuslimInnen. Auch Farage (16.11.2015a) meinte nach den Pariser Anschlägen, der Traum von Bewegungsfreiheit „has meant the free movement of Kalashnikov rifles [...and] of jihadists.“ Die EU, Terror und der Islam wurden so zum kollektiven Bedrohungszusammenhang, vor dem sich das Königreich abschotten müsse. Dabei spielte auch der maskuline Beschützerhabitus eine bedeutende Rolle: Zwar sind die retrograden Ideale des Rechtspopulismus klar anti-feministisch konnotiert, die Besorgnis um die „eigenen“ Frauen kann aber gerade durch die Abwehr muslimischer Flüchtlinge zum Politikum erhoben werden. “The nuclear bomb this time would be about Cologne”, sagte Farage (4.6.2016) im Zuge der Silvester-Vorfälle, bei denen es zu Übergriffen nordafrikanischer Migranten gekommen war. Die Täter von Köln kämen, so Farage, „from countries and cultures where women are, at best, second class citizens“, (Farage 29.4.2016b) würden in drei bis vier Jahren deutsche Pässe erhalten und könnten ungehindert ins Königreich einreisen (Farage 10.6.2016).

Durch solch untergriffige Warnungen vor Terrorismus, mexikanischen Kriminellen und fremden Sex-Attentätern konnte die causa prima des Jahres 2016, die Flüchtlingskrise, von den Rechtspopulisten als doppelter staatlicher Kontrollverlust gedeutet werden – zuerst kamen die fremden Menschen, dann gefährdeten sie das autochthone Volk. Dieser Narration wurde in der politischen Praxis mit der Forderung nach nationalautoritären Kampfmaßnahmen entsprochen, bis der Ruf nach Wiederherstellung symbolischer Souveränität durch die Errichtung von Mauern und Ausgrenzung von hilfeschenden Menschen in der Bevölkerung konsensfähig wurde.

5.2.1.2 Die Politik nationalautoritärer Stärke

Xenophobe Verunglimpfungen waren für Trump und die Brexit-Akteure mehr als nur Kampagnen-Messages – sie waren wohlkalkulierte Agenden, um die Inklusion und Exklusion vom Volkskörper zu determinieren und die eigene Autorität zu untermauern. Probleme aufgrund von „tremendous conflict and a split of loyalties“ verortete Farage (16.11.2015b) bei briti-

schen MuslimInnen und sprach wiederholt von der Existenz einer „fifth column“. Damit wurden in gefährlicher Manier rechtspopulistische Formen des „Othering“ zugespitzt, zumal Moslems nicht nur als nicht britisch delegitimiert wurden, sondern Angst geschürt wurde, sie könnten die Mehrheitsgesellschaft von innen sabotieren. Die von den Populisten etablierten Bedrohungsszenarien für den judäo-christlichen Westen und dessen Lebensstil führten im amerikanischen Wahlkampf zu den nicht nur diskriminierenden, sondern auch verfassungswidrigen Forderungen Trumps, Moscheen überwachen zu lassen und muslimische BürgerInnen zu registrieren. Trump und die Brexiteers sagten so nicht nur dem radikalen Islam den Kampf an, sondern allen Menschen muslimischen Glaubens.

Zucht und Ordnung: Der Durchgriff im Inneren

Die populistische Spaltung der Gesellschaft, die Abgrenzung der ‚wahren‘, faktisch weißen Bevölkerung von progressiven und multikulturellen Kräften wurde von Trump durch Attacken auf afroamerikanische, hispanische und native Milieus und vom Brexit-Lager auf polnische, rumänische und bulgarische Communities verstärkt. So sprach Trump zwar viele tatsächliche Probleme der von Minoritäten bewohnten Innenstädten an und kritisierte die hohe Armut, Drogenabhängigkeit und Kriminalitätsraten in bestimmten Gegenden, setzt aber auf rein autoritäre Lösungsansätze: „I am the law-and-order candidate“, paraphrasiert Trump (21.7.2016) am Nominierungsparteitag Nixons Kampagnenslogan von 1968 und machte damit klar, dass er sich deutlich zugunsten der Polizei gegen die Black Lives Matter Bewegung positioniert. Als es in Milwaukee zu gewaltsamen Protesten infolge tödlicher Polizeischüsse kam, sprach Trump (16.8.2016) sogar von einem „war on our police“, der sofort enden müsse. Für Trump können nur Recht und Ordnung die ethnische Trennung überwinden: „The problem in our poorest communities is not that there are too many police, the problem is that there are not enough police“, so Trump (ebda.), der auch forderte, die rassendiskriminierende Praxis des ‚search and frisk‘ in den Innenstädten wieder einzuführen.

Trump setzte auf Stärke und strukturelle Gewalt und gab sich als Kandidat physischer Sicherheit und Militarisierung. Seine Bereitschaft durchzugreifen demonstrierte er, indem er meinte, friedliche afroamerikanischen Demonstranten bei seiner Wahlkampfveranstaltung sollten eigentlich „aufgesehen“ („roughed up“) werden (Trump 23.11.2015), indem er in einer Vorwahldebatte die Forderung nach Waterboarding und Foltermethoden „a hell of a lot worse than this“ aufbrachte (Trump 6.2.2016) und den Einsatz von Atombomben explizit nicht ausschließen wollte (Trump 31.3.2016). Dabei appelliert er nicht nur an den verloren geglaubten Nationalstolz der Bevölkerung, sondern baute auf diskriminierende Codes im Duktus der

„Southern Strategy“. So sind Forderungen wie „states rights“, „ballanced budget“, „tax cuts“ und „repeal Obamacare“ zwar nicht explizit rassistisch, sie bevorzugen aber implizit die weiße Mittel- und Oberschicht und zielen auf die Kürzung von Sozialausgaben und Bürgerrechten tendenziell ärmerer Minoritäten. Höhepunkt dieser ethnozentrischen Agenda ist das Wahlmotto „Make America Great Again“, das Trump von Reagans Wahlkampf 1980 entlehnte. Die Formulierung aktiviert jene nostalgische Erinnerung an nationale Größe, die in weiten Teilen der USA mit der Hegemonie der vermeintlich rechtschaffenden, angelsächsischen Bevölkerung verbunden ist: Wenn Trump und die Brexit-Kampagne den sentimental Slogan „We want to take our country back“ artikulieren, dann richtet sich die retrograde Mission auch mit unverhohlener Härte gegen eine sozialliberale und multikulturelle Gesellschaft.

Gegen die Globalisierung: Die Abschottung nach außen

Der nationalautoritäre Kampf wird nicht nur latent rassistisch und xenophob gegen soziökonomisch schwächer gestellte ethnische Minderheiten nach ‚unten‘ geführt, sondern auch gegen das internationale politische System nach ‚außen‘. Trump gelang es, die Lage der amerikanischen ArbeiterInnen durch symbolkräftige Bilder aufzuladen, indem er gezielt geschlossene oder abgesiedelte Betriebe ansprach und gleichermaßen die schlechten „Deals“ der Vorgängerpolitik, ausländische Konkurrenz, die Welthandelsorganisation WTO sowie den nordamerikanischen Freihandelspakt für ökonomische Verwerfungen verantwortlich machte. Zentrales Reizwort der Trump’schen Globalisierungskritik ist dabei „Trade“, das die wachsende Ungleichheit im Land und die Entkoppelung der Eliten geißelt. Den Handel versteht Trump folglich nicht mehr als elementaren Bestandteil zur Steigerung des Wohlstands, sondern als Nullsummenspiel, das durch die Einführung von Wirtschaftsschranken und Zöllen national gewonnen werden müsse. Dieser außenpolitische Isolationismus orientiert sich am Jacksonianismus der 1930er Jahre (Mead 2017) und bricht diametral mit dem US-Projekt der wirtschaftsliberalen Nachkriegs-Weltordnung. Trump möchte die USA abschotten, indem er historische Allianzen und vertragliche Normen der internationalen Kooperation von der NATO bis zu Klimaschutzabkommen der UNO zur Disposition stellt: „Our plan will put America First. Americanism, not globalism, will be our credo“, so Trump (21.7.2016) beim Nominierungsparteitag.

Ähnlich wie Trump sieht auch die britische Leave-EU-Fraktion das Heil des Vereinigten Königreichs in der nationalistischen Abschottungspolitik und der damit verbundenen Abkehr von der ökonomischen und kulturellen Globalisierung. Etwas differenzierter zu Werk ging die konservative Kampagne, die in wirtschaftsliberaler Tradition des Freihandels die Abwendung von Europa als Zuwendung zur restlichen Welt argumentierte. So hätte nach dem Brexit mit

den USA ein Wirtschafts- und Handelspakt geschlossen werden sollen, bei EU-Mitgliedsstaaten unterliegt dies exklusiv der Kommission. Was beide Brexit-Lager verbindet ist der Kampf gegen den ökonomischen Krösus des Kontinents, Deutschland. Vor allem Boris Johnson geißelte wiederholt die Entwicklung der deutschen Vormachtstellung in Europa, dessen Krisenpolitik und das damit verbundene Gefälle zwischen Nord und Süd – was auch in linken Kreisen auf Zustimmung traf. Der autoritäre Charakter der beiden Brexit-Kampagnen ist zwar deutlich schwächer ausgeprägt als Trumps Populismus, die nationalautoritäre Argumentation beinhaltet aber auch Ansichten, wonach eine britische neben einer europäischen Identität nicht existieren könne. So habe das europäische Projekt laut Farage (22.6.2016) eine Hymne, einen Polizeiapparat und bilde eine Armee, aber „I want us to live under British passports and under the British flag“.

5.2.1.3 Die Vision einer goldenen Zukunft

Die patriotischen bis nationalistischen Aufrufe der Rechtspopulisten erlaubten, die Kampagnen abseits der omnipräsenten Hauptslogans über weite Strecken unkonkret bis inhaltsleer zu gestalten und dadurch die gewünschte politische Ordnung nur skizzenhaft darzulegen. Stattdessen wurde die Vision einer goldenen Zukunft entwickelt, die durch Rückgriffe auf alte, verlorengelaubte Ideale als zum Greifen nahe dargebracht wurde: „Zu viele Menschen glauben, dass der amerikanische Traum tot sei, aber wir können ihm neues Leben einhauchen – wir können ihn größer, besser und stärker machen als je zuvor“, schreibt Trump (2016, 20) in seinem Wahlprogramm. „For Britain, voting to leave will be a galvanising, liberating, empowering moment of patriotic renewal“, lautet eine ähnlich klingende Parole von Gove (19.4.2016a). Man müsse nur an das eigene Land glauben, fordern beide Kampagnen, die Geschichte und Geschicke wieder selbst in die Hand zu nehmen. Dann, so verspricht Trump am manischen Höhepunkt seiner zur Entgrenzung neigenden Rhetorik, würde Amerika so oft siegen, bis es das Volk es nicht mehr ertragen werde können: „We want to see win, win, win – constant winning. And you'll say – if I'm president... [...], We can't stand it anymore. Can't we have a loss?' And I'll say no, we're going to keep winning, winning, winning“. (Trump 18.1.2016) Diese aussichtsreiche Zukunft wird möglich, wenn das Land zurückerkämpft und die Vergangenheit restauriert würde, so sein Appell: „Join me in taking back our country and creating a bright, glorious, and prosperous new future for our people. We will make America great again“. (Trump 12.10.2016)

Mit ähnlich oberflächlicher Rhetorik versuchten auch die britischen Populisten die Zukunft des Königreichs außerhalb Europas als Wiederkehr des nationalhistorischen Garten Edens zu

verklären. So rief Gove (3.6.2016) das Volk auf, mit dem Herzen zu wählen, denn der Brexit werde „this country once more truly great“ machen. Noch ästhetischer formulierte es der Philologe Johnson (9.5.2016), der angesichts seiner Träume immer wieder ins Schwärmen geriet: „We can see the sunlit meadows beyond. I believe we would be mad not to take this once in a lifetime chance to walk through that door“. Dass die Loslösung von der EU freilich enorme soziale, ökonomische und rechtliche Herausforderungen bedeuten und hunderte vernünftige Regularien, Vorschriften und Mechanismen auch nach dem Brexit in Kraft bleiben würden – etwa weil sich die britische Exportindustrie weiterhin an europäische Sicherheitsstandards halten muss (Richardson 2017, 3) – wurde angesichts solch blumiger Phrasen und der Hoffnung auf den „Independence Day“ nur allzu gerne verdrängt.

5.2.2 Opportunismus und Leerstellen: Die Inhalte der populistischen Kampagnen

Neben dem Nationalismus determiniert vor allem die programmatische Beliebigkeit den Rechtspopulismus als ‚dünne Ideologie‘. Die Aufforderungen an das Volk, Stärke zu demonstrieren und sich nicht übervorteilen zu lassen, überdeckten gezielt die offen zur Schau getragenen Widersprüchlichkeiten und Leerstellen der Kampagnen bei zentralen Fragestellungen. So schreibt Trump im außenpolitischen Teil seines Wahlprogramms (Trump 2016, 64), er wolle nicht, „dass die Menschen ganz genau wissen, was ich tue – oder denke. Ich bin gerne unberechenbar.“ Höhepunkt dieses symptomatischen Abschnittes ist seine nichtssagende Conclusio: „Tatsächlich haben wir ein sehr starkes Blatt auf der Hand. [...] Wir verfügen über mehrere gute Optionen, aber es ist immer wichtig, flexibel zu sein – und niemals unser Blatt aufzudecken.“ (ebda. 62f.) Allgemeinplätze wie diese dominierten die Wahlkämpfe, was in besonders drastischer Weise an der Gesundheitspolitik ersichtlich wird.

5.2.2.1 Die Beliebigkeit des CEO von Amerika

Trumps politische Pläne, Amerika wieder reich und sicher und großartig zu machen, umschloss Versprechen wie Jobs und Wachstum zurückzubringen, eine Mauer zu bauen, den Islamischen Staat zu besiegen und den globalen Handel in die Schranken zu weisen – allesamt Projekte enormen Umfangs, die über markante Stichwörter hinausreichend kaum elaboriert wurden. Im Gegensatz zu Hillary Clinton, die in den direkten Debatten in Kontrast zu Trump konkrete Pläne für nachhaltiges Wachstum und grüne Jobs vorlegte, indem sie in Infrastruktur und erneuerbare Energien, Wissenschaft und Technik zu investieren plante, setzte Trump auf Anbiederung und Verständnis der wirtschaftlichen Sorgen der Bevölkerung und versprach – im Duktus europäischer Populisten wie Silvio Berlusconi – die USA wie einen Wirtschaftsbetrieb zu führen. Name ist dabei mehr als Programm: Trump inszenierte sich als „Dealmaker“,

der seine betriebswirtschaftlichen Erfolgsstrategien, darunter Erpressungen, Einschüchterungen und Drohungen, als CEO der Vereinigten Staaten in die Politik überträgt. Das Land benötige, so Trump (2016, 18) eine führende Hand, „gewiefte Geschäftsleute mit Managementenerfahrung“. Als „Politik der Realität“, die nur „ein Geschäftsmann wie ich entwickeln kann“ (ebda. 118) versteht der Milliardär folglich die Reduktion staatlichen Einflusses auf ein Minimum, Deregulierungen, Steuersenkungen und Schuldenausfälle. Letzteres offenbart Trumps anachronistisches makroökonomisches Verständnis in besonderem Maße: Seine Forderung an China und andere Gläubiger, unter Androhung von Strafzöllen von bis zu 45 Prozent einen „Deal“ einzugehen und Teile der Staatsanleihen abzuschreiben, orientiert sich an seinem größten privatwirtschaftlichen Erfolgsrezept – einen Teilbankrott anzustreben, um daraus enormen Profit zu schlagen. (Niederberger 2016, 73)

In diesem Duktus vertrat Trump nicht nur seine vage formulierten Inhalte, sondern auch deren Beliebigkeit. Seine Konzeptlosigkeit in Fragen der Bildungs-, Energie- und Umweltpolitik wie auch der Sozial- und Außenpolitik zeigte sich neben dem unkonkreten Wahlprogramm auch in der Absenz qualifizierter BeraterInnen. Besonders deutlich wurde dies bei seiner lange antizipierten, aber beinahe völlig inhaltsleeren „Foreign Policy Speech“ vom 27. April 2016. So überrascht es nicht, dass seine Strategie für Syrien über die Monate des Wahlkampfes oszillierte – von „I have a plan but I don't want to tell ISIS what it is, because I'm going to win...“ (Trump 13.11.2015), zu „auf jeden Fall mehr bombardieren“ (Trump 2016, 54), über Drohungen, um „unpredicatable“ zu sein (4.4.2016) und der Ankündigung eines Geheimplans, der in der Beauftragung der Generäle mit der Entwicklung eines solchen besteht (Trump 6.9.2016a), bis zur Forderung einer „sneak attack“ gegen die ISIS-Anführer (Trump 9.10.2016). Ähnlich diffuse, mitunter improvisierte und inkohärente Aussagen zogen sich während des Wahlkampfes durch beinahe alle Themenfelder: Nicht weniger als 141 Positionswechsel zu 23 Themenkomplexen listete *NBC News* auf, vom Waffenrecht über Schwangerschaftsabbrüche, den Bau der Mauer, Interventionen im Irak und Libyen, den Mindestlohn bis zum Klimawandel. (Timm 2016) Dass Trumps Forderungen dabei mitunter höchst kontradiktorisch ausfielen, verwundert nicht. So widersprach etwa seine Steuersenkungsagenda, das einzige tatsächlich elaborierte Wahlkampfkapitel, diametral dem Ansinnen, die Staatsschulden bei gleichzeitig massiven Erhöhungen des Militäretats zu senken. Trump, bringt es Cas Mudde (2018, 47) auf den Punkt, ist ein „ever-moving target that we are studding with blurred vision“.

Der Versuch, Donald Trump politisch-ideologisch zu kategorisieren, muss scheitern. Sein Programm ist abwechselnd sozial-konservativ, kulturell-nationalistisch, ökonomisch zwischen neoliberalen Steuersenkungen bis neo-Keynesianischen Forderungen nach Infrastrukturinvestitionen zu verorten und folgt außenpolitisch einer nur partiell eingehaltenen Abschottungsdoktrin. Trump ist ein Mann des Moments. Er ist ein Populist, dessen Programm entsteht, wie es gerade opportun erscheint. Trumps Anschlussfähigkeit ist seine Erfolgsgarantie und damit Gefährdung der Demokratie, da die Beliebigkeit der Inhalte gleichzeitig ihre größte Gefahr darstellen, zumal sie an der Strategie des Regelbruchs ausgelegt werden.

5.2.2.2 Brexit – Was nicht gesagt wurde

Im Gegensatz zum Wahlkampf von Donald Trump sind bei den Berufspolitikern der Brexit-Befürworter weniger die Diskontinuitäten innerhalb der Kampagne augenscheinlich, als vielmehr deren inhaltliche Leerstellen. Den Populisten kam entgegen, dass sie bei dem Referendum auf genehme, weil emotionale Themen fokussieren und rationale Argumente ausblenden konnten. Obwohl mit dem etablierten Status quo zugunsten einer unbekanntes Zukunft fundamental gebrochen werden sollte, konnte in Kontrast zu Unterhauswahlen auf eine thematisch umfassende Agenda verzichtet werden, was allein dadurch deutlich wird, dass statt ausladenden Programmen nur knapp gehaltene Folder und Flyer zur Wahlinformation aufgelegt wurden. Konkrete inhaltliche Agenden abseits der bekannten populistischen Floskeln um Migration, Grenz-Souveränität und Patriotismus waren Mangelware. Offen blieb so, wie der Loslösungsprozess des Vereinigten Königreichs von der EU vonstattengehen hätte sollen, welche Folgen der Austritt für die inneren Prozesse des Landes und die äußeren Beziehungen haben und wie mit den rechtlichen und wirtschaftlichen Verflechtungen im europäischen Sozial-, Industrie-, Handels- und Umweltbereich umzugehen sein würde.

Während sich Farage als Oppositionspolitiker an seiner abstrakt formulierten Vision einer goldenen Zukunft festhalten konnte, ohne allzu detailreich den weiteren Prozess darlegen zu müssen, externalisierten die konservativen Brexit-Proponenten ihre Regierungsbeteiligung: Die Leave Kampagne ist „not an alternative government“, sagte Michael Gove (3.6.2016) bei einer TV-Debatte ausweichend, als er aufgrund seines fehlenden Wirtschaftsplanes unter Druck geriet. Dies ermöglichte der Kampagne, ihre Pläne so unkonkret zu halten, dass sie nicht wie im Falle der SNP beim schottischen Unabhängigkeitsreferendum 2014 peu à peu auseinandergenommen werden konnte. Zum anderen entgingen die konservativen Populisten der offenen Konfrontation mit der „echten“ Regierung und sie konnten, unmittelbar nachdem

die Kampagnen zerfallen waren, die Folgen der Abstimmung auf die gesamte Gesellschaft abwälzen. Die nationalistisch ausgelöste Staatskrise wurde politisch vergesellschaftet.

Das Brexit-Lager warb für die Scheidung von der EU, wollte zentrale Themen wie die Finanzen aber erst im Nachhinein klären. Das problematische Mantra dieser dem britischen Exzeptionalismus geschuldeten Attitüde ist die Auffassung, die Europäische Union brauche das Vereinigte Königreich mehr als umgekehrt. Es werden keine Zölle erhoben werden, versicherte Boris Johnson unermüdlich, dies würden die deutsche Autoindustrie und die französischen Champagnerexporteure nicht zulassen. Und die Freihandelszone von Island bis Russland würde dem Königreich zweifelsfrei auch nach dem Brexit zur Verfügung stehen, wie ein Vote Leave Folder (2016, 11) versicherte. Die ökonomischen Argumente der „Remain“-Seite und die Befürchtungen, das Königreich laufe Gefahr, sich ins eigene Fleisch zu schneiden, da die EU ein Exempel statuieren könnte, ja vielleicht sogar müsste, wurden weniger entkräftet als mit patriotischen Plattitüden überlagert: Im schlimmsten Falle, so Farage (7.6.2016) bei einer großen TV-Debatte mit Cameron, komme es zu Zöllen, diese seien aber signifikant niedriger als die Beitragszahlungen: „We are British, we are better than that. We are not gonna be bullied by anybody“. Dass die Europäische Union – und ganz besonders deren politische und diplomatische Eliten – nach all den Jahren dem britischen Sonderweg überdrüssig werden könnten, wurde dabei genauso negiert wie die Ausgangsproblematik der gesamten Brexit-Debatte, wonach die vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes für die EU aus existenziellen Gesichtspunkten nicht verhandelbar sind.

5.2.2.3 Die populistischen Kampagnen am Beispiel der Gesundheitspolitik

Die inhaltliche Variabilität der populistischen Kampagnen in Form von Opportunismus bei Trump und Leerstellen beim Brexit zieht sich quer durch sämtliche Themenfelder. Besonders deutlich – und damit auch exemplarisch darstellbar – wird dieser Umstand anhand der Gesundheitspolitik, die aufgrund ihrer universellen Bedeutung für alle Segmente der Bevölkerung eine derart zentrale Rolle einnimmt, dass sie im Gegensatz zu anderen thematischen Bereichen bei jeder Wahlauseinandersetzung konzeptualisiert werden muss. Dies ist für das Jahr 2016 besonders evident, zumal die Gesundheitssysteme beider Länder sozioökonomischen Ungleichheiten unterliegen – *obwohl* sie in den USA beziehungsweise *weil* sie im Vereinigten Königreich zum Unmut großer Teile der Bevölkerung markanten Reformen unterzogen worden sind.

Trumps manische Agenda, Obamacare abzulösen

Die Reformen seiner demokratischen Vorgänger rückabzuwickeln war Trumps zentrale politische Agenda. Dazu zählt neben Bill Clintons NAFTA-Vertrag ganz besonders der Dreh- und Angelpunkt der innenpolitischen Debatte der letzten Jahre, der 2010 von Obama eingeführte „Affordable Care Act“. Dieser verpflichtet unter massiven staatlichen Subventionen alle BürgerInnen zum Abschluss einer Gesundheitsversicherung. Die erzkonservativen Schichten und Bewegungen lehnen dies zutiefst ab: Offiziell, weil sie dem amerikanischen Freiheitsgedanken widersprechen; inoffiziell allemal, weil sie als steuerfinanzierte sozialistische Politik zugunsten der ärmeren Bevölkerung, der ethnischen Minderheiten, aufgefasst wird. Unter den subalternen Schichten, die von Trump vor allem im Mittleren Westen umworben wurden, ist die Reform aber beliebt, da sie Millionen Menschen niederschwellig erstmals eine Gesundheitsversicherung ermöglicht. Trumps aggressiver Wahlkampfeslogan „Replace and Repeal Obamacare“ verschiebt diesen Interessenskonflikt unter seinen WählerInnen. Zwar geißelt er unaufhörlich Obamas Reform als fehlgeleitetes, überteuertes „Desaster“, kann aber zu keiner Zeit ein kohärentes Gegenkonzept vorlegen. Die Frage um das Gesundheitssystem wird für Trump zu einem unlösbaren Sudoku, das er manisch auszufüllen trachtet.

„Let it be for everybody. But much better and much less expensive“, forderte Trump bereits am 16. Juni 2015 bei der Ankündigung seiner Kandidatur. In seinem Wahlprogramm (2016, 90ff.) skizziert Trump, wie er sich die Re-Reform von Obamacare, die seiner Meinung nach zu viele Zugeständnisse an die Versicherungslobby macht und das Recht auf freie Arztwahl unterbindet, vorstellt. Beginnend mit einer zweiseitigen Auflistung seines wirtschaftlichen Erfolgs und einer Tirade gegen Politiker, verspricht er, an das Problem der medizinischen Versorgung „wie an die kniffligsten geschäftlichen Probleme“ heranzugehen: „Wir sollten die für dieses Thema sachkundigsten Leute der Welt unter Vertrag nehmen und sie in einen Raum sperren. Und die Tür machen wir erst wieder auf, wenn sie sich geeinigt haben, welche Schritte zu ergreifen sind.“ Kaum elaborierter kündigt Trump in weiterer Folge „einfache Veränderungen“ an, die einen Nutzen brächten. Dazu zählt er die Kostenreduktion durch die Ankurbelung der Wirtschaft sowie Privatisierungen, da Wettbewerb die Preise sinken lasse. „Die Regierung hat im Gesundheitswesen nichts zu suchen“, so Trump (ebda. 96), „außer als allerletzte Auffangstelle“.

Die Forderung nach der Privatisierung des Versicherungssystems brach diametral mit Trumps bis 2015 vehement gefordertem ‚single payer‘ Versicherungsmodell kanadischer beziehungsweise schottischer Prägung. Ähnlich konfus verliefen dann auch die Vorwahldebatten im Feb-

ruar 2016, als sich Trump bei einer Town-Hall-Diskussion der Frage, was auf das Ende des Mandates von Obamacare folgen sollte, nicht mehr entschlagen konnte: „Well, I like the mandate. OK. So here’s where I’m a little bit different [from other Republicans]. I don’t want people dying on the streets”. (Trump 18.2.2016) Im März veröffentlichte Trump nach heftiger Kritik seinen Gesundheitsplan, der sich wiederum stark an republikanische Standardfloskeln hielt – und sehr wohl das Ende des Mandats, der Versicherungspflicht, vorsah. Trump strebte darin ein marktwirtschaftlich orientiertes Modell an, bei dem die Anbieter über bundesstaatliche Grenzen hinweg konkurrieren und das Steuerabsetzbarkeit für hohe Versicherungsprämien ermöglichen sollte. (Trump 3.3.2016) Was mit jenen über 21 Millionen Menschen (CRFB 2016) passieren würde, die etwa aufgrund ihrer Vorerkrankungen („pre-existing conditions“) von Versicherungen abgelehnt werden könnten, blieb bis zur Wahl offen: „We have to come up, and we can come up with many different plans. In fact, plans you don't even know about will be devised because we're going to come up with plans – health care plans – that will be so good“, sagte Trump nichtssagend am 15. September 2016.

Das britische NHS als Faustpfand der Brexiteers

Im Gegensatz zu den USA wird das öffentliche Gesundheitssystem im Vereinigten Königreich seit den Nachkriegsjahren durch Steuern und nicht durch Kassenbeiträge finanziert und bietet, von Thatchers Reformen weitgehend verschont, Versorgung für alle im Land wohnhaften BürgerInnen. Massive Einsparungen im Zuge der Finanzkrise – siehe Kapitel 4 – und eine gravierende Strukturreform ab 2010 einschließlich Marktliberalisierungen und Privatisierungen haben aber auch hier zu schweren Leistungsdefiziten bei der Versorgung geführt. Die prominenteste Forderung von Vote Leave, die EU-Beiträge nach dem Brexit in das Gesundheitssystem zu investieren, erscheint angesichts dessen lohnend.

Johnson und Gove konnten dadurch sowohl Verbesserungen für die Zukunft ankündigen und der aggressiv geführten Migrationsagenda eine positiv konnotierte Sozialmaßnahme beistellen wie auch die EU subversiv für die selbstverschuldete Misere des NHS mitverantwortlich machen. Noch problematischer als die falsche Zahl von wöchentlich 350 Millionen Pfund ist dahingegen, dass die mitunter fatalen Konsequenzen des Brexit für das Gesundheitswesen verborgen wurden. Dieses ist, nachdem jahrzehntelang aus Kostengründen zu wenige MedizinerInnen ausgebildet wurden, von ausländischem Fachpersonal abhängig: Alleine in England fehlten einem Bericht des National Audit Offices (2016, 18f.) zufolge bereits 2014 über 50.000 medizinische Fachkräfte. Die Ereignisse rund um das Referendum, die xenophobe Rhetorik bis hin zur Hasskriminalität gegen MigrantInnen haben diese Situation verschärft,

zumal auch absehbare wirtschaftliche und rechtliche Probleme wie konjunkturelle Unsicherheiten, der Fall des britischen Pfunds oder Unklarheiten bei Aufenthaltstiteln negiert wurden. Dass es 2018 tatsächlich zu schockierenden Versorgungsengpässen kommen konnte, 50.000 Operationen verschoben werden mussten und die Zustände in Krankenhäusern von Patienten mit „Kriegsgebieten“ verglichen wurden (Marsh 2018), liegt neben der Unterfinanzierung des öffentlichen Gesundheitssystems zynischer Weise an der Erfüllung der Brexit-Hoffnung – dem Rückzug europäischer Arbeitskräfte in ihre Herkunftsländer und der Senkung der Migrationsrate: 2017 waren die Neuregistrierungen in England alleine beim Pflegepersonal um 89 Prozent rückläufig. (Campbell 2017)

Dass der Austritt aus der Europäischen Union das NHS nicht zwingend stärken würde, wie von Vote Leave plakatiert wurde, liegt an der ungewissen Zukunft. Sollte etwa, wie von manchen Brexiteers angestrebt, ein exklusiver Freihandelsvertrag mit den USA geschlossen werden, sähe sich das Königreich wohl unweigerlich mit Forderungen nach einer Öffnung des Gesundheitssystems für US-Anbieter – und damit der Privatisierung – konfrontiert. Eine drastische Senkung der Körperschaftssteuer, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen und Finanzdienstleister und europäische Großbetriebe auf der Insel zu halten, würde den Druck auf das steuerfinanzierte NHS genauso erhöhen wie die Folgen eines möglichen Wirtschaftsabschwungs. Und auch die Auswirkungen auf Wissenschaft und Forschung, die universitäre Kooperation im europäischen Kontext sowie der Zugang zu medizinischen und pharmazeutischen Produkten wurden während der Referendum-Debatte nicht thematisiert. Letzteres erweist sich im Falle eines „harten Brexits“ als besonders fatal und verdeutlicht abermals in drastischster Form, wie problematisch sich Inhaltsleere und Opportunismus zugunsten nationalistischer Ideale auswirken können: Sollten nämlich unmittelbar nach dem Ausscheiden aus der Union keine Übergangslösungen getroffen werden können und die Versorgung aus dem Ausland mit nuklearmedizinischem Spezialequipment für Krebsbehandlungen, Blutkonserven und Spenderorganen sowie Medikamenten wie Insulin für Diabetesbehandlungen nicht mehr gesichert sein, stünde tatsächlich eine akute Versorgungsknappheit zulasten der Schwächsten in der Bevölkerung auf dem Spiel. (Matthews-King 2018; Siddique 2018)

5.3 Rhetorik und Stil der rechtspopulistischen Kampagnen

Für den Rechtspopulismus gilt das Prinzip, wonach die rhetorische und stilistische Form in Folge des expressiven Auftretens der gewünschten Funktionalität folgt, in besonderer Weise: Rhetorik und Stil der populistischen Inszenierung formen eine Einheit mit deren Strategien und Inhalten, zumal sie auf die nationalistische Anrufung des „Common Sense“, die antiegali-

täre Agitation und strategische Spaltung, die Emotionalisierung des politischen Diskurses bei gleichzeitigem Normenbruch sowie systematische Abwertung ausgerichtet sind. Gerade so proto-populistische Formen wie die permanente Ansprache und Anrufung des „einfachen“ Volkes, der „guten“, „anständigen“ Bürgerinnen und Bürger, ist eine Frage der strategischen wie inhaltlichen Orientierungen, die durch die rhetorische Umsetzung determiniert wird. Zahlreiche Aussagen und Formulierungen, die dieses Kapitel betreffen, wurden in vorangegangenen Ausführungen bereits behandelt. So zeigt eine qualitative Diskursanalyse der Wahlkampfauftritte Trumps von Michèle Lamont (2017), dass seine politische Rhetorik, die ihm den Wahlsieg einbrachte, die Sorgen der weißen Arbeiterschicht in besonderer Weise adressiert hat, indem er jene emphatisch als hart arbeitende Amerikaner, die von der Globalisierung übervorteilt werden beschrieb (i). Ihren Ärger über Personen „über ihnen“ wie Politiker, Reiche und Experten aufgriff (ii) und starke Grenzen zwischen dem Volk und illegalen MigrantInnen, MuslimInnen und Flüchtlingen zog (iii), Afro-AmerikanerInnen und (legale) Hispanics als ArbeiterInnen ansprach, die auch Jobs verdienen (iv) und die Beschützerrolle der männlichen Arbeiter unterstich (v). (ebda. 154) Um in weiterer Folge Redundanzen zu vermeiden geht es im nachstehenden Kapitel darum, verbale und nonverbale Ausdrucksformen der Kampagnen zu analysieren und dabei aufzuzeigen, dass die jeweiligen Populismen gerade in der Rhetorik ihre größten Unterschiede aufweisen.

5.3.1 Die rhetorischen Formen der populistischen Überzeugungskunst

Die Rhetorik, nach Tradition der griechischen Philosophie die Kunst der Rede, übernimmt die Herausforderung, das Auditorium von Aussagen, Sichtweisen und Standpunkten zu überzeugen und bestimmte Handlungsweisen zu evozieren. Das Rhetorikmodell von Aristoteles unterscheidet drei grundlegende Überzeugungsmittel, die sich auch zur Analyse der populistischen Rhetorik eignen: Den Appell des Redners basierend auf dessen Charakter und persönliche Qualitäten (Ethos), die Anrufung von Emotionen (Pathos) und die Argumentation durch einen evidenzbasierten Diskurs (Logos).

Da Rhetorik für Aristoteles die Kunst der Überzeugung, nicht der Überredung bedeutet, ist das entscheidende Mittel bei ihm das Argument. Auf Fakten, Expertisen und belegbare Aussagen setzten auch die Kampagnen für den Verbleib in der EU und jene von Clinton. Sie argumentierten wortreich für die soziale und ökonomische Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit, hoben die Vorteile der Immigration hervor und unterstrichen die Notwendigkeit des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Demgegenüber hat die Kraft der Argumentation bei den populistischen Kampagnen kaum eine Rolle gespielt: Beide folgten dem klassischen

KISS-Prinzip – „Keep it simple and stupid“. Dessen Primat, wonach die einfachste Lösung stets die beste sei, wird in doppeltem Sinn erfüllt. Zum einen fungieren die Wahlmotti „Make America Great Again“ und „Take Back Control“ als idealtypische „empty signifier“, die bei jeder sich bietenden Gelegenheit vorgebracht und wiederholt wurden. Die Effektivität dieser Slogans ergab sich sowohl durch ihre einfache Verständlichkeit als auch durch die mannigfaltigen Interpretationsmöglichkeiten und damit Inklusion verschiedenster sozialer Gruppen. Zum anderen fokussierten die Populisten auf wenige, zentrale Botschaften, die den komplexen Ausführungen der jeweiligen Gegenkampagnen das Wasser abgruben: So haben im Vereinigten Königreich die parallel geführten, oftmals kontradiktorischen Remain-Kampagnen von Tories und Labour dazu geführt, dass umfassende, proeuropäische Argumente ausblieben und deren durch Statistiken belegte Argumente von Vote Leave durch die Zuspitzung ihrer redundanten Narration auf eine einzige Zahl, die ominösen 350 Millionen Pfund für das NHS, ausgestochen werden konnten. (Berry 2016; Schmidt 2017, 258f.)

Populisten setzten in ihrer Redekunst nicht im Sinne Aristoteles auf „Logos“, sondern folgten vielmehr dem römischen Politiker Marcus Tullius Cicero, der „Pathos“ als höchstes Gut der Rhetorik begriff. Sein vor über 2000 Jahren in *Über den Redner* verfasstes Mantra, wonach nichts in der Beredsamkeit wichtiger sei, „als daß der Zuhörer dem Redner geneigt sei und selbst so erschüttert werde, daß er sich mehr durch einen Drang des Gemütes und durch Leidenschaft als durch Urteil und Überlegung leiten lasse“, erfasst die populistische Debattenführung der Brexit- und Trump-Kampagne punktgenau. (Cicero zit. nach: Ueding 2005, 44) Durch die pathetisch geladene Emotionalisierung des Diskurses können Ängste vor Abstieg, Zuwanderung, Kriminalität und Marginalisierung geschürt und Hoffnung auf eine positive, weil rückwärtsgewandte Zukunft imaginiert werden. Die sprachliche Überschreitung ethischer und moralischer Grenzen garantiert Aufmerksamkeit und dadurch Diskurshegemonie und wird, vor allem von Trump, bis hin zur Massenekstase bei Wahlkampfveranstaltungen auszelebriert. Trump baut auf der aufgestauten Wut seiner AnhängerInnen auf und verleiht deren Ressentiments bis hin zum offenen Hass auf politische Mitbewerber, Minderheiten und Medien sprichwörtlich seine Stimme. Die Gefahren dieser antidemokratischen Rhetorik, die an den radikalisierten Rändern handlungsweisend affirmiert wird, materialisierten sich nicht zuletzt in den Gewaltakten, die beide Wahlen begleiteten.

Die spezifische rhetorische Inszenierung von Persönlichkeit und Kreditibilität der politischen Werber waren ausschlaggebend für den Erfolg der populistischen Kampagnen. Boris Johnson und Nigel Farage hier und Donald Trump dort konstruierten Charaktere, die auf ihre Weise –

angepasst an die jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse – volksnahe erschienen. Prämisse dieser rhetorischen Strategie ist die Kraft der Überzeugung, Hintergründe und Fähigkeiten des Elektorats zu repräsentieren, während die Konkurrenz pejorativ als distanzierte Eliten dargestellt wurde. Die konkreten Umsetzungen dieser Anordnung sind im höchsten Maße divergent – beim „Ethos“ finden sich die größten Unterschiede der beiden Kampagnen: Trump gibt sich nicht nur als Patron für Schutz und Sicherheit, der die Ordnung für Abgehängte und Vergessene wieder herstellt, sondern darüber hinaus als Apologet der Rache und Zerstörung. Er geriert sich als Draufgänger und Rüpel, der wütet und tobt und dem Volk als humanoider Molotowcocktail, als personifizierter Mittelfinger gegen das System, dient. Er wird geliebt, weil er hasst – genau wie Millionen AmerikanerInnen. Im Vereinigten Königreich ist dieser „apokalyptische Populismus“ (Brown 2017b, 51) nicht mehrheitsfähig. Zu derb ist sein Auftreten, zu radikal seine Rhetorik, zu primitiv sein Narzissmus. Trump neben der Queen: eine Grotteske. Der Habitus vieler BritInnen mag zunehmend von Empörung getragen sein, ihre Attitüde bleibt aber sensibel. So gibt sich auch der Brexit, als Rechtspopulismus mit Etikette.

5.3.2 Mit Verve und Etikette: Die Sprache der britischen Populisten

Auf der Insel macht der Ton die Musik, das gilt besonders für den politischen Diskurs. Rhetorische Formen und Formeln der Politik, vor allem in der zentralen Arena, dem Unterhaus, sind strikten, jahrhundertealten Konventionen und Hierarchien unterworfen. So richten sich Parlamentsreden etwa niemals an Abgeordnete, sondern stets an den/die Vorsitzende/n des Unterhauses, welche/r mit „Mr./Mrs. Speaker“ angesprochen wird. Adressiert man dennoch andere Personen im Raum, wird mit der ehrwürdigen Floskel „To the Right Honourable Lady/Gentleman“ eingeleitet und niemals der Name, sondern nur der Amtstitel oder Wahlkreis des/der PolitikerIn genannt. Abweichungen von dieser Etikette oder gar direkte Insulte führen unverzüglich zu Ächtung und landesweiter Aufregung. Traditionen wie diese garantieren eine harte aber faire Debatte und sorgen dafür, dass auch bei Wahlen, obgleich diese deutliche Abweichungen vom parlamentarischen Alltag darstellen, bestimmte Standards erwartet werden. Für die Analyse politischer Rhetorik im Vereinigten Königreich ist daher nicht nur entscheidend *was* gesagt wird, sondern auch *wie* – zumal gerade die Populisten ihre Sprache zügeln müssen.

5.3.2.1 Der Brexit als humoriges Spiel in „received Pronunciation“

Johnson, Gove und Farage sind allesamt nicht nur bester Abstammung, sondern sprechen auch eine äußerst prononcierte und noble Variante des ‚british English‘. Die „received Pro-

nunciation“, umgangssprachlich auch als ‚BBC English‘ bezeichnet, ist eine Kombination aus südenglischem Dialekt und mit Macht, Geld und Einfluss assoziiertem Soziolekt und wird gemeinhin als die schönste und erstrebenswerteste Form der globalen Sprache aufgefasst. Was die Rechtspopulisten von sich geben, wirkt damit nicht nur durch ihr Vokabular sondern auch den sprachlichen Ausdruck, Tonfall und die Melodie gebildet und nur schwerlich vorurteilsbeladen. Attribute wie „ignorant“, „vulgär“ oder gar „rassistisch“ passen nicht zu dieser Form des Sprechaktes. Verbale Entgleisungen werden so automatisch die Schärfe genommen, während das Skandalpotential identer Aussagen durch weniger angesehene Dialekte aus Yorkshire, Essex oder Birmingham deutlich höher ist. Denn, so Lewis Goodall (2018), „all that is important in these matters in Britain, is that you are powerful – that you can say what you like, as long as you’re posh.“

Ein weiteres rhetorisches Mittel, das den Rechtspopulisten zur Bindung an die WählerInnen dient und hitzige Debatten kalmiert, ist der Einsatz von Humor. Nigel Farage, von der *FAZ* einst als „Gentleman unter den Populisten“ bezeichnet (Buchsteiner 2014), und Boris Johnson, immerhin langjähriger Bürgermeister im liberalen London, kommen auch deshalb gut beim Volk an, weil sie harte Positionen mit Verve und Lockerheit vertreten und launig Heiterkeit vermitteln. Die Populisten wissen freilich, dass sie zur „upper class“ zählen, verbergen dies aber nicht, sondern karikieren sich selbst und ihresgleichen. Damit treffen sie den archetypischen britischen Humor, der zwischen Trockenheit und Morbidität, Bösartigkeit und Anarchismus schwankt und von Selbstironie durchzogen wird. Gelacht wird aber nicht nur herzhafte über sich selbst, Humor wird auch zur Abgrenzung und für harte Attacken eingesetzt. Johnsons gesamte Karriere ist von spöttischen Aussagen geprägt, die seine Fähigkeit für schwere Insulte gegen die politische Konkurrenz belegen: So nannte er den russischen Präsidenten Putin in seiner *Telegraph*-Kolumne einen „ruthless, manipulative tyrann“, obwohl dieser „a bit like Dobby the House Elf“ aussehe (Johnson 6.12.2015). Dem türkischen Präsidenten Erdogan widmete er im Mai 2016 im Zuge der Böhmermann-Affäre einen Limerick, in dem er jenen als „young fellow from Ankara [/] Who was a terrific wanker“ bezeichnete. (Johnson 18.5.2016) Und auch in den amerikanischen Wahlkampf mischte er sich ein, als er Trumps Behauptung, die weitgehend unbewaffnete Londoner Polizei würde sich in radikalisierte Stadteile nicht mehr trauen, entgegnete: „The only reason I wouldn't visit some parts of New York is the real risk of meeting Donald Trump.“ (Johnson 8.12.2015) Die Art und Weise wie die EU, der Erzfeind des britischen Populismus, massiven Schmähungen unterzogen wird und von der Bananengröße bis zur Gurkenkrümmung kein Klischee zu banal erscheint, um nicht permanent vorgebracht zu werden, determiniert die infantile Freude an der zynischen

und diffamierenden Sprache und verdeutlicht die spielerische Lust der Kampagnen an politischer Zerstörung.

Tatsächlich wirkt der Brexit-Diskurs nicht selten wie ein öffentlich ausgetragenes Spiel alter Freunde, die wie in den Debattierklubs ihrer Studienzeit, um den Applaus des Publikums ringend, Texte zu ausgelosten Themen vortragen. Nichts scheint echt an dieser Auseinandersetzung, in der Manipulation zur Performance wird und Rhetorik Inhalte ersetzt. Der brillante Redner Johnson, der Meister der Narration, erfüllt diese Rolle mithilfe seiner stilisierten Sprache am besten. Referiert der studierte Historiker über die EU, dann am liebsten in Form von Geschichten, die nicht nur eine nahbare Darstellung ermöglichen, sondern auch ein gewisses Maß an Fiktion. Zu Beginn dieser Erzählungen stellte er dabei stets eine Frage: „Würden wir heute der EU beitreten?“ Dann folgt eine Abhandlung, die chronologische Ereignisse, Entwicklungen und Wendepunkte der europäischen Union subjektiven Gesichtspunkten unterzieht und Zuspitzungen, Verkürzungen bis hin zu Unwahrheiten über die EU ermöglicht, zumal sich das Dargebotene aufgrund dessen quasi-fiktionalen Charakter faktenbasierter Argumentation entziehen kann.

5.3.2.2 Stil und Stilfiguren des britischen Populismus

Neben diesen narrativen Elementen untermauert Johnson seine Redekunst mit zahlreichen Stilmitteln, die dem Gesagten Nachdruck und dem Ungesagten Ausdruck verleihen. Strukturell setzt Johnson bei seinen Ausführungen – wie etwa bei seiner Schlüsselrede „The liberal cosmopolitan [!] case to Vote Leave“ vom 9. Mai 2016 – auf Parallelismen beim Satzaufbau, um wichtige Punkte zu bekräftigen oder Kontradiktionen zu markieren. Immer wieder stellt er so „What the government wants“ den vermeintlichen Wünschen des Volkes, „What we want“, gegenüber und bringt durch die siebenfach vorgebrachte Formulierung „We were told that“ die einstigen Vorstellungen und Hoffnungen gegen die pejorativ erfasste Realität der europäischen Integration in Stellung. Eine ähnliche Funktion nehmen die Antithesen – besonders deutlich durch 90 Nennungen von „we“ gegen 29 Mal „they“ – und rhetorischen Fragen ein, die Johnson häufig bemüht: „Do we feel loyalty to that flag? Do our hearts pitter-patter as we watch it flutter over public buildings? On the contrary. The British share with other EU populations a growing sense of alienation.“ (Johnson 9.5.2016) Diese syntaktischen Konstruktionen, die abwechselnd langen und kurzen Sätze und das formelle Vokabular verdeutlichen die Komplexität der von Johnson eingesetzten, bürgerlichen Sprache.

Dabei ist die größte Leistung der Brexit-Fürsprecher, die diskreditierenden Strategien und Inhalte des populistischen Diskurses so zu adaptieren, dass sie den genuin britischen Normen

der politischen Rhetorik gerade noch entsprechen und deshalb mehrheitsfähig bleiben konnten. Möglich gemacht wurde dies vor allem durch rhetorische Figuren, Metaphern, Allusionen und Symbolismen, die harte Aussagen durch indirekte, wohlfeile Sprache kaschieren. „Lighting a fire under the European Union“ lautet schon 2014 die Rhetorik europhober Tories (zit. nach Holehouse 2014), eine britische Anspielung auf Guy Fawkes. Von Farage wurde symbolisch stets der britische Pass betont und immer wieder die europäische Hymne und Fahne ins Spiel gebracht. Die Kontrolle der Grenze konnte so zum anschlussfähigen bürgerlichen Synonym rechtsextremer „Ausländer raus“ Rufe und der Brexit zur ultimativen Freiheit hochstilisiert werden, man brauche nur aus der Tür auszutreten, wie Johnson in oben zitierter Rede betonte. Ein Kreuz bei Remain würde für Johnson (26.5.2016) „kissing goodbye permanently to control of immigration“ bedeuten und für Gove (19.4.2016b) nicht nur, dass man „on the hook to pay more money“, sondern gar zu „hostages locked in the back of the car and driven headlong towards deeper EU integration“ verkomme. Eine besonders perfide Form des Pars pro toto lieferte Johnson (26.5.2016), indem er sich gegen die Visafreiheit für türkische Staatsangehörige aussprach: „[N]ew countries are in the queue to join the EU and the EU is extending visa-free travel to the border of Syria and Iraq. It is mad.“ Johnson ersetzt dabei „Türkei“ durch „Grenze zu Syrien und Irak“ und bedient subversiv das Spiel mit der Angst vor islamistischem Terrorismus, ohne es tatsächlich auszusprechen. Wesentlich unverblümt ist dahingegen seine Anspielung, die die Europäische Union mit dem organisierten Verbrechen in Verbindung setzt. Johnson (9.5.2016): „[T]o keep insisting that the EU is about economics is like saying the Italian Mafia is interested in olive oil and real estate.“

5.3.2.3 Die ‚darkest hour‘ als Referenzrahmen für britischen Heroismus

Vergleiche wie diese sind der Höhepunkt der populistischen Rhetorik im Vereinigten Königreich, zumal so die EU strategisch diskreditiert und der britische Nationalismus und Exzeptionalismus mit historischen Analogien befeuert werden konnte. Immer wieder zogen unterschiedliche Akteure der Leave-Bewegung Parallelen zur „Darkest Hour“ des Kontinents Anfang der 1940er Jahre, als Frankreich vom Dritten Reich überrannt wurde und sich die Soldaten des Königreichs nur knapp auf die Insel zurückziehen konnten. Winston Churchills Kampf gegen das faschistische Europa wurde so zum ultimativen Referenzrahmen des britischen Stolzes im Einsatz um Unabhängigkeit, Freiheit und Demokratie stilisiert. Werbebotschaften entlang von Autobahnen richteten sich in schematisiertem Akzent gegen den deutschen „Vormarsch“: „HALT ze German advance! VOTE LEAVE“, war darauf zu lesen. Und Gove (21.6.2016) verglich ExpertInnen des Remain-Lagers mit NS-Wissenschaftlern, die sich in den 1930er Jahren gegen Einstein gewandt hatten. Besondere Bereitschaft für historische

Vergleiche zeigte Johnson, dessen im Vorwahlkampf publizierte Churchill-Biographie (2015, 26) die europäische Einigung als „Gestapo-controlled Nazi EU“ titulierte: „Napoleon, Hitler, various people tried this out, and it ends tragically. [...] The EU is an attempt to do this by different methods“, legte er in einem Interview im Mai 2016 nach. Deutschlands Macht, so Johnson (14.5.2016), sei wie damals enorm, Italiens Wirtschaft mittlerweile übernommen und Griechenland zerstört worden, weshalb es wieder am britischen Volk liege, „the heroes of Europe“ zu werden und den Kontinent vor sich selbst zu schützen.

Chiffriert durch seinen Helden Winston Churchill brachte sich Johnson schließlich auch in den amerikanischen Wahlkampf ein. Johnson (22.4.2016) machte Obama, der sich für Remain aussprach, fälschlicherweise dafür verantwortlich, Jahre zuvor eine Büste des Weltkriegspremiers aus dem Oval Office entfernt zu haben und sprach von einem „symbol of the part-Kenyan President's ancestral dislike of the British Empire – of which Churchill had been such a fervent defender.“ Dieser Rassismus, der Trumps Birther-Verschwörungstheorien inhaltlich kaum nachsteht, wurde von Johnson durch den Einsatz von Allegorien, Verweisen und Metaphern rhetorisch abgeschwächt und fügt sich so in eine Reihe skandalträchtiger Auslassungen der Rechtspopulisten ein, die die Grenzen des spezifischen Diskurses im Vereinigten Königreich auf gefährliche Weise auszuloten trachteten.

5.3.3 Trumps rhetorischer Kampf gegen alle Normen

Für Trump spielen Konventionen und Normen – gerade bei seiner Rhetorik – keine Rolle. Seine Sprache kennt keinen Humor, keine Metaphysik, keine Gnade. Sie ist ausgelegt, laut zu sein und Stärke zu vermitteln, zu emotionalisieren, zu diskreditieren und Abgrenzung von politischer Korrektheit des verhassten Mainstreams zu demonstrieren. Trump geht es nicht um Haltung, sondern um Unterhaltung. Seine Reden sind konventionell, sein Jargon gewaltaffin.

5.3.3.1 Einfach und leidenschaftlich: Die Sprache des Verkäufers

Trump pflegte in seinem Wahlkampf eine volkssprachliche Ausdrucksweise, die im Vergleich zu konkurrierenden PolitikerInnen deutlich simpler war. Sein Satzbau ist parataktisch, sein Vokabular eng beschränkt. Die Worte umfassen in der Regel nur wenige Silben, wobei er Konjunktionen („so“, „then“, „and“) und Intensitätspartikel („very“, „really“, „great“) besonders häufig verwendet. Trumps Sprache ist direkt, von unmittelbarer lexikalischer Repetition geprägt, wie seine Slogans und aggressiven Sprechchöre von Imperativen und Kommandos durchsetzt und kann auch von SchülerInnen der Sekundarstufe Eins verstanden werden (Sandhu 2016). Aufeinanderfolgende Sätze, die in transkribierter Form oft völlig konfus, sinnfrei oder kontradiktorisch erscheinen, erschließen sich nur auditiv: Sobald Trump frei

spricht ist seine Syntax von Disruptionen geprägt, oftmals ändern sich seine Gedanken während des Formulierens oder schweifen ab. Kohärente Paragrafen sind Mangelware. Was psychopathologisch als Anzeichen kognitiven Verfalls fern-diagnostiziert wurde, zumal seine Sprache in den 1980er und 1990er Jahren deutlich komplexer und grammatisch korrekt war (Begley 2017), unterstreicht die politische Stärke seiner Rhetorik: Trumps Sprache wirkt gerade weil sie fragmentarisch ist, die zentralen Wörter aber am Schluss der Sätze stehen, pointiert und leidenschaftlich und grenzt sich so von der geschliffenen politischen Rhetorik, die mit der Erfolglosigkeit des Establishments assoziiert wird, ab. Das Gesagte lässt ähnlich den „empty signifier“ Platz für subjektive Interpretation: Untermauert von Floskeln wie „nobody knows“ oder „we will see what happens“ bleiben viele seiner Stellungnahmen zum Leidwesen von Konkurrenz und Medien offen – aber gerade deshalb anschlussfähig.

Trump ist ein Verkäufer. Seine Rhetorik ist weniger auf die Botschaft, das dünne Programm, als auf den Sender ausgerichtet. Er appelliert dazu häufig an das Unbewusste, versucht Akzeptanz durch Formeln wie „many people say“ oder „believe me“ zu gewinnen und betont pausenlos, wie viel Zuspruch und Danksagungen er nicht für seine Positionen erhält. Durch Redundanz zentraler Begriffe können automatisierte Verbindungen mit dem Publikum erstellt werden. Falsche oder skandalöse Behauptungen werden so legitimiert und verdichten sich am Ende des Wahlkampfes zu gefestigten Assoziationsketten, bis Medien tatsächlich nur mehr als Lügenpresse, Clinton als betrügerisch, MigrantInnen als kriminell oder Eliten als korrupt wahrgenommen werden. (Ötsch/Horaczek 2017, 28) Trumps aggressivem, hypermaskulinem Auftreten, seinen machohaften, beinahe rituellen Prahlerien und der ganz auf den „Ethos“ und Aufmerksamkeit ausgerichteten Selbsterhöhung bezüglich Reichtum, Schönheit, Intelligenz, Beliebtheit, Geschäftssinn und Know-how, ist dabei ein distinktiv femininer Sprachstil entgegengesetzt. Sätze wie „People love me. And you know what, I have been very successful. Everybody loves me“ (Trump 8.9.2015) oder „I have made billions of dollars in business making deals – now I’m going to make our country rich again“ (Trump 21.7.2016) sind zwar übertrieben angeberisch, folgen durch den häufigen Bezug auf die erste Person Singular, die kurzen Wörter, die vielen Modalverben, Artikeln und Präpositionen aber besonders stark dem „weiblichen“ Sprachregister. Trumps Rhetorik ist durch seine sprachliche Emotionalität und Dynamik deutlich femininer als jene der anderen KandidatInnen und erscheint so sympathischer und vertrauenswürdiger. (Sedivy 2016)

5.3.3.2 Die Verachtung der politischen Korrektheit

„Superlative“ und „Hypertrophie“, die „die Fantasie anregen sollen“, bezeichnete Trump schon 1990 (55f.) in *The Art of the Deal* als „eine der wirkungsvollsten Spielarten der Werbung“. Dort aber, wo er auf seine AnhängerInnen traf, bei den Wahlveranstaltungen und Rallys, musste Trump erkennen, dass das Publikum von den endlosen Ausführungen seines wirtschaftlichen und privaten Erfolgs gelangweilt reagierte. Erst seine Ausfälle, seine Tiraden und Rundumschläge elektrisierten die Massen – Wut und Aggression wurden gefordert und damit zum Katalysator seiner Kampagne. Trump passte sich an und richtete sich auch an seinen Fans aus. So habe er den Schlachtruf „drain the swamp“ gehasst, wie er kurz nach der Wahl zugab, aber „the place went crazy. [...] Then I said it again. And then I start saying it like I meant it, right? And then I started to love it, and the place loved it.“ (Trump 21.12.2016) Trumps rhetorische Taktik wird so offenbar: Er wirft mit Vorwürfen, Attacken und Anschuldigungen um sich und behält, wie es im Englischen heißt, ‚what sticks to the wall‘. Trump und seine Gefolgschaft gingen auf diese Weise eine Symbiose ein und bildeten eine eingeschworene Kampfeinheit, die gemeinsam jedwede Form politischer Korrektheit verachtete.

Sätze wie „They have put political correctness above common sense, above your safety, and above all else. I refuse to be politically correct“, richtete Trump (13.6.2016) bei fast jeder Wahlveranstaltung an die ekstatische Menge. Dabei wurden nicht nur illegale Immigranten als Mörder oder Vergewaltiger bezeichnet und für den Jobverlust heimischer Arbeitskräfte verantwortlich gemacht. Der implizite Rassismus richtete sich auch gegen ethnische Minderheiten, die Trump auf abstruse Weise für sich gewinnen wollte, indem er verächtlich über sie sprach: „So they have no jobs. They have horrible education. They have no safety or security and I say to the African-American community, what the hell do you have to lose?“ (Trump 13.10.2016) Trump gibt der weißen, männlichen Bevölkerung das Gefühl, nicht mehr fremd im ‚eigenen‘ Land zu sein – und degradiert deswegen auch Frauen, die nicht in sein Rollenbild passen. Clinton, so Trump, „is constantly playing the woman card. It's the only way she may get elected“ (Trump 3.1.2016), obwohl sie keinen „presidential look“ habe (Trump 6.9.2016b). Andere Frauen rankte Trump nach dem Aussehen oder nannte sie „pigs“, „slobs“, „dogs“, „disgusting animals“ oder „Miss Housekeeping“. Ähnliche Beleidigungen spielen auch beim Dirty Campaigning gegen die politische Konkurrenz eine bedeutende Rolle. Je härter, polemischer und kontroversieller Trump in den Vorwahlen attackierte, desto deutlicher konnte er sich abheben und in der Gunst seiner WählerInnen steigen. Dazu musste er, vorbereitet durch seine Tweets, nur Namen mit einem Attribut kombinieren – „little Marco“ Rubio, „lying Ted“ Cruz oder „low energy Jeb“ Bush. Letzteren attackierte Trump, zumal dieser in

spezifischer Form für das dynastische Parteiestablishment steht, besonders vulgär etwa als „spoiled child“, „total stiff“, „lightweight“, „sad sack“, „puppet“, „not a man“, und „embarrassment to his family“. Trump schaffte es damit, die politische Öffentlichkeit ganz auf seine Insult Comedy zu fokussieren und seine GegnerInnen in die Defensive zu bringen – der ausgelöste Schock zählt für Trump und seine AnhängerInnen bereits als Triumph über das Establishment.

5.3.3 Angreifen, niemals verteidigen: Trumps gewaltaffiner Jargon

Auf komödiantische Einlagen setzt Trump auch, wenn er mit Kritik, widersprüchlichen Aussagen oder komplexen Themen konfrontiert wird, die er in der Regel nicht beantwortet, sondern durch Anekdoten oder Verweise auf Personen in seinem Umfeld abwendet. Die schärfste Waffe dieser Rhetorik, die Trump und seine populistischen Surrogates mit deren freundlich gesinnten Medien wie *Fox News* im Angesicht der Wahlkampfskandale perfektioniert haben, ist die Technik des ‚Whataboutism‘: Kommen er oder seine Kampagne für Aussagen oder Handlungen in die Kritik, wird abgelenkt und auf vermeintliche Fehlleistungen der politischen Konkurrenz, der unliebsamen Presse oder unbeteiligter Dritter verwiesen. All die Skandale im Wahlkampf, die sich anbahnende Russland-Affäre, die zurückgehaltene Steuererklärung und Trumps Hassrhetorik, wurden von ihm und seinem Team postwendend durch Verweise auf Hillary Clinton, die E-Mail-Affäre, Bengasi oder vermeintliche Korruption abgewendet, mitunter sogar legitimiert.

So gelang es der populistischen Kampagne auch, den Access Hollywood Aufzeichnungen einen neuen Spin zu verleihen und sie als harmlose Gespräche „echter“ Männer zu codieren, ehe Trump in der zweiten Fernsehdebatte mit Clinton selbst Stellung bezog und sie zusätzlich mit den einstigen Verfehlungen ihres Mannes aufwog: „That was locker room talk. I’m not proud of it. [...] If you look at Bill Clinton, far worse. Mine are words, and his was action.“ (Trump 9.10.2016) Trumps rhetorisches Credo lautet ‚Angriff statt Verteidigung, niemals Schwäche zeigen‘. Sein Blick ist immer aggressiv in die Zukunft gerichtet, Gesagtes im selben Moment passé. Auf mehrmalige Nachfrage des CBS-Anchors John Dickerson, ob er denn zu seinen unhaltbaren Vorwürfen, Obama hätte ihn während des Wahlkampfes illegal abgehört, stehe, beendete Trump bereits als Präsident das Interview im Oval Office mit den Worten: „I don’t stand by anything.“ (Trump 1.5.2017)

Wer zu nichts steht, muss keine Verantwortung übernehmen. Und dem schadet nichts – auch nicht Gewalt. So beschwor Trump schon am 23. Jänner 2016 die Loyalität seiner Fans mittels Gewalt-Metaphorik: „I could stand in the middle of 5th Avenue and shoot somebody and I

wouldn't lose any voters", lautete die berüchtigtste Wahlkampfansage Trumps. Seine antidemokratische Rhetorik, mit der er bei Rallys die Massen aufheizte, befand sich damit aber noch nicht am Höhepunkt: Einmal sagte er, die Waffenbesitzer, die „second ammendment people“, könnten Hillary Clinton stoppen. (Trump 9.8.2016) Ein anderes Mal meinte er über einen afroamerikanischen Protestierenden, „I'd like to punch him in the face“ und dass man Leute wie ihn „in the good old days“ auf einer Trage abtransportiert hätte. (Trump 23.2.2019) Gänzlich unverblümt war sein direkter Aufruf zu Gewalt in Iowa: „So if you see somebody getting ready to throw a tomato, knock the crap out of them, would you? Seriously... Okay? Just knock the hell... I promise you I will pay for the legal fees, I promise.“ (Trump 1.2.2016) Trotzdem machte er Clinton und Obama für die physischen Auseinandersetzungen am Rande seiner Wahlkampfauftritte verantwortlich, „police and others were seriously hurt – you saw that, blood pouring down their faces – were caused by paid DNC and Clinton campaign operatives.“ (Trump 22.10.2016) Trumps rhetorische Brutalität, die er bei Rallys an den Tag legt, weil sie seine AnhängerInnen begeistert, ist brandgefährlich. Er legitimiert Gewalt nicht nur von höchster Stelle, sondern macht sie erstrebenswert. Diese Rhetorik ist es, die Trump über den Rechtspopulismus hinaus an die Grenzen zum Rechtsextremismus führt.

5.3.4 Das Auftreten der Rechtspopulisten

Donald Trumps Rhetorik wird von seinem spezifischen Auftreten komplettiert. Seine extravagante Performance, die er als Geschäftsmann und Entertainer in einzigartiger Weise auf seinen Habitus perfektioniert hat, weiß durch maskuline Körperlichkeit zu überzeugen und anderen seine „Deals“ physisch aufzudrängen. Trumps inszenierte Dominanzgesten, sein Gebaren als ‚Bully‘, der andere symbolisch zur Seite schiebt, nicht ausreden lässt und verächtlich übergeht oder durch demonstrativ lange Handschläge dominiert, weisen ihn als Alphetier aus, dem man sich zu unterwerfen hat.

Dominanz und Macht: Trumps enorme physische Präsenz

Erfolg, Macht, Überlegenheit und Männlichkeit symbolisiert schon seine überlange Krawatte, meist in rot, der Farbe der Aggression, gehalten, die als „power tie“ seit den 1980er Jahren Trumps phänotypisches Markenzeichen ist. Eine ähnliche Funktion übt seine Frisur aus: Die gold-gelbe Haartolle, der Hauptgrund für Hohn und Spott, aber auch oberflächliche Distraction, überdeckt aufwändig geformt die schütterten Stellen des Haupthaars – Kahlköpfigkeit ist für Trump eine Schande. Hinzu kommt das wichtigste Symbol des Wahlkampfes, die rote Kappe mit der Aufschrift „Make America Great Again“, die Trump bei Auftritten zu seinem Anzug trug und ihn als „working class champion“ auszeichnete. Wer mit ihm symbolisch in

Verbindung treten will, kann eine Kappe für 25 Dollar erwerben – selbst aus der Liebe des Volkes schlägt der Kandidat Profit.

Seine Auftritte wiederum vermitteln durch gezielte Posen, Blicke und Gesten ungemeine physische Präsenz. Seit seiner Kindheit hat er gelernt, den Rudelführer zu geben und seinen Körper dominant und einschüchternd in Szene zu setzen. Sein ausdrucksstarkes Gesicht transportiert in äußerst kontrollierter Manier permanent Emotionen. Wenn er nicht am Wort ist, kommentiert Trump nonverbal, fletscht die Zähne, knurrt oder rollt als Zeichen der Ablehnung die Augen. Bei Wahlkampfdebatten konfrontierte Trump seine Konkurrenten nicht nur mit dem Kopf, sondern wendete ihnen den ganzen Körper zu – eine Bedrohungsgeste. Auch seine Gesichtsausdrücke, wie etwa jenes am Cover seines Wahlprogramms mit gesenkten Augenbrauen und zusammengekniffenen Augen und Lippen, wirken drohend und vermitteln, dass er eine Gefahr ist. Andere Posen zeigen ihn mit langem, erhobenem Kinn, ein Symbol für Stärke und Unverwundbarkeit. Und auch sein stilisiertes Lächeln, bei dem er den Mund geschlossen hat, sodass dieser horizontal besonders lange wirkt, ist eine Geste, die ihn hierarchisch übergeordnet wirken lässt. (Peter Collet zit. nach Worley 2017)

Untermuert werden diese Ausdrücke bei seinen Reden durch expressive Handbewegungen, die seiner Rhetorik besondere Kraft verleihen. Dabei geht es nicht um Sympathie, sondern Entschlossenheit und Tatkraft zu vermitteln. Zu seinem Register zählen vier zentrale Gesten: Die zum Publikum gewandten offenen Hände mit ausgespreizten Fingern vermitteln Unsicherheit und Gefahr, vor der es sich abzugrenzen gilt, und werden von Trump verwendet, wenn er über die Konkurrenz, Migration oder Kriminalität spricht. Dem gegenüber, wenn es um Lösungen oder Gegenkonzepte geht, winkelt Trump seinen rechten Arm ab und führt nach links vorne weisend wiederholt schnelle, schneidende Bewegungen aus. Drittens deutet er häufig mit dem ausgestreckten Zeigefinger Richtung Publikum. Was in der politischen Kommunikation als Todsünde gilt, setzt Trump gezielt ein, um in aggressiver Weise seine AnhängerInnen anzusprechen und Einzelfälle zu untermauern. Viertens, und das ist sein ‚Signature-Move‘, setzt er dem behaupteten politischen Chaos, symbolisiert durch beidhändige Ruderbewegungen auf Kopfhöhe, Gesten höchster Präzision und Determiniertheit entgegen, indem er die rechte Hand zuerst zu einem offenen „L“ formt und anschließend Daumen und Zeigefinger zusammenführt, wobei die übrigen Finger im Halbrund abstehen: „I have a plan“, vermittelt er nonverbal, auch wenn seine Zahlen und Daten erfunden sind, „a precise plan. It’s time for a change.“ (Civiello 2016; Beattie 2016)

Locker und leger: Das humorige Auftreten der britischen Populisten

Im Gegensatz zum biedereren, der Selbstbeschreibung nach uncharismatischem Michael Gove (1.7.2016), gibt es beim Auftreten des exaltierten Boris Johnson mit Donald Trump durchaus Ähnlichkeiten. Parallelen lassen sich nicht nur in der wuchtigen Physis und dem blonden Schopf erkennen, sondern auch in der lebendigen Gestik bei Reden und dem Einsatz des Körpers. Ähnlich der Rhetorik liegen aber auch in diesem Bereich enorme Unterschiede, denn es ist Johnsons völlig uneitler Habitus, der ihn in stets an der Grenze zwischen Seriosität und Clownerie alternieren lässt. Dass er der einzige Politiker des Inselstaates ist, der auch medial oft nur per Vorname genannt wird und Attribute wie „bumbling“ oder „buffoonish“ auf sich vereint, hängt mit seiner Affinität zusammen, kein Fettnäpfchen auszulassen. So schwingen bei seinen Wahlkampfauftritten jene Bilder mit, die auch gerne von Fernsehstationen ausgestrahlt werden, als er etwa behelmt und in Uniform lachend vom Panzer den Daumen in die Luft streckt, bei einem stilisierten Rugby-Spiel in übertriebenem Ehrgeiz stolpernd ein japanisches Kind niederrennt oder bei der Eröffnung der Londoner Olympiade im Anzug und mit zwei kleinen UK-Fähnchen in der Hand auf einem Flying Fox stecken bleibt und lachend wie ein Sack vom Himmel hängt. Die Gesamtheit der Figur „Boris Johnson“, und das ist seine Strategie, wirkt so alles andere als elitär, sondern eher volkstümlich und schrullig. Johnson geht es weniger um Ernsthaftigkeit als „to have a good laugh“, die scharfe populistische Auseinandersetzung um den Brexit wurde durch seine Inszenierung zum humoristischen Event herabgestuft.

Dabei spielt auch die Symbolik eine wichtige Rolle: Lächelnd und gestikulierend hielt Johnson, um seine Positionen möglichst einfach zu verdeutlichen, etwa britischen Spargel und Cornish Pasty vor seinem Tour-Bus in die Kamera. Im Fall von Nigel Farage, der sich ebenfalls oft humorvoll gibt und herzlich lachend zu sehen ist, handelte es sich um den britischen Pass, den er bei jeder sich bietenden Gelegenheit in die Höhe hielt. Farage baute bei seinen Auftritten vor allem auf den britischen Exzeptionalismus, etwa den Mythos als Seefahrernation, indem er sich vor Steuerrädern ablichten ließ oder kurz vor dem Referendum an einer Brexit-Rally teilnahm, die dutzende Boote auf der Londoner Themse versammelte. Untergriffig kam er dabei immer wieder auf den Zweiten Weltkrieg zurück, indem bei der Einfahrt in eine Stadt aus den Lautsprechern seines Tour-Busses der Soundtrack zum Filmklassiker „The Great Escape“ dröhnte. „That’s what we need, isn’t it? A great escape from this European Union!“ verglich Farage (3.6.2016) den Ausbruch aus der EU mit jenen alliierter Kräfte aus NS-Gefangenschaft – verbal und musikalisch.

5.4 Zwischenfazit

Das fünfte Kapitel, das die rechtspopulistische Agitation analysiert, gibt Aufschluss darüber, welche Strategien, ideologischen und inhaltlichen Anknüpfungspunkte sowie Stilelemente die Kampagnen determinierten und wie dabei die im vierten Kapitel dargelegten Strukturen des Populismus in der politischen Auseinandersetzung aufgegriffen, instrumentalisiert und zusammengeführt werden.

Die Kampagnen werden strategisch als Bewegungen formiert, die die Rechtspopulisten mit dem Volk gegen das nationale und internationale Establishment verschmelzen lassen. Die politischen GegnerInnen, Medien, ExpertInnen oder Institutionen, die mit den populistischen Agenden nicht d'accord gehen, werden massiv angefeindet und delegitimiert. Dadurch wird der Alleinvertretungsanspruch der Rechtspopulisten erhoben, der durch eine strategisch aufgeladene Debatte, durch Tabu- und Regelbrüche sowie redundant eingesetzte Unwahrheiten die politische Arena emotionalisiert und aufheizt. Dieser Kampf um Aufmerksamkeit wird schließlich über die sozialen Medien nicht nur fortgeführt sondern weiter radikalisiert.

Die inhaltliche Ausrichtung der Kampagnen knüpft an die strategischen Implikationen an und repliziert die drängende Migrationsthematik, Verlustängste in Bevölkerung, geringe Löhne und wirtschaftliche Unsicherheit sowie die Ablehnung internationaler Kooperation. Dabei agieren die Trump- und die Brexit-Kampagnen im Gleichschritt, indem sie den Bruch mit dem politischen, sozialen, ökonomischen und liberalen System inszenieren und replizierend auf der vermeintlich besseren, als glorreich aufgefassten Vergangenheit ihre Visionen einer goldenen Zukunft entwerfen. Der amerikanische und britische Rechtspopulismus lässt sich dabei insofern als dünne Ideologien erfassen, als er evidente Rückbezüge auf national-konservative Ideale umfasst während die tatsächlichen Inhalte, Maßnahmen und Zielvorstellungen über weite Teile offen bleibt. Besonders deutlich lässt sich dieser problematische Umstand an der Gesundheitspolitik festhalten.

Bei Rhetorik und Stil, die freilich individuell auf die jeweiligen Protagonisten zugeschnitten sind, werden am deutlichsten die Unterschiede zwischen den Politikern deutlich: Trump geriert sich als Alphanier. Seine Posen weisen ihn als dominanten Macher aus, dem sich alle zu unterwerfen haben. Seine Ausdrucksweise ist simpel und wirkt leidenschaftlich, seine Rhetorik aber knallhart und an keinen Normen gebunden – Trump spricht, flucht, droht und verachtet seine GegnerInnen in einer Art und Weise, wie es auch seine Fans tun. Die Verbindung von Volk und Führer wird in der Sprache am deutlichsten. Differenzierter ist das sprachliche Bild demgegenüber im Vereinigten Königreich, wo die politische Rhetorik starken Konven-

5. Die Kampagnen: Analyse der rechtspopulistischen Wahlkämpfe

tionen unterzogen ist. Das Sprachbild der Populisten ist demgemäß außerordentlich gewandt, was gezielte Untergriffe abmildert. Stil und Stilfiguren sowie der typische britische Humor sorgen hier für die Symbiose zwischen Rechtspopulisten und dem Volk.

6. Rechtspopulismus vs. Demokratie: Die Folgen der Wahlen von 2016

Den populistischen Wahlerfolgen des Jahres 2016 folgten politisches Chaos und demokratische Verwerfungen, die das Vereinigte Königreich sukzessive an den Rand der Unregierbarkeit und die Vereinigten Staaten an den Rand einer Verfassungskrise geführt haben. Diese dramatischen Zustände der zutiefst gespaltenen Gesellschaften, die mit den Midterm Elections in den USA sowie dem EU-Austrittsabkommen im Königreich im November 2018 gleichzeitig ihre vorläufigen Höhepunkte erreichten, vermögen nach wie vor zu schockieren, keineswegs jedoch zu überraschen. Denn der Blick auf den Status quo macht deutlich, dass die Auswirkungen der rechtspopulistischen Machtübernahmen und deren Folgen für Politik, Soziales, Ökonomie und Kultur unmittelbar in den Wahlkämpfen von 2016 angelegt waren. Daher gilt es abschließend, die Folgen der populistischen Kampagnen für die demokratischen Systeme zu analysieren, um darauf aufbauend antipopulistische Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie ableiten zu können.

6.1 Die Fortführung der Kampagnen über die Wahltage hinaus

Dass es im Zuge der Wahlkämpfe sowohl im Königreich als auch den USA zu substantiellen Staatskrisen gekommen ist, liegt in den Kampagnen selbst, deren populistischen Strategien, fehlender inhaltlicher Ausgestaltung sowie dem spezifischen Auftreten begründet. Zentrale Unterschiede offenbarten sich dabei, wie auf die Verwerfungen reagiert wurde: Donald Trump regierte nach der Übernahme des Präsidentenamtes auf die massiven Proteste, den öffentlichen und medialen Widerstand sowie die Untersuchungen der Justiz zunehmend autoritär, indem er sich durch Postenbesetzungen sowie Gegenangriffe abzusichern versuchte. Im Königreich haben die Brexiteers entweder von Anfang an keine Regierungsverantwortung übernommen oder sich in kritischen Momenten aus dieser zurückgezogen. Ihr ungebrochener antieuropäischer Widerstand gegen jeden Ausgleich mit der Europäischen Union entwickelte sich nach dem Votum zum Spiel mit dem Feuer.

6.1.2 Brexit: Der Kampf um den harten Bruch mit der Europäischen Union

Mit der Auflösung der Brexit-Koalition am Tag nach dem Referendum, dem Rücktritt Camerons, Farages Ankündigung aus der Politik auszuschneiden und dem Führungskonflikt bei Labour sind die Bruchlinien quer durch die jeweiligen Parteien offen zutage getreten, als die Zukunft des politisch taumelnden Königreichs völlig im Dunklen lag. Der Versuch des scheidenden Premiers, seine Partei durch das EU-Referendum zusammenzuhalten erwies sich als fatale Fehlkalkulation, stehen aufgrund der Unvereinbarkeit der beiden Lager letztlich auch

die Einheit des gesamten Königreichs auf dem Spiel. Der von Johnson und Gove grotesk vorgetragene Schaukampf um die Parteiführung führte dazu, dass beiden der lange angestrebte Posten des Regierungschefs verwehrt blieb und die uncharismatische aber hart agierende Theresa May die politische Führung übernahm – eine Kompromisslösung, die nur wenige zu versöhnen mochte.

Denn auch die einstige Remain-Befürworterin, die sich aus dem Brexit-Referendum weitgehend herausgehalten hatte, konnte weder Partei noch Land einen, sodass die zähen Verhandlungen um die Austrittsmodalitäten die Staatskrise immer weiter verschärften. Die integrative Rhetorik gegenüber dem Remain-Lager, für die Einzelnen würde sich nach dem Brexit nichts verändern, stand in diametralem Widerspruch zu den Versprechungen an die Brexit-Fraktion, einen klaren Bruch mit der EU, der Personenfreizügigkeit, der europäischen Gerichtsbarkeit und dem Binnenmarkt anzustreben. Dass diese dem britischen Exzeptionalismus geschuldeten Diskrepanzen an den politischen Realitäten der um Selbsterhaltung kämpfenden Europäischen Union scheitern mussten, wollten viele politische und mediale Eliten genauso wenig akzeptieren wie die geopolitischen Machtverschiebungen. Denn das neoliberale Verständnis zahlreicher Konservativer, der Brexit bedeute eine Öffnung zur Welt, wurde mit der Trump-Wahl und den unklaren Konsequenzen für die amerikanisch dominierte globale Ordnung ebenso obsolet wie die Negation der enormen Kohäsionskräfte der Hegemonialmacht EU, die weit über die Mitgliedsstaaten hinausreichen. Dass bis zur ersten Abstimmung über das Austrittsabkommen insgesamt 17 Kabinettsmitglieder, darunter Johnson als Außenminister sowie gleich zwei verschiedene Brexit-Minister, zurücktraten, weil sie Mays Brexit-Verhandlungen die Unterstützung versagten, spricht Bände über die britischen Absichten, „to have the cake and eat it“.

Die Unzufriedenheit beider Lager über das 600-seitige Abkommen mit der EU, das einen harten Brexit unmittelbar verhindern und nur bis zu den endgültigen Verträgen eine stabile Übergangszeit gewähren soll, führt dazu, dass es zu einem Austritt des Königreichs kommt, den so keiner will oder jemals wollte. Viele Remainer fordern ein zweites Referendum, die hinsichtlich des Brexits völlig indisponierte Labour-Führung macht sich für den EU-Austritt und Neuwahlen stark und die Brexit-Populisten trommeln gegen den Vertrag für einen klaren Schnitt mit der Union. Unterstützt von Nigel Farage haben sich Letztere zur erzkonservativen Tory-Splitterfraktion „European Research Group“ zusammengeschlossen, um von den hinteren Reihen des Parlaments offen gegen die Premierministerin zu kampagnisieren. Sie erinnern May an ihre eigenen populistischen Slogans wie „Brexit means Brexit“ oder „No Deal is bet-

ter than a bad Deal“, mit denen sie im ersten Halbjahr 2017 Neuwahlen vom Zaun gebrochen hatte. Dies erwies sich als eklatante Fehleinschätzung, zumal May statt einer Stärkung ihres Brexit-Mandates die absolute Mehrheit der Tories verlor und in eine Minderheitsregierung unter Duldung der erzreaktionären nordirischen DUP gezwungen wurde. Diese Gemengelage verurteilt jeden vernunftgeleiteten Konsens zwischen den Fraktionen sowie der Regierung und dem Parlament zum Scheitern und führt das Königreich infolge der sich zur Staatsparalyse ausweitenden Verfassungskrise gefährlich nahe an den vielzitierten Abgrund, „the cliff edge“. Sollten sich so abermals die von Nationalismus und Empire-Wahn getriebenen Populisten durchsetzen, käme die absolute Abschottung von Europa der „North Korean Option“ gleich, die während des Referendums von allen Seiten als politischer Selbstmord strikt abgelehnt wurde. Nicht die EU, deren Mechanismen und Institutionen sich im Scheidungsprozess als äußerst krisenresilient erweisen, steht damit wie von den Rechtspopulisten 2016 kampagnisiert kurz vor der Implosion, sondern die darauf basierende „Logik“ des Brexits kollabiert und mit ihr das gesamte Königreich.

6.1.2 Trump: Keine Mäßigung durch die Bürde des Amtes

Die Bürde des Präsidentenamtes hat Donald Trump keinesfalls gemäßigt. Er zeigt keine Moral, kein Mitgefühl und mit Ausnahme seines nicht zu bändigenden Willens zur Macht keine Ideale. Spätestens die Inauguration-Speech im Rahmen der Angelobung machte deutlich, dass er seine nationalistische „America First“ Politik des Wahlkampfes weiterführen würde: Anfeindungen, Rassismus, Verschwörungen und Unwahrheiten blieben Trumps tägliches Repertoire und wurden, je stärker Trump in die Defensive kam, immer radikaler. Bis zu den Midterm Elections 2018 verzeichnete die Washington Post 6.400 Falschaussagen von Trump, 1.400 davon alleine in den letzten sieben Wochen vor der Wahl. (Kessler et.al 2018) Zwar stand Trump persönlich nicht zur Disposition, trotzdem führte er Dauerwahlkampf, veranstaltete Rallys im ganzen Land und hetzte dabei in noch stärkerem Ausmaß als 2016 gegen die demokratische Partei, MigrantInnen, Medien und die Justiz. Die Folge war, trotz massiver Eingriffe ins Wahlrecht, der größte bundesweite Erfolg der Demokraten im Repräsentantenhaus seit über 40 Jahren. Auf der anderen Seite konnten aber auch jene KandidatInnen der Republikaner, die Trump demonstrativ die Treue hielten und seinen Wahlkampf zum Vorbild nahmen, in ländlichen Regionen stark mobilisieren. Die moderatere GOP-Elite wurde damit vollends deklassiert und die gesellschaftliche Spaltung auf die Spitze getrieben.

Denn Trump polarisiert als Präsident mehr denn je. So mimt er nicht den Staatenlenker, sondern gibt den Herrscher. Seine bizarre Faszination für antidemokratische Führerfiguren und

Militärparaden verdeutlicht dabei die autoritäre Haltung, die Trump in seiner rücksichtslosen Agenda transformiert hat. Die Folgen dieser Politik sind dramatisch, werden von seinen AnhängerInnen aber gefeiert – von der Rückabwicklung jedweder Klima- und Umweltpolitik über die Senkung der Steuern für die Reichsten, die Unterminierung der Gesundheitsversicherung und Diskriminierung ganzer Glaubensgemeinschaften bis zur Separation von Familien und Gefangennahme von MigrantInnen an der Südgrenze. Von ähnlichen strong-man-Allüren ist auch Trumps Außenpolitik geprägt, wenngleich hier häufig höchst diskrepante Töne zu vernehmen sind: Egal ob im Handels- und Zollstreit mit der EU oder China, dem NAFTA-Vertrag, der NATO oder dem Umgang mit Nordkoreas Atomprogramm, auf Trumps Wut-Reden, Drohungen und Ultimaten folgt in aller Regel die Rückkehr zum Verhandlungstisch, wo im direkten Austausch mit Staatsführern unter marginalen Zugeständnissen Kompromisslösungen geschlossen werden, die Trump als persönlichen Erfolg feiert.

Dieser Stil der Politik- und Verhandlungsführung macht Trump nicht nur für seine Konkurrenten sondern auch für sein Kabinett, die Berater und Anwälte im höchsten Maße unberechenbar, nicht zuletzt auch deshalb, weil seine Aussagen und Twitteriaden wie im Wahlkampf höchst inkonsistent sind. Dass es zu einer noch nie dagewesenen Entlassungs- und Rücktrittswelle in Regierungsmatern und beim Führungspersonal gab, verdeutlicht den politischen Aufruhr in und um Trumps engste Kreise. Immer wieder tauchen verheerende Berichte, Kommentare und Bücher wie etwa *Fire and Fury* von Michael Wolff (2017), *Unhinged* von Omarosa Newman (2018) oder *Fear* von Bob Woodward (2018) auf, die ein deutliches Bild des Führungsstils im Weißen Haus zeichnen, indem Misstrauen, Intrigen und Chaos vorherrschen. Dass im September 2018 ein anonym veröffentlichter Op-Ed-Artikel eines „senior officials“ der Regierung in der New York Times davon berichtet, dass Erwachsene im Raum seien, die als „quiet resistance within the administration“ die anti-demokratischen Impulse des Präsidenten zu zügeln trachten, beruhigt nur wenig.

Dass Furcht und Panik im Umfeld des Präsidenten immer stärker und die Auswirkungen davon immer gefährlicher werden, hängt schließlich wiederum mit der Trump-Kampagne 2016 und den begangenen Malversationen zusammen. Die Fragen nämlich, die FBI, verschiedene Staatsanwaltschaften und die Sonderermittlungen seit den Wahlen beschäftigen, stammen alle aus dem Wahlkampf: Was wussten Trump und sein Team von den Einflussnahmen russischer Stellen auf die Wahl, und hat es Absprachen gegeben? Ist Trump im Ausland durch wirtschaftliche oder finanzielle Beziehungen etwa zu Russland oder Saudi-Arabien kompromittiert, worüber seine Steuererklärungen Aufschluss geben könnten? Hat es illegale Wahl-

kampffinanzierungen gegeben, um mit Pornodarstellerinnen kurz vor dem Urnengang Verschwiegenheitsvereinbarungen zu erwirken? Und wurden seit der Angelobung die Ermittlungen durch persönliche Einflussnahmen, Aussagen oder hochrangige Entlassungen bei Justizbehörden behindert? Der Umstand, dass in der Russland-Affäre bereits zahlreiche hochrangige Personen des Wahlkampf-Teams wie Kampagnenleiter Paul Manafort, Trumps persönlicher Anwalt Michael Cohen sowie sein nationaler Sicherheitsberater Michael Flynn rechtskräftig zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden, lässt auch für Trump und sein engstes Umfeld die Alarmglocken schrillen. Deutlich wird mit jeder weiteren Enthüllung jedenfalls, dass mit Trumps Amtsübernahme der politische Sumpf in Washington nicht ausgetrocknet, sondern vielmehr durch eine Kultur der Korruption in bisher präzedenzlosem Ausmaß genährt wurde.

6.2 Die Auswirkungen der populistischen Kampagnen auf die Demokratie

Mit dem Aufkommen des Rechtspopulismus, das zeigen die Beispiele Ungarn, Polen, Türkei, Italien und neulich auch Brasilien, hat sich der Gang zur Wahlurne als größte Gefahr für die westlichen Demokratien entwickelt. Die starken Männer des 21. Jahrhunderts, das beschreiben Steven Levitsky und Daniel Ziblatt (2018) in *How Democracies Die*, führen kein abruptes Ende der demokratischen Systeme herbei, indem sie über Nacht die Verfassung durch Panzer vor den Parlamenten ersetzen, sondern sie unterwandern sukzessive die politischen Institutionen sowie deren Normen und Konventionen. Donald Trump ist dabei keineswegs der letzte, aber wohl prominenteste Akteur – er läutet nicht das Ende der liberalen Demokratie ein, er zelebriert es aus.

Bei der Analyse der Auswirkungen rechtspopulistischer Politik ist der Fokus auf die Gesamtheit der demokratischen Dimensionen unabdingbar, weil Faktoren wie ökonomische Prosperität, soziale Sicherheit und kulturelle Inklusion die Basis der demokratischen Legitimität bedeuten. Anders formuliert: Die Demokratie ist nur solange stabil, wie die Bevölkerung darauf vertraut, dass ihr die Institutionen dienen. Die Wahl von Donald Trump zum Präsidenten und das Brexit-Referendum symbolisieren die Friktionen dieses Verhältnisses. Sie sind gleichermaßen Folgen der zunehmenden Entfremdung als auch kontinuierliche Fortführung deren Ursachen. Denn Populisten geben zwar vor, das Volk direkt zu vertreten, weshalb sie demokratische Institutionen delegitimieren können. Ob ihre Politik aber die tatsächlichen Lebensverhältnisse der Menschen verbessert, bleibt in höchstem Maße fraglich. Gerade der Brexit verdeutlicht in dramatischer Weise, wie national-populistische Verheißungen an politischen Realitäten vorbeiführen, was im Falle eines harten Austritts aus der Europäischen Union fata-

le wirtschaftliche und soziale Konsequenzen haben kann. Das Dilemma aus demokratischer Krise und Rechtspopulismus wird so zur selbsterfüllenden Prophezeiung.

6.2.1 Der populistische Durchgriff auf das politisch-institutionelle System

Ausgangs- und Kulminationspunkt rechtspopulistischer Agitation ist das politisch-institutionelle System, das zugunsten der Durchsetzbarkeit der Agenda und Absicherung der Macht sukzessive transformiert wird. Der Brexit-Populismus ist bestrebt, die Institutionen der Europäischen Union wie die Kommission, den Rat und den EuGH hinter sich zu lassen und einen möglichst harten Bruch herbeizuführen. Zwar werden dort, wo dieser Schnitt in Frage gestellt wird, auch die Institutionen in London attackiert, Hauptadressat der Angriffe bleibt aber Brüssel. Dies ist für das politische System im Königreich entscheidend, zumal der Rückzug vom Kontinent den Verlust von Einfluss und Gestaltungsmöglichkeiten der European Governance bedeutet, die nationalen Institutionen aber nicht per se untergräbt. Dass der Brexit trotzdem enormes Konfliktpotential von der Staatsparalyse über Verfassungskrisen bis zum Zerfall des Königreichs in sich birgt, ist durch den jahrelangen Aufschub und die anschließende Blockade jener zentralen Frage bedingt, wie über Dekaden etabliertes europäisches Recht auf die komplexe britische Verfassung, den Devolutionsprozess und internationale Verträge übertragen werden sollen. Kommt es tatsächlich zum institutionellen Flächenbrand im Königreich, liegt es daran, dass die Populisten ihr Brexit-Leuchtfeuer nicht löschen wollten.

Trump seinerseits gießt aktiv Öl in sein zersetzendes Feuer, indem er die staatlichen Institutionen in ungekanntem Maße missbräuchlich politisiert. Das amerikanische Selbstverständnis, die lange Tradition der starken Verfassung, die dem mächtigen Präsidenten durch Kongress und Justiz potente Kontrollgremien gegenüberstellt, wäre unumstößlicher Garant der demokratischen Ordnung, birgt massive Gefahren. Denn es ist dieselbe Verfassung mit den gleichen Institutionen gewesen, die bis in die 1960er Jahre auch die Diskriminierung und den Ausschluss großer Bevölkerungsgruppen von politischen Prozessen ermöglicht hatte. Eckpfeiler wie Wahlen, die Verwaltung, freie Presse, Gewaltenteilung oder Rechtsstaatlichkeit determinieren die Demokratie, sind und waren aber nie unumstößliche Garanten gegen deren Erosion. Die Präsidentschaft Trumps macht abermals deutlich, dass die Verteidigung der liberalen Demokratie, der Freiheit, Kontrolle und Gleichheit, letztlich immer ein politischer Akt bleibt.

6.2.1.1 Zulasten der Freiheit: Rechtsstaatlichkeit und Öffentlichkeit unter Druck

Das schizophrene Gleichheitsverständnis der Rechtspopulisten wirkt sich nicht nur auf die polarisierende Rhetorik aus, sondern birgt durchaus Konsequenzen für die *individuelle Freiheit*. Die Errichtung von Mauern und Grenzen reduziert nicht nur die Immigration, sie wirkt sich etwa für BritInnen durch den EU-Austritt auch auf die Reise- und Bewegungsfreiheit, den Dienstleistungs-, Waren- und Kapitalverkehr am Kontinent aus. In den USA führen besonders die retrograden Ideale der Konservativen zu antiliberalen Einschränkungen einst erkämpfter Rechte, was nicht nur in Form von Diskriminierungen wie dem „Muslim Ban“ oder Massenabschiebungen von MigrantInnen religiöse oder ethnische Minderheiten trifft, sondern bei Transgender-Rechten oder dem Recht von Frauen auf Selbstbestimmung auch AmerikanerInnen. Eine tatsächliche Stärkung der individuellen Freiheit findet indes nur in jenem Bereich statt, der die Freiheit anderer am ehesten einzuschränken vermag – dem „Recht“ auf Waffenbesitz.

Vom Recht, sich selbst zu parodieren: Die Unterminierung der Rechtsstaatlichkeit

Die wohl schwerwiegendsten Verwerfungen innerhalb des politisch-institutionellen Gefüges zieht der Populismus im Bereich der *Rechtsstaatlichkeit* nach sich. Schon die Rechtmäßigkeit der Wahlkämpfe war in Folge der problembehafteten Finanzierung, Budgetüberschreitungen und der unklaren Rolle russischer Online-Aktivisten im Königreich fragwürdig, in den USA durch mittlerweile nachgewiesene Einflussnahme russischer Stellen jedenfalls hochgradig zweifelhaft. Hinzu kommt Trumps fatale Auffassung, das Justizsystem müsse nicht der Verfassung, sondern ihm persönlich dienen. Die geforderte politisch motivierte strafrechtliche Verfolgung seiner Konkurrenz während des gesamten Wahlkampfs gipfelte während der Präsidentschaft in mehrfachen Versuchen, sich im Zuge der Russland-Ermittlungen der unabhängigen Justiz zu bemächtigen beziehungsweise diese zu untergraben.

Als hochrangige Kampagnenführer kurz nach der Angelobung Meineid über ihre Kontakte zu russischen Stellen leisteten und sich der eben eingesetzte Justizminister Jeff Sessions aufgrund irreführender Aussagen wegen Befangenheit aus den Ermittlungen zurückzog, forderte Trump Nachrichtendienstdirektor Dan Coats sowie FBI-Chef James Comey auf, weitere Untersuchungen zu unterlassen. Letzterer verwehrte Trump die verlangte Loyalität direkt und wurde, wie später auch sein Stellvertreter Andrew McCabe, unter Angabe höchst widersprüchlicher Gründe entlassen. Die darauffolgende öffentliche Empörung war so groß, dass Vizejustizminister Rod Rosenstein nicht umhinkam, Robert Mueller als Sonderermittler des

Justizministeriums mit umfassenden Kompetenzen einzusetzen – obsessive Vergleiche zur Watergate-Affäre der Medien und Opposition waren die durchaus naheliegende Folge.

Im Gegensatz zu Richard Nixon, dessen Amtsenthebung in Folge des Abhörskandals erst wegen der Entlassung des Sonderermittlers Archibald Cox erfolgt war, konnte Trumps Beraterstab unter Rücktrittsdrohungen die Absetzung Muellers verhindern. (Schmidt/Haberman 2018). Die Folge waren über Monate beinahe tägliche Beteuerungen Trumps, es habe keine Absprachen gegeben, „no collusion“, die von massiven Attacken gegen die Justiz und Einflussnahmen auf die Strafermittlungen konterkariert wurden. Er diktierte persönlich ein Statement seines Sohnes über das ominöse Treffen im Trump-Tower, drohte bei Untersuchung seiner Familie und seines Wirtschaftsimperiums die Ermittlungen zu beenden, ergriff öffentlich Position für Manafort während dessen Geschworenenprozesses (!) und lobt jene, die auch unter Druck nicht mit den Behörden kooperieren. Dass er dabei wiederholt Begnadigungen kraft seines Amtes für standhafte Loyalität ins Spiel brachte, verdeutlicht sein Rechtsverständnis. Mit Aussagen wie „I have the absolute right to PARDON myself“ (Trump 4.6.2018) verkommt die Gleichheit vor dem Gesetz zur Farce.

Trumpfs Eingriffe in die Rechtsstaatlichkeit passieren nicht in dunklen Hinterzimmern, sondern im Lichte der *Öffentlichkeit*. Die Frage, ob er sich der „obstruction of justice“ schuldig gemacht hat, wird nicht zuletzt durch seinen Twitter-Feed sowie seine medialen Äußerungen zu beantworten sein. Dies verdeutlicht auch seine öffentliche Verteidigungsstrategie: Ob Trump als amtierender Präsident juristisch angeklagt werden kann, gilt als höchst umstritten, er müsste wohl zuvor politisch des Amtes enthoben werden. Solange er seine AnhängerInnen also befeuern und davon überzeugen kann, dass er nichts falsch gemacht habe und die Ermittlungen eine „witch hunt“ von „angry democrats“ und damit eine „deep state“ Verschwörung sind, um den besten Präsidenten aller Zeiten zu stürzen, müssen die republikanischen Senatoren keine Abwahl und Trump in Folge kein Impeachment fürchten.

Die systematische Zerstörung der Öffentlichkeit unter Trump

Die Wirkung dieses Kalküls liegt in der systematischen Zerstörung der demokratischen Öffentlichkeit – den Angriffen auf die Zivilgesellschaft und dem radikalen Umgang mit den Medien. Während Trump kritische Medien fortlaufend als „enemy of the people“ bezeichnet, Journalisten aus dem Weißen Haus ausschließt und bei Rallys die Massen gegen sie aufbringt, haben sich rechte und rechtsextreme Zeitungen und Outlets wie *Breitbart* und deren digitale Referenzräume sowie Sender wie *Fox News* auf Gedeih und Verderb auf Trump ausgerichtet. In 24-stündiger Dauerschleife werden seine Politik, seine Ausfälle und Attacken glorifiziert,

gegenseitig „talking points“ ausgetauscht und mit vereinten Kräften in vernichtender Weise gegen alles gehetzt, was nicht ins rechtspopulistische Weltbild passt – von Demokraten, über „refugee caravans“ bis hin zu demonstrierenden Jugendlichen, die nach einem Schulmassaker als „crisis actors“ diffamiert werden. Der berühmte Anchorman Sean Hannity, der nicht nur auf Trumps Rallys auftritt, sondern auch als dessen informeller Kommunikationschef gilt, ist dabei nur die prominenteste Überschneidung zwischen dem Weißen Haus und rechtspopulistischen Propagandaformaten.

Interdependenzen zwischen Politik und spezifischen Medienlandschaft gibt es freilich auch im Vereinigten Königreich. Auch hier werden Demonstrationen und Petitionen, die sich etwa gegen den EU-Austritt einsetzten, diskreditiert, europäische Institutionen delegitimiert und attackiert und über den Boulevard Druck auf innenpolitische Entscheidungen aufgebaut. Die Spaltung der Öffentlichkeit wird damit auch im Inselstaat deutlich, verläuft aber nicht mehr zwischen den einstigen Fraktionen des Referendums, sondern ist je nach lokaler Zugehörigkeit und politischer Präferenz synchron wie diachron höchst divers – trotzdem aber nicht annähernd so angespannt wie in den USA.

6.2.1.2 Das Primat der Regierungsfähigkeit gegen demokratische Kontrolle

Die extreme Polarisierung der Gesellschaft hat den absoluten Verlust kollektiver Referenzräume als demokratische Basis zur Folge. Egal was aufgedeckt, bewiesen oder inkriminiert wird, geglaubt wird nur, was politisch opportun ist – die Wahlmanipulation des historischen Erbfeindes, in der Person Putins sogar eines ehemaligen KGB-Offiziers, wird legitimiert, wenn es hilft, die andere Seite zu desavouieren. Diese Feindschaft gegenüber der politischen Konkurrenz und deren Milieus, die Angriffe auf die Justiz und unabhängige Behörden sowie die gesplante Medienlandschaft führen dazu, dass das Prinzip der *Kontrolle* gegen Machtmissbrauch außer Kraft gesetzt wird.

Die rechtspopulistische Einschränkung des politischen Wettbewerbs

Der politische *Wettbewerb*, der im Mehrheitswahlsystem beziehungsweise bei Referenden in der Regel auf binäre Entscheidungen und damit ein demokratisches Minimum reduziert ist, wird durch den Rechtspopulismus weiter eingeschränkt. Gerade die radikale Delegitimierung opponierender Parteien erweist sich als fatal, da die Achtung der politischen Konkurrenz in repräsentativen Systemen Grundvoraussetzungen des demokratischen Ausgleichs sowie von etwaigen Regierungswechseln ist. Systematische Anfeindungen etwa der Opposition oder der Vorwurf des Wahlbetrugs bis hin zur Ankündigung, eine verlorene Wahl nicht anzuerkennen widerstreben dem demokratischen Wettbewerb massiv. Dies hat zur Folge, dass das zentrale

Element der Demokratie, die freien, gleichen und kompetitiven Wahlen zum *casus belli* deklariert und damit eben Einschränkungen des Wettbewerbs argumentiert werden können. Exemplarisch feststellen lassen sich solche Maßnahmen unter anderen an der immer abwegiger werdenden Einteilung der US-Wahlbezirke: So haben die regierenden Republikaner etwa den Swing State Wisconsin so starkem ‚Gerrymandering‘ unterzogen, dass die Midterm Elections 2018 für die State Assembly bei einem Wahlsieg der Demokraten von 53 zu 45 Prozent ein Sitzverhältnis von 64 zu 36 Prozent zugunsten der GOP brachte (Bump 2018) – mit drastischen Auswirkungen für die nächste Präsidentschaftswahl. Der politische Wettbewerb wird so ad absurdum geführt.

Gewaltkontrolle gefährdet: Der Durchgriff auf die unabhängige Justiz

Der Rechtspopulismus führt auch dazu, dass die *Gewaltkontrolle* unter Druck gerät. Vor allem die Attacken auf die Judikative, die Rechtmäßigkeit und Verfassungskonformität politischer Handlungen garantieren soll, sowie die fehlende parlamentarische Kontrolle bei starker Machtkonzentration innerhalb der Institutionen, die zum ‚executive overreach‘ führen, sind problematisch. Als das britische Verfassungsgericht entschied, dass der EU-Austritt der Zustimmung des Unterhauses bedürfe, wurden am 4. November 2016 vom *Daily Mail* und *The Daily Telegraph* drei Höchstrichter abgebildet und als ‚Enemy of the People‘ bezeichnet beziehungsweise mit ‚The judges versus the people‘ betitelt. Auch Farage (3.11.2016) sagte nach dem Erkenntnis, ‚a betrayal may be near at hand‘ und warnte unbenommen der einstigen Forderung, dass britische Gerichte und nicht der ‚rogue‘ Europäische Gerichtshof über Vorgänge im Königreich entscheiden sollten, vor ‚public anger‘. Ähnliche Attacken sind auch in den USA zu verzeichnen, wo Trump Richter, die seine ‚Executive Orders‘ wie etwa den ‚Travel Ban‘ als verfassungswidrig aufheben, wiederholt massiv attackiert.

Verschärft wird dieser Umstand in den USA dadurch, dass die Richter vom Präsident ernannt werden und damit auch die von Trump selbst eingesetzte Richterschaft angefeindet wird. Als besonders problematisch hat sich die Ernennung der beiden Höchstrichter herausgestellt, mit denen vor der Midterm Election wieder eine reaktionäre Mehrheit im höchsten Rechtskörper hergestellt werden konnte. Vor allem die Bestellung von Brett Kavanaugh hat in doppelter Weise die Problematik der Trump-Ära für die Gewaltentrennung unterstrichen: Zum einen wurde mit ihm ein enger Unterstützer des Präsidenten ins Höchstgericht entsandt, der sich völlig konträr zu seiner Rechtsauffassung während der Clinton-Regentschaft, als scharfer Kritiker strafrechtlicher Untersuchungen gegen den amtierenden Präsidenten gab. Dies ist etwa für die Russland-Ermittlungen entscheidend, weil in letzter Instanz das Höchstgericht zu ur-

teilen hat, ob Trump gerichtlich zwangsvorgeladen oder angeklagt werden kann. Zum anderen offenbarte der Anhörungsprozess vor der Senatsentscheidung in aller Deutlichkeit, was sich schon durch Unterlassung der Skandal-Aufarbeitung abgezeichnet hatte, nämlich dass die so wichtigen institutionellen „checks and ballances“ vom republikanisch dominierten Kongress völlig ausgeschaltet wurden. So wurde Kavanaugh trotz der heftigen Proteste bestätigt, weil es dem Präsidenten und den republikanischen Hardlinern gefiel, wie er sich durch Wutausbrüche und Angriffe auf Medien und Demokraten im öffentlichen Hearing gegen massive Vorwürfe sexueller Übergriffe verteidigte. Selbst das Justizsystem wird so mit „Trumpisten“ durchsetzt – mit jahrzehntelangen Folgen für die mitunter stark politisierte Rechtsprechung in den USA.

Taking back Control: Die populistische Agenda, die Regierungsfähigkeit zu erhöhen

Ziel dieser populistischen Agenda ist es, unter dem Deckmantel „Taking back Control“, die eigene *Regierungsfähigkeit* zu erhöhen. Dafür werden sämtliche Institutionen und Normen, die ihrer demokratischen Kontrollfunktion nachkommen, umgangen oder eingeschränkt und jene Akteure angefeindet, die sich institutionell dem Durchgriff der nationalen Exekutive entziehen. In besonderem Maße wurde das bei den Brexit-Kampagnen deutlich: Der Austritt aus der Europäischen Union ist letztlich nichts anderes als der Versuch, internationale Institutionen und deren Rechtsordnungen auf nationalstaatliche Ebene zurückzuführen und damit wieder exklusiv der heimischen Regierung zu unterstellen. Dadurch verlieren auch Kontrollinstanzen wie die Europäische Kommission, die Hüterin der Verträge, oder der EuGH ihr Mandat, Unionsrecht *gegen* nationale Regierungen zu verteidigen. Was gerade für progressive Kräfte nach jahrzehntelangem Kampf gegen neoliberale Politikmuster zulasten sozialer Kohäsion als fruchtbarer Ausweg erscheint, verkehrt sich in Zeiten der globalen Dekonsolidierung der Demokratie zum kollektiven Albtraum. Denn neben den Gleichheitsstandards, die Ungleichbehandlungen entgegenwirken sollen, fallen auch die ohnehin großzügig gehalten europäischen Mindeststandards der Sozialunion als Schutz der (lohnabhängigen) Bevölkerung.

6.2.1.3 Der Populismus und der ewige Kampf gegen die politische Gleichheit

Das Postulat der politischen Gleichheit kommt, wie bereits an unterschiedlichen Stellen ausgeführt, durch den Rechtspopulismus massiv unter Druck. Betroffen ist dabei sowohl die prozessuale Gleichbehandlung der Menschen, als auch die Egalität beim Zugang zu demokratischen Entscheidungen. Alleine die Art und Weise wie sich Trump in hyperbolischer Manier selbst über das Volk erhebt und sich als dessen einzig legitimer Vertreter inszeniert, widerstrebt jedwedem normativen Gleichheitsanspruch. Dies ist für die angelsächsische Demo-

kratietradition in besonderem Maße problematisch, als das Prinzip ‚Politische Gleichheit‘, auf dem die demokratische Selbstregierung unter Einbezug und Berücksichtigung möglichst aller persönlicher Präferenzen fußt, ohnehin dem Freiheitsgedanken untergeordnet wird.

„Pay to play“: Die Absage an die politische Transparenz

Angesichts der Skandale und des Chaos rund um die Wahlkämpfe, die mutmaßlichen Einflussnahmen und illegalen Parteispenden, ist es wenig verwunderlich, dass es um die *Transparenz* schlecht bestellt ist. Besonders in den USA hat durch Trump das Prinzip „Pay to Play“ genauso wie das Lobbying von Großkonzernen noch stärker in die tagespolitische Entscheidungen Einfluss gefunden. Trumps Agitation gegen staatliche Behörden verstärkt dabei den Eindruck eines intransparenten, geschlossenen Polit-Systems als clanhaften Zirkel, der sich nach innen immer stärker homogenisiert und nach außen abschottet. Dass die mittlerweile 17 Strafverfahren rund um Donald Trump und seine Firmen federführend von New Yorker Staatsanwälten mit umfassender Erfahrung im Kampf gegen die organisierte Kriminalität geführt werden (Pitzke 2018), verdeutlicht die Dimension, die Intransparenz und Korruption erreicht haben. Für die Wahrung der politischen Öffentlichkeit sorgt demgegenüber die Bürokratie, die immer wieder brisante Vorgänge an Medien weiterleitet und so zum Missfallen der Trump-Regierung für Transparenz sorgt. Dass dies für eine intakte Kultur der Öffentlichkeit nicht ausreichend ist, kann angesichts der Wahlkämpfe der Populisten, der Faktenverachtung, der großzügig eingesetzten Unwahrheiten, falschen Zahlen und Verschwörungstheorien nur allzu leicht nachvollzogen werden.

Mobilisierung statt Partizipation

Die *Partizipation* am Wahlprozess ist nicht nur von den immer umfassenderen Wahlrechtsbeschränkungen betroffen, sondern auch durch die geringe inhaltliche Informationslage, die die Wahlentscheidung kaum absehbar macht. Die Rechenschaftspflicht als demokratischer Prozess wird so konterkariert, zumal bei turnusmäßigen Wahlgängen die Reflexion über die Umsetzung des Regierungsprogramms versagen muss. Abseits von Wahlen wird die Teilhabe des Volkes an politischen Entscheidungen durch Massenmobilisierung substituiert. Trump, der nicht das Volk, sondern sich selbst zum Mittelpunkt seiner Politik macht, braucht zur Umsetzung der Agenda keine breite Partizipation, sehr wohl aber zu seiner Verteidigung.

Deshalb gibt er zu verstehen, dass das Volk durch ihn regiert und hält seine AnhängerInnen durch aggressiven Dauerwahlkampf als Drohkulisse besonders nahe. Eine ähnliche Funktion hat auch der Slogan „Brexit means Brexit“, der von den britischen Populisten in Dauerschleife gegen Forderungen nach einem zweiten Referendum über die Modalitäten des EU-Austritts

ins Feld gebracht wird. Auch hier wird jegliche Teilhabe des Volkes, die den eigenen Vorstellungen gefährlich werden könnte, strikt abgelehnt. Dabei wirkt sich der Brexit erheblich auf die Partizipation des Königreichs aus, da in zentralen Politikfeldern wie etwa dem Umwelt- und Klimaschutz, Kampf gegen organisierte Kriminalität, Terrorismus oder Steuerflucht sowie dem Schutz der ArbeiterInnenschaft vor Lohn- und Sozialdumping, deren Lösungskompetenzen in internationaler Kooperation liegt, das Mitbestimmungsrecht auf europäischer Ebene verloren geht.

Plutokraten und Milliardäre: Keine echte Repräsentation

Dass die Teilhabe des Volkes an politischen Entscheidungen zwar der diskursive Anspruch der Populisten, nicht aber deren tatsächliche Zielsetzung bedeutet, wird auch an der ungleichen *Repräsentation* ersichtlich: Mit der Aushöhlung parlamentarisch-repräsentativer Institutionen übernehmen Individuen den politischen Diskurs, die trotz anti-elitärer Ressentiments dem Establishment zuzuordnen sind. So ist Trumps Kabinett von männlichen Plutokraten und Milliardären durchsetzt – Frauen oder Minderheiten fehlen beinahe vollkommen, das einfache Volk findet keine echte Repräsentation. Hinzu kommt, dass die unterlegenen Präferenzen bei binären Entscheidungen gerade durch den Populismus verfallen: Die 48 Prozent der WählerInnen, die im Vereinigten Königreich für Remain gestimmt hatten, werden in weiterer Folge durch immer härtere Forderungen der Brexit-Ultras an den Rand gedrängt. In den USA konnte sich aufgrund des Wahlmänner-Systems überhaupt die Bevölkerungsminderheit mit ihrem Kandidaten verhältnismäßig deutlich durchsetzen, die Mehrheit blieb in allen drei Exekutivkörpern der Regierung unterrepräsentiert. Die Inklusion von individuellen Präferenzen ist so kaum gegeben, da Populisten auf gesellschaftliche Spaltung statt Austausch oder Ausgleich setzen und die Repräsentation möglichst weiter Bevölkerungsschichten gar nicht angestrebt wird.

6.2.2 Die Verschärfung der sozioökonomischen Ursachen des Populismus

Der Rechtspopulismus transatlantischer Prägung bezieht sich sozioökonomisch auf die neoliberale Doktrin, wonach nationale und internationale Institutionen unternehmerischen Agenden niemals im Weg stehen dürfen. In den Mittelpunkt der Politik wird so die Wettbewerbsfähigkeit gestellt, die soziale Lage der Menschen, so das Mantra, werde sich durch die Ankerbelung der Wirtschaft verbessern. Die neoliberale Ideologie der Marktfreiheit wird in wirtschaftsfreundliche Deregulierungen und Liberalisierungen übertragen, die sozialen Spannungen und ökonomische Ungleichheit werden dadurch aber weiter befeuert, denn die Folgen der populistischen Politik für Wirtschaft, Soziales und Umwelt sind enorm.

Hochkonjunktur und Blasenökonomie: Die Angst vor der nächsten Krise

Dabei ist die protektionistische Wirtschaftspolitik von Trump kurzfristig sogar erfolgreich, führen doch die massiven Steuersenkungen für Konzerne und höchste Einkommensbereiche von bis zu 1,5 Trillionen Dollar über zehn Jahre bei gleichzeitigen Ausgabensteigerungen im Rüstungsbereich zu einer massiven Anheizung der ohnehin starken Konjunktur: Die Beschäftigungszahlen in den USA, die sich bereits im letzten Jahr der Obama-Administration stark gebessert hatten, sind auf Rekordniveau und die Löhne der untersten Einkommensschichten sind, wenngleich verhältnismäßig äußerst moderat, gestiegen. Und auch im Vereinigten Königreich wurde der Mindestlohn im Jahr 2018 nach Jahren der Stagnation leicht angehoben. Dass gleichzeitig immer wieder massive Senkungen der Körperschaftssteuer ins Spiel gebracht werden, um etwa europäische Wirtschaftsbetriebe oder die Finanzwirtschaft der City of London im Königreich zu halten, ist dessen Kehrseite. Denn was in den USA längst eingetroffen ist, droht damit auch zum britischen Schicksal zu werden: Die enorme Ausweitung der Staatsverschuldung während der Hochkonjunktur (!) justament unter jener Partei, die sich jahrzehntelang für Austeritätspolitik starkgemacht hatte.

Trumps Ankündigungen nämlich, den Sumpf trocken zu legen, beziehen sich auf die Washingtoner Politik und nicht die New Yorker Wallstreet. Denn die Finanzdienstleister sind durch Deregulierungen und die künstliche Geldschwemme die großen Gewinner des Trump-Populismus, während für Zukunftsprojekte wie Infrastruktur, Bildung oder Wohnbau das Geld fehlt und sich die Ausgaben dadurch auch nicht amortisieren können. Die Folge ist die extreme Ausweitung der sozioökonomischen Ungleichheit, was durch die Handelskonflikte weiter verstärkt wird: Zwar nimmt der Staat durch Zölle hohe Summen ein, getroffen werden aber die KonsumentInnen sowie durch Vergeltungszölle die Exporteure vor allem landwirtschaftlicher Produkte. Dass General Motors im Herbst 2018 ankündigte, mehrere Werke im Mittleren Westen zu schließen und bis zu 15.000 Stellen zu streichen, (Spiegel Online 2018) ist nicht zuletzt auch auf die hohen Importkosten von Stahl zurückzuführen und verdeutlicht die Auswirkungen von Trumps Wirtschaftspolitik: Er kann nicht nur seine Versprechungen zur Rettung der Schwerindustrie nicht halten, auch das Handelsdefizit ist – vor allem mit China – Ende 2018 auf Rekordniveau, weil die amerikanische Wirtschaft nicht so viel produzieren kann, wie auf „Staatspump“ (Fricke 2018) ausgegeben wird.

Diese künstlich aufgeblähte Wirtschaft in den USA führt, vor allem durch die Bankenderegulierungen und die enorme Ausweitung der spekulativen Geschäfte, zur Gefahr einer Finanzblase, die Befürchtungen an die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 nähren, (Ehrhardt

2018) wobei die parallel angehäuften Staatsverschuldung antizyklische Konjunkturpolitik in diesem Fall deutlich erschwert. Von einem Wirtschaftseinbruch von acht Prozent binnen eines Jahres – und damit mehr als bei der letzten Krise – warnte auch die Bank of England (2018, 47ff.) im Falle eines harten Brexit. Grund dafür wären die befürchteten langen Staus an den Zollstellen zum Kontinent und ein Vertrauensverlust an den Märkten. Die Arbeitslosigkeit würde deutlich steigen, das Pfund um bis zu 25 Prozent fallen und die Inflationsrate auf 6,5 Prozent steigen. Dass dies nur ein „worst case“ Szenario bedeutet, beruhigt nur bedingt, zumal eine Langzeitanalyse der britischen Regierung (HM Government 2018, 71) davon ausgeht, dass selbst der von May vorgelegte Deal Wirtschaftseinbußen von 3,9 Prozent mit sich brächten.

Der Brexit und die soziale Frage

Der Brexit wird dadurch auch enorme Auswirkungen auf die soziale Sphäre haben. So bindet der EU-Austritt als *causa prima* im Königreich seit Sommer 2015 beinahe die gesamte politische Aufmerksamkeit, wodurch zentrale Themen wie die notorischen Problemlagen bei Schulen, kommunalen Strukturen, dem sozialen Wohnbau sowie der Sicherheit nicht verhandelt werden. Der Brexit führt nicht wie versprochen zu sozioökonomischen Verbesserungen bei der einfachen Bevölkerung, sondern ganz im Gegenteil zu einer dramatischen Zuspitzung. Im Falle eines harten Ausscheidens drohen das abrupte Ende des Flugverkehrs auf den Kontinent, da die Landeerlaubnis sofort erlöschen würde, massive Störungen beim Import lebensnotwendiger Güter wie Nahrung, Toilettenpapier oder Chemikalien zur Wasseraufbereitung (Gatzke/Schulz 2018) sowie die bereits ausgeführten Versorgungsengpässe im nationalen Gesundheitssystem. Letzteres wird auch in den USA virulent, wo die von Trump initiierte Abschaffung von Obamacare zwar am eignen Senat gescheitert war, das Versicherungssystem durch zahlreiche Executive Orders aber soweit untergraben werden konnte, dass dessen Rechtmäßigkeit vom Verfassungsgerichtshof gekippt werden könnte. Dass Trump entgegen seinen Wahlkampfankündigungen überhaupt keine Initiativen zur Verbesserung der zum Teil desaströsen sozialen Lage in den Innenstädten zeigt, hat mitunter auch zur Folge, dass der nationale Gesundheitsnotstand aufgrund der Drogenkrise ausgerufen werden musste und 2017 die Zahl der durch Schusswaffen ums Leben gekommenen Menschen, inklusive Suiziden, mit fast 40.000 so hoch wie seit 40 Jahren nicht mehr war. (Korte 2017; Howard 2018).

Der populistische Sündenfall: Die Abkehr von Klima- und Umweltpolitik

Die schwerwiegendsten Folgen des Rechtspopulismus drohen die wirtschaftsfreundlichen Deregulierungen im Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz nach sich zu ziehen. Von der

Luftverschmutzung bis zur Müllentsorgung – beinahe 80 Prozent der britischen Regularien zum Umweltschutz stammen aus Brüssel. Besonders ein harter Brexit kann dabei fatale Folgen für die Umwelt nach sich ziehen, zumal der Zugang zur EU-Datenbank über gefährliche Chemikalien gefährdet wäre, das Vereinigte Königreich aus Programmen zum Meeresschutz herausfallen und sich der Abfall in den Straßen stapeln würde – Großbritannien ist nämlich einer der größten Müllexporteure in der EU. Sollten Wirtschafts-, Transport- oder Finanzministerium nach dem EU-Austritt auf laxer Umweltregularien drängen, könnten Umweltschutzorganisationen nicht mehr auf die Einhaltung der Standards vor der europäischen Gerichtsbarkeit klagen. Dass die Regierung den Aufbau eines Office for Environmental Protection (OEP) plant, gibt für AktivistInnen nur wenig Grund zu Hoffnung, da an der Unabhängigkeit der Behörde stark gezweifelt werden muss. (ORF 2019)

Noch drastischer sind die Auswirkungen für die Umwelt bei Trump: Seine Wahlkampfankündigungen, das Budget der US-Umweltbehörde EPA drastisch zu kürzen, hat er tatsächlich erfüllt und mit Scott Pruitt einen Anwalt der Öl-Lobby und Klimaskeptiker zu deren Leiter ernannt. Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen hat dabei nicht nur zur Folge, dass die Erderwärmung um 0,3 bis Prozent steigen wird, (Bojanowski 2017) sondern dass weitere Länder aufgrund wirtschaftlicher Interessen den USA folgen könnten und damit das Klimaziel der Vereinten Nationen, die Begrenzung der anthropogenen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad gegenüber vorindustriellen Werten, gefährdet ist. Eine 2018 veröffentlichte Studie der Harvard Universität (Cutler/ Dominici 2018) kommt zum Schluss, dass die Umweltpolitik binnen einer Dekade 80.000 AmerikanerInnen das Leben kosten und bei einer Million Menschen zu schweren Atemwegserkrankungen führen wird. Damit werden die dramatischen Folgen der rechtspopulistischen Politik in einem Jahr verdeutlicht, in dem die US-Ostküste von besonders schweren Hurrikans und die Westküste von den verheerendsten Waldbränden seit Jahrzehnten getroffen wurde.

6.2.3 Die Spaltung der Gesellschaft als gefährliche politische Unkultur

Der Neoliberalismus ist eine der zentralen Wurzeln des Rechtspopulismus. Vieles aber, was daraus erwachsen ist, war vom Neoliberalismus so nicht gewollt. Die Verwerfungen der reinen Marktwirtschaft, Exklusion, Ungleichheit und Intransparenz, haben zu Hass, Nationalismus und Protektionismus und dem Wunsch geschlossener Grenzen geführt – ein Albtraum für die Neoliberalen der ersten Stunde, wie Wendy Brown (2017, 58) schreibt, zumal diese die politische Einflussnahme der verblendeten Massen, wie sie der Populismus mobilisiert, hassten. Die Folgen sind das Auseinanderdriften des ungezügelter Kapitalismus einerseits und der

sozioökonomischen Lage der Mehrheit andererseits, die vom Populismus kommunikativ trianguliert und durch identitären Fanatismus aufgelöst werden. Da die AusländerInnen aber nicht postwendend verschwinden und die märchenhaften Empires schlagartig wiederaufleben, wird die zu erfüllende Vision einer alten Gesellschaftsordnung weiter radikalisiert und durch autoritäre, anti-sozialliberale Rhetorik vorangetrieben. „If you believe you are a citizen of the world, then you’re a citizen of nowhere“, sagte Theresa May bei ihrem ersten Convent als Parteiführerin der Tories 2016 (zit. nach: Marsili 2016) und Trump (22.10.2018) bekannte im Zuge der Midterm Elections 2018 unverblümt: „I’m a nationalist.“

Die gesellschaftliche Spaltung, das ist die Folge daraus, wird immer stärker, die Auswirkungen davon manifestieren sich nicht nur in familiären oder kommunalen Konflikten sondern werden zunehmend auf die Straße verlagert: Xenophober Agitation in der Öffentlichkeit treten Anti-Rassismus-Kampagnen entgegen, gegen die zerstörerische Umweltpolitik wurde der Science March organisiert, Misogynie und sexuellen Übergriffen folgte der Women’s March und die Metoo-Bewegung und den demonstrierenden Hard-Brexit-Befürwortern stehen Großdemonstrationen mit Millionen TeilnehmerInnen für den Verbleib in der EU gegenüber. Dass Anfeindungen durch Kampf- und Kriegsrhetorik bis hin zu Gewaltphantasien von politisch höchster Stelle nicht mehr entgegengetreten wird, diese mitunter sogar legitimiert werden, zeigt sich auch durch die Zunahme von Hasskriminalität im Zuge der Wahlkämpfe. Während und nach dem Brexit-Referendum ist es zu einer Zunahme von bis zu 58% bei xenophoben und rassistisch motivierten Attacken und Übergriffen gekommen. (Travis 2016) Auch für den geplanten Austritt aus der EU im März 2019 warnte die Polizei schon frühzeitig vor einer weiteren signifikanten Steigerung der Hasskriminalität. (Dodd 2018) Die Angst vor Gewalt ist auch in migrantischen und anti-autoritären Communities in den USA gestiegen. So ist es nicht nur bei Trumps Wahlkampfveranstaltungen und später bei seinen Rallys im Lichte der Öffentlichkeit zu politisch motivierten Gewaltakten gekommen, diese haben in den USA im Jahr 2017 noch einmal um 17 Prozent zugenommen und damit die höchsten Werte seit der Krise von 2008 erreicht. Hauptbetroffene der rassistisch motivierten Attacken waren AfroamerikanerInnen. (FBI 2018)

Diese „Meta-Violence“, die auf sozialen Antagonismen beruhende emotionalisierte Evokation von Gewalt, (Saramo 2017, 2) hat vieles salonfähig gemacht, was vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre. Freilich führen Bemerkungen wie jene von Boris Johnson in seiner Kolumne (5.8.2018), eine Burka-Trägerin sehe aus wie ein Briefkasten, oder Trumps (13.8.2017) strikte Weigerung, einen rassistischen Mordanschlag auf eine friedliche Demonst-

ration gegen einen rechtsextremen Aufmarsch in Charlottesville zu verurteilen und stattdessen von Gewalt „on many sides“ zu sprechen, zu politischen Skandalen. Sie bilden aber nur mehr die Spitze des Eisbergs, weil die konstante Gleichsetzung von Migration und Kriminalität, laufende Selbstviktimisierung und die ständig geschürte Ablehnung von Institutionen zur Normalität geworden sind – mit potentiell fatalen Folgen. Denn der Rechtspopulismus wird nicht über Nacht verschwinden und das erzeugte Klima sich nicht ohne gezielte Gegenmaßnahmen verbessern, was insofern dramatisch erscheint, als bei einer Wiederwahl von Trump und dem zu erwartenden langen Prozess bis zur endgültigen Loslösung des Königreichs von der Europäischen Union die Rechtspopulisten über eine ganze Dekade den politischen Diskurs bestimmen könnten und damit die Generation der Zukunft prägen.

Die weitere Entwicklung des Rechtspopulismus wird, nachdem die Wahlen in Großbritannien 2017 und den USA 2018 durchaus ein Ende des Rechtspopulismus anklingen haben lassen, davon abhängen, wie hoch dessen Beliebtheit in der Bevölkerung ist. So verfügt Trump zwar über sehr loyale Anhängerinnen und Anhänger, solange seine Zustimmungswerte in der Gesamtbevölkerung aber nur an die 40 Prozent-Marke reichen, ist ein totaler Durchgriff auf die zentralen Kontrollinstanzen, die Opposition, Gerichte und Medien, schwer vorstellbar. Gleiches gilt auch für den Brexit, wobei hier die zentralen Akteure mit abgeschwächten Mitteln und kaum aus Regierungspositionen agieren. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass im Zuge drastischer sozialer oder ökonomischer Verwerfungen, ausgelöst etwa durch einen harten Brexits, eine Wirtschaftskrise oder einen nationalen Katastrophenfall, nicht anlassbezogen die Tür zum Autoritarismus geöffnet werden kann. Nicht zuletzt die Ausschreitungen von London 2011 und die Ermordung von Jo Cox im Königreich sowie die Gewalt im Wahlkampf, die dutzenden Massenschießereien sowie die versendeten Paketbomben eines Trump-Anhängers an Oppositionelle und Trump-GegnerInnen kurz vor der Halbzeitwahl in den USA müssen Warnung genug sein, dass instabile Verhältnisse, Auslöser gleichermaßen wie Folge des Verfalls der Demokratie sind und dann besondere Gefahr droht, wenn soziale Gruppen, die vermeintlich nichts zu verlieren haben, Gewalt als Option erachten.

7. Quo vadis Demokratie? Gegenstrategien gegen den Rechtsruck

Die Hoffnung vieler Demokraten weltweit, der Rechtspopulismus würde spektakulär scheitern und die politischen Verhältnisse wieder an Vernunft und Expertise, Vertrauen und Werten ausgerichtet werden, kurz das Pendel wieder Richtung ‚Normalität‘ zurückschlagen, ist groß, jedoch freilich problematisch. Sollte Trump etwa im Zuge der mannigfaltigen Ermittlungen tatsächlich ein Amtsenthebungsverfahren oder eine Anklage drohen, würden jene Menschen den letzten Funken Vertrauen in die Demokratie verlieren, den sie 2016 erst durch Trump wiedergewonnen hatten. Nämliches trifft in gleichem Maße auf das Königreich zu, wo eine Abkehr vom Brexit etwa infolge eines zweiten Referendums Millionen Menschen mit dem Gefühl, betrogen worden zu sein, zurücklassen würde. Tatsächlich aber steht das fulminante Scheitern des Rechtspopulismus – obwohl der Brexit und die Trump-Präsidentschaft für akademische Eliten und weite Teile der Medien als katastrophal rezipiert werden – nicht an. Der Populismus genießt nach wie vor starken Rückhalt in großen Teilen der Bevölkerung. Warum? Weil die Strukturen, die 2016 zum Erfolg der rechtspopulistischen Kampagnen geführt haben, die gleichen geblieben sind, wenn sie sich in manchen Bereichen nicht sogar noch verschärft haben.

7.1 Trump und Brexit und die Frage nach dem Danach

Die guten Chancen auf eine Wiederwahl von Donald Trump 2020, so er sich dieser stellt, sind trotz oder gerade wegen der verlorenen Midterm Elections kaum geringer geworden. Die Demokraten haben keinen aussichtsreichen Kandidaten und drohen sich in Ausrichtungskämpfen zwischen Progressiven und Moderaten zu zerreiben. Gleichzeitig sind sie durch die Übernahme des Repräsentantenhauses politisch wieder wahrnehmbar geworden, Trump wird für das Chaos und gescheiterte Projekte wie die Grenzmauer die Schuld auf die Opposition schieben. Hinzu kommt, dass die Mueller-Ermittlungen zwar massive Einflussnahmen Russlands und etliche Rechtsbrüche des zentraler Trump-Vertrauter feststellen konnte, die über 22 Monate von zahlreichen liberalen Medien, deren Pundits und Teilen der Opposition obsessiv antizipierten Absprachen Trumps und seines Teams mit russischen Kräften aber zumindest nicht bewiesen werden konnten. Damit ist nicht nur die Hoffnung vieler Liberaler, Trumps Präsidentschaft würde vorzeitig aufgrund der Russland-Affäre enden und die politischen Verhältnisse von selbst wieder ins Lot rücken, torpediert, sondern Trumps exzessive Attacken auf die Justiz, Medien und Opposition– von „deep state“ über „fake news media“ bis „witch hunt“ – scheinen für seine Fans sogar gerechtfertigt gewesen zu sein. Während bestimmte Mainstream-Medien, die sich im Sog der Mueller-Ermittlungen an Pseudo-Enthüllungen erei-

ferten und sich mitunter ausnahmslos durch die Gegnerschaft zur Trump-Präsidentschaft definierten und daran profitierten, nachhaltig desavouiert sind, hat Trump und die ihm gewogenen rechtspopulistische Medienlandschaft bereits zum Gegenschlag ausgeholt und all jenen mit Vergeltung gedroht, die Trump der Zusammenarbeit mit Russland bezichtigten.

Der Dauerwahlkampf Trumps und die Agitation gegen Opposition und Medien droht dadurch nicht nur noch radikaler zu werden, weil er nach Vergeltung für monatelange Anschuldigungen trachten könnte und den demokratiepolitisch so beutenden Medien in der hyperpartisanen Gemengelage der US-Politik eine zusätzliche Vertrauenskrise droht, sondern weil sich Trump als von allen Vorwürfen reingewaschen inszenieren und dadurch mit Rückenwind nahtlos in die 2020-Kampagne übergehen kann. Diese startet nicht nur wesentlich früher als die 2016-Kampagne, sondern wird auch finanziell deutlich stärker ausgestattet sein. Durch die konservative Mehrheit am Höchstgericht gepaart mit den voranschreitenden Eingriffen in das Wahlrecht ist alles andere als ausgeschlossen, dass kluge Strategien und massive Ausgaben in wenigen, wahlentscheidenden Bundesstaaten Donald Trump zwar um Millionen Stimmen unterliegen lassen, ihm aber den Sieg im Electoral College und damit abermals gegen alle Umfragen die Wiederwahl ermöglichen. Trump wäre dann kaum mehr aufzuhalten – was selbst den 22. Verfassungszusatz, der die Präsidentschaft auf acht Jahre beschränkt, gefährden könnte.

Im Vereinigten Königreich haben die Monate seit dem Referendum gezeigt, dass die Tradition des britischen Pragmatismus, der lange Zeit gegenüber dem kontinentalen Idealismus als wichtiger europäischer Ausgleichsmodus erfasst wurde, vollends verloren gegangen ist. Das Königreich muss, ungeachtet der Bestrebungen um weitere Plebiszite, aus der Europäischen Union austreten, da jede Vision, wie London ein konstruktiver, integraler Bestandteil der europäischen Solidargemeinschaft sein könnte, nach Jahren der Anti-EU-Politik zum Scheitern verurteilt ist: Die Brexiteers hassen die EU mehr, als die Remainer sie lieben und sie geben ihr für alles die Schuld, was im Inselstaat schief läuft, selbst für das innenpolitische Chaos. Dass die Verhandlungen des Königreichs mit der EU, wie die Beziehungen langfristig vertraglich fixiert werden sollen, noch jahrelang Konfliktpotential bieten werden, mitunter sogar bis zum Ende des nächsten europäischen Finanzrahmens 2027 reichen könnten, entspannt die Lage kaum. Denn das Vereinigte Königreich, das schon durch verhältnismäßig marginale Entscheidungen wie eben die Zustimmung zum unmittelbaren Austrittsvertrag in eine politische Paralyse verfällt, wird sich nicht nur weiterhin an zahlreiche Regularien der EU zu halten haben, sondern droht auch in einer Position gefangen zu werden, in der EU-Beiträge und die Scheidungskosten zu entrichten sind, aber nicht mehr mitbestimmt werden kann. Mit welchen

Gefahren dabei zu rechnen ist, zeigen unter anderem die Vorbereitungen auf einen desaströsen harten Brexit, die schon Anfang 2019 Maßnahmen gegen Versorgungsengpässe und ein Zollchaos umfassten und bis Planung taktischer Truppenverlagerungen auf die Straßen zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung reichen (Elgot et al. 2018). Und die Hoffnung darauf, dass die gesellschaftlichen Spannungen mit dem EU-Austritt abnehmen, ist ebenso gering, zumal das Remain-Lager wohl rasch mit der Kampagne zum Wiedereintritt starten würde.

Der Rechtspopulismus bedient nationalistische Identitätspolitik, findet aber auf die drängenden sozialen Fragen, die seinem Erfolg zugrunde liegen, keine Antworten. Verbitterung, Zukunftssorgen und Wut werden eben nicht in Chancengerechtigkeit zugunsten eines fairen Zusammenlebens, soziökologischen Maßnahmen gegen den Klimawandel, Armutsreduktion, Bildungsförderung oder konstruktive, weil notwendige internationale Kooperation gemünzt. Zwar treten die Populisten formell für Veränderung ein, konservieren tatsächlich aber herrschende Verhältnisse, während die Anrufung ressentimentgeladener Emotionen gesellschaftlich die Eskalationsspirale vorantreibt, die Disruption des politischen Systems als Erfolg des „einfachen“ Volkes gefeiert wird und so die eigenen Prophezeiungen Erfüllung finden. Die Folgen daraus sind nur schwer abzuschätzen, ob für den Rechtspopulismus jedenfalls gilt, was bei Revolutionen seit jeher feststellbar ist, dass sie nämlich von ihren eigenen Kindern gefressen und von noch weitaus radikaleren Kräften abgelöst werden, bleibt abzuwarten. Dass mit den von Trump erzwungenen Rücktritten von Verteidigungsminister Jim Mattis, dem Chief of staff John Kelly und Außenminister Rex Tillerson die Positionen von ausgewiesenen Hardlinern übernommen wurden, deutet ebenso auf eine weitere Radikalisierung hin wie der Partei Austritt von Nigel Farage aus der UKIP, weil dessen Nachfolger Gerard Batten mit Tommy Robinson eine der zentralen Figuren des neonazistischen Milieus zum persönlichen Berater gemacht hatte. Aus all diesen Überlegungen gilt es abschließend Auswege aus dem Rechtspopulismus zu skizzieren, indem das Vertrauen in die Demokratie wieder gestärkt wird.

7.2 Acht Wege aus dem Rechtspopulismus

Der Rechtspopulismus ist kein demokratisches Korrektiv, trotzdem ist ihm nicht durch Pathologisierung, sondern nur durch unnachgiebige Auseinandersetzung beizukommen. Dabei gilt es, nicht auf wundersame demokratische Selbstreinigung zu hoffen, sondern Antworten auf jene zentralen Fragen nach Gerechtigkeit, Teilhabe und Vertrauen in die Demokratie zu geben, die in den letzten beiden Dekaden allzu gerne ausgeblendet wurden und aus deren Leerstellen jene Gemengelage entstehen konnte, die zum Austritt der Briten aus der EU, der Wahl von Trump zum Präsidenten und weiteren populistischen Umbrüchen rund um den Erdball

geführt haben. Gerade die Schwäche der arrivierten Parteien ermöglicht Platz für demokratische Konzepte progressiver Bewegungen, die echte Alternativen „for the many, not the few“ bieten.

Dazu muss erstens – hier setzt diese Arbeit an – Aufklärungsarbeit geleistet werden, die Mechanismen, Strukturen und Strategien der Rechtspopulisten und deren Auswirkungen auf die Demokratie offen legt, ohne die handelnden Akteure zu dämonisieren, das entsprechende Elektorat verächtlich zu machen oder herrschende Eliten unkritisch zu protegieren. Zentrales Anliegen muss es werden, die Diskurshoheit der Populisten zu brechen und deren Dauerrezeption zu beenden, indem die monopolare Fixierung auf den Sendern beendet wird.

Zweitens gilt es, progressive Positionen wieder zu stärken. Die linken Parteien haben in weiten Teilen der etablierten Demokratien den Aufstieg des Rechtspopulismus nicht verhindern können, weil sie selbst von ihren Idealen abgekommen sind. Dabei zeigt der Erfolg von Bernie Sanders und Jeremy Corbyn, welches Verlangen von jungen Menschen und Grassroot-Bewegungen nach linken Alternativen gerade von den Zentren des Neoliberalismus ausgeht. Sie wollen die Frage nach Gerechtigkeit auf nationaler und internationaler Ebene wieder in den Vordergrund rücken und kämpfen um Mindestlöhne, stabile Sozialsysteme, leistbaren Wohnraum, ökologische Nachhaltigkeit und Gleichberechtigung. Die Globalisierungskritik, die auf die dialektischen Antagonisten der Gesellschaft zurückzubessinnen ist, hat dabei stets ihre Berechtigung, muss aber gegen den uferlosen Kapitalismus und nicht völkisch gegen Identitäten ausgerichtet werden.

Drittens heißt es, marginalisierte Gruppen politisch zu fördern: Frauen und Minderheiten müssen als Wählerinnen wie auch zu Wählende in die Politik! Gerade dem maskulin geprägten, weißen Rechtspopulismus ist Vielfalt entgegenzustellen – welche antipopulistischen Erfolge diese Strategien zeitigen, wurde nicht zuletzt bei den amerikanischen Midterm Elections 2018 offenbar, zumal sich auch die junge Generation verstärkt am politischen Prozess beteiligte. Die Millennials werden 2020 erstmals mehr WählerInnen als die Babyboomer-Generation stellen, womit – ähnlich wie im Königreich – die Alters- und Sozialstruktur des Elektorats völlig neu verteilt wird.

Viertens sind zivilgesellschaftliche Bewegungen und Gewerkschaften zu stärken und deren Anliegen, Strukturen und Plattformen aktiv in die politische Arbeit arrivierter Parteien zu integrieren. Der breite Widerstand in der Bevölkerung, in der Wissenschaft und bei NGOs gegen die populistische Politik, die in Form von Demonstrationen, Zusammenschlüssen und Aktionen zum Ausdruck gebracht wurden, hat gezeigt, dass Bewusstsein dafür geschaffen

werden muss, was – vor allem unter jungen Menschen – zu lange als gegeben erachtet wurde: Dass die Demokratie ein Wertkanon ist, für den man sich einsetzen muss. Friede und Prosperität dürfen nach Jahrzehnten nicht als selbstverständlich genommen werden, sondern müssen tagtäglich gelebt und mit Leben erfüllt werden, weil sie vor Rückschritten niemals gefeit sind.

Fünftens muss unterstrichen werden, dass nicht nur Inhalte und Positionierungen zentrale Faktoren für die politische Arbeit darstellen, sondern auch antipopulistische Strategien entwickelt werden müssen. Diesbezüglich ist es unerlässlich, dem Kampf in und über soziale Medien entgegenzutreten und eine demokratische Transformation der digitalen Öffentlichkeit herbeizuführen. Der Dystopie eines voranschreitenden „Überwachungskapitalismus“ ist dringend mit Transparenz wie der Offenlegung von Algorithmen sowie der Regulierung transnationaler Onlinegiganten beizukommen, um einen gemeinnützigen, demokratischen Austausch zu ermöglichen, der Emotionalisierung, Angriffe und Hass durch Fakten und Vernunft durchbricht – nicht zuletzt auch eine Frage der Bildung.

Sechstens ist es unausweichlich, sich der Migrationsthematik zu stellen und abseits von Ressentiments und der Mobilisierung von Angst sozial-ökologische Konzepte zu formulieren, die es allen BewohnerInnen des Planeten ermöglicht, ein Leben in Würde und Friede zu führen. Denn die Migrationsströme werden eine der zentralen Fragen des 21. Jahrhunderts sein – aus klimatischen Gründen. Deshalb ist es unerlässlich, durch internationale Kooperation die Strukturen in den Herkunftsländern des globalen Südens so zu fördern, dass die Flucht nicht zur Ultima Ratio werden muss.

Siebtens gilt es dort für politisch-institutionelle Reformen einzutreten, wo das Vertrauen in staatliche Strukturen gelitten hat, weil sie mit den rasanten Veränderungen des 21. Jahrhunderts nicht schritthalten konnten. Die ungeschriebene Verfassung im Königreich und die starre Verfassung in den Vereinigten Staaten mitsamt den wahlssystembedingten Zweiparteienlandschaften werden auch in Zukunft Garant für Unzufriedenheit sein und das Gefühl vieler potenzieren, nicht repräsentiert zu werden – was vor allem in Krisen- oder Katastrophenfällen ungeahnte Folgen nach sich ziehen kann.

Schließlich liegt es achtern an jeder Einzelnen und jedem Einzelnen, ausdrücklich aus den eigenen Referenzräumen herauszutreten, andere Meinungen zu hören, zu tolerieren und zu akzeptieren, um so bewusst der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzutreten. Das Verbindende ist nicht nur stärker als das Trennende, es ist innerhalb des Verfassungsrahmens auch fortwährend in deutlichem Überhang. Diese Besonnenheit – bewahrt auch in Momenten höchster Erregung – ist das individuelle Grundelixier gegen populistische Verblendung.

8. Conclusio – Die Verteidigung der Demokratie

2016 wird als jenes Jahr in die Geschichtsbücher eingehen, in dem sich der Rechtspopulismus in den beiden ältesten und wohl auch wichtigsten Demokratien durchgesetzt hat – in den Vereinigten Staaten von Amerika und dem Vereinigten Königreich. Dass es so weit kommen konnte, dass Donald Trump zum Präsidenten gewählt wurde und sich das britische Volk für das Ausscheiden aus der Europäischen Union entschieden hat, liegt an der Zuspitzung jener gesellschaftlichen Krisenformationen in beiden Ländern, die einen radikalen Wandel nicht nur an der Spitze der Politik, sondern des gesamten Systems erstrebenswert und schließlich mehrheitsfähig erscheinen ließ – die Trias aus sozioökonomischen Verhältnissen, sozikulturellem Wandel und politisch-institutionellen Verwerfungen. Zentral ist dabei nicht, wie akademisch und publizistisch allzu häufig hypothetisiert, welche Ereignisketten dem politischen Erdbeben des Jahres 2016 kausal überzuordnen sind, ob Finanzkrise, Austeritätspolitik und Globalisierung oder Migration, Sozialliberalismus und Feminismus den Frust bis hin zur Wut der Bevölkerung auf die Politik und damit den Wunsch nach radikaler Veränderung besser erfassen. Entscheidend ist vielmehr, all jene Faktoren mit den Entwicklungen des politischen Systems, den Institutionen, Parteien und der Öffentlichkeit, als Analyseanordnung zu kombinieren und den Rechtspopulismus als Disposition des gesamten demokratischen Systems zu erfassen.

Die Synchronität der populistischen Kampagnen im UK und den USA

Denn gegen diese etablierte demokratische Ordnung ist die rechtspopulistische Agitation gerichtet. Die Wahlkampagnen, deren Wurzeln mitunter mehrere Jahrzehnte zurückreichen, bauen auf dem Unmut der Bevölkerung, der Angst vor gleich mehrfacher Marginalisierung und dem über Jahre gewachsenen – weil auch gezielt geschürten – Misstrauen auf die repräsentative Demokratie auf und radikalieren die *vox populi*, indem sie jene zu sprechen vorgeben. Die Strategien, Agenden und Auftritte der Rechtspopulisten sind dabei, das zeigt diese Arbeit, sowohl in den USA wie auch im Vereinigten Königreich trotz unterschiedlicher Ausgangssituationen – hier eine zyklisch stattfindende Wahl zum Präsidenten, dort ein einmalig ausgerufenes Referendum – äußerst synchron: Die Kampagnen in beiden Ländern geben sich erstens im Stil neuer sozialer Bewegungen als Repräsentanten jener „weißen“ Mittelschicht, die als „wahres“, ursprüngliches Volk antizipiert wird. Dieser als homogen erachtete Volkskörper wird zweitens von all jenen geschieden, die nach ethnischen, politischen oder religiösen Gesichtspunkten als nicht zugehörig erachtet werden und gegen das vage gefasste Establishment, die als korrupt delegitimierten Eliten, in Stellung gebracht. Die Agitation der Kampagnen richtet sich im Anschluss daran drittens nicht nur gegen die politische Konkurrenz,

sondern gegen die demokratische Ordnung selbst, gegen Institutionen, Medien, Regeln und Normen, und bekräftigt durch bewusst einfach gehaltene Botschaften den *Common Sense* gegenüber Expertisen und Intellektualismus. Sowohl der Brexit als auch Trump richten sich dabei viertens elementar gegen trans- und internationale Organisationen und Abkommen und setzen auf nationale Stärke gegen Prozesse der Europäisierung und Globalisierung. Kulminationspunkt dieser Agenda ist fünftens die Ablehnung der Migration, die neben xenophober Artikulation beidseits des Atlantiks offen rassistisch geführt wird. Der Strategie des Tabubruchs wird sechstens auch insofern entsprochen, als Unwahrheiten, falsche Zahlen und Behauptungen bis hin zu Verschwörungstheorien den politischen Diskurs prägen. Multipliziert wird dies siebtens über soziale Medien, die von den Rechtspopulisten durch radikale Online-Agenden und strategische Kooperation mit rechten bis rechtsextremen Plattformen dominiert werden. Statt auf Rationalität zu setzen kann so achtens gezielt aggressiv emotionalisiert und Angst vor der Zukunft geschürt werden, was in der politischen Arena Aufmerksamkeit garantiert. Inhaltliche Leerstellen und programmatische Diskontinuitäten der populistischen Kampagnen werden so neuntens zugunsten national-chauvinistischer Ideale, das Land zurück zu alter Stärke zu führen, externalisiert. Schließlich wird zehntens deutlich, dass die Parallelen der Wahlkämpfe nicht nur ähnlichen Strukturen geschuldet sind, sondern die jeweiligen Kampagnen gezielt transatlantisch kooperiert haben – die gemeinsame Agitation für geteilte Ziele der Rechtspopulisten ist dabei nicht nur politisch höchst umstritten, sondern aufgrund zahlreicher Skandale auch strafrechtlich brisant.

Die Erschütterung demokratischer Grundsätze

Diese Skandale rund um Hacking-Angriffe, Datendiebstahl und Zusammenarbeit mit antidemokratischen Regimen und Akteuren, die in den populistischen Wahlkämpfen zentral verankert waren, erschüttern demokratische Prozesse in ihren Grundfesten und sind elementare Bedrohungen für die Volkssouveränität – sie bilden jedoch nur die Spitze des Eisbergs. Denn die rechtspopulistische Agitation endet nicht mit dem Wahltag, sie wird im Vereinigten Königreich und in den USA nach erfolgreicher Kampagne darüber hinaus weitergeführt, mitunter sogar verschärft. Ziel der Populisten ist dabei nicht die fundamentale Transformation des gesamten Staates innerhalb kürzester Zeit, sondern der kontinuierliche Umbau des politischen Systems in Richtung Effizienzdemokratie zur Erhöhung der eigenen Regierungsfähigkeit. Kontinuierlich werden dazu Angriffe auf demokratische Fundamente wie die Rechtsstaatlichkeit, Gewaltkontrolle, Öffentlichkeit und Repräsentation durchgeführt, die Unterminierung politischer Akteure, Konkurrenten und Institutionen vorangetrieben, in antiegalitärer Manier direkte Anfeindung ethnischer und religiöser Minderheiten formuliert und die Tabulosigkeit

im Umgang mit fixierten und tradierten Regeln, Konventionen und Usancen immer weiter forciert.

Dass die Populisten ihre Fahnen in jenen Wind hängen, den sie selbst erzeugen, wird insofern deutlich, als der Kulminationspunkt ihrer politischen Agenda zwar der Transformation der liberalen Demokratie entspricht, ihr Einwirken auf die soziale, ökonomische und kulturelle Dimension der Demokratie aber weit darüber hinausreicht: Politische Disruption bis hin zur Staatsparalyse, Handelskriege hier und wirtschaftliche Unsicherheit dort, drohende Staatsverschuldung aufgrund von Steuererleichterung für Konzerne und Reiche, die dramatische Unterfinanzierung des Gesundheitssystem sowie die völlige Abkehr von jedweder Klima- und Umweltpolitik führen genau wie die nationalistische und nativistische bis rassistische Rhetorik in den USA und dem Vereinigten Königreich dazu, dass die Rechtspopulisten in Regierungspositionen jene Strukturen verschärfen, die ihrem Erfolg zugrunde liegen. Der Rechtspopulismus, der aus Gründen der Abgrenzung fortlaufend Feindbilder benötigt, spaltet so die Gesellschaft immer weiter, radikalisiert die eigene Basis und führt zum Verlust kollektiver demokratischer Werte und Referenzpunkte, was im Fall sozialer, ökonomischer oder nationaler Krisen zum globalen Fanal werden kann.

Nicht nur im Vereinigten Königreich und den USA: Die Verteidigung der Demokratie

Denn die hier dargelegten Agenden, Strategien und Inhalte des Rechtspopulismus lassen sich nicht nur anhand der Kampagnen, die zum Brexit und der Wahl von Donald Trump geführt haben, beschreiben, sondern treffen auch auf populistische Parteien und Bewegungen in zahlreichen anderen etablierten Demokratien westlicher Prägung zu. Die Mechanismen rechtspopulistischer Politik, dies wird bei einem Blick über die USA und das Vereinigte Königreich hinaus deutlich, lassen sich – freilich unter Vorbehalt spezifischer sozialer, historischer und institutioneller Besonderheiten – auf viele Länder und deren politische Systeme übertragen. Die Ausgangsfragen, theoretischen Begrifflichkeiten, Methodiken sowie die Struktur dieser Arbeit lassen sich auf zahlreiche andere Fallanalysen, politische Parteien, Kampagnen oder Wahlkämpfe übertragen und würden, so die Hypothese, ähnliche Ergebnisse aufzeigen: Dass der Rechtspopulismus nicht nur die Qualität, Legitimität und Resilienz der demokratischen Systeme gefährdet, sondern deren Fortbestand.

Das Anliegen der Zukunft kann daher nur lauten, zur Verteidigung der Demokratie anzutreten und dort aufzutreten, wo etablierte Regeln, Nomen und Konventionen gezielt überschritten werden – sowohl akademisch wie auch politisch. In den Worten Hamlets lautet dieser Anspruch: „Die Zeit ist aus den Fugen; Fluch der Pein, [/] Muß ich sie herzustellen geboren sein!“

Zentral dafür ist, einen klar umrissenen Begriff des Rechtspopulismus zu etablieren, dessen politische, soziale, ökonomische und kulturelle Implikationen und Funktionsweisen zu analysieren und die Auswirkungen auf die Demokratie in ihrer Gesamtheit verständlich zu machen. Nicht blinder Alarmismus ist das Gebot der Stunde, sondern Sensibilität, Wachsamkeit, Engagement und Organisation, um jenen Kräften entgegenzutreten, die bewusst die Spaltung der Gesellschaft forcieren. Das Ende demokratischer Strukturen steht mit Nichten unmittelbar bevor. Die sukzessive Demontage der Demokratie ist allerdings in Folge der rechtspopulistischen Kampagnen von 2016, zuerst im Diskurs, dann in der Praxis, zum globalen Problemfall für Friede, Freiheit und Stabilität geworden – und deshalb besonders gefährlich, weil sie schleichend vonstattengeht.

9. Bibliographie

9.1 Primärliteratur: Äußerungen von Farage, Gove, Johnson und Trump

- Farage, Nigel (16. November 2015a) zit. nach: Stone, Jon (2015): Nigel Farage says the EU has allowed the 'free movement of Kalashnikov rifles and Jihadists'. *The Independent*, 17. November 2015. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/nigel-farage-says-the-eu-has-allowed-the-free-movement-of-kalashnikov-rifles-and-jihadists-a6737501.html> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (16. November 2015b) zit. nach: Mason, Rowena; Perraudin, Frances (2015): Nigel Farage accuses Muslims in UK of 'split loyalties'. *The Guardian*, 16. November 2015. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2015/nov/16/nigel-farage-accuse-british-muslims-conflicting-loyalties> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (29. April 2016a) zit. nach: BBC (2016d): Nigel Farage tells Leave campaigners to focus on migration. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36167329> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (29. April 2016b) zit. nach: ITV (2016): Farage: 'Open borders risk terrorism and sex attacks'. 29. April 2016. URL: <https://www.itv.com/news/2016-04-29/farage-open-borders-risk-terrorism-and-sex-attacks/> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (16. Mai 2016) zit. nach: Maguire, Kevin (2016): Nigel Farage wants second referendum if Remain campaign scrapes narrow win. *The Mirror*, 16. Mai 2016. URL: <https://www.mirror.co.uk/news/uk-news/nigel-farage-wants-second-referendum-7985017> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (3. Juni 2016) zit. nach: Shirbon, Estelle (2016): Brexit debate brings out Britain's World War Two fixation. *Reuters*, 3. Juni 2016. URL: <https://www.reuters.com/article/us-britain-eu-worldwartwo-idUSKCN0YP1XM> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (4. Juni 2016) zit. nach: Ross, Tim (2016a): Nigel Farage: Migrants could pose sex attack threat to Britain. *The Telegraph*, 4. Juni 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/04/nigel-farage-migrants-could-pose-sex-attack-threat-to-britain/> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (7. Juni 2016): [ITV-Debatte mit David Cameron] Zit. nach: ITV (2016): Cameron and Farage face public questions on EU referendum. 7. Juni 2016. URL: <https://www.itv.com/news/update/2016-06-07/farage-economic-experts-wrong-before-and-wrong-again/> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (10. Juni 2016) [Interview mit Andrew Neil] zit. nach: The Spectator: Transcript: Nigel Farage grilled by Andrew Neil on Brexit. 10. Juni 2016. URL: <https://blogs.spectator.co.uk/2016/06/transcript-nigel-farage-grilled-andrew-neil-brexit/> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (20. Juni 2016): Nigel Farage: Why you should vote for Brexit this Thursday. *The Independent*. 20. Juni 2016. URL: <https://www.independent.co.uk/voices/eu-referendum-brexit-nigel-farage-on-why-you-should-vote-to-leave-a7091021.html> (Stand: 15.4.2019)

- Farage, Nigel (21. Juni 2016): Why we must vote LEAVE in the EU referendum. *Express*, 21. Juni 2016. URL: <https://www.express.co.uk/comment/expresscomment/681776/nigel-farage-eu-referendum-brexit-vote-leave-independence-ukip> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (22. Juni 2016) zit. nach: Heffer, Greg (2016): Farage's final rallying call: 'It's us versus the Establishment - go and vote for Britain'. *Express*, 22. Juni 2016. URL: <https://www.express.co.uk/news/politics/682304/EU-referendum-Ukip-Nigel-Farage-final-rally-tell-Britons-vote-for-your-country-Brexit> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (24. Juni 2016): [Ansprache nach dem gewonnen Referendum in den Morgenstunden des 24. Juni 2016] Transkribiert nach: The Guardian (2016a): Nigel Farage: 'This will be a victory for real people'. 24. Juni 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/video/2016/jun/24/nigel-farage-eu-referendum-this-victory-for-real-people-video> (Stand: 15.4.2019)
- Farage, Nigel (3. November 2016) zit. nach: BBC (2016f): Brexit court defeat for UK government. 3. November 2016. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-37857785> (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (20. Februar 2016): [Statement from Michael Gove MP, Secretary of State for Justice, on the EU Referendum] URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/statement_from_michael_gove_mp_secretary_of_state_for_justice_on_the_eu_referendum.html (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (19. April 2016a): The facts of life say leave: why Britain and Europe will be better off after we vote leave. [Wahlkampfrede vom 19. April 2016] URL: <http://www.voteleavetakecontrol.org/assets-d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/voteleave/pages/271/attachments/original/1461057270/MGspeech194VERSION2.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (19. April 2016b): Why it is safer to take back control. [Michael Gove's essay for Today programme]. URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/michael_gove_s_oped_for_bbc_radio_4_today_programme.html (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (3. Juni 2016): [Sky-News Debatte „EU: In or Out“ mit Faisal Islam]. URL: <https://www.youtube.com/watch?v=eCGhVN2g3IE> (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael et al. (6. Juni 2016): Voting to stay in the EU is the risky option. [Wahlkampfreden in Stratford-Upon-Avon] URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/voting_to_stay_in_the_eu_is_the_risky_option.html (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (21. Juni 2016) zit. nach: Riley-Smith, Ben; Wilkinson, Michael (2016): Michael Gove compares experts warning against Brexit to Nazis who smeared Albert Einstein's work as he threatens to quit David Cameron's Cabinet. *The Telegraph*, 21. Juni 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/21/michael-gove-compares-experts-warning-against-brexit-to-nazis-wh/> (Stand: 15.4.2019)
- Gove, Michael (1. Juli 2016) zit. nach: Tapsfield, James; Robinson, Martin (2016): Gove presents himself as the integrity candidate for Downing Street job but sticks the knife into Boris AGAIN. *Daily Mail*, 1 Juli 2016. URL: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-3669702/I-m-not-great-heart-s-right-place->

- [Gove-makes-bizarre-pitch-Downing-Street-admitting-no-charisma-doesn-t-really-want-job.html](#) (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (2015): *The Churchill Factor: How One Man Made History*. New York: Riverhead Books.
- Johnson, Boris (6. Dezember 2015): Let's deal with the Devil: we should work with Vladimir Putin and Bashar al-Assad in Syria. *The Telegraph*, 6. Dezember 2015. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/syria/12036184/Lets-deal-with-the-Devil-we-should-work-with-Vladimir-Putin-and-Bashar-al-Assad-in-Syria.html> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (8. Dezember 2015) zit. nach: Horton, Helena (2015): Boris Johnson: 'The only reason I wouldn't visit some parts of New York is the real risk of meeting Donald Trump'. *The Telegraph*, 8. Dezember 2015. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/politics/boris-johnson/12039931/Boris-Johnson-The-only-reason-I-wouldnt-visit-some-parts-of-New-York-is-the-real-risk-of-meeting-Donald-Trump.html> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (22. April 2016) zit. nach: Asthana, Anushka; Quinn, Ben (2016): London mayor under fire for remark about 'part-Kenyan' Barack Obama. *The Guardian*, 22.4.2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2016/apr/22/boris-johnson-barack-obama-kenyan-eu-referendum> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (9. Mai 2016): The liberal cosmopolitan case to Vote Leave. [Wahlkampfrede in London]. URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/boris_johnson_the_liberal_cosmopolitan_case_to_vote_leave.html (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (14. Mai 2016) zit. nach: Ross, Tim (2016b): Boris Johnson interview: We can be the 'heroes of Europe' by voting to Leave. *The Telegraph*, 14. Mai 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/05/14/boris-johnson-interview-we-can-be-the-heroes-of-europe-by-voting/> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (15. Mai 2016): Of course our City fat cats love the EU – it's why they earn so much. *The Telegraph*, 15. May 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/05/15/of-course-our-city-fat-cats-love-the-eu-its-why-they-earn-so-mu/> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (16. Mai 2016) zit. nach: BBC (2016e): EU Referendum: Boris Johnson stands by Hitler EU comparison. 16. Mai 2016. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36295208> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (18. Mai 2016): [Das Schmähdgedicht über Erdogan entstand während eines Interviews mit der *Weltwoche*] zit. nach: Farrell, Nicholas; Gehriger, Urs (2016): «Das Ding ist ausser Kontrolle geraten». *Die Weltwoche*, 18. Mai 2016. URL: <https://www.weltwoche.ch/ausgaben/2016-20/artikel/das-ding-ist-ausser-kontrolle-geraten-die-weltwoche-ausgabe-202016.html> (Stand: 15.4.2019)
- Johnson, Boris (26. Mai 2016): The only way to take back control of immigration is to Vote Leave on 23 June. URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/boris_johnson_the_only_way_to_take_back_control_of_immigration_is_to_vote_leave_on_23_june.html (Stand: 15.4.2019)

- Johnson, Boris (5. August 2018): Denmark has got it wrong. Yes, the burka is oppressive and ridiculous – but that's still no reason to ban it. *The Telegraph*, 5. August 2018. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2018/08/05/denmark-has-got-wrong-yes-burka-oppressive-ridiculous-still/> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald; Schwartz, Tony (1990): *Trump: The Art of the Deal*. Übers. v. Ursula Bischoff. München: Heyne.
- Trump, Donald (16. Juni 2015): [Antrittsrede in New York] Zit. nach: The American Presidency Project (2016a): Remarks Announcing Candidacy for President in New York City. 16. Juni 2015. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-announcing-candidacy-for-president-new-york-city> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (7. August 2015) zit. nach: Yan, Holly (2015): Donald Trump's 'blood' comment about Megyn Kelly draws outrage. *CNN*, 8. August 2015. URL: <https://edition.cnn.com/2015/08/08/politics/donald-trump-cnn-megyn-kelly-comment/index.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (8. August 2015): [CNN-Interview mit Anderson Cooper] zit. nach: CNN (2015): Anderson Cooper 360 Degrees. Interview with Republican Presidential Candidate Donald Trump. 8. August 2015. URL: <http://transcripts.cnn.com/TRANSCRIPTS/1507/08/acd.01.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (13. November 2015): [Wahlkampfrede in Fort Dodge, Iowa] Zit. nach: Haims, Tim (2016): Trump's Updated ISIS Plan: "Bomb The Shit Out Of Them," Send In Exxon To Rebuild. Real Clear Politics. 13. November 2015. URL: https://www.realclearpolitics.com/video/2015/11/13/trumps_updated_isis_plan_bomb_the_shit_out_of_them_send_exxon_in_to_rebuild.html (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (15. November 2015) zit. nach: Diamond, Jeremy (2015): Trump on protester: 'Maybe he should have been roughed up'. *CNN*, 15. November 2015. URL: <https://edition.cnn.com/2015/11/22/politics/donald-trump-black-lives-matter-protester-confrontation/index.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (2016): *Great again! Wie ich Amerika retten werde [Crippled America]*. Übers. v. Matthias Schulz. Kulmbach: Plassen.
- Trump, Donald (3. Jänner 2016) zit. nach: The Guardian (2016b): Trump: Hillary Clinton 'constantly playing the woman card' – video. 3. Jänner 2016. URL: <https://www.theguardian.com/us-news/video/2016/jan/03/trump-hillary-clinton-constantly-playing-the-woman-card-video> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (18. Jänner 2016) zit nach: *C-SPAN* (2016): Presidential Candidate Donald Trump at Liberty University. 18. Jänner 2016. URL: <https://www.c-span.org/video/?403331-1/donald-trump-remarks-liberty-university> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (23. Jänner 2016):[Wahlkampfrede in Sioux Center, Iowa] zit. nach: Diamond, Jeremy (2016a): Trump: I could 'shoot somebody and I wouldn't lose voters'. *CNN*, 24. Jänner 2016. URL: <https://edition.cnn.com/2016/01/23/politics/donald-trump-shoot-somebody-support/index.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (1. Februar 2016): [Wahlkampfrede in Cedar Rapids, Iowa] zit. nach: Campbell, Colin (2016): Donald Trump tells his fans to 'knock the crap out of' any protesters about to throw tomatoes at him, *Business Insider*, 1. Februar 2016. URL:

- <https://www.businessinsider.de/donald-trump-crap-protesters-tomatoes-2016-2?r=US&IR=T> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (6. Februar 2016): [Vorwahldebatte der GOP in Manchester, New Hampshire] Zit. nach: The American Presidency Project (2016b): Republican Candidates Debate in Manchester, New Hampshire. 6. Februar 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/republican-candidates-debate-manchester-new-hampshire-0> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (9. Februar 2016): [Wahlkampfrede in New Hampshire] Zit. nach: Stein, Jeff (2016): Read: Donald Trump's victory speech in New Hampshire. *Vox*, 9. Februar 2016. URL: <https://www.vox.com/2016/2/9/10956660/donald-trump-new-hampshire> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (18. Februar 2016): [Town-Hall-Diskussion in Columbia, South Carolina] zit. nach: CNN (2016b): RUSH Transcript: Donald Trump //CNN Republican Presidential Town Hall Columbia, SC. 18. Februar 2016. URL: <http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2016/02/18/rush-transcript-donald-trump-cnn-republican-presidential-town-hall-columbia-sc/> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (19. Februar 2016) [Wahlkampfauftritt in South Carolina] zit. nach: Diamond, Jeremy (2016b): Donald Trump: Banks have 'total control' over Ted Cruz. *CNN*, 19. Februar 2016. URL: <https://edition.cnn.com/2016/02/19/politics/donald-trump-ted-cruz-goldman-sachs/index.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (23. Februar 2016): [Wahlkampfrede in Las Vegas, Nevada] zit. nach: Allen, Nick (2016): Trump to protester: 'I'd like to punch you in the face'. *The Telegraph*, 23. Februar 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/us-election/12169607/Trump-to-protester-Id-like-to-punch-you-in-the-face.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (3. März 2016): Healthcare Reform to Make America Great Again. URL: <https://web.archive.org/web/20160509080149/https://www.donaldjtrump.com/positions/healthcare-reform> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (31. März 2016) zit. nach: Withnall, Adam (2016): Donald Trump refuses to rule out using nuclear weapons against Europe. *The Independent*, 31. März 2016. URL: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-elections/donald-trump-refuses-to-rule-out-using-nuclear-weapons-in-attack-on-europe-a6961101.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (2. April 2016) zit. nach: Woodward, Bob; Costa, Robert (2016): Transcript: Donald Trump interview with Bob Woodward and Robert Costa. *The Washington Post*, 2. April 2016. URL: https://www.washingtonpost.com/news/post-politics/wp/2016/04/02/transcript-donald-trump-interview-with-bob-woodward-and-robert-costa/?utm_term=.88429a754728 (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (4. April 2016): [Wahlkampfrede in La Crosse, Wisconsin] Zit. nach: Gass, Nick (2016): Trump: 'The experts are terrible'. *Politico*, 4. April 2016. URL: <https://www.politico.com/blogs/2016-gop-primary-live-updates-and-results/2016/04/donald-trump-foreign-policy-experts-221528> (Stand: 15.4.2019)

- Trump, Donald (27. April 2016) zit. nach: The American Presidency Project (2016c): Remarks on Foreign Policy. 27. April 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-foreign-policy> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (1. Mai 2017): [Interview mit John Dickerson im Oval Office] zit. nach: Dickerson, John (2017): President Trump's interview in the Oval Office: Full Transcript. *CBS*, 1. Mai 2017. URL: <https://www.cbsnews.com/news/president-trump-oval-office-interview-cbs-this-morning-full-transcript/> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (5. Mai 2016) zit. nach: Levin, Sam (2016): Donald Trump backs Brexit, saying UK would be 'better off' without EU. *The Guardian*, 6. Mai 2016, URL: <https://www.theguardian.com/us-news/2016/may/05/donald-trump-brexit-uk-leaving-european-union> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (6. Mai 2016): [Wahlkampfrede in Oregon] Transkribiert nach: *CBS Weekend News* vom 7.5.2016. URL: https://archive.org/details/KPIX_20160508_003000_CBS_Weekend_News/start/540/episode/600 (Stand: 15.4.2019)
- Trump Donald (16. Mai 2016) zit. nach: Hartogs, Jessica (2016): Trump weighs in on Brexit, says EU has been 'disaster'. *CNBC*, 16. Mai 2016. URL: <https://www.cnn.com/2016/05/16/trump-weighs-in-on-brexit-says-eu-has-been-disaster.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (3. Juni 2016): [Interview mit Jake Tapper] Zit. nach: CNN (2016c): Tapper to Trump "...is that not the definition of racism?". 3. Juni 2016. URL: <http://cnnpressroom.blogs.cnn.com/2016/06/03/tapper-to-trump-is-that-not-the-definition-of-racism/> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (7. Juni 2016) zit. nach: The American Presidency Project (2016d): The Remarks of Presidential Candidate Donald Trump after Winning Primaries in Montana, South Dakota, New Mexico, New Jersey and California,.7. Juni 2019. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-presidential-candidate-donald-trump-after-winning-primaries-montana-south-dakota> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (16. Juni 2016): [Wahlkampfrede in Manchester, New Hampshire] zit. nach: The American Presidency Project (2016e): Remarks at Saint Anselm College in Manchester, New Hampshire. 16. Juni 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-saint-anselm-college-manchester-new-hampshire-0> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (17. Juni 2016) zit. nach: Pager, Tyler (2016): Putin repeats praise of Trump: He's a 'bright' person. *Politico*, 17. Juni 2016. URL: <https://www.politico.com/story/2016/06/putin-praises-trump-224485> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (22. Juni 2016): [Wahlkampfrede in New York] Zit. nach: The American Presidency Project (2016f): Remarks at Trump SoHo in New York City. 22. Juni 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-trump-soho-new-york-city> (Stand: 15.4.2019)

- Trump, Donald (24. Juni 2016) zit. nach: Johnson, Simon (2016): Donald Trump praises 'beautiful' Brexit and says Boris Johnson will make a good Prime Minister. *The Telegraph*, 24. Juni 2016. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/2016/06/24/donald-trump-praises-beautiful-brexit-and-says-boris-johnson-wil/> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (21. Juli 2016): [Nominierungsparteitag in Cleveland, Ohio] zit. nach: The American Presidency Project (2016g): Address Accepting the Presidential Nomination at the Republican National Convention in Cleveland, Ohio. 21. Juli 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-accepting-the-presidential-nomination-the-republican-national-convention-cleveland> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (27. Juli 2016) zit. nach: Parker, Ashley; Sanger, David E. (2016): Donald Trump Calls on Russia to Find Hillary Clinton's Missing Emails, *The New York Times*, 27. Juli 2016. URL: <https://www.nytimes.com/2016/07/28/us/politics/donald-trump-russia-clinton-emails.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (9. August 2016): [Trumps „Second Amendment Speech“ in Wilmington, North Carolina] Zit. nach: The American Presidency Project (2016h): Remarks at a Rally at the University of North Carolina in Wilmington. 9. August 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-rally-the-university-north-carolina-wilmington> (Stand 15.4.2019)
- Trump, Donald (16. August 2016) [Wahlkampfede in Wisconsin] Zit. nach: The American Presidency Project (2016i): Remarks at the Washington County Fair Park in West Bend, Wisconsin. 16. August 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-washington-county-fair-park-west-bend-wisconsin> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (24. August 2016): [Wahlkampfede in Mississippi] Zit. nach: The American Presidency Project (2016j): Remarks at the Mississippi Coliseum in Jackson, Mississippi. 24. August 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/address-accepting-the-presidential-nomination-the-republican-national-convention-cleveland> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (31. August 2016): [Rede über Immigration in Phoenix, Arizona] Zit. nach: The American Presidency Project (2016k): Remarks on Immigration at the Phoenix Convention Center in Phoenix, Arizona. 31. August 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-immigration-the-phoenix-convention-center-phoenix-arizona> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (6. September 2016a): [Wahlkampfede in Greenville, North Carolina] Zit. nach: The American Presidency Project (2016l): Remarks at a Rally at the Greenville Convention Center in Greenville, North Carolina. 6. September 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-rally-the-greenville-convention-center-greenville-north-carolina> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (6. September 2016b) zit. nach: Berenson, Tessa (2016): Donald Trump: Hillary Clinton Doesn't Have a 'Presidential Look'. *Time*, 6. September 2016. URL: <https://time.com/4480541/donald-trump-hillary-clinton-look-presidential/> (Stand: 15.4.2019)

- Trump, Donald (15. September 2016): [TV-Interview mit Dr. Mehmet Oz] Zit. nach: *Politico* (2017): 18 Confusing Things Donald Trump Has Said About Health Care. 20. Juli 2017. URL: <https://www.politico.com/magazine/story/2017/07/20/18-confusing-contradictory-and-just-plain-kooky-things-donald-trump-has-said-about-health-care-215402> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (26. September 2016): [Transkript der ersten TV-Konfrontation zwischen Trump und Clinton] Zit. nach: The American Presidency Project (2016m): Presidential Debate at Hofstra University in Hempstead, New York. 26. September 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/presidential-debate-hofstra-university-hempstead-new-york-0> (Stand: 14.5.2019)
- Trump, Donald (30. September 2016) zit. nach: Healy, Patrick; Haberman, Maggie (2016): Donald Trump Opens New Line of Attack on Hillary Clinton: Her Marriage. *The New York Times*, 30. September 2016. URL: https://www.nytimes.com/2016/10/01/us/politics/donald-trump-interview-bill-hillary-clinton.html?_r=0 (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (9. Oktober 2016): [Transkript der zweiten TV-Konfrontation zwischen Trump und Clinton] Zit. nach: The American Presidency Project (2016n): Presidential Debate at the University of Nevada in Las Vegas. 19. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/presidential-debate-the-university-nevada-las-vegas> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (12. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Ocala, Florida] Zit. nach: The American Presidency Project (2016o): Remarks at the Southeastern Livestock Pavilion in Ocala, Florida. 12. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-southeastern-livestock-pavilion-ocala-florida> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (13. Oktober 2016) [Wahlkampfrede in West Palm Beach, Florida] Zit. nach: Reilly, Katie (2016): Read Donald Trump's Speech Addressing Sexual Assault Accusations. 13. Oktober 2016. URL: <https://time.com/4530515/donald-trump-sexual-assault-accusations-transcript> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (15. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Portsmouth, New Hampshire] Zit. nach: The American Presidency Project (2016p): Remarks at Toyota of Portsmouth in Portsmouth, New Hampshire. 15. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-toyota-portsmouth-portsmouth-new-hampshire> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (19. Oktober 2016): [Transkript der dritten TV-Konfrontation zwischen Trump und Clinton] Zit. nach: The American Presidency Project (2016q): Presidential Debate at the University of Nevada in Las Vegas. 19. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/presidential-debate-the-university-nevada-las-vegas> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (20. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Delaware, Ohio] Zit. nach: The American Presidency Project (2016r): Remarks at the Delaware County Fairgrounds in Delaware, Ohio. 20. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-delaware-county-fairgrounds-delaware-ohio> (Stand: 15.4.2019)

- Trump, Donald (22. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Gettysburg, Pennsylvania] Zit. nach: The American Presidency Project (2016s): Remarks on Proposals for the First 100 Days in Office at the Eisenhower Complex in Gettysburg, Pennsylvania. 22.10.2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-proposals-for-the-first-100-days-office-the-eisenhower-complex-gettysburg> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (23. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Naples, Florida] Zit. nach: The American Presidency Project (2016t): *Remarks at the Collier County Fairgrounds in Naples, Florida*. 23. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-collier-county-fairgrounds-naples-florida> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (29. Oktober 2016): [Wahlkampfrede in Golden, Colorado] Zit. nach: *The American Presidency Project* (2016u): Remarks at the Jeffco Fairgrounds Event Center in Golden, Colorado. 29. Oktober 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-jeffco-fairgrounds-event-center-golden-colorado> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (2. November 2016): [Wahlkampfrede in Orlando, Florida] Zit. nach: The American Presidency Project (2016v): Remarks at the Central Florida Fairgrounds in Orlando, Florida. 2. November 2016. URL: <https://www.presidency.ucsb.edu/documents/remarks-the-central-florida-fairgrounds-orlando-florida> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (4. November 2016): Donald Trump's Argument for America. Abgerufen auf: C-SPAN (2016): Trump Presidential Campaign Ad. URL: <https://www.c-span.org/video/?418167-101/trump-presidential-campaign-ad> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (21. Dezember 2016) zit. nach: Bykowicz, Julie; Lemire Jonathan (2016): Newt Gingrich: Trump is ditching a signature rallying cry, 'drain the swamp,' even though he thinks it's 'cute'. *Business Insider*, 21. Dezember 2016. URL: <https://www.businessinsider.de/ap-trump-adviser-says-he-is-ditching-drain-the-swamp-2016-12?r=US&IR=T> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (13. August 2017): Jacobs, Ben; Murray, Warren (2017): Donald Trump under fire after failing to denounce Virginia white supremacists. *The Guardian*, 13. August 2017. URL: <https://www.theguardian.com/us-news/2017/aug/12/charlottesville-protest-trump-condemns-violence-many-sides> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (4. Juni 2018) zit. nach: Breuninger, Kevin (2018): Trump: 'I have the absolute right to PARDON myself'. *CNBC*, 4. Juni 2018. URL: <https://www.cnb.com/2018/06/04/trump-i-have-the-absolute-right-to-pardon-myself.html> (Stand: 15.4.2019)
- Trump, Donald (22. Oktober 2018) zit. nach: Forgey, Quint (2018): Trump: 'I'm a nationalist'. *Politico*, 22. Oktober 2018. URL: <https://www.politico.com/story/2018/10/22/trump-nationalist-926745> (Stand: 15.4.2019)

9.2 Sekundärliteratur: Beiträge zu Demokratie und Populismus

- Abts, Koen; Rummens, Stefan (2007): Populism versus Democracy. *Political Studies* 55 (2), 405-24.
- Akkerman, Tjitske (et al.) (2016): Into the mainstream? A comparative analysis of the programmatic profiles of radical right-wing populist parties in Western Europe over time. In: Ders. (et al.) (Hg.) (2016): *Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Into the Mainstream?* London/New York: Routledge, 31-53.
- Amber, Phillips (2015). The surprising genius of Donald Trump's Twitter account. *The Washington Post*, 10. Dezember 2015. URL: https://www.washingtonpost.com/gdpr-consent/?destination=%2fnews%2fthe-fix%2fwp%2f2015%2f12%2f10%2freading-6000-of-his-tweets-has-convinced-us-donald-trump-is-a-social-media-master%2f%3f&utm_term=.39d09a946ac6 (Stand: 15.4.2019)
- Anonym (2018): I Am Part of the Resistance Inside the Trump Administration. *New York Times*, 5. September 2018. URL: <https://www.nytimes.com/2018/09/05/opinion/trump-white-house-anonymous-resistance.html> (Stand 15.4.2019)
- Arditi, Benjamin (2007): *Politics on the Edges of Liberalism: Difference, Populism, Revolution, Agitation*. Edinburgh University Press.
- Ashcroft, Michael; Oakeshott, Isabel (2015): *Call Me Dave: The Unauthorised Biography of David Cameron*. London: Biteback Publishing.
- Atkinson, Anthony B. (et al.) (2011): Top Incomes in the Long Run of History. *Journal of Economic Literature* 49 (1), 3-71.
- Autor, David H. (et.al) (2013): The China Syndrome: Local Labor Market Effects of Import Competition in the United States. *American Economic Review* 103 (6), 2121–2168.
- Autor, David H. (et.al) (2016): The China Shock: Learning from Labor Market Adjustment to Large Changes in Trade. (NBER Working Paper Series) URL: <https://www.nber.org/papers/w21906.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Bader, Pauline (et al.) (2011): Die multiple Krise – Krisendynamiken im neoliberalen Kapitalismus. In: Demirović, Alex: *VielfachKrise: Im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg: VSA Verlag, 11-29.
- Bale, Tim; Wager, Alan J. (2015): The United Kingdom Independence Party: Insurgency or Splinter? In: Decker, Frank (et al.) (Hrsg.): *Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien*. Baden-Baden: Nomos, 217-232.
- Bank of England (2018): EU withdrawal scenarios and monetary and financial stability: A response to the House of Commons Treasury Committee. November 2018, URL: <https://www.bankofengland.co.uk/-/media/boe/files/report/2018/eu-withdrawal-scenarios-and-monetary-and-financial-stability.pdf?la=en&hash=B5F6EDCDF90DCC10286FC0BC599D94CAB8735DFB> (Stand 15.1.2019)
- Barr, Robert R. (2009): Populists, Outsiders and Anti-Establishment Politics. *Party Politics* 15 (1), 29-48.

- Bastos, Marco T.; Mercea, Dan (2017): The Brexit Botnet and User-Generated Hyperpartisan News. *Social Science Computer Review*. URL: <http://openaccess.city.ac.uk/18143/> (Stand: 15.4.2019)
- BBC (2016a): EU referendum: More than 1,280 business leaders sign letter. 22. Juni 2016. URL: <https://www.bbc.com/news/business-36592782> (Stand: 15.4.2019)
- BBC (2016b): Barack Obama says Brexit would leave UK at the 'back of the queue' on trade. 22. April 2016. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-36115138> (Stand: 15.4.2019)
- BBC (2016c): Net migration to UK rises to 333,000 - second highest on record. 26. Mai 2015. URL: <https://www.bbc.com/news/uk-politics-eu-referendum-36382199> (Stand: 15.4.2019)
- Beattie, Geoffrey (2017): How Donald Trump bullies with his body language. Center for Politics & Media Research. URL: <http://www.electionanalysis2016.us/us-election-analysis-2016/section-2-campaign/how-donald-trump-bullies-with-his-body-language/> (Stand: 15.4.2019)
- Beck, Ulrich (1996): Das Zeitalter der Nebenfolgen und die Politisierung der Moderne. In: Ders. (et. al) (Hrsg.): *Reflexive Modernisierung. Eine Kontroverse*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, 19–112.
- Beckett, Andy (2016): Revenge of the tabloids. *The Guardian*, 27. Oktober 2016. URL: <https://www.theguardian.com/media/2016/oct/27/revenge-of-the-tabloids-brexit-dacre-murdoch> (Stand: 15.4.2019)
- Beetham, David (2004): The Quality of Democracy: Freedom as the Foundation. *Journal of Democracy* 15 (4), 61–75.
- Begley, Sharon (2017): Trump wasn't always so linguistically challenged. What could explain the change? *Statnews*, 23. Mai 2017. URL: <https://www.statnews.com/2017/05/23/donald-trump-speaking-style-interviews/> (Stand: 15.4.2019)
- Berry, Mike (2016): Understanding the role of the mass media in the EU Referendum. EU Referendum Analysis 2016. URL: <http://www.referendumanalysis.eu/eu-referendum-analysis-2016/section-1-context/understanding-the-role-of-the-mass-media-in-the-eu-referendum/> (Stand: 15.4.2019)
- Bhambra, Gurinder K. (2017): Brexit, Trump, and 'methodological whiteness': on the misrecognition of race and class. *The British Journal of Sociology* 68 (S1), 214-232.
- Bhardwaj, Prachi; Lee, Samantha (2018): Here's a state-by-state breakdown of Facebook users impacted by the Cambridge Analytica scandal. *Business Insider*, 16. Juni 2018. URL: <https://www.businessinsider.de/facebook-cambridge-analytica-affected-us-states-graphic-2018-6?r=US&IR=T> (Stand: 15.4.2019)
- Binswanger, Daniel (2018): Krise des Konservatismus. *Republik*, 31. März 2018. URL: <https://www.republik.ch/2018/03/31/krise-des-konservatismus> (Stand: 15.4.2019)
- Blühdorn, Ingolfur (2013): *Simulative Demokratie*. Berlin: Suhrkamp.

- Bogaards, Matthijs (2017): Lessons from Brexit and Trump: Populism is what happens when political parties lose control. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft* 11, 513-518.
- Bojanowski, Axel (2017): Trump kündigt Klimavertrag: Was der Ausstieg der USA für die Welt bedeutet. *Spiegel Online*, 2. Juni 2017. URL: <http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/donald-trump-und-welt-klimavertrag-das-bedeutet-der-ausstieg-der-usa-a-1150356.html> (Stand: 15.4.2019)
- Bowcott, Owen (2016): British expat asks court to overturn exclusion from EU referendum. *The Guardian*, 15. März 2016. URL: <https://www.theguardian.com/law/2016/mar/15/british-expat-court-exclusion-eu-referendum> (Stand: 15.4.2019)
- Boyle, Nicholas (2017): The problem with the English: England doesn't want to be just another member of a team. *The New European*, 17. Jänner 2017. URL: <https://www.theneweuropean.co.uk/top-stories/the-problem-with-the-english-england-doesn-t-want-to-be-just-another-member-of-a-team-1-4851882> (Stand: 19.1.2017)
- Boym, Svetlana (2007): Nostalgia and Its Discontents. *The Hedgehog Review* 9 (2), 7-18.
- Brater, Jonathan (et al.) (2018): (Purges: A Growing Threat to the Right to Vote. Brennan Center for Justice at New York University School of Law. URL: https://www.brennancenter.org/sites/default/files/publications/Purges_Growing_Threat_2018.pdf (Stand: 15.4.2019)
- Breuninger, Kevin (2018): Special counsel Mueller reportedly interested in Brexit boosters' ties to Trump associates, Russia. *CNBC*, 29. Juni 2018. URL: <https://www.cnn.com/2018/06/29/mueller-interested-in-brexit-boosters-ties-to-trump-and-russia-repor.html> (Stand: 15.4.2019)
- Brown, Wendy (2017a): »Was nach dem Imperium kommt, ist die große Frage« Wendy Brown in der Debatte – mit Micha Brumlik und Ulrike Guérot, moderiert von Mathias Greffrath. *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 8/2017, 61-71.
- Brown, Wendy (2017b): Demokratie unter Beschuss: Donald Trump und der apokalyptische Populismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/2017, 46-60.
- Brubaker, Rogers (2017) Why Populism? *Theory and Society* 46 (5), 357-385.
- Buchsteiner, Jochen (2014): Der Gentleman unter den Populisten. *FAZ*, 27.5.2014. URL: <https://www.faz.net/aktuell/politik/europawahl/nigel-farage-der-gentleman-unter-den-populisten-12961004.html> (Stand: 15.4.2019)
- Bühlmann, Marc (et al.) (2012): Demokratiebarometer: Ein neues Instrument zur Messung von Demokratiequalität. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft*, 115-159.
- Bump, Philip (2018): The several layers of Republican power-grabbing in Wisconsin. *The Washington Post*, 4. Dezember 2018. URL: <https://www.washingtonpost.com/politics/2018/12/04/several-layers-republican-power-grabbing-wisconsin/?utmterm=.760886d66e08> (Stand: 15.4.2019)

- Büschemann, Karl-Heinz (2016) "Auf Wiedersehen, EU. Guten Tag, Armut". *Süddeutsche Zeitung*, 8. Juli 2016. URL: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/cornwall-auf-wiedersehen-eu-guten-tag-armut-1.3067621> (Stand: 15.4.2019)
- Busquets Guàrdia, Arnau (2016): How Brexit Vote Broke Down. *Politico*, 24. Juni 2016. URL: <https://www.politico.eu/article/graphics-how-the-uk-voted-eu-referendum-brexite-demographics-age-education-party-london-final-results/> (Stand: 15.4.2019)
- Cadwalladr, Carole (2018): Who is the real Nigel Farage... and why won't he answer my questions? *The Guardian*, 25. November 2018: URL: <https://www.theguardian.com/politics/2018/nov/25/why-wont-nigel-farage-answer-my-brexite-questions> (Stand: 15.4.2019)
- Cadwalladr, Carole; Townsend, Mark (2018): Revealed: the ties that bound Vote Leave's data firm to controversial Cambridge Analytica. *The Guardian*, 24. März 2018. URL: <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/mar/24/aggregateiq-data-firm-link-raises-leave-group-questions> (Stand: 15.4.2019)
- Campbell, Denis (2017): European nurses and midwives leaving UK in droves since Brexit vote. *The Guardian*, 2. November 2017. URL: <https://www.theguardian.com/society/2017/nov/02/european-nurses-midwives-leaving-uk-nhs-brexite-vote> (Stand: 15.4.2019)
- Campbell, Denis (2017): Rise in life expectancy has stalled since 2010, research shows. *The Guardian*, 17. Juli 2017. URL: <https://www.theguardian.com/society/2017/jul/18/rise-in-life-expectancy-has-stalled-since-2010-research-shows> (Stand: 15.4.2019)
- Canovan, Margaret (1981): Populism. London: London Junction.
- Canovan, Margaret (1999): Trust the people! Populism and the two faces of democracy. *Political Studies* 47 (1), 2–16.
- Carnes, Nicholas; Lupu, Noam (2017): It's time to bust the myth: Most Trump voters were not working class. *Washington Post*, 5. Juni 2017. URL: https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2017/06/05/its-time-to-bust-the-myth-most-trump-voters-were-not-workingclass/?noredirect=on&utm_term=.db9e2d4666f9 (Stand: 15.4.2019)
- Carrell, Severin (2016): Michael Gove's father denies his company was destroyed by EU policies. *The Guardian*, 15. Juni 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/15/michael-gove-father-company-eu-policies-fish-processing-aberdeen> (Stand: 15.4.2019)
- CDC - Centers for Disease Control and Prevention (2018): Suicide rates rising across the U.S. 7. Juni 2018. URL: <https://www.cdc.gov/media/releases/2018/p0607-suicide-prevention.html> (Stand: 15.4.2019)
- Cecil, Guy (2017): Priorities USA Voter Suppression Memo. 3. Mai 2017. URL: <https://de.scribd.com/document/347821649/Priorities-USA-Voter-Suppression-Memo> (Stand: 15.4.2019)
- Chakraborty, Aditya (2016): This NHS crisis is not economic. It's political. *The Guardian*, 8. Februar 2016. URL: <https://www.theguardian.com/society/2016/feb/08/this-nhs-crisis-is-not-economic-its-political> (Stand: 15.4.2019)

- Charwath, Philipp (2011): *Römisches Recht: Ein Lesebuch*. Wien.
- City of London (2018): City of London jobs are growing steadily. URL: <https://www.cityoflondon.gov.uk/business/economic-research-and-information/Documents/city-statistics-briefing.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Civiello, Mary (2016): What Trump's hand gestures say about him. *BBC*, 16. August 2016. URL: <https://www.bbc.com/news/av/election-us-2016-37088990/what-trump-s-hand-gestures-say-about-him> (Stand: 15.4.2019)
- Clarke, John; Newman, Janet (2017): 'People in this country have had enough of experts': Brexit and the paradoxes of populism. *Critical Policy Studies* 11 (1), 101-116.
- Clarkson, Alexander (2016): Orange is Not the New Brexit: Why America and Britain Face Very Different Challenges. *Europeans 101 online*, 29. Dezember 2016. URL: <http://europeans101.blogspot.com/2016/12/orange-is-not-new-brexite-why-americas.html?m=1> (Stand: 15.4.2019)
- CNN (2016a): Exit Polls. 23. November 2016. URL: <https://edition.cnn.com/election/2016/results/exit-polls> (Stand: 15.4.2019)
- Colgan, Jeff; Keohane, Robert O. (2017): The Liberal Order Is Rigged: Fix It Now or Watch It Wither. *Foreign Affairs* Mai/Juni 2017, 36-44.
- Confessore, Nicholas; Yourish, Karen (2016): \$2 Billion Worth of Free Media for Donald Trump. *The New York Times*, 15. März 2016. URL: <https://www.nytimes.com/2016/03/16/upshot/measuring-donald-trumps-mammoth-advantage-in-free-media.html> (Stand: 15.4.2019)
- Conniff, Michael L. (1999): Introduction. In: Ders. (ed.): *Populism in Latin America*. Tuscaloosa: University Alabama Press, 1-21.
- Corbett, Richard (2016): Long List of Leave Lies. 26. Juni 2016. URL: <https://www.richardcorbett.org.uk/long-list-leave-lies/> (Stand: 15.4.2019)
- Corbett, Steve (2016): The Social Consequences of Brexit for the UK and Europe: Euroscepticism, Populism, Nationalism, and Societal Division. *The International Journal of Social Quality* 6 (1), 11-31.
- Coronel, Gustavo (2008): The Corruption of Democracy in Venezuela. *USA Today Magazine*, März 2008. URL: <https://www.cato.org/publications/commentary/corruption-democracy-venezuela> (Stand: 15. Jänner 2019)
- Coughlan, Sean (2011): North-south divide in university admissions. *BBC*, 8. Juli 2011. URL: <https://www.bbc.com/news/education-13782315> (Stand: 15.4.2019)
- Cox, Michael (2017): The rise of populism and the crisis of Globalisation: Brexit, Trump and beyond. *Irish Studies in International Affairs* 28, 9-17.
- CRFB – Committee for a Responsible Federal Budget (2016): Analysis of Donald Trump's Health Care Plan. 9. Mai 2016. URL: <http://www.crfb.org/blogs/analysis-donald-trumps-health-care-plan> (Stand: 15.4.2019)
- Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. Hoboken: Wiley.
- CRRC – Centre for Research in Communication and Culture (2016): 82% circulation advantage in favour of Brexit as The Sun declares. 14. Juni 2016: URL:

- <https://blog.lboro.ac.uk/crcc/eu-referendum/sun-no-longer-hedging-bets-brexit/>
(Stand: 15.4.2019)
- Curtice, John (2016): A Question of Culture or Economics? Public Attitudes to the European Union in Britain. *The Political Quarterly* 87, 209–218.
- Cutler David; Dominici, Francesca (2018): A Breath of Bad Air: Cost of the Trump Environmental Agenda May Lead to 80 000 Extra Deaths per Decade. *The JAMA Forum*, 12. Juni 2018. URL: <https://www.jamanetwork.com/journals/jama/fullarticle/2684596>
(Stand: 15.4.2019)
- D'Antonio, Michael (2016): Die Wahrheit über Donald Trump [Never enough]. Übers. v. Bettina Engels. Berlin: Econ.
- Dahrendorf, Ralf (2007): Acht Anmerkungen zum Populismus. *Eurozine*, 18 September 2007. URL: <http://www.eurozine.com/acht-anmerkungen-zum-populismus/> (Stand: 15. Jänner 2019)
- Davies, Rob (et al.) (2017): Cladding for Grenfell Tower was cheaper, more flammable option. *The Guardian*, 16. Juni 2017. URL: <https://www.theguardian.com/uk-news/2017/jun/16/manufacture-of-cladding-on-grenfell-tower-identified-as-omni-exterior> (Stand: 15.4.2019)
- Decker, Frank (et al.) (2015): Revolte von rechts. In: Ders. (et. al.) (Hg.): Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Die Herausforderung der Zivilgesellschaft durch alte Ideologien und neue Medien. Baden-Baden: Nomos, 13-28.
- Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel (2009): Populismus: Erscheinungsformen, Entstehungshintergründe und Folgen eines politischen Phänomens. Bundeszentrale für politische Bildung online, URL: <http://www.bpb.de/41192/was-ist-rechtspopulismus?p=0>
(Stand: 15. Jänner 2019)
- Decker, Frank (Hg.) (2006): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Decker, Frank; Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen, Gegenstrategien. *Zeitschrift für Politik* 64 (1), 21-38.
- Demirovic, Alex; Sablowski, Thomas (2012): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. *PROKLA* 166/44 (1), 77-106.
- Di Tella, Torcuato (1995): Populism. In: Lipset, Seymour, Martin (Hg.): *The Encyclopedia of Democracy*. Washington, D.C.: Congressional Quarterly Books, 985.
- Die Zeit (1997): Laßt uns das Thema wechseln: Der amerikanische Philosoph Richard Rorty über Wahrheit, Gerechtigkeit und die "kulturelle Linke". Interview 18. Juli 1997. URL: https://www.zeit.de/1997/30/Lasst_uns_das_Thema_wechseln (Stand: 15.4.2019)
- Die Zeit (2016a): Referendum in Ungarn: EU-Politiker erleichtert über Scheitern der Volksabstimmung. 3. Oktober 2016. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/referendum-ungarn-fluechtlinge-eu-politiker-erleichterung> (Stand: 15.4.2019)

- Die Zeit (2016b): Clinton laut Umfrage so unbeliebt wie Trump. 31. August 2016. URL: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-08/us-wahlkampf-hillary-clinton-donald-trump-unbeliebt> (Stand: 15.4.2019)
- Diehl, Paula (2011): Populismus, Antipolitik, Politainment: Neue Tendenzen der politischen Kommunikation. *Berliner Debatte Initial* 22 (1), 27-39.
- Dodd, Vikram (2018): Brexit will trigger rise in hate crimes, warns police watchdog. *The Guardian*, 19. Juli 2018. URL: <https://www.theguardian.com/uk-news/2018/jul/19/brexit-will-trigger-rise-in-hate-crimes-warns-police-watchdog> (Stand: 15.4.2019)
- Dorna, Alexandre (2003): Wer ist Populist? *Eurozine*, 25. November 2003. URL: <http://www.eurozine.com/wer-ist-populist> (Stand: 15. Jänner 2019)
- Duden Online: Populismus. URL: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus>. (Stand: 15. Jänner 2019)
- Ehrhardt, Mischa (2018): USA lockern Bankenregeln: Was heißt das für Europa? *Deutsche Welle*, 23. Mai 2018. URL: <https://www.dw.com/de/usa-lockern-bankenregeln-was-heißt-das-für-europa/a-43898881> (Stand: 15.4.2019)
- Eichengreen, Barry (2017): Die Entwicklung des Populismus in den Vereinigten Staaten. *Leviathan* 45 (2) 180-191.
- Elgot, Jessica (et al.) (2018): No-deal Brexit plans put 3,500 troops on standby. *The Guardian*, 18. Dezember 2018. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2018/dec/18/brexit-cabinet-meets-to-discuss-ramping-up-plans-for-no-deal> (Stand: 15.4.2019)
- Emmerson, Carl (et al.) (2016): Brexit and the UK's Public Finances. Institute for Fiscal Studies, Mai 2016. URL: <https://www.ifs.org.uk/uploads/publications/comms/r116.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Evans, Greg (2018): Which countries has Boris Johnson offended as Foreign Secretary? *The Independent* [laufend aktualisierter Blog]. URL: <https://www.indy100.com/article/boris-johnson-resigns-what-countries-offend-foreign-secretary-diplomat-8439071> (Stand: 15.4.2019)
- FBI (2018): 2017 Hate Crime Statistics Released: Report Shows More Departments Reporting Hate Crime Statistics. URL: <https://www.fbi.gov/news/stories/2017-hate-crime-statistics-released-111318> (Stand: 15.4.2019)
- Fieschi, Catherine (2004): Introduction. *Journal of Political Ideologies* 9 (3): 325-40.
- Fletcher, Martin (2016): Who is to blame for Brexit's appeal? British Newspapers. *The New York Times*, 21. Juni 2016: URL: <https://www.nytimes.com/2016/06/22/opinion/who-is-to-blame-for-brexit-appeal-british-newspapers.html> (Stand: 15.4.2019)
- Foa, Robert S.; Mounk, Yascha (2017): The Signs of Deconsolidation. *Journal of Democracy* 28 (1), 5-15.
- Ford, Coreena (2016): North East exports top £12bn, giving region consistent balance of trade. *Chronical Live*, 4. März 2016. URL:

- <https://www.chroniclive.co.uk/business/business-news/north-east-exports-top-12bn-10991790> (Stand: 15.4.2019)
- Ford, Robert; Goodwin, Matthew (2017): Britain after Brexit: A Nation Dived. *Journal of Democracy* 28 (1), 17-30.
- Franqui, Melissa (2016): Felony Disenfranchisement: The Untold Story Of The 2016 Election. *Huffington Post*, 17. November 2016. URL: https://www.huffingtonpost.com/melissa-franqui/felony-disenfranchisement_1_b_13056678.html?guccounter=1 (Stand: 15.4.2019)
- Fraser, Nancy (2017): Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 2/2017. URL: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus> (Stand: 15.4.2019)
- Freeden, Michael (1996): *Ideologies and Political Theory: A Conceptual Approach*. Oxford Univeristiy Press.
- Freeden, Michael (1998): Is Nationalism a Distinct Ideology? *Political Studies*, 46. 748–765.
- Freeden, Michael (2003): *Ideology: A very short Introduction*. Oxford University Press.
- Freeden, Michael (2017): After the Brexit referendum: Revisiting populism as an ideology, *Journal of Political Ideologies*, 22 (1), 1-11.
- Freud, Sigmund (1927): Die Zukunft einer Illusion. URL: <https://www.textlog.de/freud-psychoanalyse-verhaeltnis-religion-wissenschaft.html> (Stand: 15.4.2019)
- Frevel, Bernhard (2004): *Demokratie: Entwicklung - Gestaltung - Problematisierung*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Fricke, Thomas (2018): US-Präsident Trump: Größter Schuldenbringer der Geschichte. *Spiegel Online*, 9. November 2018. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/donald-trump-ist-der-groesste-schuldenbringer-der-geschichte-kolumne-a-1237482.html> (Stand: 15.4.2019)
- Friedman, Uri (2017): Why Conservative Parties Are Central to Democracy. *The Atlantic*, 14. Juni 2017. URL: <https://www.theatlantic.com/international/archive/2017/06/ziblatt-democracy-conservative-parties/530118/> (Stand: 15.4.2019)
- Galston, William A. (2017): The 2016 U.S. Election: The Populist Moment. *Journal of Democracy* 28 (2), 21-33.
- Gatzke, Marcus; Schulz, Bettina (2018): Der Salat wird knapp. *Die Zeit*, 20. Oktober 2018. URL: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-10/no-deal-brexit-grossbritannien-theresa-may> (15.1.2019)
- Gayle, Damien; Asthana, Anushka (2016): Eurosceptics pour scorn on Obama's warning against Brexit. *The Guardian*, 23. April 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2016/apr/23/eurosceptics-pour-scorn-on-obamas-warning-against-brexit> (Stand: 15.4.2019)
- Gidron, Noam; Hall, Peter A. (2018): The politics of social status: economic and cultural roots of the populist right. *The British Journal of Sociology* 68 (S1), 57-84.

- Gill, Stephen (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling, Hans-Jürgen; Steinhilber, Jochen (Hg.) Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster: Westfälisches Dampfboot, 23-50.
- Gold, Hadas; Weprin, Alex (2016): Cable news' election-year haul could reach \$2.5 billion. *Politico*, 27. September 2016. URL: <https://www.politico.com/media/story/2016/09/media-tv-numbers-004783> (Stand: 15.4.2019)
- Goodall, Lewis (2018): Sky Views: You can say what you want in Britain - as long as you're posh. *Sky News*, 13. August 2018. URL: <https://news.sky.com/story/sky-views-you-can-say-what-you-want-in-britain-as-long-as-youre-posh-11471377> (Stand: 15.4.2019)
- Goodwin, Matthew (2016): Brexit: Identity trumps economics in revolt against elites. *Financial Times*, 24. Juni 2016. URL: <https://www.ft.com/content/b6da366a-39ca-11e6-a780-b48ed7b6126f> (Stand: 15.4.2019)
- Goodwin, Matthew; Milazzo, Caitlin (2017): Taking back control? Investigating the role of immigration in the 2016 vote for Brexit. *The British Journal of Politics and International Relations* 19 (3), 450-464.
- Graeber, David (2016): Großbritannien oder: Das Ende der Resignation. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2016, 45-58.
- Green, Chris (2017): Mapping the Brexit Vote. Oxford University Online, 7. März 2017. URL: <http://www.ox.ac.uk/news-and-events/oxford-and-brexit/brexit-analysis/mapping-brexit-vote> (Stand: 15.4.2019)
- Greenberg, John (2015): Trump's Pants on Fire tweet that blacks killed 81% of white homicide victims. *Politifacts*, 23. November 2015. URL: <https://www.politifact.com/truth-o-meter/statements/2015/nov/23/donald-trump/trump-tweet-blacks-white-homicide-victims/> (Stand: 15.4.2019)
- Guelke, Adrian (2017): Britain after Brexit: The Risk to Northern Ireland. *Journal of Democracy* 28 (1), 42-52.
- Guo, Jeff (2016): Death predicts whether people vote for Donald Trump. *The Washington Post*, 4. Juni 2016, URL: https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2016/03/04/death-predicts-whether-people-vote-for-donald-trump/?noredirect=on&utm_term=.61b0013cf112 (Stand: 15.4.2019)
- Gusterson, Hugh (2017): From Brexit to Trump: Anthropology and the rise of nationalist populism. *American Ethnologist* 44 (2), 209-214.
- Habermas, Jürgen (2016): Für eine demokratische Polarisierung. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11/2016, 35-42.
- Harari, Yuval N. (2018): 21 Lessons for the 21st Century. New York: Spiegel & Grau.
- Harte, Julia; Sullivan, Andy (2016) North Carolina Voter ID Law Targeted African-Americans, Appeals Court Rules. *Huffington Post*, 29. Juli 2016. URL: https://www.huffingtonpost.com/entry/north-carolina-voter-id-us_579b8862e4b08a8e8b5de534 (Stand: 15.4.2019)

- Hartleb, Florian (2012): Populismus als Totengräber oder mögliches Korrektiv der Demokratie? Bundeszentrale für politische Bildung online, 26. Jänner 2012. URL: http://www.bpb.de/apuz/75856/populismus-als-totengraeber-oder-moegliches-korrektiv-der-demokratie?p=all#footnodeid_32-32 (Stand: 15.4.2019)
- Helm, Toby (2015): Pro-EU campaigners fear 4 million young people will be barred from voting. *The Guardian*, 10. Oktober 2015. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2015/oct/10/pro-eu-campaigners-fear-4-million-young-people-barred-from-voting> (Stand: 15.4.2019)
- Henley, Jon (2016): Why Vote Leave's £350m weekly EU cost claim is wrong. *The Guardian*, 23. Mai 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/reality-check/2016/may/23/does-the-eu-really-cost-the-uk-350m-a-week> (Stand: 15.4.2019)
- Hennecke, Hans-Jörg (2003): Das Salz in den Wunden der Konkordanz: Christoph Blocher und die Schweizer Politik. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus: Populisten in Übersee und Europa. Springer, Wiesbaden, 145-162.
- Hirschel, Dierk (2017): Mit Freihandel gegen Trump? *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2017, 17-20.
- HM Government (2018): EU Exit: Long-term economic analysis. November 2018, URL: https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/760484/28_November_EU_Exit_-_Long-term_economic_analysis_1.pdf (Stand 15.1.2019)
- Hochschild, Arlie R. (2017): Weiß und stolz und abgehängt: Donald Trump und der Südstaaten-Rassismus. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2017, 55-67.
- Holehouse, Matthew (2014): Britain is 'lighting a fire' under the European Union, says Philip Hammond. *The Telegraph*, 17. Oktober 2014. URL: <https://www.telegraph.co.uk/news/politics/david-cameron/11169431/Britain-is-lighting-a-fire-under-the-European-Union-says-Philip-Hammond.html> (Stand: 15.4.2019)
- Howard, Jacqueline (2018): Gun deaths in US reach highest level in nearly 40 years, CDC data reveal. *CNN*, 14. Dezember 2018. URL: <https://edition.cnn.com/2018/12/13/health/gun-deaths-highest-40-years-cdc/index.html> (Stand: 15.4.2019)
- Hojić, Aida A.; True, Jacqui (2017): Brexit as a scandal: Gender and global trumpism, *Review of International Political Economy* 24 (2), 270-287.
- Hu, Fred; Spence, Michael (2017): Why Globalization Stalled: And How to Restart It. *Foreign Affairs*, Juli/August 2017, 54-63.
- Hüppauf, Bernd (2016): Amerikas Intellektuelle sind nicht schuld an Donald Trump. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. Dezember 2016. URL: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/amerikas-intellektuelle-sind-nicht-schuld-an-donald-trump-14567156.html> (Stand: 15.4.2019)
- Iakhnis, Evgeniia (et al.) (2018): Populist referendum: Was 'Brexit' an expression of nativist and anti-elitist sentiment? *Research and Politics* April/Juni 2018. URL: <https://journals.sagepub.com/doi/pdf/10.1177/2053168018773964> (Stand: 15.4.2019)

- Inglehart Ronald F.; Norris, Pippa (2017): Trump, Brexit, and the Rise of Populism: Economic Have-Nots and Cultural Backlash Faculty Research Working Paper Series. URL: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2818659 (Stand: 15.4.2019)
- Isaac, Mike; Wakabayashi, Daisuke (2017): Russian Influence Reached 126 Million Through Facebook Alone. *The New York Times*, 30. Oktober 2017. URL: <https://www.nytimes.com/2017/10/30/technology/facebook-google-russia.html> (Stand: 15.4.2019)
- Jagers, Jan; Walgrave, Stefaan (2007): Populism as political communication style: An empirical study of political parties' discourse in Belgium. *European Journal of Political Research* 46 (3), 319-345.
- Jesse, Eckhard; Panreck, Isabelle-Christine (2017): Populismus und Extremismus: Terminologische Abgrenzung – das Beispiel der AfD. In: *Zeitschrift für Politik* 64 (1), 59-76.
- Jones, Robert P. (et al.) (2015): Anxiety, Nostalgia, and Mistrust: Findings from the 2015 American Values Survey. PRRI online, 17. November 2015. URL: <https://www.prii.org/research/survey-anxiety-nostalgia-and-mistrust-findings-from-the-2015-american-values-survey/> (Stand: 15.4.2019)
- Jones, Robert P. (et al.) (2016): How Immigration and Concerns about Cultural Changes are shaping the 2016 Election: Findings from the 2016 PRRI/Brookings Immigration Survey. URL: <https://www.prii.org/wp-content/uploads/2016/06/PRRI-Brookings-2016-Immigration-survey-report.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Jörke, Dirk (2016): Moralismus ist zu wenig. Eine Entgegnung auf „Was ist Populismus?“ von Jan-Werner Müller. *Theorieblog*, 7. Juni 2016. URL: <https://www.theorieblog.de/index.php/2016/06/moralismus-ist-zu-wenig-eine-entgegnung-auf-was-ist-populismus-von-jan-werner-mueller/> (Stand: 15.4.2019)
- Journal of Democracy (2016): The Specter Haunting Europe. *Journal of Democracy* 27 (4), 20-21.
- Katz, Lawrence F.; Kruege, Alan B. (2016): The Rise and Nature of Alternative Work Arrangements in the United States, 1995-2015. (NBER Working Paper Series) URL: <https://www.nber.org/papers/w22667.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Kennedy, A.L. (2017): Dankrede. In: Brenner-Wilczek, Sabine (Hg.): *Heine-Jahrbuch 2017*. Stuttgart: Metzler, 192-196.
- Kenny, Michael (2017): Back to the populist future? Understanding nostalgia in contemporary ideological discourses. *Journal of Political Ideologies*, 22 (3), 256-273.
- Kessel, Stijn van (2015): *Populist Parties in Europe. Agents of Discontent?* New York: Palgrave Macmillan.
- Kessler, Glenn (et al.) (2018): President Trump has made 6,420 false or misleading claims over 649 days. *The Washington Post*, 2. November 2018. URL: <https://www.washingtonpost.com/gdpr-consent/?destination=%2fpolitics%2f2018%2f11%2f0%2f2fpresident-trump-has-made-false-or-misleading-claims-over-days%2f%3f&utmterm=.c7f79e4d2e54> (Stand: 15.4.2019)

- Knowles, Eric; DiMuccio, Sarah (2018): How Donald Trump appeals to men secretly insecure about their manhood. *The Washington Post*, 29. November 2018. URL: https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2018/11/29/how-donald-trump-appeals-to-men-secretly-insecure-about-their-manhood/?utm_term=.e057147467aa (Stand: 15.4.2019)
- Kodalle, Klaus-M.; Achatz, Johannes (Hg.) (2012): Populismus – unvermeidbares Element der Demokratie? Würzburg: Königshausen & Neumann (Kritisches Jahrbuch der Philosophie Beiheft 10).
- Kollanyi, Bence (et al.) (2016): Bots and Automation over Twitter during the First U.S. Presidential Debate. Oxford University Blog, 14. Oktober 2016. URL: <http://blogs.oii.ox.ac.uk/politicalbots/wp-content/uploads/sites/89/2016/10/Data-Memo-First-Presidential-Debate.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Korte, Gregory (2017): Trump orders public health emergency for opioids, a partial measure to fight drug epidemic. *USA Today*, 26. Oktober 2017. URL: <https://eu.usatoday.com/story/news/politics/2017/10/26/exclusive-trump-declare-public-health-emergency-opioid-crisis-partial-measure-figh/796797001/> (Stand: 15.4.2019)
- Krastev, Ivan (2007): The Strange Death of the Liberal Consensus, *Journal of Democracy* 18 (4), 56-63.
- Krogstad, Jens M.; Lopez, Mark Hugo B. (2017): Black voter turnout fell in 2016, even as a record number of Americans cast ballots. Pew Research Center, 12. Mai 2017. URL: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2017/05/12/black-voter-turnout-fell-in-2016-even-as-a-record-number-of-americans-cast-ballots/> (Stand: 15.4.2019)
- Krugman, Paul (2008): Nach Bush: Das Ende der Neokonservativen und die Stunde der Demokraten. Frankfurt/M: Campus.
- Kurz-Scherf, Ingrid (2017): Marx contra Trump? Versuch einer feministischen Orientierung in gespenstischen Zeiten. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 5/2017, 83-90.
- Lai, Rebecca; Lee, Jasmine (2016): Why 10% of Florida Adults Can't Vote: How Felony Convictions Affect Access to the Ballot. *The New York Times*, 6. Oktober 2016. URL: <https://www.nytimes.com/interactive/2016/10/06/us/unequal-effect-of-laws-that-block-felons-from-voting.html> (Stand: 15.4.2019)
- Lakoff, Robin T. (2017): The hollow man: Donald Trump, populism, and post-truth politics. *Journal of Language and Politics* 16 (4), 595–606.
- Lamont, Michèle (et al. (2017): Trump's Electoral Speeches and His Appeal to the American White Working Class. *British Journal of Sociology* 68 (1): 153-180.
- Lauth, Hans-Joachim (2004): Demokratie und Demokratiemessung. Eine konzeptionelle Grundlegung für den interkulturellen Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag.
- Lawton, Chris; Ackrill, Robert (2016): Hard evidence: How areas with low immigration voted mainly for Brexit. *The Conversation*, 8 July. Juli 2016. URL: <http://theconversation.com/hard-evidence-how-areas-with-lowimmigration-voted-mainly-for-brexit-62138> (Stand: 15.4.2019)

- Leggewie, Claus (2016): Faschismus mit amerikanischem Antlitz? Trumps Schatten über Amerika und der Welt. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2016, 44-55.
- Leisegang, Daniel (2016): Die große Trump-Show. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2016. URL: <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2016/dezember/die-grosse-trump-show> (Stand: 15.4.2019)
- Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): *How Democracies Die*. New York: Crown.
- LI/CSJ – Legatum Institute; Center for Social Justice (2016): 48:52. Healing a divided Britain. Oktober 2016. URL: <https://www.li.com/activities/publications/48-52-healing-a-divided-nation> (Stand: 15.9.2019)
- Lidl, Marie-Christine; Sapper, Lukas (2014): *Hybris – Hypo – Hippo: Der Fall der Kärntner Landesbank. Eine demokratietheoretische Analyse*. Universität Wien.
- Lincoln, Abraham (2002): The Gettysburg Address (Nov. 19, 1863). In: Gienapp, William E. (Hg.): *This Fiery Trial: The Speeches and Writings of Abraham Lincoln*. Oxford University Press, 184.
- Loughborough University (2016): Gender Balance in EU Referendum coverage. 23. Juni 2016. URL: <https://blog.lboro.ac.uk/crcc/eu-referendum/gender-balance-eu-referendum-coverage/> (Stand: 15.4.2019)
- Lucke, Albrecht von (2016): Trump und die Folgen: Demokratie am Scheideweg. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12/2016, 5-10.
- Luhmann, Niklas (1996): *Die Realität der Massenmedien*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maćków, Jerzy J. (2017): Populismus stärkt die Demokratie - was die Parteien gerade alle falsch machen. Huffington Post, 19. September 2017. URL: https://www.huffingtonpost.de/jerzy-j-mackow/gegen-populismus-wahlkampf18029042.html?ec_carp=8608511472187038459 (Stand: 15.4.2019)
- MacShane, Denis (2016): *Brexit: How Britain left Europe*. Fully revised edition. London/New York: Tauris.
- Mair, Peter (2013): *Ruling The Void: The Hollowing Of Western Democracy*. London/New York: Verso.
- Manin, Bernard (1997): *The Principles of Representative Government*. Cambridge University Press.
- Marsh, Sarah (2018): NHS winter crisis: hospital 'felt like something out of a war zone'. *The Guardian*, 11. Jänner 2018. URL: <https://www.theguardian.com/society/2018/jan/11/nhs-winter-crisis-hospital-felt-like-something-out-of-a-war-zone> (Stand: 15.4.2019)
- Marsili, Lorenzo (2016): Citizens of Nowhere: Europe as a metaphor for the world to come. 19. November 2016. URL: <https://re-publica.com/en/session/citizens-nowhere-europe-metaphor-world-come> (Stand: 15.4.2019)
- Marterbauer, Markus (2011): *Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle*. Wien: Deuticke.

- Mason, Rowena (2016): Leave.EU condemned for 'xenophobic' Donald Trump video. *The Guardian*, 10. Mai 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2016/may/10/leave-eu-condemned-xenophobic-donald-trump-video> (Stand: 15.4.2019)
- Mason, Rowena (2016): The highs and lows of the Cameron years. *The Guardian*, 12. September 2016. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2016/sep/12/the-highs-and-lows-of-the-david-cameron-years> (Stand: 15.4.2019)
- Matthews-King, Alex (2017): Landmark study links Tory austerity to 120,000 deaths. *The Independent*, 16. November 2017. <https://www.independent.co.uk/news/health/tory-austerity-deaths-study-report-people-die-social-care-government-policy-a8057306.html> (Stand: 15.4.2019)
- Matthews-King, Alex (2018): No-deal Brexit will be 'catastrophe' for NHS and increase risk from deadly pandemics, BMA warns. *The Independent*, 16. August 2018. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/brexit-no-deal-nhs-pandemic-bma-final-say-voters-referendum-a8493221.html> (Stand: 15.4.2019)
- Mayring, Philipp (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Mey, Günter, Mruck, Katja (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie*. 601-613.
- McSmith, Andy (2006): Cameron attacks UKIP as 'loonies and closet racists'. *The Independent*, 5. April 2006. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/cameron-attacks-ukip-as-loonies-and-closet-racists-6104551.html> (Stand: 15.4.2019)
- Mead, Walter R. (2017): The Jacksonian Revolt: American Populism and the Liberal Order. *Foreign Affairs*, März/April 2017. URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2017-01-20/jacksonian-revolt> (Stand: 15.4.2019)
- Merkel, Wolfgang (2004a): Die „eingebettete“ Demokratie: Ein analytisches Konzept. *WZB-Mitteilungen* 106, 7–10.
- Merkel, Wolfgang (2004b): Embedded and Defective Democracy. *Democratization* 5, 33–58.
- Merrick, Rob (2018): Vote Leave fined and referred to police over Brexit campaign spending, Electoral Commission announces. *The Independent*, 17. Juli 2018. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/vote-leave-brexit-fine-police-electoral-commission-spending-latest-a8450466.html> (Stand: 15.4.2019)
- Meyer, Thomas (2005): *Theorie der Sozialen Demokratie*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Michelsen, Danny; Walter, Franz (2013): *Unpolitische Demokratie – Zur Krise der Repräsentation*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mickey, Robert (et al.) (2017): Is America Still Safe for Democracy? Why the United States Is in Danger of Backsliding. *Foreign Affairs*, Mai/Juni 2017, 20–29.
- Misteli, Samuel (2017): Obama geht auf Salamanderjagd. *Neue Zürcher Zeitung*, 2. Oktober 2017. URL: <https://www.nzz.ch/international/obama-geht-auf-salamanderjagd-ld.1319540> (Stand: 15.4.2019)
- Mitchell, Amy (et al.) (2016): The 2016 Presidential Campaign – a News Event That’s Hard to Miss. Pew Research Center online, 4. Februar 2016. URL:

9. Bibliographie

- <http://www.journalism.org/2016/02/04/the-2016-presidential-campaign-a-news-event-thats-hard-to-miss/> (Stand: 15.4.2019)
- Moffitt, Benjamin (2016): *The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, and Representation*. Stanford University Press.
- Moffitt, Benjamin; Tormey, Simon (2013): Rethinking Populism. Politics, Mediatisation and Political Style. In: *Political Studies* 62 (2), 381–397.
- Möllers, Christoph (2009): *Demokratie: Zumutungen und Versprechen*. Hamburg: Wagenbach.
- Montgomery, Martin (2017): Post-truth politics? Authenticity, populism and the electoral discourses of Donald Trump. *Journal of Language and Politics* 16 (4), 619-639.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition* 39 (4), 542-63.
- Mudde, Cas (2007): *Populist Radical Right Parties in Europe*. Cambridge University Press.
- Mudde, Cas (2017): 'Trumpism' is ingrained in white America. When he goes, it will remain. *The Guardian*, 28. Dezember 2017. URL: <https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/dec/28/donald-trump-white-america-republican-party> (Stand: 15.4.2019)
- Mudde, Cas (2018): *The Far Right in America*. New York: Routledge.
- Müller, Jan-Werner (2016): *Was ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp.
- National Audit Office (2016): Managing the supply of NHS clinical staff in England. 3. Februar 2016. URL: <https://www.nao.org.uk/wp-content/uploads/2016/02/Managing-the-supply-of-NHS-clinical-staff-in-England.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Nededog, Jethro (2015): Last night's Republican presidential debate was CNN's highest-rated program ever with ~20 million viewers. *Business Insider*, 17. September 2015. URL: <https://www.businessinsider.com/gop-debate-viewership-breaks-cnn-records-2015-9?IR=T> (Stand: 15.4.2019)
- Newman, Omarosa M. (2018): *Unhinged: An Insider's Account of the Trump White House*. New York: Gallery.
- Nichols, Tom (2017): How America Lost Faith in Expertise – And Why That's a Giant Problem. *Foreign Affairs* März/April 2017. URL: <https://www.foreignaffairs.com/articles/united-states/2017-02-13/how-america-lost-faith-expertise> (Stand: 15.4.2019)
- Niederberger, Walter (2016): *Trumpland: Donald Trump und die USA - Porträt einer gespaltenen Nation*. Zürich: Orell Füssli.
- Niedermeier, Alexander; Ridder, Wolfram (2017) *Das Brexit-Referendum: Hintergründe, Streitthemen, Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Nohlen, Dieter (2004): Populismus. In Ders. (Hg); Schultze, Rainer-Olaf (Hg.): *Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe*. 2. N-Z. Bd. 2, 2. Akt. Ausgabe, Beck: München, 832.

- O'Donnell, Guillermo (2004): Human Development, Human Rights, and Democracy. In: Ders.; Cullell, Vargas, Jorge; Iazzetta, Osvaldo M. (Hg.): *The Quality of Democracy: Theory and Applications*. University of Notre Dame Press, 9-92.
- Obama, Barack (2017): [Abschiedsrede am 10. Jänner 2017 in Chicago.] Transkript von: *The Independence*, 11. Jänner 2017. URL: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/barack-obamas-farewell-speech-in-full-yes-we-did-a7520781.html> (Stand: 15.4.2019)
- OECD (2018): Current account balance (indicator). URL: <https://data.oecd.org/trade/current-account-balance.htm#indicator-chart> (Stand: 15.4.2019)
- ONS – Office of National Statistics (2015): Life Expectancy at Birth and at Age 65 by Local Areas in England and Wales: 2012 to 2014. URL: <https://www.ons.gov.uk/peoplepopulationandcommunity/birthsdeathsandmarriages/lifeexpectancies/bulletins/lifeexpectancyatbirthandatage65bylocalareasinenglandandwales/2015-11-04> (Stand: 15.4.2019)
- Oppermann, Kai (2016): Das gespaltene Königreich. Die politischen Hintergründe und Ursachen des „Brexit“-Referendums. *Politische Vierteljahresschrift* 57 (4), 516-533.
- Opratko, Benjamin (2017): Rechtspopulismus als Krisenbearbeitung: Anmerkungen zum Aufstieg von AfD und FPÖ. *Prokla* 186/47 (1), 123-130.
- Orban, Viktor (2014): Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp. 30. Juli 2014, Website of the Hungarian Government. URL: <https://www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp> /Stand: 15.4.2019)
- ORF (2019): Brexit: Umweltschützer schlagen Alarm. 10. März 2019. URL: <https://orf.at/stories/3114616/> (Stand: 15.4.2019)
- Ötsch, Walter; Horaczek, Nina (2017): *Populismus für Anfänger: Anleitung zur Volksverführung*. 2. Aufl. Frankfurt/M: Westend.
- Oxfam (2017): An Economy for the 99%. Jänner 2017. URL: https://www.oxfam.de/system/files/sperrfrist_20170116-0101_economy-99-percent_report.pdf (Stand: 15.4.2019)
- Packer, George (2016): Hillary Clinton and the Populist Revolt. *The New Yorker*, 31. Oktober 2016. URL: <https://www.newyorker.com/magazine/2016/10/31/hillary-clinton-and-the-populist-revolt> (Stand: 15.1.21016)
- Perraudin, Frances (2016): Ten of top 12 most declining UK cities are in north of England – report. *The Guardian*, 29. Februar 2016. URL: <https://www.theguardian.com/society/2016/feb/29/uk-10-of-12-most-declining-cities-are-in-north-england-rochdale-burnley-bolton> (Stand: 15.4.2019)
- Persily, Nathaniel (2017): The 2016 U.S. Election: Can Democracy Survive the Internet? *Journal of Democracy* 28 (2), 63-76.
- Pew Center (2012): Inaccurate, Costly, and Inefficient: Evidence That America's Voter Registration System Needs an Upgrade. URL: <https://www.pewtrusts.org/>

- /media/legacy/uploadedfiles/pcs_assets/2012/pewupgradingvoterregistrationpdf.pdf
(Stand: 15.4.2019)
- Pitzke, Marc (2018): Donald Trump und die Justiz: Wie eine kriminelle Vereinigung. *Spiegel Online*, 20. Dezember 2018. URL: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/donald-trump-und-die-justiz-wie-eine-kriminelle-vereinigung-kommentar-a-1244792.html>
(Stand: 15.4.2019)
- Polonski, Vyacheslav (2016): Impact of social media on the outcome of the EU referendum. EU Referendum Analysis. URL: <https://www.referendumanalysis.eu/eu-referendum-analysis-2016/section-7-social-media/impact-of-social-media-on-the-outcome-of-the-eu-referendum/> (Stand: 15.4.2019)
- Porcaro, Giuseppe; Müller, Henrik (2016): Tweeting Brexit: Narrative building and sentiment Analysis. *Bruegel Blog Post*, 16. November 2016. URL: <http://bruegel.org/2016/11/tweeting-brexit-narrative-building-and-sentiment-analysis/>
(Stand: 15.4.2019)
- PRC – Pew Research Center (2016a): State of the News Media 2016. April 2016. URL: <https://assets.pewresearch.org/wp-content/uploads/sites/13/2016/06/30143308/state-of-the-news-media-report-2016-final.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- PRC – Pew Research Center (2016b): Elections 2016: Campaigns as a direct Source of News. Juli 2016. URL: http://www.journalism.org/wp-content/uploads/sites/8/2016/07/PJ_2016.07.18_election-2016_FINAL.pdf (Stand: 15.4.2019)
- Priester, Karin (2007): Populismus: Historische und aktuelle Erscheinungsformen. Frankfurt/M: Campus.
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 19-36.
- Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (5-6), 3-9.
- Probst, Lothar (2001): Demokratie braucht Populismus. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*. 2. Dezember 2001, 13.
- Puhle, Hans-Jürgen (2003): Zwischen Protest und Politikstil: Populismus, Neo-Populismus und Demokratie. In: Werz, Nikolaus (Hrsg.): Populismus: Populisten in Übersee und Europa. Springer, Wiesbaden, 15-45.
- Rattner, Steven (2016): Trump’s Chaos Theory: A Single Tweet Causes Jobs to Return. *The New York Times*, 1. Dezember 2016. URL: <https://www.nytimes.com/2016/12/01/opinion/trumps-chaos-theory-a-single-tweet-causes-jobs-to-return.html> (Stand: 15.4.2019)
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit [1971]. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Reuters Institute (2016): Study shows that majority of press coverage in EU referendum campaign was heavily skewed in favour of Brexit in first two months of campaign. 20. Mai 2016. URL: <https://reutersinstitute.politics.ox.ac.uk/risj-review/study-shows->

- [majority-press-coverage-eu-referendum-campaign-was-heavily-skewed-favour](#) (Stand: 15.4.2019)
- Richardson, Jeremy (2017): Brexit: The EU Policy-Making State Hits the Populist Buffers. *The Political Quarterly*. URL: <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/full/10.1111/1467-923X.12453> (Stand: 15.4.2019)
- Roberts, Kenneth (2007): Latin America's Populist Revival. *SAIS Review* 27 (1), 3-15.
- Rorty, Richard (1998): *Achieving our country: Leftist thought in twentieth-century America*. Harvard University Press.
- Rosefielde, Steven (2017): *Trump's Populist America*. New Jersey: World Scientific.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2012): The Ambivalence of Populism: Threat and Corrective for Democracy. *Democratization* 19 (2), 184-208.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2013): The Responses of Populism to Dahl's Democratic Dilemmas. *Political Studies* 62 (3), 470-87.
- Roxborough, Ian (1984): Unity and Diversity in Latin American History. *Journal of Latin American Studies* 16 (1), 1-26.
- Royden, Laura; Li, Michael (2017): *Extreme Maps*. Brennan Center for Justice at New York University School of Law. URL: <https://www.brennancenter.org/sites/default/files/publications/Extreme%20Maps%20.16.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Sander, Teresa (2017): Die verfassungsrechtlichen Modalitäten des Brexit - Parlamentssouveränität versus Royal Prerogative. *Journal für Rechtspolitik* 25 (3), 157-170.
- Sandhu, Serina (2016): Donald Trump's use of grammar 'typical of children aged 11 and under'. *The Independent*, 17. März 2016. URL: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-elections/donald-trump-uses-language-typical-of-children-under-11-a6936256.html> (Stand: 15.12.2019)
- Saramo, Samira (2017): The Meta-violence of Trumpism. *European journal of American studies* 2017/12 (2). URL: <https://journals.openedition.org/ejas/12129> (Stand: 15.4.2019)
- Schmidt, Michael; Haberman, Maggie (2018): Trump Ordered Mueller Fired, but Backed Off When White House Counsel Threatened to Quit. *New York Times*, 25. Jänner 2018. URL: <https://www.nytimes.com/2018/01/25/us/politics/trump-mueller-special-counsel-russia.html> (Stand: 15.4.2019)
- Schmidt, Vivien A. (2017): Britain-out and Trump-in: A discursive institutionalist analysis of the British referendum on the EU and the US presidential election. *Review of International Political Economy* 24 (2), 248-269.
- Schulzke, Eric (2017): 7 surprising graphics about Trump voters. *Desert News*, 7. Juni 2017. URL: <https://www.deseretnews.com/article/865681319/7-surprising-graphics-about-Trump-voters.html> (Stand: 15.4.2019)
- Sedivy, Julie (2016): Donald Trump Talks Like a Woman. *Politico*, 25. Oktober 2016. URL: <https://www.politico.com/magazine/story/2016/10/trump-feminine-speaking-style-214391> (Stand: 15.4.2019)

- Seeßlen, Georg (2017): Trump! Populismus als Politik. Berlin: Bertz und Fischer.
- Shambaugh, Jay (et al.) (2017): Thirteen Facts about Wage Growth. URL: http://www.hamiltonproject.org/assets/files/thirteen_facts_wage_growth.pdf (Stand: 15.4.2019)
- Shugerman, Emily (2018): Russian bots retweeted Donald Trump 10 times more than Hillary Clinton in the last weeks of the campaign. *The Independent*, 28. Jänner 2018. URL: <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-politics/trump-russia-twitter-bots-automated-accounts-congress-russia-investigation-latest-a8182626.html> (Stand: 15.4.2019)
- Siddique, Haroon (2018): Brexit is bad for Britain's health, doctors say. *The Guardian*, 27. Juni 2018. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2018/jun/27/brexit-is-bad-for-britain-health-doctors-say-nhs> (Stand: 15.4.2019)
- Sides, John (et al) (2017): How Trump lost and won. *Journal of Democracy* 28(2), 34-44.
- Silver, Nate (2016): Education, Not Income, Predicted Who Would Vote For Trump. *FiveThirtyEight*, 22. November 2016. URL: <https://fivethirtyeight.com/features/education-not-income-predicted-who-would-vote-for-trump/> (Stand: 15.4.2019)
- Silverman, Craig (2016): This Analysis Shows How Viral Fake Election News Stories Outperformed Real News On Facebook. *BuzzFeed*, 16. November 2016. URL: <https://www.buzzfeednews.com/article/craigsilverman/viral-fake-election-news-outperformed-real-news-on-facebook> (Stand: 15.4.2019)
- Smith, Matthew (2016): International survey: Globalisation is still seen as a force for good in the world. *YouGove*, 17. November 2016. URL: <https://yougov.co.uk/topics/politics/articles-reports/2016/11/17/international-survey> (Stand: 15.4.2019)
- Snyder, Jack (2017): The Modernization Trap. *Journal of Democracy* 28 (2), 77-91.
- Sodaro, Michael J.; Collinwood, Dean W. (2004): Comparative Politics: A Global Introduction. New York: McGraw-Hill.
- SPERI – Sheffield Political Economy Research Institute (2016): UK regions and European structural and investment funds. URL: <http://ukandeu.ac.uk/wp-content/uploads/2016/05/UK-regions-European-structural-and-investment-funds.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- Spiegel Online (2018): General Motors streicht fast 15.000 Stellen in Nordamerika, 26. November 2018. URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/general-motors-autohersteller-gm-streicht-15-000-stellen-in-nordamerika-a-1240525.html> (Stand: 15.4.2019)
- Stanley, Ben (2008): The Thin Ideology of Populism. In: *Journal of Political Ideologies* 13 (1), 95-110.
- Stegemann, Bernd (2017): Der liberale Populismus und seine Feinde. *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2017, 81-94.
- Strauß, Botho (2004): Der Untenstehende auf Zehenspitzen. München: Carl Hanser Verlag.

- Streeck, Wolfgang: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Stützle, Ingo (2013): *Austerität als politisches Projekt: Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Summers, Deborah (2009): David Cameron warns of 'new age of austerity'. *The Guardian*, 26. April 2009. URL: <https://www.theguardian.com/politics/2009/apr/26/david-cameron-conservative-economic-policy1> (Stand: 15.4.2019)
- Taggart, Paul (2000): *Populism*. Birmingham: Open University Press.
- Tan, Rebecca (2017): A timeline of Trump's clearly made-up "secret plan" to fight ISIS. *Vox*, 3. Juli 2017. URL: <https://www.vox.com/world/2017/7/3/15904646/trump-syria-assad-russia-iran-secret-generals-military-isis-terrorism> (Stand: 15.4.2019)
- Tesler, Michael (2016): *Post-Racial or Most-Racial? Race and Politics in the Obama Era*. University of Chicago Press.
- Thomas, Frank (2001): *Das falsche Versprechen der New Economy: Wider die neoliberale Schönfärberei*. Frankfurt/M.: Campus.
- Thompson, Isobel (2018): The Bannon-Banks Connections at the Dark Heart of Brexit. *Vanity Fair*, 19. November 2018. URL: <https://www.vanityfair.com/news/2018/11/the-steve-bannon-arrron-banks-connections-at-the-dark-heart-of-brexite> (Stand: 15.12.2019)
- Timm, Jane (2016): The 141 Stances Donald Trump Took During His White House Bid. *NBC News*, 28. November 2016. URL: <https://www.nbcnews.com/politics/2016-election/full-list-donald-trump-s-rapidly-changing-policy-positions-n547801> (Stand: 15.4.2019)
- Tonelli, Matteo (2005): Casa, pensioni, Iraq e tante altre autosmentite di Berlusconi. *La Repubblica* vom 15. 11. 2005. URL: <http://www.repubblica.it/2005/k/sezioni/politica/berlusmentite/berlusmentite/berlusmentite.html> (Stand: 15. Jänner 2019)
- Travis, Alan (2016): Lasting rise in hate crime after EU referendum, figures show. *The Guardian*, 7. September 2017. URL: <https://www.theguardian.com/society/2016/sep/07/hate-surged-after-eu-referendum-police-figures-show> (Stand: 15.4.2019)
- Tyson, Alec; Maniam, Shiva (2016): Behind Trump's victory: Divisions by race, gender, education. Pew Research Center online, 9. November 2016. URL: <http://www.pewresearch.org/fact-tank/2016/11/09/behind-trumps-victory-divisions-by-race-gender-education/> (Stand: 15.4.2019)
- Ueding, Gert (2005). *Klassische Rhetorik*. 4. Aufl. München: C.H. Beck.
- Uggen, Christopher (et al.) *6 Million Lost Voters: State-Level Estimates of Felony Disenfranchisement*, 2016. URL: <https://www.sentencingproject.org/wp-content/uploads/2016/10/6-Million-Lost-Voters.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- UK Statistics Authority (2016): UK Statistics Authority statement on the use of official statistics on contributions to the European Union. 27. Mai 2016. URL: <https://www.statisticsauthority.gov.uk/news/uk-statistics-authority-statement-on-the-use-of-official-statistics-on-contributions-to-the-european-union/> (Stand: 15.4.2019)

- UKIP (2005): Manifesto 2005: We Want Our Country Back. URL: http://news.bbc.co.uk/2/shared/bsp/hi/pdfs/UKIP_uk_manifesto.pdf (Stand: 15.4.2019)
- UKIP (2010): UKIP Manifesto April 2010: Empowering the People. URL: <http://www.politicsresources.net/area/uk/ge10/man/parties/UKIPManifesto2010.pdf> (Stand: 15.4.2019)
- UKIP (2015): Believe in Britain: UKIP Manifesto 2015. URL: <https://d3n8a8pro7vhmx.cloudfront.net/ukipdev/pages/1103/attachments/original/1429295050/UKIPManifesto2015.pdf?1429295050> (Stand: 15.4.2019)
- UNHCR (2017): UNHCR Bericht: Flucht und Vertreibung erreichen 2016 neuen Höchststand. 19. Juni 2017. URL: <https://www.unhcr.org/dach/at/15269-unhcr-bericht-flucht-und-vertreibung-erreichen-2016-neuen-hoechststand.html> (Stand: 15.4.2019)
- US Census (2014): Projecting Majority-Minority: Non-Hispanic Whites May No Longer Comprise Over 50 Percent of the U.S. Population by 2044. URL: https://www.census.gov/content/dam/Census/newsroom/releases/2015/cb15-tps16_graphic.pdf (Stand: 15.4.2019)
- Usherwood, Simon: The UK Independence Party: The dimensions of mainstreaming. In: Akkerman, Tjitske (et al.) (Hg.) (2016): Radical Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Into the Mainstream? London/New York: Routledge, 247-267.
- Vote Leave (2016): Why should we Vote Leave on 23rd June 2016? URL: http://www.voteleavetakecontrol.org/why_vote_leave.html (Stand: 15.4.2019)
- Walley, Christine J. (2017): Trump's Election and the 'White Working Class': What We Missed. *American Ethnologist* 44 (2): 231–36.
- Watkins, Johnathan (et al.) (2017): Effects of health and social care spending constraints on mortality in England: A time trend analysis. *BMJ Open* 2017/7. URL: <https://bmjopen.bmj.com/content/7/11/e017722> (Stand: 15.4.2019)
- Weber, Max (2009): Wirtschaft und Gesellschaft: Die Wirtschaft und die gesellschaftlichen Ordnungen und Mächte. Nachlass. Teilband 1: Gemeinschaften. Hrsg. v. Wolfgang. J. Mommsen. Tübingen: J.C.B. Mohr (=Max Weber Gesamtausgabe Band I/22-1).
- Wells, Chris (et al.) (2016): How Trump Drove Coverage to the Nomination: Hybrid Media Campaigning, *Political Communication*, September 2018. URL: <https://doi.org/10.1080/10584609.2016.1224416> (Stand: 15.4.2019)
- Werpin, Alex (2016): Cable news' election-year haul could reach \$2.5 billion. *Politico*, 27. September 2016. URL: <https://www.politico.com/media/story/2016/09/media-tv-numbers-004783> (Stand: 15.4.2019)
- Weyland, Kurt (2001): Clarifying a Contested Concept: Populism in the Study of Latin American Politics. *Comparative Politics* 34 (1), 1-22.
- Wilson, Graham K. (2017): Brexit, Trump and the special relationship. *The British Journal of Politics and International Relations* 19 (3), 543 –557.
- Wineburg, Oscar (2017): Insult Politics: Donald Trump, Right-Wing Populism, and Incendiary Language. *European journal of American studies* [Online] 12 (2).

- Wolf, Tanja (2017): *Rechtspopulismus: Überblick über Theorie und Praxis*. Wiesbaden: Springer.
- Wolff, Michael (2018): *Fire and Fury: Inside the Trump White House*. New York: Henry Holt.
- Woodward, Bob (2018): *Fear: Trump in the White House*. New York: Simon & Schuster.
- Worley, Will (2017): Donald Trump's body language gives an insight to his behaviour on inauguration day. *The Independent*, 21. Jänner 2017. URL: <https://www.independent.co.uk/news/science/donald-trump-body-language-inauguration-day-psychology-alpha-male-a7539256.html> (Stand: 15.4.2019)
- Yeung, Peter (2016): EU referendum: All 20 Premier League clubs back Remain. *The Independent*, 20. Juni 2016. URL: <https://www.independent.co.uk/news/uk/home-news/eu-referendum-premier-league-clubs-back-remain-brexit-vote-what-happens-to-football-teams-a7091201.html> (Stand: 15.4.2019)
- Ziblatt, Daniel (2017): *Conservative Parties and the Birth of Democracy*. Cambridge University Press.
- Zong, Jie; Batalova, Jeanne (2016): Naturalization Trends in the United States. Migration Policy Institute Online. 10. August 2016. URL: <https://www.migrationpolicy.org/article/naturalization-trends-united-states> (Stand: 15.4.2019)
- Zuboff, Shoshana (2018): *Das Zeitalter des Überwachungskapitalismus*. Frankfurt/M.: Campus.

10. Anhang

Abstract

Die vorliegende Arbeit analysiert die parallel verlaufenen Wahlkämpfe des Jahres 2016 von Donald Trump und der Brexit-Bewegung als Fallbeispiele rechtspopulistischer Kampagnen aus demokratietheoretischer Perspektive. Ausgehend von einer umfassenden Demokratiedefinition werden erstens die strukturellen Grundlagen des Rechtspopulismus im Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten erarbeitet, zweitens die Politikformen und Agitationsmuster der erfolgreichen Kampagnen analysiert und drittens die Auswirkungen der Wahlerfolge auf die Demokratie dargelegt. Die rechtspopulistischen Kampagnen werden einer strukturierten Inhaltsanalyse unterzogen, die zentrale Debattenbeiträge wie Reden, TV-Duelle und Stellungnahmen der handelnden Politiker – Boris Johnson, Michael Gove und Nigel Farage im UK und Donald Trump in den USA – nach deren Strategien, dem ideologischen Gehalt und dem untersucht. Dabei wird deutlich, dass die Rechtspopulisten in ihrer Wahlkampfagitation gesellschaftlichen Unmut über Neoliberalismus und Globalisierung, Migration und Identitätsverlust sowie die aktuellen politischen Verhältnisse mobilisieren, sich als exklusive Vertreter des Volkes gerieren und durch einen gefährlichen, weil demokratischen Grundsätzen widerstrebenden Kurs radikalisieren: Medien und die politische Konkurrenz werden delegitimiert, Tabus gebrochen, Fakten missachtet und der politische Diskurs emotionalisiert während sich die politischen Inhalte vor allem auf nationalistische und xenophobe Positionen beziehen. Der Rechtspopulismus ist damit kein Korrektiv, sondern evidenter Problemfall der Demokratie, zumal er in Regierungsverantwortung sozioökonomisch, kulturell und politisch jene Strukturen weiter verschärft, auf denen sein Erfolg gründet.

Persönliche Erklärung

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende schriftliche Arbeit selbstständig verfertigt habe und dass die verwendete Literatur bzw. die verwendeten Quellen von mir korrekt und in nachprüfbarer Weise zitiert worden sind. Mir ist bewusst, dass ich bei einem Verstoß gegen diese Regeln mit Konsequenzen zu rechnen habe.

Datum Unterschrift